Heft 2 Februar 1996 8,– DM

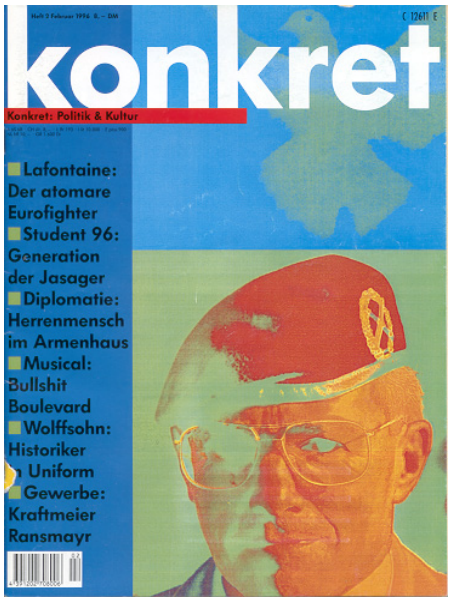
C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Lafontaine: Der atomare Eurofighter
- Student 96: Generation der Jasager
- Diplomatie: Herrenmensch im Armenhaus
- Musical: Bullshit Boulevard
- Wolffsohn: Historiker in Uniform
- Gewerbe: Kraftmeier Ransmayr

in konkret Februar 1996



von konkret

an konkret

Vorsicht, Tenöre! von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

»Bumsti!« von Otto Köhler
Stell Dir vor, es ist Krieg, und alle finden's prima – Über das Wiederaufleben der Landsersprache in der deutschen Kriegsberichterstattung

La fontaine nucleaire? von Matthias Küntzel
Mit der Wahl Oskar Lafontaines zum neuen Parteichef ist der Kampf zweier Linien in der sozialdemokratischen Außen- und Sicherheitspolitik entschieden: zugunsten einer deutschen Beteiligung an einer europäischen Atomstreitmacht

Stern-Schnuppe von Oliver Tolmein
Die Implosion einer Enthüllungs-Story vor Gericht und das schwarz-grüne Zusammenwirken gegen sudanesische Flüchtlinge. Kein Bericht aus dem Informationsministerium, keine Übersetzung von Dolmetschern des Regimes, nur eine knappe Erinnerung

Wie zivilisiert sind Nazis in Zivil? von Klaus Höpcke
Nun ist's amtlich: 80 Prozent der zwischen 1945 und 1950 von der sowjetischen Militäradministration in Buchenwald Internierten waren Funktionsträger des NS-Regimes

Zu Protokoll
Wie das Fernsehen sich wieder einmal unsterbliche Verdienste um Volksbildung und Propaganda erwarb, dargestellt an der gekürzten Ausschrift einer Live-Diskussion des ZDF (»Hitler heute«, 10.12.95) mit Margarethe Mitscherlich, Marcel Reich-Ranicki, Eberhard Jaeckel, Klaus Hildebrandt und Rainer Zitelmann, unter Leitung des Hobbyhistorikers Guido Knopp

Historiker in Uniform von Kurt Pätzold
Das neue Buch des Bundeswehrhochschulprofessors Michael Wolffsohn ist ein kulturgeschichtliches Zeugnis besonderer Art: Es zeigt eine Geschichtswissenschaft mit Schaum vorm Maul

Im Jahre fünf nach Christi Wiedergeburt von Werner Pirker
Nach ihrem Wahlsieg steckt die Kommunistische Partei Rußlands in einem taktischen Dilemma

In einem ganz normalen Land... von Erwin Riess
... sind ganz normale Wahlen Volksfrontwahlen – zum Beispiel in Österreich

Das Heil, diesmal von links außen von Michael Scharang

Herrenmensch im Armenhaus von Winfried Wolf
Als Teilnehmer einer Bundestagsdelegation hat Winfried Wolf miterlebt, wie ein deutscher Diplomat in Haiti die Interessen des Gangstersyndikats »freedom & democracy« vertritt

Aus den befreiten Gebieten IRoll back von Peter Gärtner

Freedom and democracy in Nicaragua, El Salvador und Grenada – erster Teil einer Serie, in der KONKRET die ökonomischen, politischen und sozialen Folgen der Einführung von Kapitalismus und Marktwirtschaft in Osteuropa und den ehemaligen Volksdemokratien Lateinamerikas analysieren wird

Aus den befreiten Gebieten ITrümmerhaufen von Klaus Jetz
Freedom and democracy in Nicaragua, El Salvador und Grenada – erster Teil einer Serie, in der KONKRET die ökonomischen, politischen und sozialen Folgen der Einführung von Kapitalismus und Marktwirtschaft in Osteuropa und den ehemaligen Volksdemokratien Lateinamerikas analysieren wird

Statistik als Kritik von Christian Stock
Sind Größen wie »Lebensqualität« und »Entwicklung« meßbar? Wenn ja, wie? Und lassen sie sich international vergleichen?

Student ‘96: Liebe Damen, liebe Herren von Pascal Beucker
Wer in Erinnerung an 1968 hofft, Rebellion gegen die herrschenden Verhältnisse könne noch einmal von den deutschen Hochschulen ausgehen, hofft vergebens: Das aktuelle politische und gesellschaftliche Bewußtsein der deutschen Studentinnen und Studenten hat sich auf einem trostlosen Niveau stabilisiert

Karriereträume, ausgeträumt von Bernhard Schmid
Im November und Dezember 1995 waren Frankreichs Studierende gemeinsam mit den Beschäftigten des öffentlichen Sektors auf der Straße. Ein zufälliges Nebeneinander von studentischer Bewegung und Massenstreiks, oder gibt es tatsächlich eine Übereinstimmung der auf dem Spiel stehenden Interessen?

In diesem Sinne»Emma« Alaaf von Stefan Ripplinger

In diesem SinneWieso Nazi? von Michael Schilling

In diesem SinneIm Islam ist die Ruhe von Justus Wertmüller

Kunst & Gewerbe

Der Umsiedler von Rayk Wieland

Lauter Blinde von Kay Sokolowsky
Warum die deutsche Literaturkritik den vormals heißgeliebten Dichterdarsteller Ransmayr plötzlich nicht mehr mag

Plumpe Propaganda von René Martens
Schon wieder muß Serbien sterbien: diesmal in »Sarajevo Tango«, einem billigen Polit-Comic des belgischen Zeichners Hermann

Schwul-Sein mit Frau W. von Eike Stedefeldt
Über den edelmütigen Mißbrauch eines Rosa-Winkel-Häftlings

Termine

Buch & Deckel von Stefan Ripplinger
Sunil Khilnani: Revolutionsdonner. Die französische Linke nach 1945. Aus dem Englischen von Martin Suhr. Rotbuch Verlag, Hamburg 1995, 376 S., 58 Mark

Buch & Deckel von Christoph Speier
Gitta Sereny: Das Ringen mit der Wahrheit: Albert Speer und das deutsche Trauma. Aus dem Englischen von Helmut Dierlamm, Klaus Fritz und Norbert Juraschitz. Kindler Verlag, München 1995, 861 S., 68 Mark

Buch & Deckel von Marcel Stötzler

Irmgard Pinn / Marlies Wehner: EuroPhantasien. Die islamische Frau aus westlicher Sicht. DISS-Verlag, Duisburg 1995, 257 S., 29,80 Mark

Buch & Deckel von Stefan Ripplinger
»Lettre International«. Deutsche Ausgabe Nr. 31 (Winter 1995/96), 15 Mark

Sterben in den Sielen von Heidi Urbahn de Jauregui
Ein Dokument des Haltungskünstlertums: die Tagebücher Thomas Manns aus seinen letzten Lebensjahren

Eine Zumutung von Jürgen Roth
Täglich präsentiert Ulrich Meyer als »anchorman« auf Sat 1 das Nachrichtenmagazin »18:30«

Melodie & Rhythmus von Albert Hoboken
Sinatra 80th – Live in Concert. Capitol Records, Inc.

Melodie & Rhythmus von René Martens
Verschiedene: Harder Than The Rest; Ec8or: dto. Digital Hardcore Recordings/Intercord

Melodie & Rhythmus von Carsten Otte
Vampiros Lesbos: Sexadelic Dance Party. Ramava Musikverlag 1995, EFA

Melodie & Rhythmus von Sebastian Wehlings
Tortoise – Millions Now Living Will Never Die – City Slang

alt.krauts.in.cyberspace von Boris Gröndahl
Die bayerische Staatsanwaltschaft hat den Onlinedienst Compuserve zur Zensur des Internet genötigt. Eine Maßnahme, die die Diskussion über die Zukunft des Computernetzwerks weiter anfacht

Film & Theater von Dietrich Kuhlbrodt
To Die For

Film & Theater von Michael Nauert
L'appat (Der Lockvogel)

Film & Theater von Michael Nauert
Copycat (Copykill)

Abgesang der Arschgesichter von Michael Ringel
Das Ende einer Sportepoche ist kein Anlaß zu Hoffnung

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 02/96, S. 4

von konkret

Der Bundesgeschäftsführer der PDS antwortet auf eine ihm gewidmete Notiz an dieser Stelle (Heft 12/95):

Ich gestehe, mich schuldig gemacht zu haben, daß mir beim Nachdenken über intelligente und auch noch linke Kritik nicht spontan die Zeitschrift KONKRET und Hermann L. Gremlitza eingefallen sind. Unverzeihlich!

Beweist doch KONKRET Nummer für Nummer, daß das ganze Dilemma der sozialistischen Bewegung in der beharrlichen Verweigerung wurzelt, nicht auf Leute gehört zu haben, die »ihre Intelligenz und ihren Charakter« nicht »an der Tür des Schatzmeisters abgegeben haben«. Die besten von ihnen hatten gar die freie Auswahl, ob sie Chefredakteur der UZ oder der KONKRET werden wollten.

Während man zu Zeiten der unseligen Perestroika noch darauf warten mußte, daß man vom Leben bestraft würde, so herrscht bei KONKRET das Einzelrichterprinzip. Nur nicht pampig werden wird angeordnet und im Widersetzungsfall ein »kühlerer Luftzug« aus dem Norden angedroht.

Nur nicht pampig werden wurde mir bei meinem Rauswurf aus der SPD mitgegeben, als Parteiangestellter nicht pampig werden, hörte ich anläßlich des Entzugs der kommunistischen Weihen durch Honecker, Mies u.a.

Schade, daß KONKRET nun auch auf dieses Niveau sinkt. Denn wo fand man früher eine intelligente linke Kritik?

Wolfgang Gehrcke

Die Falschschreibung des Namens, das wurzelnde Dilemma (ja, wo wurzelt es denn »nicht«? In der beharrlichen Verweigerung, Genossen, was dachtet ihr?), die eigenwilligen Satzbauten (»schuldig, daß«, »während zu Zeiten, herrscht bei KONKRET«) und die verschiedenen Kommafehler sind den Schwierigkeiten geschuldet, die die schwielige Arbeiterführerfaust mit dem bourgeois-dekadenten Stilmittel der Ironie hat. Wie immer, so scheitert auch diesmal der Vorsatz an der dem Parteimoorsoldaten eigenen Sentimentalität, die in diesem Fall den nichts als des Gedankens mächtigen Kritiker als furchtbaren Einzelrichter halluzinieren muß (Filbinger!), um ihm den kritisierten Bonzen als einen ohnmächtigen, einsamen, von Wehner, Honecker, Mies und nun schon wieder von Gremliza mit Ausschluß bzw. Zwangsarbeitslager Bedrohten gegenüberzustellen, damit die Geschichte der »sozialistischen Bewegung« als eine Geschichte der Verfolgung von Parteisekretären durch vaterlandslose Kritiker um ein weiteres Kapitel fortgeschrieben sei. Der Ausschluß aus der SPD aber, erfährt man bei dieser Gelegenheit, liegt noch heute als so schwerer Alp auf der Brust des Bundesgeschäftsführers, daß die Organisierung seiner Wiederaufnahme in die SPD nicht nur, wie bisher, als politische Absicht, sondern als therapeutische Notwendigkeit erscheint.

Ein ernstes Wort zum ernsten Schlußsatz des Briefes: Erich Honecker hat, zu seinen Leb- und Gehrckes realsozialistischen Dienstzeiten, in KONKRET nicht immer die beste Presse gehabt. Die Idee aber, der Weg vom Niveau Gehrcke, Brie, Bisky & Co. zum Niveau Honecker führe *hinab*, ist der lustigste Einfall, seit es demokratischen Sozialismus gibt.

Der von KONKRET vor Jahren vorhergesagte Entzug der »Mauerdividende, welche die westlichen Verleger und Rezensenten jedem Flüchtlingskind aus dem Osten ausgesetzt hatten, das den Besitz einer abweichenden Grammatik nachweisen konnte«, geht weiter. Nach dem Feuilleton der »FAZ« (KONKRET 1/96) kündigt nun schon das des Berliner »Tagesspiegel« den Beziehern:

Hinzu kommt, daß nicht jeder verbotene Dichter automatisch ein Lyrik-Genie war und sich chronische Erfolglosigkeit über 1989 hinaus nicht lediglich durch stalinistische Verschwörungen erklären läßt. Mindere literarische Begabung entwertet zwar nicht im geringsten die Zivilcourage des einzelnen, die bei vielen Dissidenten in der Tat überdurchschnittlich hoch entwickelt war, nur: ein Literaten-Club ist auf das Literarische als raison d'être angewiesen, ein heimeliger Ort für Therapiebedürftige aber findet sich auch woanders.

So herzlos ist KONKRET mit Rathenow nie umgesprungen.

Die »Tageszeitung« hat die Entertainerin Hella von Sinnen interviewt:

Sie und Cornelia Scheel wurden beim Henry Maske-Boxing gesichtet. Die Zeitschrift KONKRET hat Sie daraufhin in ihre Rubrik »Defilee der Arschgesichter« eigereiht.

Darauf Frau von Sinnen:

Ich hab gedacht, das muß ich mir ansehen, schon aus professionellem Interesse. Aber es war einfach nur zum Kotzen. Von daher hab ich es verdient, in die Arschgesichter-Reihe aufgenommen zu werden.

Während die KONKRET-Redaktion es jetzt bedauert.

338 zahlende Zuhörer kamen zum »sehr gemischten Doppel« von Friedrich Küppersbusch und Hermann L. Gremliza in die Hamburger Kampnagel-Fabrik, darunter auch die »Taz«-Mitarbeiterin Ulrike Winkelmann, die unter dem vielversprechenden Titel »Schenkelklopfende Hechte« auch diese Beobachtung notierte:

Gremliza bietet der Pressekonsum offenbar lediglich Anlaß zu teils eleganten, immer aber selbstgerechten, vom rhetorischen Schwung des linken Herrschaftswissens getragenen Stilkritiken. Das zumindest wird ihm die bürgerliche Presse bescheinigen: Sprachkritik war schon immer das einfachste Mittel, politischen Inhalten aus dem Weg zu gehen.

Schöner hätte es der schenkelklopfende Hecht mit dem linken Herrschaftswissen auch nicht sagen lassen können.

Konkret 02/96, S. 6

an konkret

Ziemlich blöd

KONKRET 1/96: »Herrschaftszeiten«

KONKRET unterstellt westdeutschen Linken, die sich seinerzeit gegen die Militäraktionen der UdSSR in Afghanistan gewandt haben, Sympathie für US-amerikanische Einmischung zugunsten afghanischer Mudjahedin; KONKRET behauptet zugleich, dieselben Linken hätten sich inzwischen »Sarajevo zugewandt«, was heißen soll: Sie setzten sich für den militärischen Einsatz der Bundeswehr auf dem Balkan ein. In diesem Zusammenhang wird mein Name genannt, also teile ich mit: KONKRET sagt, was mich betrifft, die Unwahrheit. Für die Einmischung der USA in Afghanistan hatte ich keinerlei Sympathie, nicht einmal klammheimliche. Wer sowjetische Gewaltpolitik kritisiert hat, muß deshalb nicht ein Freund US-amerikanischer Gewaltpolitik sein. Und den Einsatz deutschen Militärs auf dem Balkan lehne ich ab.

Es fehlt nur noch, daß KONKRET denjenigen deutschen Linken, die Pazifisten sind und bleiben, denselben schwachsinnigen Vorwurf macht, den – politisch seitenverkehrt – der ehemalige KONKRET-Mitarbeiter Henryk M. Broder im »Spiegel« 1/96 publiziert hat: Pazifismus in Deutschland sei »ausgebluteter Chauvinismus«. In den Methoden der Polemik bestehen offenbar Verwandtschaften zwischen den Fans ehemaliger sowjetischer und denjenigen heutiger westlicher Militärpolitik. Mit verteilten Rollen fallen die beiden über »blamierte Friedensbewegte« her. Ziemlich blöd – finde ich.

Arno Klönne

Paderborn

Anhängsel

KONKRET 1/96: Kulturteil

Gleich als ein »neues Produkt« tritt die KONKRET der kürzeren Texte und der wildwuchernden Rubriken auf und suggeriert dabei, moderner, also vor allem vielfältiger und pointierter zu sein als bisher. Doch das einzige, was sich dabei im Kulturteil zuspitzt, ist das alte KONKRET-Problem mit diesem Anhängsel selbst. Zwei Texte befassen sich mit faschistischer Geschichtsschreibung und ebensolchem Film (keine Einwände dagegen), einer handelt von einer vor 30 Jahren aktiven Künstlergruppe, vier Artikel amüsieren sich über die Populärkultur von heute (Prinzessin Diana, Wickert, Heino, Uwe Seeler), und die Beschäftigung mit aktuellen Büchern, Platten und Filmen wird auf drei Doppelseiten Fließtext verbannt.

Zugegeben, es ist wohl nicht besonders leicht, jeden Monat mehrere glänzende Essays über versteckte Zusammenhänge oder brandneue Strategien zu bringen. Aber müßte dann eine Auseinandersetzung, die diesen Namen verdient, nicht wenigstens mit dem jetzt und konkret vorliegenden Produkt/Werk beginnen (anstatt mit längst Erledigtem, von Kippenberger bis zu den Situationisten)? Es dominieren bequeme und ungefährliche Besserwisserhaltungen (vor allem gegenüber Populärkultur), die nicht nur völlig uninteressant, sondern heute auch billig und überall zu haben sind – was man beispielsweise daran sehen kann, daß KONKRET-Autor Henschel eben damit auch in der »Taz« und der »FAZ« prima ankommt. Ist die Kulturwelt wirklich so leicht in Gut und Böse aufzuteilen (genaugenommen: nur in Böse)? Ist es nicht eigentlich interessant, das zu diskutieren, was nicht schon von vornherein klar ist (und vielleicht auch widersprüchlich bleibt)? Oder ein angreifbares »Ja« zu sagen zu etwas, das sich nicht ausschließlich und direkt mit dem Hauptwiderspruch begründen läßt? Vermutlich könnte wohl auch kaum ein KONKRET-Leser eine künstlerische/kulturelle Leistung nennen, hinter die sich KONKRET in den letzten Jahren gestellt hat ...

Die Frage dabei ist doch: Traut KONKRET der Kunst irgend etwas zu, das nicht schon von der politischen Theorie formuliert wurde? Und wenn nicht, bemüht man sich etwa um eine Übersetzung von Kommunismus in Kultur? Andernfalls könnte sich der Verdacht bestätigen, für KONKRET-Macher (und -Leser?) sei Kultur im besten Falle ein harmloses Vergnügen. Weil mir aber immer noch etwas an beiden Sachen liegt, wünsche ich mir mehr Texte in KONKRET (die ja auch immer mal wieder auftauchen), die Herausforderungen annehmen und bei denen ich nicht schon vorher weiß, was am Ende Uninteressantes oder bestenfalls Ehrenwertes herauskommt. (Das typische KONKRET-Gegenargument würde dazu ungefähr lauten: Besser ehrenwert und langweilig als sensationell und korrupt. Kann man Hilflosigkeit besser auf den Punkt bringen?)

Karl Berg

Frankfurt am Main

Pannendienst

KONKRET 12/95: »Ein Jahrhundert wird besichtigt« von Georg Fülberth

Es mag sein, daß Eric Hobsbawm nicht zu Unrecht als »letzter einflußreicher linker Intellektueller Großbritanniens« gilt. Dafür spräche, daß *Age of Extremes. The short twentieth century 1914-91* tatsächlich stilistisch und inhaltlich ein rechter Leckerbissen für jeden historisch interessierten Zunftgenossen sein könnte, läse man es nur im Original und nicht, wie von Fülberth nahegelegt, in der schlechten deutschen Übersetzung, besorgt von Y. Badal.Textprobe: »Denn man war allgemein davon überzeugt, daß diese Revolution von der Sowjetunion und dem internationalen Kommunismus verkörpert wäre, diese beiden wiederum untrennbar mit der Revolution an sich verbunden seien, während die Revolution als solche auf Gedeih und Verderb ihrerseits von diesenbeiden abhängig sei.« Wort für Wort übersetzt, aber leider dabei gar nichts verstanden. So gehts nun nicht. An anderer Stelle wird ein Satz angefangen, und dann wird er, ach, so lang, daß am Ende der Anfang vergessen ist, und so ge-rät der ganze Gedankengang zur Farce: »Die Bolschewiken konnten ihre Macht nicht nur wahren ..., halten ..., sondern auch über Jahre ... hinweg... Wirtschaftskollaps.« Das verlorene Wort heißt nicht »kollabieren«, sondern »ausbauen«.

Ich möchte niemanden mit weiteren verunglückten Sätzen langweilen, sondern nur darauf hinweisen, daß das ehrwürdige Original zu bevorzugen ist. Wer knappe 70 Märker in den Bucherwerb steckt, sollte sich nicht ständig über Übersetzungspannen ärgern müssen.

Michael Günther

Kiel

MfS-Lektüre

KONKRET 1/96: »Ich würde es noch mal so machen« – Gespräch mit Hermann Kant

»Meine Antwort ... war aber so, daß Rathenow sie genommen hat, zu seinem Anwalt gegangen ist, der hat sie zum Staatsanwalt getragen, der hat daraufhin das Verfahren gegen Rathenow niedergeschlagen. Warum sagt Herr Rathenow das nicht? Weil sein Anwalt Gysi hieß?« (Hermann Kant)

Weil durch die Freilassung nach zehntägiger Haft (erzwungen durch öffentliche und nichtöffentliche Proteste, der später abgeschickte doppeldeutige Brief von Kant gehörte nicht dazu) die Einstellung des Verfahrens vorprogrammiert war. Weder in der Erinnerung, noch laut Akten spielte der Brief Kants eine wesentliche Rolle. Übrigens entschied nicht der Staatsanwalt über das Ende des Verfahrens, er führte Weisungen aus. Und ein Anwalt mußte keine Briefe weitertragen, über mich war eine offizielle Postbeschlagnahme verhängt, das MfS las alles zuerst. Immerhin schadete mir damals Kant nicht. Später schon, durch falsche Behauptungen, hervorgerufen durch seine Schwierigkeiten beim Wahrnehmen von Wirklichkeit. Wie im letzten KONKRET-Interview. Wann habe ich z.B. behauptet, ich sei durch die DDR gehindert worden, ein bedeutender Literat zu werden? Meine Nachwendetexte mögen die Leser von *Sisyphos* beurteilen. Zu Kants Urteilsfähigkeit rekapituliere ich seinen Hinweis auf Wolfgang Hilbig: der habe sich von den Verhältnissen in der DDR trotz Schwierigkeiten nicht beeindrucken lassen. Deshab verlegte er seinen Wohnsitz in den achtziger Jahren wohl in den Westen.

Lutz Rathenow

Berlin

Distanzierung

KONKRET 1/96: »Außerhalb der Dienstzeit« von Otto Köhler

Ltd. Archivdirektor Dr. Manfred Kehrig, Leiter der Abteilung VI, Bundesarchiv-Militärarchiv, hat zur jüngsten Veröffentlichung von Dr. Joachim Hoffmann *Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945* einen Waschzettel verfaßt, der nach seinen Angaben ohne sein Wissen als Geleitwort unter Nennung seiner dienstlichen Funktion veröffentlicht worden ist. Die von Herrn Kehrig getroffenen Aussagen sind zum Teil verkürzt und mißverständlich; seine Aussagen zur Bewertung des historischen Ereignisses wie zur zeitgeschichtlichen Forschung der zurückliegenden Jahrzehnte werden von den Archivaren des Bundesarchivs nicht geteilt. Diese stellen die persönliche Meinung Dr. Kehrigs, nicht die des Bundesarchivs dar. Die dienstliche Bewertung des Vorgangs wie die Prüfung eventuell zu ziehender Folgerungen sind eingeleitet.

Bundesarchiv

Der Präsident

Koblenz

Verzapft

KONKRET 1/96: »Würstchen mit Haarteil« von Gerhard Henschel

Meine Liebste befand sich anläßlich eines Bildungsurlaubs kürzlich in Bad Münstereifel, dem Wohnort von Heino. Als sie morgens ihr Auto nachtanken mußte, begegnete ihr o.g. Volksliedsänger an der Tankstelle. Meine Liebste erzählte mir davon und antwortete auf meine Frage, was denn der Sänger getankt habe, genau wüßte sie es nicht, nehme aber an: »Normal«.

Dirk Herbrechter

Saterland

Konkret 02/96, S. 9

Hermann L. Gremliza

Vorsicht, Tenöre!

Der deutsche Kapitalismus fühlt sich, hoffentlich zu Recht, von den Massen bedroht, die er ausbeutet... Die gerechte Wut der abhängigen Massen, ihre ungeheuren, im Alltag der Ausbeutung aufgestauten Aggressionen müssen von ihrem wahren Ziel, der herrschenden Klasse, abgelenkt werden... Nur wenn (sie) festhält an den großen gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die allein ihre Einheit herstellen können: Aktionen gegen den Imperialismus, gegen die Nato, gegen die Notstandsverfassung, nur dann wird die neue Opposition im Ernst das werden, wozu Springer sie vorschnell ernannt hat: zum Feind, der das imperialistische System von innen her bedrohen kann.

Das war einmal ihr Credo, aufgesagt von ihrem Chefessayisten, verbreitet durch ihr Zentralorgan: H. M. Enzensberger im »Kursbuch« 1968 über Deutschlands »neue Linke«. Nicht weil in ihm die ganze Wahrheit oder viel unfreiwillige Komik liegt, steht es hier, sondern weil es in beidem die Stelle markiert, von der die Damen und Herren einst aufgebrochen sind, die heute, wenn ein Wort wie Kapitalismus, Ausbeutung, abhängige Massen, Imperialismus fällt, so rot werden wie einst – vor gerechter Wut auf den, der es gebraucht.

Nicht schelten will ich die Söhne und Töchter aus besserem Hause, die um einiger Erkenntnisse und daran geknüpfter Hoffnungen willen auf manche der für sie bestrichenen Bemmen verzichtet haben, daß sie nach all den bitteren Enttäuschungen, welche die abhängigen, aber undankbaren Massen, die erniedrigten, aber seltsamen Völker und das politische Leben überhaupt ihnen bereitet haben, resigniert und ihre Bemühungen, die sie »Kampf« zu nennen pflegten, aufgegeben haben. Ihre Kapitulation ist eher zu gut als schwer verständlich, und wer für den Rest seiner Jahre sich ins bürgerliche Leben zurückziehen will, gehe in Frieden: in die Oberstadt, wie seine Brüder, zu den »hochgestellten Frauen, schnellen Wagen und Musik, blond und laut und honigdick«, wie es ihnen Degenhardt schon vorgesungen hat, als Enzensberger und tutti quanti noch nicht wußten, was Kapitalismus ist, und lange bevor sie es nicht mehr wissen wollten.

In Frieden heißt: Er gebe Ruhe. Und dekoriere seine Kapitulation nicht als Lernprozeß und Läuterung, die aller Welt täglich kund zu machen die Pflicht des Bekehrten sei. Das aber scheint denen, die wg. Marx & Engels damals keinen vernünftigen Beruf erlernt haben, heute also nicht in Vatis Bank- oder Immobiliengeschäft einsteigen können und darum als öffentliche Redner oder Schreiber zu Geld kommen müssen, nicht gegeben, im Gegenteil: Kaum einer, der nicht aus seiner politischen Pleite das Kapital seines neuen Geschäfts schlägt, der nicht, wie der Frauenmörder von den Exklusivrechten an der Schilderung seiner Untaten, die Darstellung seiner (und seiner Genossen) frühen Verfehlungen verkauft, wobei hier wie dort die daraus gezogene Moral den bürgerlichen Nutzen, das Zeilenhonorar, beträchtlich mehrt.

Einige der Methoden, die dabei angewandt werden, seien hier skizziert – nicht in der Hoffnung zwar, die *Petenti* bei einem Publikum, das Tenöre liebt, herabsetzen zu können, aber doch aus Freude an dem Schaden, den das Ansehen der Reuesänger bei den wenigen nehmen mag, die in der Zeitenwende das Lesen nicht verlernt haben.

Die Columbus-Masche: Im Anfang ist die Entdeckung. Der künftige Renegat bemerkt, daß die Linke nicht frei von jenen Fehlern ist, die sie den Herrschenden vorwirft. Es gebe, zum Beispiel, auch auf der Linken Antisemiten. Es sind und waren stets weniger zwar und mit unvergleichlich geringeren Folgen, aber doch blamabel viele. Er macht sie zu seinem Thema, das von jenen, die sich bis dahin allein der Judenvernichtung beschuldigt sahen, mit Dank quittiert wird. Wer diese Koalition kritisiert, ist Verteidiger des Antisemitismus, Antisemit also. Den Antisemitismus, den es zuerst *auch* links gab, gibt es nun nur noch auf der Linken. Daß der unbestechliche Feind des Antisemitismus für seinen einsamen Kampf schließlich den Beifall der Partei Globkes, Oberländers, Filbingers und Ziesels findet – was kann er dafür? (Andere machten ihren Columbus mit linkem Rassismus, linkem Sexismus undsoweiter.)

Die Nonkonformisten-Masche: Der künftige Renegat erfährt für seine Kritik an der Linken Kritik. Da andere als linke Kritik ausbleibt, sieht er diese in der Mehrheit, den *mainstream* bildend. Er flüchtet vor dem »Konformitätsdruck« des »Meinungskartells« in eins, zwei, drei, viele der wenigen Widerstandsnester des Nonkonformismus: »Spiegel«, »Zeit«, »Frankfurter Allgemeine Rundschau«, »Süddeutsche Zeitung«, »Welt«, »Focus«, die dem Verfolgten publizistisches Asyl gewähren.

Die PC-Masche (Nachfolgemodell der Nonkonformisten-Masche): Der künftige Renegat begeht einen sogenannten Tabubruch, indem er etwa verlangt, es müsse über die wachsende Ausländerkriminalität diskutiert werden. Als er Widerspruch findet, nennt er diesen ein »Denkverbot«. Ermutigt von dem ungewohnten publizistischen Aufsehen, das er – zum ersten Mal – erregen konnte, macht er sich auf die Suche nach weiteren »Denkverboten« und »Sprachregelungen«, die er fälschlich mit dem amerikanischen Begriff *political correctness* belegt, womit seine Klappe zwei Fliegen Beine macht: der Meinungsfreiheit und dem Antiamerikanismus. Daß das, was er PC nennt, in Deutschland nicht mehr bezeichnet als das

ungesicherte zivilisatorische Minimum, Ausländer nicht häufiger anzuzünden als zur Abschaffung des Asylrechts nötig, behauptet nur das konformistische Meinungskartell, dargestellt etwa durch KONKRET.

Die »die Linke gibt es nicht mehr«-Masche: Weil mit dem Ende des realen Sozialismus der »Bezugsrahmen« verschwunden sei, den die Oktoberrevolution für die Linke der ganzen Welt bedeutet habe, gebe es eine Linke nicht mehr, sagt der künftige Renegat. Im Verlauf seiner Entwicklung schreibt er, erst wie versehentlich, das große L klein. Nicht die politische Formation, die Linke, ist obsolet geworden, sondern alles, worauf linke Theorie basiert. »Die Linke gibt es nicht mehr« heißt schließlich: Kapitalismus, Ausbeutung, abhängige Massen, Imperialismus interessieren nicht mehr.

Die »der Kapitalismus ist an allem schuld«-Masche: Gegen die Penetranz mancher Linker, jede Diskussion gesellschaftlicher Widersprüche mit dem Hinweis auf den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit abzubrechen, entwickelt der Renegat einen Anti-Vulgärmarxismus. Mit der Zeit erfreut dieser sich in der bürgerlichen Gesellschaft noch größerer Beliebtheit als der Vulgärmarxismus einst bei der FDJ, bis er zum jenem vulgären Antimarxismus gereift ist, in dem der Kapitalismus an nichts schuld ist.

Die »links ist heute ganz was anderes«-Masche: Mit ihr ist schon Michail Gorbatschow zu spät gekommen. Aus der Einsicht, daß die schönste Weltrevolution nichts nützt, wenn die Welt von einem Atomkrieg oder einer Klimakatastrophe verwüstet ist, zieht der Renegat den Schluß, daß es besser sei, die ausgebeutete Klasse stelle ihren Kampf ein und erkläre das Interesse der herrschenden Klasse zum allgemeinmenschlichen. Die Linke erhält die ehrenvolle Aufgabe, uneinsichtige Klassenkämpfer zu entwaffnen und das Ozonloch zu schließen.

Ich weiß, daß ich mit diesem Katalog mal wieder »im Phänomenologischen hängenbleibe«, ein altes Übel, das mir vor vielen Jahren Genossen des MSB Spartakus attestiert haben, die aber nicht dort hängengeblieben, sondern als Redakteure zu Bertelsmann oder als Geschäftsführer zu den Grünen gegangen sind – durchaus nicht zur totalen Verblüffung des Phänomenologen, der ja auch zu der Zeit, als er die Besetzung der Häuser an der Hamburger Hafenstraße lobte, die den Bewohnern jetzt in einer Art Kaufmiete übereignet wurden, keinen Zweifel hatte, daß das Endziel aller Autonomie die Eigentumswohnung ist.

Warum sagt nicht ein einziger auch nur ein einziges Mal: Genossen, mir reicht’s, ich geb auf; alle Deppen um mich herum haben Karriere gemacht, fliegen im Winter auf die Seychellen, und ich muß mich *last minute* von Neckermann in die Türkei karren lassen, morgens an der Bushaltestelle spritzen sie mich mit ihrem 7er BMW naß, genug, jetzt will ich auch mal? Wäre doch ok. Auch wenn (oder lieber: weil) die Beobachtung lehrt, daß die Entscheidung fürs Dabeisein in den meisten Fällen weder der Liebe noch der Leber bekommt.

Denn in Wahrheit ändert alles nichts: Der kommunistische Denunziant wird zum antikommunistischen Denunzianten, der linksliberale Intrigant wurde zum rechtsradikalen, der maoistische Holzkopf zum zivilgesellschaftlichen. Keiner weiß das besser als jeder Renegat. Für ihn hat sich nichts geändert als der Hubraum und die Selbstachtung. Er ist etwas größer geworden, sie etwas kleiner.

Konkret 02/96, S. 10

Herrschaftszeiten

Zivilgesellschaft

Im Jahr 1995 sind in den USA 56 Strafgefangene im Auftrag des Staates ermordet worden. Für 1996 rechnen Gegner der sogenannten »Todesstrafe« mit etwa 100 solcher Morde.

Una sancta I

Vatikanstadt – Der aus dem Landkreis Regensburg stammende Weihnachtsbaum für den Papst ist am Montagmorgen auf dem Petersplatz eingetroffen. Dabei legte der Tieflader mit der 27 Meter langen Fichte für einige Zeit den Berufsverkehr lahm: Mit drei Begleitfahrzeugen und Polizeieskorte hatte der Sattelschlepper zwar wie geplant in den Nachtstunden den Autobahnkontrollpunkt Roma-Nord erreicht, allerdings traf die römische Polizei, die den Baum durch die Stadt dirigieren sollte, mit Verspätung ein. Mit einem Hebekran wurde der Baum aufgerichtet und fixiert. Der zu Monatsanfang gefällte Baum, der von Fürstin Gloria von Thurn und Taxis gestiftet wurde, war am Samstag in Oberhinkofen im Landkreis Regensburg auf den Weg gebracht worden.

Wachstum

Was zusammengehört, wächst auseinander. Im Auftrag der »Süddeutschen Zeitung« haben die Demoskopen von Infratest Burke den Deutschen 1995 einige Fragen vorgelegt, die ihnen schon 1990 einmal gestellt worden waren. Auf die Frage »Finden Sie alles in allem das Gesellschaftssystem der früheren BRD oder das der früheren DDR besser?« hatten die Ostdeutschen vor fünf Jahren mit 51 Prozent für die BRD, mit 11 Prozent für die DDR votiert, die übrigen waren unentschieden. 1995 zogen nur noch 33 Prozent die BRD vor, aber 22 Prozent die frühere DDR, 34 Prozent mochten keine von beiden, der Rest antwortete nicht.

Minuswachstum

1991 gab es in Ostdeutschland 158 Industriearbeitsplätze pro tausend Einwohner. 1995 waren es noch 39.

Wiedergutmachung

Vierzig Jahre lang hat dieser Text nicht erscheinen können:

War ein NS-Richter ein Richter im rechtsstaatlichen Sinne? War ein Rechtsanwalt in Nazi-Deutschland wirklich ein Rechtsanwalt? Man kann diese Fragen bündig beantworten: nein. Wer glaubt, das werde einzelnen nicht gerecht, da es gewiß auch in NS-Deutschland anständige, im Rahmen des Möglichen um das Recht von Angeklagten, um das Interesse der Mandanten bemühte Richter und Anwälte gegeben habe, verkennt das Problem. Denn das ist gerade jener Rahmen des Möglichen: Den steckte in NS-Deutschland die NSDAP ab. NS-Deutschland war kein Rechtsstaat. Deshalb kannte es keine unabhängigen Richter – und nur ein von den politischen Machthabern unabhängiger Richter kann Recht sprechen. Deshalb auch gab es in NS-Deutschland nicht wirklich Rechtsanwälte – nur in einer vom Rechtsstaat geschützten Zone kann ein Anwalt seine Aufgabe erfüllen, die Interessen des Mandanten wahrzunehmen. Und deshalb ist es im Sinne des Wortes standeswidrig, Rechtsanwälte des Unrechtsstaates NS-Deutschland als Rechtsanwälte im Rechtsstaat Bundesrepublik praktizieren zu lassen.

Vierzig Jahre lang hielt die »Frankfurter Allgemeine« das satzfertige Manuskript un-ter Verschluß, weil die Herausgeber fürchteten, ihre treue-sten Abonnenten zu verprellen. Am 29. Dezember 1995 endlich hat sie es doch noch in Druck gegeben, nach geringfügiger stilistischer Bearbeitung zwar (aus NS wurde DDR, aus NSDAP wurde SED, aus Nazis wurden Kommunisten), aber immerhin.

Kleine Freuden 1

Ein türkisches Kampfflugzeug des Typs Phantom ist westlich der griechischen Insel Lesbos abgestürzt.

Menetekel

»Die Grünen würden ihre Überzeugung notfalls an der Garderobe abgeben.« Das ist nicht neu – aber daß es jetzt schon die ehemalige FDP-Bundesministerin LeutheusserSchnarrenberger weiß. Und der Gauweiler von der CSU sagt für das Jahr

2.000 voraus, daß dann Joschka Fischer als »Vorsitzender des Seniorenbeirats« der Stadt Frankfurt »heftig vor linkem Extremismus und jugendlicher Bilderstürmerei« warnen werde.

Una sancta II

Seit drei Wochen telefoniert sie mit dem »Verein für Umsiedlung«. Schwester Aneta möchte wissen, wann der nächste Umsiedlertransport stattfindet. Seit vielen Jahren lebt und arbeitet sie im Kloster der Schwestern vom heiligen Blut in Banja Luka. Auch der heldenhafte Bischof Komarica, der seit Mai 1995 unter Hausarrest steht, aber immer wieder Wege fand, telefonisch die Welt auf die Lage in Banja Luka aufmerksam zu machen, hat Flüchtlinge in sein enges Bischofshaus aufgenommen.

Arbeit, fertig, los

Arbeitsminister Norbert Blüm hat’s nicht leicht. Gerade haben er und sein Nürnberger Verwalter Jagoda die Zahl der Arbeitslosen noch auf 3,6 Millionen heruntergeschönt, da sagen ihre Chefs, was Sache ist: Rechne man die versteckten Arbeitslosen mit, gebe es 1996 gut 6 Millionen, erklärten übereinstimmend der Münchner Unternehmensberater Berger und der Leiter des Wirtschaftsressorts der »FAZ«, Barbier.

Kleine Freuden 2

In der Nacht auf den 2. Januar ist bei Woggershausen (Mecklenburg-Vorpommern) ein Jäger auf einem Hochstand erfroren. Halaklirr!

Preisfrage

Woher kommt und auf welchem Weg der Autor dieser Einfälle:

Während in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts vor allem die gottlosen Diktaturen des Nationalsozialismus und des stalinistischen Regimes... Als Bürger und als Christ scheint mir, daß das Grundgesetz einen äußerst klugen Konsens gefunden hat... Der Sonntag bzw. der Sabbat sind das Geschenk eines 3.000 Jahre alten religiösen Gebots, sie sind – wie es der Philosoph Robert Spaemann formulierte – der Baum, unter dem sich unsere Zivilisation seit Jahrtausenden ausruht... Aufklärung und Religion können gut zueinander passen.

Aus der Jungen Union? So einer hätte es nicht nötig, die Bekenntnisse zu Vatis Maximen derart penetrant aufzulisten: böser Stalin, gutes Grundgesetz, herrliches Abendland. Die Red. tippt eher darauf, daß der beflissene Missionar als Vorbeter aus einer anderen heiligen Schrift, der sogenannten Mao-Bibel, angefangen hat, später zu den Grünen und – wie fast alle deutschen Jünger des Großen Vorsitzenden – auf deren rechten Flügel gewechselt ist, für den er Abgeordneter, vielleicht sogar Minister wurde bzw. noch werden will. Er könnte gut aus dem Schwäbischen stammen, aus dem frommen Sigmaringen vielleicht, Lehrer sein und Dominus Vobiscum oder Winfried Kretschmann heißen.

Kleine Freuden 3

Am 21. Dezember hat der freiwillige Marinesoldat B. auf der deutschen Fregatte »Karlsruhe« vor der jugoslawischen Adriaküste in Verteidigung seines Vaterlandes gegen den Angriff der Serben »in Erfüllung seiner Pflicht für die Bundesrepublik Deutschland und für den Frieden bei einem tragischen Unfall sein Leben verloren« (Kriegsminister Rühe).

Stasi

Emnid hat ermittelt, daß 10 Prozent der Bundesbürger bereit sind, als Spitzel des Verfassungsschutzes zu arbeiten. Das macht, Kinder abgerechnet, etwa 5 Millionen potentielle Zuträger. Auch auf diesem Gebiet hat die DDR das deutsche Menschenmaterial nicht voll nutzen können.

Ehrung

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion des Bundestags, Rupert Scholz, hat verlangt, die PDS in Bund und Ländern vom Verfassungsschutz observieren zu lassen. Womit hat die das verdient?

Una sancta III

Der Erzbischof von Köln, Kardinal Meisner, hat die Katholiken aufgerufen, sich in der Öffentlichkeit gegen Gotteslästerung zu wehren. Namentlich in Deutschland werde das Bild von Christus wie auch das von Maria in übelster

Weise verhöhnt und verspottet. Selbst die Gerichte wiesen Anträge auf Verbote solcher Gotteslästerungen mit dem Hinweis auf die Meinungsfreiheit zurück. »Ist es da erstaunlich, daß – wenn der Inbegriff der christlich-humanen Existenz, nämlich Gott, diffamiert wird – seine Abbilder, die Menschen, geschmäht, verachtet und getötet werden? Ich erinnere hier nur an die jüngsten Massaker in Bosnien und Herzegowina.«

Aberglauben

Das Oberverwaltungsgericht Berlin hat den Zeugen Jehovas die gleichen Rechte zugesprochen, die für andere Religionsgemeinschaften gelten. Das Urteil hat mehrere andere Mitbewerber am Aberglaubensmarkt alarmiert, die ihre hauptamtlichen Konkurrenzbeobachter gerne »Sekten-Beauftragte« nennen. Der »Sekten-Beauftragte« der Katholen, Heinz Gasper, nannte das Urteil eine »Langzeitbombe«. Der »Sekten-Beauftragte« der Evangelen, Thomas Gandow, sprach von einem »Bonbon« für die Zeugen. Die »Sekten-Expertin« der ökumenischen Sozialdemokratie, die SPD-Bundestagsabgeordnete Renate Rennebach, schimpfte die Entscheidung ein »Fehlurteil«. Und dann gingen sie hin, aßen den Leib des Herrn und tranken sein Blut auf Marias unbefleckte Empfängnis, ex.

Halbgott in Gelb

Deutschlands Außenminister Kinkel (FDP) will verfügen, daß nur jene Staaten des ehemaligen Jugoslawien Hilfe für die Beseitigung der Schäden des von seinem Vorgänger Genscher (FDP) angeheizten Bürgerkriegs erhalten, die diejenigen ihrer Bürger zur Bestrafung ausliefern, denen die Uno, die Nato oder deren Hilfsorganisationen Kriegsverbrechen vorwerfen.

Una sancta IV

Für ein breites Engagement der katholischen Kirche in Rundfunk und Fernsehen hat sich der Präsident des päpstlichen Medienrates, Erzbischof John P. Foley, ausgesprochen. Eine der großen Tragödien sei es, »daß so viele Leute nicht wissen, welche gute Arbeit im Namen Jesu Christi geleistet wird«. Die Kirche solle deshalb interessante Stoffe für die Berichterstattung von Presse, Rundfunk und Fernsehen anbieten.

Herr Kollege

Wenn das Zentralorgan der deutschen Bourgeoisie den Sprecher der deutschen Arbeiterklasse fragt, was sein Traum vom Glück sei, antwortet der adrett wie ein frisch beförderter Handlungsgehilfe zurechtgemachte DGB-Vorsitzende Dieter Schulte würzig und doch mild, beflissen und doch verwegen: »Ohrringe, lange Haare, griechische Insel.« Wie der geborene Prämiensparer sich den Mann von Welt vorstellt. Und so hat der Vorstand der Deutschen Bank immer was zu schmunzeln.

PK

Neues aus der Propaganda-Kompanie: Die Nahkampfspange des Monats erhält diesmal Hans Monath von der »Taz« für seinen Beitrag »Soldaten für den Frieden«, Untertitel: »Beteiligung eigener Streitkräfte an der Friedenssicherung«, Bildzeile: »Soldaten üben die Friedenssicherung«, 1. Absatz: »Deutsche Beteiligung an der Friedenstruppe«, 2. Absatz: »Implementation Force zur Sicherung des Friedens«, 3. Absatz: »Friedensschaffende UN-Einsätze«, 4. Absatz: »Gegen Aggressoren zu verteidigen«, 5. Absatz: »Entsendung königlicher Friedenstruppen«, 6. Absatz: »Internationale Friedenstruppe«, 7. Absatz: »Militär zur Sicherung des Friedens«, 9. Absatz: »Friedenstruppe«, 11. Absatz: »Nato-Truppen, die den Frieden sichern«. Die Auszeichnung nahm Friedensminister Rühe in Anwesenheit des Generalfriedensinspekteurs Naumann bei einer Friedensfeier im Peace room der Berta von Suttner-Friedenskaserne persönlich vor.

Kleine Freuden 4/ Una sancta V

Der Herr über Leben und Tod hat am Fest der Unbefleckten Empfängnis Mariens den hochwürdigsten Herrn Päpstlichen Ehrenprälaten, Ehrendomherr der Erzdiözese Stettin, Domdekan Dr. jur. can. Helmut Theodor Kittel, Erzbischöflicher Offizial, im 70. Lebensjahr und im 44. Jahr seines Priestertums in die ewige Herrlichkeit gerufen.

Bevor Johannes Gross, hier mit Peter Scholl-Latour (l.), seine neue Talkshow im ZDF übernimmt, hat er schnell noch diesen Satz notiert: »Eine Gesellschaft, die mehr tut für die Alten als für Kinder, für Auswärtige als Einheimische, für Kranke als Gesunde, darf sich nicht allzu sehr wundern, wenn sie selber krank wird und alt und ungastlich.« Das ist die Marke, bei welcher der öffentlich-rechtlich approbierte Faschismus zur Zeit steht.

»Im Hinblick auf das Asylrecht ist die Todesstrafe keine erniedrigende und unmenschliche Bestrafung«

Kay Hailbronner, Rechtsvertreter der Bundesregierung im Asyl-Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht

Am Roten Platz im neuen Moskau: »In Rußland herrschen noch nicht Kapitalismus und Marktwirtschaft, sondern Schwindel und Gewalt«, schreibt die »FAZ« in einem ihrer Besinnungsaufsätze zum Wochenende. Und Springers »Hamburger Abendblatt« meldet: »Der Wahlsieg der Kommunisten gefährdet den Reformkurs der Regierung.« Selbst Jelzins Kanzleichef Filatow kün-digte »Korrekturen der Reformpolitik« an: »Man kann nicht die Armen weiter verarmen lassen.«

»Was mir vorschwebt, ist eine realistische, konkrete, greifbare und durchgerechnete Vision für dieses Land«

Wolfgang Thiele, Vorsitzender der PDS in Brandenburg

Konkret 02/96, S. 14

Otto Köhler

»Bumsti!«

Stell Dir vor, es ist Krieg, und alle finden's prima – Über das Wiederaufleben der Landsersprache in der deutschen Kriegsberichterstattung

»Walhalla«, so verweist mich das zuverlässige Universallexikon des Majors a.D. H.A. Pierer aus dem Jahr 1836, »siehe unter Zustand nach dem Tode«. »Walhalla«, so nannten nach einer Meldung der ebenfalls zuverlässigen ZDF-Nachrichtensendung »heute« die nach knapp 50 Jahren wieder eingefallenen deutschen Friedenstruppen ihre Silvester-Diskothek im damals wie heute ehemaligen Jugoslawien.

»Der Ort der Seligen (Valhall, Walhaull, Valhoell)«, so lesen wir an dem von Major Pierer angewiesenen Ort, »stand nur den im offenen Kampfe gefallenen Helden von edler Abkunft offen; auch Knechte adelte freiwilliger Tod, den sie wählten, um ihren erschlagenen Herren Folge zu leisten.« Da kann also aus so manchem einfachen Mann out of area etwas Vornehmes werden.

Zwei Tage vor dem Weihnachtsfest meldete Hamburgs »Morgenpost«: »Der Papa paßt in Bosnien auf.« Ein Foto zeigt Hauptmann Frömel mit Ehefrau Susanne und den Söhnen Simon (5) und Roman (3); Bildunterschrift: »Für Monate von der Familie getrennt«. Das soll auch Landsleuten passieren, die einen anständigen Beruf ausüben. Angst? »Aber sicher, die hat jeder von uns.« Es sei schon etwas anderes, mit Manövermunition zu schießen als mit scharfen Geschossen. Kein Held? Macht nichts. Dafür spielt die Ehefrau, noch ohne Witwenschleier, das Heldenweib. Frau Frömel auf die Frage nach der Angst: »Ich habe ein gutes Gefühl.« Warum? Ihre korrekte Antwort: Die Kroaten seien schließlich »sehr deutschfreundlich«. Und Simon und Roman, die Söhne? »Die wissen Bescheid.«

Tatsächlich? Bericht des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages vom Februar 1941 zum Stand der wirtschaftlichen Durchdringung Südosteuropas: »Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag (MWT) bearbeitet seit seiner Neuordnung im Jahre 1930 alle Fragen des mittel- und südosteuropäischen Raumes, ländermäßig gesprochen erstreckt sich seine Tätigkeit auf Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien, Rumänien, die Slowakei und Ungarn. Der Krieg hat die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu diesen Ländern noch wesentlich über die frühere Bedeutung hinaus gesteigert. Wir sahen deshalb in den ersten Monaten des Krieges unsere Aufgabe darin, die in jahrzehntelanger Arbeit gesammelten Erfahrungen des MWT in einer umfassenden Gutachtensammlung über ›Südosteuropa als wirtschaftlicher Ergänzungsraum für Deutschland‹ zusammenzufassen und dieses Material den maßgebenden Stellen zur Verfügung zu stellen ...«

Die Stellen verstehen. Ein, zwei Monate später marschieren Hitlers Friedensstreitkräfte in Jugoslawien ein, Wehrmacht und SS morden Männer, Frauen und Kinder – Juden und Serben zuerst. Deutschland errichtet den Vasallenstaat Kroatien. Knapp 50 Jahre später anerkennen Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher – der Bundeskanzler und der Außenminister des Rechtsnachfolgers des NS-Staates – in deutschem Namen als erste den Abfall des alten deutschen Vasallenstaates Kroatien und legen so Hand an Jugoslawien. Der liberale US-Journalist David Binder tituliert sie dafür im ARD-Presseklub als Kriegsverbrecher. Tatsächlich führt die Anerkennung zum großen Krieg in Jugoslawien und zu dessen erneuter Zerschlagung.

Gleichwohl kann man nicht sagen, daß der kleine Simon und der kleine Roman weniger Bescheid wissen als die meisten erwachseneren Deutschen auch. Die »Morgenpost«: »Der Drei- und der Fünfjährige haben erfahren, daß ›da Krieg war‹. ›Bringt Papa den Leuten was zu essen?‹, hat Simon gefragt. ›Nein, aber er paßt auf, daß sie wieder einkaufen können‹, erklärte die Mama.« Ja, er bringt den Menschen guten Willens endlich wieder die Freiheit, deutsche Waren kaufen zu dürfen.

Keine 24 Stunden nach dem von den Kriegsregierungsparteien, der Kriegskreditpartei und den Kriegsgrünen beschlossenen Kriegseintritt Deutschlands besteigt das erste ungeduldig wartende Vorauskommando der Bundeswehr das Truppentransportflugzeug zum Flug ins künftige Hauptquartier. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« inspiziert derweil schon mal den Geist der Truppe im Anschlußgebiet und findet Erfreuliches. Ja, so lieben wir unsere Ossis – »FAZ«: »Der Mann aus Leipzig liegt auf dem Bauch. Er sieht nach Osten, Richtung Polen ...« Der Mann aus dem Osten ist nicht arbeitslos, obwohl er seinen erlernten Beruf als Stukkateur nicht ausüben kann. »Vielmehr liegt er an seinem Platz auf Geheiß des Kommandanten eines Schützenpanzers, Typ ›Marder‹, in dem er die letzten Tage und Nächte verbracht hat ... Der Feind wird im Osten vermutet, wie zu den Zeiten, als der Mann selbst noch Feind war.«

Der Mann ist nicht bei Sinnen. Denn, »FAZ«: »Der Mann klagt nicht.« Er ist ein Gefreiter und »hadert nicht mit seinem Entschluß, zur Bundeswehr gegangen zu sein«. Der Mann ist verrückt: »Und er klagt doch. Zu ›lasch‹ sei es ihm oft zugegangen.«

Der stellvertretende Brigadekommandeur »sieht sehr zu seinem Mißbehagen vor sich Maschinengewehrsalven die Erdkrume aufwirbeln«. Ist er Pazifist? Im Gegenteil, die »FAZ« beruhigt: »Was ihn ärgert, ist, daß der das

Maschinengewehr bedienende Stabssoldat offenbar zu tief hält, das Ziel verfehlt. ›Wie weit ist Ihr Ziel entfernt, Gefreiter?‹ – ›Vierhundert Meter, Herr Oberstleutnant.‹ – ›Auf welche Entfernung ist ihr Visier eingestellt?‹ – ›Auf einhundert Meter.‹« Unser Kriegsberichterstatter, echt betroffen: »Über solche Dinge ist der Oberstleutnant erzürnt, beteuert gleichzeitig, daß seine Männer sonst besser schössen.«

Bundeswehr-Major Hans-Dieter Walter gab sich bereits als Oberleutnant mit Treffern auf kürzere Entfernung als hundert Meter sehr zufrieden. Allerdings mußte er schon früh – darauf kommen wir noch – bei längerem Schießen am Feierabend bei seinen Soldaten gewisse »seelische Hemmungen« konstatieren.

Wie auch immer, nachdem das Grundgesetz, das ursprünglich nur die Kriegsdienstverweigerung kannte, der Wehrpflicht dienstbar gemacht wurde, ist diese nach allgemeiner Einsicht unabdingbar. Viele kämen, so orientiert die »Frankfurter Allgemeine«, »erst durch staatlichen Zwang auf den Geschmack, den Soldatenberuf zu dem ihren zu machen«. Das Vertrauen in die eigene Anziehungskraft sei »in den Streitkräften offenbar begrenzt«,bedauert das Blatt unter Hinweis auf »die vielen Wehrdienstverweigerer«. Der Schützenpanzer Marder etwa würde sich in einem wehrpflichtlosen Deutschland nie zurechtfinden: »Ohne Wehrpflichtige führe er nicht, schösse er nicht, er würde nicht bewacht und nicht gewartet. Nur kommandiert. Das ›Panzer halt! Panzer marsch!‹ des Kommandanten verhallte ungehört und unbefolgt in der Weite des Übungsplat-zes. Viele Funkgeräte blieben unbedient, die Offiziere müßten sich selber fahren, und selbst das stärkste ›Tier‹ des Heeres, der Kampfpanzer ›Leopard II‹, müßte im Stall bleiben.«

Zweifellos ein sachdienlicher Hinweis. Genau, das hat ja auch schon Brecht gewußt:

General, Dein Tank ist ein starker Wagen.

Er bricht einen Wald nieder und zermalmt hundert Menschen.

Aber er hat einen Fehler:

Er braucht einen Fahrer.

Aber Brecht und das Frankfurter Blatt irren. Der wunderschöne »FAZ«-Alptraum, in dem die Panzer-Marsch-Kommandos ungehört und unbefolgt verhallen, ist auch nach Deutschlands zweitem Weltkrieg fern der Wirklichkeit. Zwar hat die Zahl der Wehrdienstverweigerer einen Rekordstand erreicht, doch die Mehrheit der jungen Deutschen hat dumm und unbelehrt die Uniform angezogen und ist ebenso ängstlich wie entschlossen zum Zermalmen angetreten. Sachlich. Wie das Zweite Deutsche Fernsehen.

Aufmacherbericht im ZDF-Mittagsmagazin am 2. Januar aus Split über den »Kommandowechsel«: »Kein Tschingderassabum, kein Pathos, keine alten Zöpfe, sachlich vollzieht die moderne Bundeswehr den Kommandowechsel für die Truppen in Kroatien.« Irgendein Generalmajor wird von einem Brigadegeneral abgelöst und erläutert ihm beim Morgenappell: »Nach Charakter und Können hat man Sie nun für das schwerste Kommando ausgewählt, das in den deutschen Streitkräften zu vergeben ist. Auf Ihnen lastet die Verantwortung für diese Männer und Frauen vor ihnen ... » Und so fort – ja, auch Blitzmädel sind wieder dabei.

Diese Männer und Frauen, erzählt der ZDF-Reporter, »seien die Besten, sie werden die Besten sein müssen, sagt der Generalmajor, und der Aufbau der Einsatzbereitschaft ohne Zweifel die schwierigste Aufgabe«. Der ZDF-Mann fragt den Mann an der Waffe: »Haben Sie Angst?« Antwort: »Was heißt Angst?« Das Mittagessen gibt es aus der Gulaschkanone. Am gleichen Abend kann man das vom ZDF geleugnete Tschingderassabum bei Arte in lautstarkem Blech hören: die mutmaßlich dritte, wenn nicht doch erste Strophe des Gesangs, den ich seit meiner Geburt nur als Vorspiel zum Horst-Wessel-Lied der SA kenne.

Und dann höre ich im Fernsehen, daß der Frachter Gleichberg »drei Tage früher als geplant« in Kroatien zur Ergänzung »des inzwischen 628 Mann und Frau starken deutschen Nato-Kontingents« eingetroffen sei. Neue Parole: »Die beschauliche Zeit des Containeraufbaus ist vorbei, endlich eine richtige militärische Aufgabe für die deutschen Soldaten, so jedenfalls die Stimmung in der Truppe. Und mit dem nächsten Schiff werden auch deutsche Panzer in Kroatien ankommen.«

Bei der »Hannoverschen Allgemeinen Zeitung« weckt das alles »Erinnerungen an gefrorene Finger und klamme Klamotten« und zugleich die Hoffnung, daß »kleine Probleme wie diese, nicht die großen Fragen von Leben und Tod die deutschen Soldaten in den kommenden Wochen beschäftigen«. Aber auch ohne Fahrt nach Walhall sollte das einfache Biwakieren »die Hochachtung« vor den Militärs »nicht mindern«, denn: »Während in der deutschen Wohlstandsgesellschaft rundherum der Rückzug ins Private angesagt ist, brechen sie zu einem Dienst am Ganzen auf und verzichten auf Annehmlichkeiten ...« Auf die kann auch der Heeresinspekteur der Bundeswehr, Hartmut Bagger, verzichten. Er erläuterte vor Journalisten in Bonn den Kampfauftrag seiner Truppe: »Jeder, egal, wer es ist, muß wissen, daß man ungestraft keinen deutschen Soldaten angreift.«

Das weiß man in diesem Land – seit 1941. Befehl des damaligen Kommandierenden Generals der deutschen Friedensstreitkräfte im ehemaligen Jugoslawien, Franz Böhme, vom 10. Oktober: »Treten Verluste an deutschen Soldaten oder Volksdeutschen ein, so haben die territorial zuständigen Kommandeure bis zum Rgts. Kdr. abwärts umgehend die Erschießung von Festgenommenen in folgenden Sätzen anzuordnen: a) für jeden getöteten oder ermordeten deutschen Soldaten oder Volksdeutschen (Männer, Frauen oder Kinder) 100 Gefangene oder Geiseln, b) für jeden verwundeten deutschen Soldaten oder Volksdeutschen 50 Gefangene oder Geiseln. Die Erschießungen sind durch die Truppe vorzunehmen. Nach Möglichkeit ist der durch den Verlust betroffene Truppenteil zur Exekution heranzuziehen.« Wichtig: »Die bei Kampfhandlungen von der Truppe gefangenen Kommunisten sind grundsätzlich am Tatort als abschreckendes Beispiel zu erhängen oder zu erschießen.« Und nicht vergessen: »Ortschaften, die im Kampfe genommen werden müssen, sind niederzubrennen ...«

Begründet hatte General Böhme das schon am 25. September in einer Verfügung an alle Offiziere und Mannschaften, in der er die Notwendigkeit des neuen Krieges auch gegen die Bevölkerung mit einem Hinweis auf den letzten Krieg erläuterte: »Wenn hier nicht mit allen Mitteln und der größten Rücksichtslosigkeit vorgegangen wird, werden unsere Verluste ins Unermeßliche steigen. Eure Aufgabe ist in einem Landstrich durchzuführen, in dem 1914 Ströme deutschen Blutes durch die Hinterlist der Serben geflossen sind. Ihr seid die Rächer dieser Toten. Jeder, der Milde walten läßt, versündigt sich am Leben seiner Kameraden.«

Seit dem humanitären Einsatz der Bundeswehr in Somalia ist eine gewohnheitsrechtliche Regelung hinzugetreten: Einwohner, die in ihrem Land befindliche Lager der Bundeswehr unaufgefordert betreten, können als mutmaßliche Diebe umstandslos erschossen werden.

Der Reporter des »Hamburger Abendblatts« (»Mit der Heimat im Herzen die Welt umfassen«) darf beim weltweiten Einsatz nicht fehlen. Er war »Weihnachten beim Vorauskommando der Bundeswehr in Kroatien« (Titelzeile) und hatte dortselbst einen Überschrifteneinfall: »Die strahlenden Augen der Kinder waren das schönste Geschenk«. Was tut der deutsche Soldat am fernen Adriastrand? »Heimweh und Sehnsucht leuchten in den Gesichtern der deutschen Soldaten. Dicht an dicht stehen sie mit ihren braun-grünen Tarnanzügen im Dom des kroatischen Städtchens Trogir. Das ›Stille Nacht, heilige Nacht‹ kann sentimentaler nicht klingen.«

Mit Sentimentalitäten hatte auch der bereits erwähnte Oberleutnant Hans-Dieter Walter zu kämpfen, der im Oktober 1941 mit großer Umsicht (»Ebenfalls günstig ist der Sandboden dort, der das Graben der Gruben erleichtert und somit auch die Arbeitszeit verkürzt«) die massenweise Erschießung von Juden und Zigeunern leitete: »Anfangs waren meine Soldaten nicht beeindruckt. Am 2. Tag machte sich schon bemerkbar, daß der eine oder andere nicht die Nerven besitzt, auf längere Zeit eine Erschießung durchzuführen. Mein persönlicher Eindruck ist, daß man während der Erschießung keine seelischen Hemmungen bekommt. Diese stellen sich jedoch ein, wenn man nach Tagen abends in Ruhe darüber nachdenkt.«

Das meint: Soldaten sind manchmal viel zu sensibel, um sich tagtäglich als Mörder zu betätigen. Diese Annahme deckt sich allerdings nicht mit den Erfahrungen, die der Oberleutnant und Kompaniechef Walter Liepe mit seinen Soldaten bei der Erschießung von insgesamt 2.200 Juden aus dem Lager Belgrad machen durfte: »Es wurden am 9.10.41 – 180 Mann erschossen. Die Erschießung war um 18.30 Uhr beendet. Besondere Vorkommnisse waren nicht zu verzeichnen. Die Einheiten rückten befriedigt in ihre Quartiere ab ... Im ganzen wurden am 9. und 11.10.41 – 449 Mann von den genannten Einheiten erschossen. Leider mußte aus Einsatzgründen eine weitere Erschießung von den genannten Einheiten eingestellt werden und eine Übergabe des Auftrages an die Einheit Major Pongruber erfolgen.«

Der österreichische Historiker Walter Manoschek über den Bewußtseinszustand der Truppe: »Erschießungsberichte, Feldpostbriefe und zahllose Privatfotos dokumentieren, daß die Massenexekutionen von Juden, Zigeunern und Kommunisten sowohl von den befehlenden Offizieren als auch von den ausführenden Soldaten unisono als ›Erfolgsstories‹ gewertet wurden« (aus: *Vernichtungskrieg*, Hamburg 1995).

Doch der an sich erlaubte Satz »Soldaten sind Mörder« darf an dieser Stelle nicht einmal gedacht werden, weil er sich hier speziell auch auf mindestens einen Soldaten der Bundeswehr bezöge. Bundeswehrsoldaten sind – was kaum einer weiß – auch nach Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts keine Mörder. Oberleutnant Hans-Dieter Walter, der umsichtige Chef des Erschießungskommandos, wurde einige Jahre später Major der Bundeswehr. Ein Verfahren, nein, eine Voruntersuchung gegen ihn wurde eingestellt, weil Bundeswehrsoldaten nun mal keine Mörder sind und hohe Bundeswehroffiziere schon gar nicht.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 1/96 u.a. über einen Versuch, die Verbrechen der Wehrmacht zu verteidigen

Konkret 02/96, S. 17

Matthias Küntzel

La fontaine nucleaire?

Mit der Wahl Oskar Lafontaines zum neuen Parteichef ist der Kampf zweier Linien in der sozialdemokratischen Außen- und Sicherheitspolitik entschieden: zugunsten einer deutschen Beteiligung an einer europäischen Atomstreitmacht

Schäuble schmunzelte. Die Opposition machte auf Kohl. In allen Grundfragen der deutschen Außenpolitik sei er mit der Bundesregierung einig, hatte Scharping 1994 erklärt. 1995 schloß der Parteichef der Grünen auf. Zwischen der demokratischen Linken und der demokratischen Rechten, so Joschka Fischer, gebe es bezüglich der Grundzüge deutscher Außenpolitik keine Differenz.

Und nun Oskar Lafontaine. »In der Außenpolitik, zumal in der Ablehnung deutscher Militäreinsätze, ist er Überzeugungs-Nichttäter geblieben«, kommentierte wohlwollend die »Süddeutsche Zeitung«, sekundiert von KONKRET und »Junge Welt«, die davon sprachen, »daß Lafontaine als Linker gewählt wurde« bzw. daß er »als einer der wenigen exponierten Politiker gegen eine militarisierte deutsche Außenpolitik ein(stehe)« und somit »seiner eigenen Geschichte treu« geblieben sei.

Dürfen wir uns also auf ein – zumindest gut inszeniertes – Oppositionsspektakel einstellen, das zu goutieren uns Jürgen Elsässer vorausblickend empfahl? Wird 1996 die »Kommission für Außenpolitik«, die Lafontaine bis zum Februar beim SPD-Parteivorstand eingerichtet haben will, für Stimmung, Stunk und Stolpersteine sorgen? Seiner eigenen Geschichte ist der SPD-Chef tatsächlich treu geblieben. Aber auf eine andere Weise, als es der »Junge Welt«-Kommentator erhofft.

In den frühen 80ern hatte sich Lafontaine als eloquentester Streiter wider die Nato-Aufrüstung profiliert und innerparteilich den Atomraketen-Befürworter Helmut Schmidt äußerst erfolgreich isoliert. Schon damals war seine Kritik an den Atomwaffen in erster Linie eine Kritik an der Hegemonie der USA. Nicht zufällig stieß seine Forderung, Deutschland solle wie Frankreich die Militärstruktur der Nato verlassen, in der Friedensbewegung auf Sympathie. Seine Anlehnung an die gaullistische Position hatte den nationalistischen Impuls dieser Bewegung sowohl aufgegriffen wie auch verstärkt. Zwar hatte die BRD unter sozialdemokratischer Führung die Pershing II-Aufrüstung maßgeblich initiiert. Dem SPD-Aufsteiger und seinen Ökopax-Gefolgschaften war dennoch die BRD nur die »vorgeschobene Atomrampe einer Supermacht« und Deutschland der »atomare Schießplatz« von USA und UdSSR. Die beiden Großmächte mit ihren finsteren Ambitionen hatte Lafontaine zum Problem, die Emanzipation und Selbstbehauptung Europas hingegen zur Lösung dieses Problems erklärt.

Seinen Euro-Chauvinismus hatte der progressive Saarländer antiamerikanisch begründet, zugleich aber mit antinationaler Rhetorik garniert: Der überholten Idee des Nationalstaats stellte er die »Europäisierung Europas« als fortschrittliche Alternative gegenüber. Sein flott aufgetragener Internationalismus (»Was verstehen Sie unter Vaterland?« Lafontaine: »Da müssen Sie Kohl fragen«) kam bei Linken immer schon gut: 1989/90, als er als Kanzlerkandidat der Vereinigungseuphorie widersprach, 1995, als er in Mannheim mit seiner verunglückten Berufung auf die »Internationale« (»Alle Menschen werden Brüder«) den DM-Nationalismus seines Hannoveraner Kollegen untergrub.

Schon 1983 hatte sich seine Kritik am souveränen Nationalstaat jedoch als die Kritik an der nationalen Verfügungsgewalt über Atomwaffen entpuppt: »Wenn technisches Gerät in seiner Auswirkung den ganzen Erdball in Mitleidenschaft zieht, dann kann dieses technische Gerät nicht in der alleinigen Verfügung eines souveränen Staates bleiben«, schrieb er in seinem Buch *Angst vor den Freunden*. Bereits hier deutete sich an, was Lafontaines Internationalismus tatsächlich ist: eine Melange aus Euro-Nationalismus und deutschem Machtanspruch in progressiv scheinender Verpackung. In seinem 1988 erschienenen Buch *Die Gesellschaft der Zukunft* zitierte Lafontaine dann den CDU-Nationalisten Dregger sowie die Gaullisten Peyrefitte und Messmer als Fürsprecher einer Verteidigung Europas »mit europäischen Mitteln«. »Allerdings können sich die Bundesdeutschen nicht davor drücken, die Frage zu beantworten, wie der künftige Oberbefehl in Europa gestaltet werden soll«, schrieb er. »Ich bin nicht für eine französische, sondern für eine europäische Lösung: Im Falle eines deutsch-französischen Zusammengehens sollte der Oberbefehl alternieren. Die französische Atomstreitmacht kann dabei außer Betracht bleiben, da die Entscheidung darüber bis zu einer politischen Einigung Europas einzig und allein dem französischen Präsidenten vorbehalten ist.«

Klare Worte also auch hier. Französische Atomwaffen sind Lafontaine nicht Gegenstand der Kritik, sondern »europäisches«, sprich: deutsch-französisches Potential. Der von ihm propagierte Verzicht auf Nationalstaatlichkeit erweist sich als Supranationalismus unter einem 50-Prozent-Kommando der BRD.

In seinem jüngsten, 1990 erschienenen Buch *Deutsche Wahrheiten* hat Lafontaine schließlich die letzte verbliebene Bastion seines Antimilitarismus geschleift und sich von seiner Abschreckungskritik emanzipiert: Dem »Gleichgewicht des atomaren Schreckens« sei es zu verdanken gewesen, daß ein Krieg um Europa verhindert worden sei. »Die Abschreckungsstrategie«, so Lafontaine, »ist wirksam, weil man davon ausgeht, daß der potentielle Gegner überleben will.« Damit allerdings wird, wie Lafontaine früher selber erklärt hatte, jedes Konzept einseitiger Abrüstung ad absurdum

geführt: »Würde die Verstärkung des Abschreckungspotentials die Sicherheit tatsächlich erhöhen«, hatte er 1988 noch geschrieben, »dann wäre es unsinnig, die Abschreckungsfähigkeit durch Abrüstungsschritte vermindern zu wollen, denn Abschreckung ist um so wirksamer, je größer das Risiko für den Gegner ist.« Der SPD-Stratege als Kronzeuge gegen sich selbst.

Teilt seine Partei Lafontaines Orientierung? Infiziert von der Bewegung gegen die Nato-Nachrüstung hatte die SPD der 80er Jahre gegen Atomwaffen immerhin eine Allergie entwickelt, die mit Populismus allein wohl kaum geheilt werden kann. So hatte 1988 der SPD-Politiker Hermann Scheer in einem als »intern« gekennzeichneten Papier zur »Handlungsorientierung sozialdemokratischer Außenpolitik« die beiden in der SPD vorhandenen »prinzipiell unterschiedliche(n) Ansätze der Selbstbehauptung Westeuropas« durchaus noch beim Namen genannt. Zum einen könne »Selbstbehauptung« bedeuten, »künftig wegfallende amerikanische Militärpotentiale einschließlich der Nuklearwaffen durch eigene westeuropäische Potentiale zu ersetzen«. Diese Position bezeichnete Scheer als den »reaktionären Weg zur Selbstbehauptung Europas, den wir verhindern müssen«. Der alternative Ansatz sehe vor, »eine schrittweise Entmilitarisierung der Blockstrukturen mit Hilfe von Abrüstungsschritten und eines vertrauensbildenden Strukturwandels der Streitkräfte« in die Wege zu leiten, wofür die SPD sich engagieren solle. »Weil wir diesen Unterschied noch nicht klar herausgearbeitet haben, können gegenwärtig unter einem von uns mitgeprägten Begriff (der Selbstbehauptung Europas, M.K.) auch reaktionäre Blüten treiben, ohne daß das in der Öffentlichkeit in aller gebotenen Deutlichkeit erkannt wird.« Bedarf es der Erwähnung, daß Scheers Papier, weil es die SPD-internen Differenzen offen thematisierte, sofort in der Versenkung verschwand?

Vermutlich ist Scheers Behauptung zweier gleichberechtigt konkurrierender SPD-Ansätze schon 1988 eine Beschönigung gewesen. Es gehört zwar zu den spezifischen Aufgaben sozialdemokratischer Opposition, sich auch für jenen Teil der Bevölkerung als Interessenvertretung zu empfehlen, der (aus welchen Gründen auch immer) jede Aufrüstung und Atomwaffenteilhabe kritisiert. Und zweifelsohne gibt es (im Unterschied zu den Unionsparteien) sowohl in der SPD-Bundestagsfraktion wie auch im Ollenhauerhaus Parteipolitikerinnen und -politiker, deren Ablehnung jeglicher Atommachtambition durchaus glaubwürdig ist. Von einer SPD-internen oder gar öffentlichen Auseinandersetzung um die von Scheer angesprochene Alternative kann heute gleichwohl weniger denn je die Rede sein. Gerade weil in der SPD-Basis und ihrem Umfeld die offene Zustimmung zum »reaktionären« Westeuropa-Konzept keineswegs gesichert scheint, wird in der Chefetage der SPD auf Rhetorik einerseits und eine stille Akzeptanz des Regierungskurses andererseits gesetzt.

Wie jene stille, aber wirksame »Nationalfront« zwischen Regierung und Opposition funktioniert (während sich die Kommentatoren über die Lafontainesche »Volksfront« das Maul zerreißen), ist zuletzt am Beispiel der deutschen Teilhabe am Militärsatelliten Helios II sichtbar geworden. Das unter französischer Federführung anvisierte Weltraumprojekt dient dem Ziel, auf die US-amerikanische Aufklärung (vulgo: Spionage) nicht länger angewiesen zu sein und eine von den USA unabhängige, auch nukleare Zielplanung vornehmen zu können. Im Dezember 1995 faßte die Bundesregierung den Beschluß, die Infrastruktur der französischen Atomstreitmacht aus Bundesmitteln zu subventionieren und sich mit vorläufig 3,5 Milliarden Mark in dieses Projekt einzukaufen. Dieser durchaus bedeutsamen Weichenstellung waren, wie die »International Herald Tribune« berichtete, energische Interventionen der USA mit dem Ziel, Helios II zu verhindern, vorausgegangen. US-Präsident Clinton hatte persönlich an Kohl appelliert, von dem Programm die Finger zu lassen. Der US-Konzern Lockheed Martin Corp. wurde veranlaßt, Satelliten, auf die ansonsten die USA ein Monopol besitzen, zu Dumpingpreisen an Deutschland zu verkaufen. John Deutch, der Chef der CIA, wurde nach Bonn und Pullach geschickt, um seine deutschen Geheimdienstkollegen von den Vorteilen des US-amerikanischen Angebots zu überzeugen. Vergeblich. Die Bundesregierung entschied sich für die Nuklearachse Bonn-Paris. Und die Sozialdemokratie? Ob auch nur ein einziger deutscher SPD-Abgeordneter die Helios II-Entscheidung kritisiert habe, wollte ich von der Pressestelle der SPD-Bundestagsfraktion wissen. Die Leiterin der Pressebüros, Frau Jäckewitz: »Da gibt es nichts.«

Allzu erstaunlich ist das sozialdemokratische Schweigen allerdings nicht. Für einen »gemeinsamen westeuropäischen Aufklärungssatelliten« hatte sich die SPD-Bundestagsfraktion bereits 1987 stark gemacht. »Ohne verläßliche eigene Kapazitäten auf dem Gebiet der weltraumgestützten Nachrichtenbeschaffung«, so damals Horst Ehmke, »wäre Europa in einem sicherheitspolitischen Kernbereich weiterhin gänzlich von den Vereinigten Staaten abhängig.« Dann schon lieber die autonome »europäische« Kriegsführungskapazität.

Eine ebenso heimliche wie wirkungsvolle Zustimmung der SPD zeichnet sich bei der von Deutschland forcierten Debatte um die »Europäisierung« der Force de Frappe bereits ab (s. KONKRET 10/95). Der Mannheimer SPD-Parteitag hatte dem Projekt einer »europäischen Atomstreitmacht« zwar explizit eine Absage erteilt und somit die Basis und ihr Umfeld versöhnt. Im realen Meinungsbildungsprozeß der SPD dominiert jedoch auch hier eine andere Position. Zum einen zeigen sich einflußreiche Repräsentanten wie Karsten Voigt, Freimut Duve oder Günter Verheugen an Fortschritten bei der deutsch-französischen Atomwaffenkooperation überaus interessiert. Zum andern wird der Tatbestand, daß es der Bundesregierung, so die Formulierung Wieczoreck-Zeuls, »nicht nur um eine indirekte Teilhabe an Atomwaffen, sondern auch um eine direkte Gestaltung Deutschlands in einer europäischen Atomstreitmacht geht«, öffentlich eben nicht zu einem Gegenstand von Opposition oder auch nur Aufklärung gemacht, sondern durch beredtes Schweigen gedeckt.

Auch das ist so erstaunlich nicht. Das sozialdemokratische »Streben nach einer europäischen Atommacht« (so SPD-Sprecher Mattick 1973 vor dem Bundestag) hat seit Anfang der 60er Jahre Tradition. Entsprechend wurde unter der Bundeskanzlerschaft Willy Brandts die sozialdemokratische Zustimmung zum Atomwaffensperrvertrag unter den Vorbehalt gestellt, daß dieser einer Euro-Bombe nicht im Wege stehen dürfe. »Der Vertrag hält die europäische Option offen. Deshalb werden wir dem Vertrag zustimmen«, hatte im Februar 1974 in der Ratifizierungsdebatte des Sperrvertrags der Sprecher der SPD, Alfons Pawelczyk, erklärt.

Zehn Jahre später avancierte Oskar Lafontaine auf dem Ticket des Antiamerikanismus zum Darling der deutschen Friedensbewegung. In der Ablehnung der »Fremdbestimmung« durch US-amerikanische Waffen blieb das Begehren nach Selbstbestimmung über eigene, europäische Waffen stets virulent. In Sachen Euro-Chauvinismus ist der Saarländer seinen alten Überzeugungen treu geblieben. Anders als seine Vorläufer ist Lafontaine allerdings der erste Parteichef seit Willy Brandt mit einem ausgeprägt außen- und militärpolitischen Programm. Seine Reise nach Paris unmittelbar nach dem Mannheimer Parteitag ist ebensowenig ein Zufall gewesen wie sein Entschluß, den SPD-Parteivorstand um eine außenpolitische Kommission zu bereichern. Verändert haben sich jedoch die internationalen Rahmenbedingungen. Was in den 80ern unter der Chiffre der »Europäisierung Europas« mit oppositioneller Attitüde verkauft werden konnte, ist in den 90ern Regierungsprogramm. Die 1990 von Lafontaine erhobene Forderung: »Wir brauchen nicht nur europäische Kommissionen, wir brauchen auch europäische Divisionen!« ist mit der Aufstellung des 50.000 Mann umfassenden »Euro-Korps« bereits erfüllt. Mit der Neuverteilung der Rollen im Rahmen einer »europäisierten« Nato hat man längst begonnen. Gemeinsam mit Frankreich werde Deutschland »die Neue Nato entwickeln«, wird Volker Rühe im November 1995 in der »FAZ« zitiert. »Ziel der Strukturreform sei ›ein verändertes Bündnis‹, das die veränderten politischen und strategischen Bedingungen, insbesondere die ›europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität und gleichberechtigte transatlantische Partnerschaft‹ widerspiegele. Beide Länder wollten in den nächsten Monaten aufs engste zusammenarbeiten.«

Daß der Einfluß der USA reduziert werden sollte, ist freilich der einzige Punkt, in dem Bonn und Paris sich wirklich einig sind. Jenseits dieses Zweckes toben die Konkurrenz und der Kampf um Macht für die Nation. »Die Franzosen«, so 1990 Lafontaines Klage, »weigern sich ... noch immer, europäischen Geist auch in der Sicherheitspolitik walten zu lassen. Die deutsch-französischen Brigaden sind nur ein schwacher Ersatz für eine wirkliche sicherheitspolitische Zusammenarbeit. Der Bereitschaft, im Bereich von Währungs- und Wirtschaftspolitik zu kooperieren, steht die vermeintliche oder wirkliche Autarkie der französischen ›Force de frappe‹ gegenüber.«

In der Antwort auf die Frage, mit welcher Methode diese Autarkie zu überwinden sei, mag sich die SPD-Politik vom Unionskurs durchaus unterscheiden. »Kunstvolle Diplomatie« sei wirksamer als »plumpe Ultimativtaktik«, hatte Helmut Schmidt zu diesem Thema einst erklärt. Den Ärger über die Fortdauer jener Autarkie teilt die neue SPD-Führung allerdings mit der Bundesregierung. Den von Lafontaine betonten Zusammenhang zwischen deutscher Finanz- und Atomwaffenpolitik hat die »International Herald Tribune« am 27. Januar 1992 wie folgt analysiert: »Das wiedervereinigte Deutschland versucht leise, Einfluß auf die französische Nuklearstrategie zu erhalten, um dafür im Gegenzug Frankreich bei der deutschen Finanzpolitik mitreden zu lassen. Das ist der unausgesprochene Kern der europäischen Integrationspolitik, ein bislang nicht zur Kenntnis genommenes Beispiel einer neuen Nuklearpolitik.«

Hierüber wird in den internationalen Medien zwar geschrieben, in der »internationalistischen« SPD aber nicht einmal diskutiert. Wieso auch? Wird doch die SPD inzwischen weder von einem ehemaligen Wehrmachtsoffizier noch von einem plumpen Biedermeier, sondern von Oskar, dem genialen »Überzeugungs-Nichttäter«, dem charismatischen »Internationalisten« und unverrückbaren »Antimilitaristen« geführt. Die SPD *hat* sich verändert. Und Schäuble schmunzelt noch mehr.

Matthias Küntzel schrieb in KONKRET 10/95 über den Lohn deutscher Angstkampagnen

KONKRET 2/96 19

Konkret 02/96, S. 20

Oliver Tolmein

Stern-Schnuppe

Die Implosion einer Enthüllungs-Story vor Gericht und das schwarz-grüne Zusammenwirken gegen sudanesische Flüchtlinge. Kein Bericht aus dem Informationsministerium, keine Übersetzung von Dolmetschern des Regimes, nur eine knappe Erinnerung

Es war einmal eine Partei, die stolz behauptete, der Zivilgesellschaft in Deutschland zum Durchbruch verholfen zu haben. Es war einmal ein oberstes deutsches Gericht, das sich der Wahrung der Grundrechte verpflichtet fühlte und ganz und gar unabhängig sein wollte. Und es war einmal eine Illustrierte, die immer wieder stolz erklärte, der Wahrheit und nichts als der Wahrheit verpflichtet zu sein.

Und es waren einmal sieben sudanesische Flüchtlinge, die in der Bundesrepublik Zuflucht suchten, weil manche von ihnen gefoltert worden waren, weil sie dem mörderischen Bürgerkrieg in ihrem Tausende Kilometer von Sarajevo entfernten Land entfliehen wollten, weil sie sich vor einem Regime retten wollten, das nach Auffassung von amnesty international, dem Uno-Flüchtlingskommissariat UNHCR und anderen internationalen Hilfsorganisationen ein Regime des Terrors ist.

Die Geschichte hatte die deutschen Medien, die nichts gegen »Asylanten an sich« haben und manchmal sogar Anteil an deren Schicksal nehmen, einmal sehr aufgewühlt. Als aber das Bundesverfassungsgericht die Abschiebung der Flüchtlinge schließlich zuließ, weil der erkennende Zweite Senat es aufgrund einer schriftlichen Erklärung »als ausreichend gewährleistet (ansah), daß den Antragstellern infolge ihrer Rückführung in den Sudan staatliche Verfolgung nicht mit überwiegender Wahrscheinlichkeit drohe«; als die Illustrierte »Stern« kurz darauf enthüllte, daß die sieben ohnedies nur »Wirtschaftsflüchtlinge« gewesen seien; und als die Grünen den Entdeckern von Hitlers Tagebüchern ihre jüngste Entdeckung sofort glaubten und deshalb darauf verzichteten, die bis dahin für skandalös gehaltenen Vorgänge um die Abschiebung im Rahmen einer bereits angesetzten Aktuellen Stunde im Bundestag zu debattieren, war die Geschichte von den sieben Sudanesen bald vergessen.

Der starke Staat, vertreten durch seinen Innenminister Kanther, hatte sich im Streit um die sieben Flüchtlinge nicht nur behaupten können, er wurde auch noch mit Entschuldigungen, mit Abbitten und mit Anerkennung überhäuft. »Jedenfalls ist nach meiner derzeitigen Informationslage Kanther formalrechtlich nichts nachzuweisen«, erklärte der innenpolitische Obmann von Bündnis 90/Die Grünen, Rezzo Schlauch. Kanther wußte es dem Obmann zu danken und resümierte: »Einer hundsgemeinen Kampagne wurde sogar die parlamentarische Spitze genommen.« Seinen Gegnern gab er den guten Rat, künftig »die Fakten zu würdigen, und sich nicht an den hohlen Bauch zu halten«.

Die Geschichte, so die Moral, war wohl die falsche Geschichte. Denn wenn sich die ums Ansehen ihres Landes in der Welt ebenso wie ums eigene Gemeinwohl besorgten Deutschen schon der Notleidenden und Bedürftigen annehmen, dann haben die sich der hohen Teilnahme gefälligst würdig zu erweisen: Der RAF-Gefangene soll alles gestehen und bereuen; Flüchtlinge dürfen keinen wirtschaftlichen Grund für ihre Flucht gehabt haben, sind sie aber einmal in Deutschland angekommen, haben sie, wie arm sie auch seien, ihren Gastgebern ein Vorbild an Tugend und Bescheidenheit zu sein.

Seit der Abschiebung der Sudanesen ist es still geworden ums Thema Asyl. Nicht einmal die Anhörung vor dem Bundesverfassungsgericht, in deren Verlauf schändliche Details über die Praxis der Asylverweigerung in Deutschland zu hören waren, hat das Thema wieder auf die politische Tagesordnung setzen können.

Und das alles wegen der »Fakten«, von denen Manfred Kanther sprach? Und welcher Fakten? Der Minister selbst hat keine neuen präsentiert. Und sein – unterstellen wir ruhig: unfreiwilliges – Hilfsorgan, der »Stern«, der mit der Recherche seines Reporters Stührenberg zeigen durfte, was deutsche Medien, wenn sie sich denn in *investigative journalism* versuchen, so alles zustandebringen? Dessen »Fakten«, in zwei großzügig aufgemachten Geschichten präsentiert, die erst belegen sollten, daß da Asylbetrüger am Werke waren, und dann, daß Unterstützer der Flüchtlinge diese nur rücksichtslos als Instrument für ihre eigenen politischen Ziele mißbraucht hätten, sind vor der 3. Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt/Main im Protokoll der öffentlichen Verhandlung am 7. Dezember 1995 so beigesetzt worden: »Im Rechtsstreit Gruner und Jahr AG gegen Stefan Hippler u.a ... Verfügungskläger-Vertreter erklärt vorab: Die Verfügungsklägerin verzichtet auf die Rechte aus der einstweiligen Verfügung vom 25.10. 1995.«

Ins Deutsche zurückübersetzt: Der Verlag Gruner und Jahr, in dem der »Stern« erscheint, gibt klein bei; die Illustrierte kann ihre Behauptung, sie habe mit der Mutter eines der sieben sudanesischen Flüchtlinge gesprochen, nicht beweisen (bestenfalls handelte es sich bei der Frau, die dem Flüchtling Mohammed Mustafa vorgeworfen haben soll, seine Familie ruiniert zu haben, um eine Tante). Schon am 12. Oktober war es dem »Stern« vom Gericht untersagt worden, wörtlich oder sinngemäß die Behauptung aufzustellen, der katholische Priester und Caritas-Sozialarbeiter Stefan Hippler habe den abgeschobenen Asylsuchenden verboten, mit einer Mitarbeiterin des ZDF zu reden. Auch daß er, wie der »Stern« behauptete, zu der Reporterin wörtlich gesagt haben soll: »Sie können davon ausgehen, daß ich alles tun werde, um das zu verhindern«, darf die Illustrierte nicht mehr verbreiten. Die Journalistin selbst hatte in einer eidesstattlichen Erklärung sehr

viel vorsichtiger und zurückhaltender geschrieben: »Nach meiner Erinnerung sagte er: ›Jetzt redet keiner mehr mit Ihnen.‹«

Zunächst hatte der »Stern« behauptet, mit vier der sieben Abgeschobenen Kontakt gehabt zu haben; später, in einer Gegendarstellung in der »Taz«, waren es dann, ohne daß es eine Erklärung dafür gab, nur noch drei. Daß der Gegenrecherche von Stefan Hippler zufolge ein falscher Name die Geschichte ziert, Wohnorte falsch bezeichnet werden oder eine Aussage eines Flüchtlings aus den Befragungen beim BGS falsch wiedergegeben wird und deswegen dann »widerlegt« werden kann, hindert Michael Seufert, den stellvertretenden Chefredakteur des »Stern«, bis heute nicht, von einem »sauberen Stück journalistischer Recherche« zu sprechen. »Es gibt«, erklärte er gegenüber KONKRET, »keinen Anlaß für uns, an unserer Berichterstattung Zweifel zu haben. Daß die Geschichte auch Herrn Kanther möglicherweise gefallen hat, ist seine Sache.«

Daß die Grünen, namentlich der sonst recht selbstbewußt wirkende Rezzo Schlauch, der bei anderer Gelegenheit jedes Tabu brechende Joschka Fischer, aber auch die als Linke gehandelte Juristin Kerstin Müller auf diese »Stern«-Stunde des Journalismus hin meinten, als Opposition in der Deckung eine bessere Figur zu machen als am Rednerpult, ist ihre Sache. Sie haben sich mit einem knappen, unengagierten Fünfzeiler entschuldigt und den Fall zu den Akten gelegt – vielleicht in der begründeten Furcht, daß sich aus ihm bei näherer Betrachtung mehr lernen ließe, als einer politischen Karriere förderlich ist.

Die Verfahren vor der 3. Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt haben nämlich nicht nur ergeben, daß der »Stern« mehrere falsche Behauptungen aufgestellt hat. Sie haben auch verdeutlicht, wie ein deutscher Enthüllungsjournalist, der von seiner Chefredaktion »seit langem als verläßlicher Kollege« gelobte Reporter Stührenberg, in einem Fall wie diesem glaubte recherchieren zu können.

Zur Erinnerung: Es ging um sieben Flüchtlinge, deren Asylanträge nicht etwa rechtskräftig abgelehnt worden waren, sondern die in den Sudan zurückgebracht wurden, weil das neue Asylrecht vorsieht, daß Asylsuchende, die auf dem Luftweg in die Bundesrepublik einreisen, einem Schnellverfahren unterworfen werden. Das kann u.a. zur Folge haben, daß die Geflohenen auf die rechtskräftige Entscheidung in ihrem Herkunftsland warten müssen. Die Rechtmäßigkeit dieser berüchtigten »Flughafenregelung« wird derzeit vom Bundesverfassungsgericht überprüft. Der »Stern« wollte, das zumindest behauptet er, recherchieren, wie es den Abgeschobenen anschließend erging.

Reporter Stührenberg, der sich aus anderen Gründen im Sudan aufhielt, übernahm den Fall und machte sich mithilfe seiner Begleiter auf die Suche. Sie wissen zwar: »Es ist fast unmöglich, die sieben Rückkehrer zu finden. Die Hauptstadt Khartum zählt dreieinhalb Millionen Einwohner!« Aber: »Am zweiten Tag der Suche hilft der Zufall. Aus einer Boutique eilt ein Student; er hatte die Ankunft seiner Landsleute im Fernsehen verfolgt ...« und kann Stührenberg zufällig schnurstracks zu einigen der Abgeschobenen führen, die jetzt, nachdem sie gegenüber dem BGS von Folter und Verfolgung berichtet haben, erzählen, sie hätten in Deutschland bloß besser verdienen wollen.

Reporter Stührenberg reist bei dieser brisanten Recherche, betreffend die ungewisse Zukunft politisch Verfolgter in einer Diktatur, in der Menschen spurlos verschwinden, seiner eigenen eidesstattlichen Erklärung zufolge mit einem Fahrer, der den vom Informationsministerium gemieteten PKW lenkt, mit einem französischen Fotografen und mit einem Übersetzer, der ebenfalls für die Pressestelle des sudanesischen Informationsministeriums arbeitet. Daß diese offene Zusammenarbeit mit den Machthabern die von ihm Gesuchten gefährdet und höchstwahrscheinlich auch jetzt, da ihre Flucht gescheitert ist, ihre Aussagen beeinflußt, kommt Stührenberg sowenig in den Kopf wie später seiner Chefredaktion.

Die Empörung über den kurzen Prozeß, der Flüchtlingen gemacht wird, war so schnell verflogen, wie er aufgeflackert war. Das geht nicht nur auf das Konto des »Stern« – die Illustrierte hätte zweifelsohne auch anders berichtet, wenn es sich denn gerade so ergeben hätte. Ihr kam es, wer wollte es ihr angesichts eines verzweifelten Kampfes um die Auflage verdenken, auf die Story an. Und daß Storys, in denen Flüchtlinge als Betrüger, Kriminelle und Glücksritter dastehen, am Markt lieber abgenommen werden, hat zwar auch, aber nicht nur mit der Berichterstattung dieser Illustrierten zu tun.

Das politische Desaster haben in diesem Fall Bündnis 90/Die Grünen verursacht. Dabei hätten sie gar nichts Besonderes leisten müssen: Die Recherchen und mühseligen Kleinarbeiten hatten »Pro Asyl« und die Anwältinnen der Sudaner erledigt, die unmittelbare menschliche und materielle Unterstützung vor Ort hatten Mitarbeiter des Flughafensozialdienstes geleistet. Gefragt war nur noch ein klarer Kopf und eine entschiedene politische Akzentsetzung: Es ging darum, ob Flüchtlinge, die aus einem Land kommen, in dem unbestreitbar politische Verfolgung und Folter herrschen, in einem fairen, rechtsstaatlichen Verfahren ihre Fluchtgründe vortragen und vertreten können.

Die sieben Sudanesen haben diese Chance nicht erhalten. »Wir waren der Meinung, daß es bessere Gelegenheiten gibt, für eine Reform des Verfahrens des Asylkompromisses zu kämpfen«, erklärte Rezzo Schlauch nach der Abschiebung der Sudanesen den Verzicht der bündnisgrünen Fraktion auf die Aktuelle Stunde. So klar sollte es denn doch nicht stehen bleiben: »Die Absetzung der Aktuellen Stunde ... war ein Fehler. Die Fraktion entschuldigt sich dafür bei den Flüchtlingen und den Menschen und Organisationen, die diesen beistehen«, hieß es in einer Presseerklärung des Fraktionsvorstands, die

am gleichen Tag wie das Schlauch-Interview veröffentlicht wurde. Bei diesem müden Routineakt ist es dann aber geblieben, obwohl gerade die seitdem bekanntgewordenen Fakten durchaus Anlaß gegeben hätten, den ganz normalen Skandal wieder zum Politikum zu machen.

Das Ergebnis? Die Sieben sind im Sudan, das Schicksal der meisten von ihnen scheint unbekannt, eine Prüfung ihrer Asylanträge hat bis heute nicht stattgefunden, die rechtskräftige Entscheidung steht aus.

Eine ausgezeichnete Broschüre, die den ganz alltäglichen Skandal des Umgangs mit den sudanesischen Flüchtlingen beschreibt, hat Pro Asyl herausgegeben: »Vor der Tür des Gesetzes«. Zu beziehen über: Förderverein Pro Asyl, Postfach 101843, 60018 Frankfurt/Main.

Oliver Tolmein berichtete in KONKRET 1/96 aus der Mitte der Zivilgesellschaft

Konkret 02/96, S. 22

Klaus Höpcke

Wie zivilisiert sind Nazis in Zivil?

Nun ist's amtlich: 80 Prozent der zwischen 1945 und 1950 von der sowjetischen Militäradministration in Buchenwald Internierten waren Funktionsträger des NS-Regimes

Fortgesetztes Beschimpfen des Gedenkstättenleiters Volkhard Knigge findet hier nicht statt. Wieso auch? Statt dessen zu dem Streit, der um die Geschichte des Speziallagers 2, das von Militäradministration und Innenministerium der UdSSR 1945 bis 1950 in Buchenwald eingerichtet worden war, schon lange geführt wird und im Herbst 1995 an Schärfe zugenommen hat, einige Feststellungen zur Sache. Knigge hat, was manche seiner Kritiker anscheinend wahrzunehmen nicht bereit sind, zwei wichtige Tatbestände aufgrund von Archivforschungen aktenkundig belegt:

1. Von den im Lager internierten 28.455 Menschen sind 7.113 durch Krankheiten und Hunger umgekommen. Was den Umgang mit diesen Toten angeht, so verdient Ablehnung: a) das Verschweigen dieses Sachverhalts in der DDR, b) der Versuch, per Abstimmung in einem Landesparlament ohne Rücksicht auf Historikerarbeit sozusagen »festzulegen«, die Zahl der im Speziallager 2 Umgekommenen habe 20.000 betragen. So geschehen im Thüringer Landtag am 17. September 1992. Ich habe in der damaligen Debatte darauf hingewiesen, daß als Motiv dieses Dekrets in Frage käme, durch die Vergrößerung dieser Zahl den Abstand zur Zahl der Todesopfer des Konzentrationslagers Buchenwald (mehr als 56.000) verkleinern zu wollen ...

2. Von den im Lager Internierten waren 80 Prozent das, was Knigge »zivile« Funktionsträger des NS-Systems nennt, also nicht SS, SD, KZ-Wachmannschaften, sondern Funktionäre der NSDAP und HJ-Führer, Beamte des Nazistaates einschließlich der Polizei sowie Journalisten und Ärzte, Unternehmer und Juristen. Der Anteil von Jugendlichen lag bei fünf Prozent. Die Hypothese von den überwiegend unschuldig Internierten ist damit am konkreten Beispiel widerlegt, wozu auch der Nachweis gehört, daß 90 Prozent der Internierten bereits bis Ende 1945 eingeliefert worden waren. Der Verfälschung der Haftgründe der Mehrzahl der in den Speziallagern Internierten kann aufgrund solcher Erkenntnisse wirksamer begegnet werden.

Um Mißverständnisse zu vermeiden, füge ich ein: Zur kritischen Auseinandersetzung fordert heraus, daß in Buchenwald ohne Rechtsprechungsabsicht interniert wurde und daß es zur juristischen Feststellung der Internierungsgründe nicht kam. Eine der Folgen bestand darin, daß da neben Naziverbrechern Unschuldige gefangen gehalten wurden, ja sogar Verfolgte des Nazi-Regimes. So der Sozialdemokrat Robert Seider, so der jüdische Kommunist Georg Krausz, der in Mühlberg einsaß, ein Mann, mit dem ich während der 60er Jahre zusammenzuarbeiten Gelegenheit hatte. Verallgemeinernd muß man hinzufügen, daß auch Sozialdemokraten hier inhaftiert wurden, die sich zum Teil durch ihre ablehnende Haltung gegenüber der Vereinigung von KPD und SPD unbeliebt gemacht hatten.

Dagegen: Sollen wir es etwa hinnehmen, wenn jetzt verstärkt versucht wird, die Schuld der großen Mehrzahl der Internierten zu leugnen oder auszublenden? In solchem Leugnen und Ausblenden üben sich einige, die die Widerlegung der mit unwürdigen Manipulationen fabrizierten Legende einer dreifach höheren Todesopferzahl nicht hinnehmen wollen und Gift und Galle speien gegen die Bestätigung einer Tatsache, die jedem, der es wissen wollte, längst bekannt war: Die da einsaßen, waren zu allermeist Träger des Nazi-Regimes.

Einer, der das nicht wahrhaben will, ist der frühere Thüringer und heutige Berliner Hermann Kreutzer. Er bleibt bei dem Kenntnisstand, den er als Beamter des Bonner innerdeutschen Ministeriums hatte. In einem Brief an den Thüringer Ministerpräsidenten Bernhard Vogel und seinen Stellvertreter Gerd Schuchardt schreibt er, aus seinen Kenntnissen ergebe sich »eindeutig, daß höchstens 50 Prozent der Internierten Mitglieder der NSDAP waren – und zwar entweder nur einfache Mitglieder oder lediglich die kleinsten Chargen wie Blockleiter, Zellenleiter etc.«. Laut Manfred Wettstein, dem Thüringer Vorsitzenden der »Opfer des Stalinismus«, sollen noch viel weniger, nämlich nur »maximal fünf Prozent der Sowjet-Internierten ... Nazis gewesen (sein), der Rest aber zu Unrecht inhaftiert«.

Also: Nach den Unterlagen waren es 80 Prozent, nach Kreutzer dürfen's 50, nach Wettstein bloß 5 Prozent gewesen sein! Und weil Knigge es anders weiß, droht Wettstein ihm mit dem Staatsanwalt und fordert Kreutzer, der Gedenkstättendirektor solle regierungsamtlich zur Ordnung gerufen werden.

Ein Wort noch zur verharmlosenden Charakterisierung »kleinste Chargen« in »Block« und »Zelle«: Ich bin in einer Zeit aufgewachsen, als an den Litfaßsäulen ständig Todesurteilsvollstreckungen bekanntgemacht wurden. Die Umgebrachten hatten des Nazi-Staates Wehrkraft »zersetzt«, verpetzt worden waren sie von den »kleinen Chargen«! Vielleicht ist schon Knigges Arbeitsbegriff »zivile Funktionsträger des NS-Systems« nicht ausreichend, der Verharmlosung gegenzusteuern. Könnte er nicht die Meinung befördern, Nazis in Zivil seien zivilisiert?

Ich erinnere an einige Verordnungen aus der Nazi-Zeit, die allesamt von zivilen Behörden mit penibler ziviler deutscher Beamtengründlichkeit durchgeführt wurden. Lauter unzivilisierte Taten kamen dabei heraus, Untaten von Leuten in Zivil

an Leuten in Zivil. Man denke an die »Verordnung zum Schutz von Volk und Staat« (Februar 1933) und Dutzende weiterer Anordnungen, Gesetze, Verordnungen zum »Judenboykott« (März 1933), gegen »Nichtarier« unter Beamten, Rechtsanwälten, Ärzten, Studenten (April 1933), über »Blutschutz« (September 1935), die Aberkennung des Wahlrechts für jüdische Bürger (November 1935), das Verbot des Aufenthalts von Juden in Kurorten (Juli 1938), über Wirtschafts-»Arisierung« (Dezember 1938) und die Einführung der Zwangsarbeit für deutsche Juden (März 1941). Die Wannsee-Konferenz zur »Endlösung der Judenfrage« vom 20. Januar 1942, von der wohl niemand behauptet, daß sie ein Ausdruck zivilisierter Politik gewesen sei, hatte im Alltag Nazi-Deutschlands eine ebenbürtige unzivilisierte Vorgeschichte, die manche verdrängen möchten. Zumindest müßte im Dokumentenhaus zum Speziallager 2 in Buchenwald einiges davon zur Sprache kommen, wenn die Besucher eine Vorstellung gewinnen sollen, was das bedeutet: zivile Funktionsträger des NS-Systems.

Unter Hinweis darauf, daß KZ-Wachmannschaften im Speziallager 2 nicht interniert waren, bemerkt Volkhard Knigge: »Insofern haben jene unrecht, die im kriminalistischen Sinn ein direktes Tat- oder Schuldverhältnis herstellen wollen.« Er fügt hinzu: »Gleichwohl ist es aber unabweislich, daß zivile Funktionsträger des NS-Systems in Schuldzusammenhänge verstrickt waren bzw. Unrecht geduldet und befördert haben.«

Hier stehen Tat-/Schuldverhältnisse in Rede, die in der öffentlich zugänglichen Forschung bisher kaum beleuchtet, geschweige denn durchleuchtet werden. Ich meine die Ausstattung ganz Deutschlands mit Zwangsarbeitslagern über die KZ und ihre Außenstellen hinaus. Allein in Thüringen gab es 397 solcher Zwangsarbeitslager, die zumeist an Firmen gebunden waren, die manche bis heute für honorig halten. Ich werde mich hüten, sämtliche Unternehmenschefs solcher Firmen vorzuverurteilen. Daß es unter ihnen einzelne gab, die das Los der bei ihnen Zwangsarbeitenden im Rahmen des ihnen möglich Erscheinenden erträglicher zu gestalten versuchten, darf man vielleicht annehmen. Genauso aber muß man wohl voraussetzen, daß die Herrschaften alle vom Elend und von den Leiden wußten, denen die bei ihnen Sklavenarbeit Verrichtenden ausgesetzt waren. In Meldungen an die Gesundheitsbehörden des Thüringer Innenministeriums der Nazi-Zeit jedenfalls berichteten sie davon. Die Blätter aus den Gesundheitsämtern sind die einzigen Dokumente, die über diese Zwangsarbeiter- sowie die Kriegsgefangenenlager in Thüringen erhalten geblieben sind. Allein die Liste der Namen von Thüringer Orten, in denen solche Lager bestanden, füllt mehr als zehn Seiten. Auf der Landkarte Thüringens entsteht da aus größeren und kleineren Ortschaften mit pro Kreis mehr als einem Dutzend, gelegentlich einigen Dutzend solcher Lager eine Topographie des Schreckens. All diese Lager hatten Leiter, Bewacher usw. Die Sklavenhalterrolle, die dem deutschen Volk in den Plänen der Nazis zugedacht war, wurde hier geprobt und trainiert, von einer Personage von sogenannten »Volksgenossen«, die weit über Gestapo, SS usw. hinausreich-te.

Es ist angeregt worden, die Akten der erwähnten Zwangsarbeiter- sowie der Kriegsgefangenenlager zum Gegenstand eines historischen Forschungsprojekts zu machen. Diese Anregung halte ich für unterstützenswert. Von den Ergebnissen solcher Forschungen dürften Antworten u.a. auf folgende Fragen zu erwarten sein:

· Wieviel konnte ein Durchschnittsdeutscher von Zwangsarbeit in Nazi-Deutschland vor dessen Ende wissen?

· Welches Verhalten legten wohlsituiert und mit freiem Ausgang lebende Deutsche in Betriebsleiter-, Werksmeister-, Vorarbeiterfunktionen gegenüber ihnen ausgelieferten Zwangsarbeitern an den Tag? Wie nimmt sich das im Vergleich zum Verhalten von im KZ gefangengehaltenen Deutschen aus, die dort unter Aufsicht der SS Häftlingsfunktionen bekleideten? Nutzten die Deutschen mit Funktionen in Betrieben ihren um ein Vielfaches größeren Spielraum? Wenn ja: wie und wozu? Wenn nein: warum nicht und mit welchen Folgen?

· In welchem Licht erscheinen nach sorgfältiger Sichtung der Liste von Firmen mit Zwangsarbeiterlagern heute erhobene Restitutionsansprüche, Ansprüche auf Rückgabe oder Entschädigung, die ungeniert als »Wiedergutmachung« firmieren, obwohl doch ganz anderes wiedergutzumachen wäre? Gibt es von der Art der Firma Topf und Söhne (Erfurt), die für das Auschwitzer KZ Menschenvernichtungsanlagen gebaut und installiert hat, weitere Fälle, vielleicht im Ausmaß nicht so nahezu unvorstellbar, aber dem Wesen nach doch ähnlich? Zwar fragt sich, ob derartige Spuren nicht schon zu gründlich verwischt sind, als daß entsprechende Erkundungen noch erfolgreich sein können, hängen sie doch in hohem Maße von nur noch durch mündliche Berichte einzuholenden Angaben ab. Dennoch: Es muß gefragt, geforscht, nach Spuren gesucht werden. Denn das Bild vom »zivilen Funktionsträger des NS-Systems« bleibt verschwommen ohne die harten Konturen des hartherzigen Verhaltens und Handelns solcher Funktionsträger, solange weiße Tünche die braunen Flecke der Zwangsarbeitslager überdeckt.

Es geht um deutliche Aussagen über den Zusammenhang von Ursachen und Folgen. Denn die Befürchtungen aus den Reihen der Organisationen ehemaliger Häftlinge des Nazi-KZ, es könne zu einer Gleichstellung der (Gedenk-)Einrichtungen zum Speziallager 2 mit den KZ-Gedenkstätten kommen, sind nicht mit der Auskunft zu beheben, daß die KZ-Ausstellung auf mehr als 1.600 Quadratmetern gezeigt wird, während im Dokumentenhaus höchstens 250 Quadratmeter Ausstellungsfläche vorgesehen seien. Und es ist auch nicht mit Hinweisen auf die Ausstellung in der KZ-Gedenkstätte getan, zumal in der ja im Hinblick auf die Ursachen ebenfalls manches bislang undeutlich blieb.

Unter den wertenden Begriffen für die Charakterisierung von Lagern wie dem Speziallager 2 in Buchenwald 1945 bis 1950 finden einige die Wortkombination *stalinistische Entnazifizierung* anscheinend am einleuchtendsten. Aber ist sie das auch? Wenn Knigge für das Attribut »stalinistisch« vier Gründe – Unrechtscharakter (Denunziationen); kein Appellationsrecht der Häftlinge; Schweigelager-Praxis; Hunger, unzureichende medizinische Versorgung – ins Feld führt, streite ich mit ihm keinen Augenblick darüber, daß es dies in der Lagerrealität gab. Ob aber beispielsweise angesichts der damaligen Ernährungssituation im Land, in der Sowjetunion, in ganz Europa – auch angesichts der Häftlingsvernachlässigung in Kriegsgefangenen- und Internierungslagern der Westalliierten – der Punkt »Hunger, unzureichende medizinische Versorgung« zutreffend gekennzeichnet ist, wenn man ihn »stalinistisch« nennt, bezweifle ich. Auch das Leiden infolge von Denunziation war nicht ein östliches Spezifikum. Und was die Verallgemeinerung dieses Begriffs über die Internierungslager hinaus betrifft: Da könnte mancher der Verführung erliegen, die außerhalb der Lager in Gang gesetzte Befreiung vom Einfluß der Nazi-Lehren und -Strukturen sowie von den sie vertretenden Personen gleich mit als *stalinistische Entnazifizierung* abzutun. Ich erinnere daran, daß, als Manfred Overesch in einer seiner Publikationen Hermann L. Brills Richtlinien für die Säuberung der Verwaltung von nazistischen Elementen veröffentlicht hatte, diese im »Deutschlandarchiv« als »sehr rigoros« bezeichnet wurden. Natürlich ist das nicht dasselbe. Aber im Modetrend des politischen Vokabulars liegen »sehr rigoros« und »stalinistisch« dicht beieinander.

Klaus Höpcke war von 1973 bis 1989 stellvertretender Minister für Kultur der DDR. Er ist Landtagsabgeordneter der PDS in Thüringen

Konkret 02/96, S. 24

Zu Protokoll

Wie das Fernsehen sich wieder einmal unsterbliche Verdienste um Volksbildung und Propaganda erwarb, dargestellt an der gekürzten Ausschrift einer Live-Diskussion des ZDF (»Hitler heute«, 10.12.95) mit Margarethe Mitscherlich, Marcel Reich-Ranicki, Eberhard Jaeckel, Klaus Hildebrandt und Rainer Zitelmann, unter Leitung des Hobbyhistorikers Guido Knopp

Knopp: Willkommen, liebe Zuschauer. Hitlers düsteres Erbe, und wie gehen wir heute damit um. Wie denken Deutsche über Hitler heute? Die Forschungsgruppe Wahlen hat in unserem Auftrag nachgefragt. Unsere erste Frage: Müssen sich die nach dem Krieg geborenen Deutschen für die Verbrechen der Hitlerzeit heute noch verantwortlich fühlen? Das Ergebnis ist verblüffend. Nur 11 Prozent der Befragten bekannten sich zu dieser Verantwortung. 87 Prozent jedoch sagten: Nein, die nach dem Kriege Geborenen brauchen sich für Hitlers Verbrechen nicht verantwortlich zu fühlen. Kollektivverantwortung heißt nicht Kollektivschuld. Frau Mitscherlich, Sie haben unser Volk in dieser Hinsicht ja schon mehrfach auf die Couch gelegt. Wie ist Ihre Reaktion auf diese Zahlen?

Mitscherlich: Ja, daß immer noch zwei Dinge verwechselt werden: Schuld und Verantwortung. Schuld und Haftung. Selbstverständlich sind die nach dem Kriege Geborenen nicht persönlich schuldig. Aber wenn wir so etwas wie Selbstachtung als Deutsche wieder gewinnen wollen, dann müssen sie wissen, daß sie haften für das, was passiert ist, bis heute, daß sie sich erinnern, daß sie wissen, wem was geschehen ist und wem gegenüber man was, wenn es noch irgend möglich ist, wiedergutmachen kann.

Knopp: Herr Zitelmann, Sie sehen ja verordnete Zerknirschung, Asche auf den deutschen Häuptern, wenn ich Ihre Veröffentlichungen subsummiere. Aber die Umfrage sagt ja etwas anderes.

Zitelmann: Gut, da müßte man wissen, was die 87 Prozent sich unter Verantwortung, unter dem Begriff Verantwortung vorgestellt haben. Ich vermute doch, daß zumindest ein großer Teil derjenigen den Begriff Schuld assoziiert hat und dann sagt, nein, eine solche Kollektivschuld gibt es nicht. Aber ich habe insgesamt nicht den Eindruck, daß eine Mehrheit der Deutschen nicht mehr darüber sprechen will oder verdrängen oder vergessen will. Ganz im Gegenteil.

Knopp: Liebe Zuschauer, werfen wir jetzt mal einen kurzen Blick in die Telefonredaktion. Dort sind unsere Kollegen mit Ihren Anrufen seit 19 Uhr beschäftigt. Tausende von Anrufen, die gekommen sind. Nehmen wir einmal einen Anruf, stellvertretend für viele, von Herrn Heger aus Duisburg. Er richtet sich an die Historiker, sagen wir mal an Herrn Jaeckel. Herr Heger, Ihre Frage bitte.

Heger: Worauf gründet sich Hitlers Haß auf die Juden?

Knopp: Worauf gründet sich Hitlers Haß gegen die Juden. Eine Wissensfrage. Herr Jaeckel, können Sie das in der gebotenen Kürze beantworten? Was sagt die Forschung?

Jaeckel: Das werden wir niemals wissen. Das kann vielleicht ein Psychologe herausfinden. Das ist in Hitlers Psyche gewesen, aber das wird nicht einmal ein Psychologe herausfinden. Ich kann von den Auswirkungen sprechen. Aber warum jemand auf eine solche wahnsinnige Idee kommen kann, ist wissenschaftlich nicht zu beantworten. Wahnsinn ist nicht erklärbar.

Knopp: Ich habe eine weitere Frage eines Zuschauers. Herr Fiedler aus Emmendingen. Die Frage gebe ich an Herrn Hildebrandt weiter. Herr Fiedler bitte.

Fiedler: Warum wird auf Adolf Hitler zugespitzt in dieser Sendung und allenfalls von der Mordbürokratie geredet, nicht aber zum Beispiel über die Wehrmacht hinaus von der deutschen Wirtschaft? Daimler-Benz hat davon profitiert, die Deutsche Bank hat davon profitiert. Warum wird das auf Hitler beschränkt, und dann noch von Wahnsinn geredet, was politisches System hatte?

Knopp: Gut, Herr Hildebrandt, können Sie das aus der Sicht des Historikers beantworten? Warum Personalisierung auf Hitler ohne Nennung Hintermänner, Kirche, Industrie? Ist das zulässig?

Hildebrandt: Ja, das ist insofern zulässig, als sich diese gestaltenden Kräfte, von denen gesprochen wird, in Hitler zusammengezogen haben und übersteigert wurden. Es geht letztlich ja, wenn ich das richtig begreife, darum, zu fragen, wer ist für diesen Judenmord verantwortlich? Und verantwortlich war Hitler von der ersten Äußerung, die er in dieser Beziehung getan hat, vom Jahre 1919, wo er unverrückbar die Entfernung der Juden aus Europa verlangt hat, bis hin zu seinem Testament, wo er sich dessen gerühmt hat, daß er für die Ausrottung verantwortlich gewesen ist.

Knopp: Herr Zitelmann, ich habe hier ein Fax; das wollen wir jetzt auch mal einführen, liebe Zuschauer, dieses Element, wir bekommen auch Faxe. Egon Sohns aus Kleinow, ich glaube, das liegt in Brandenburg, faxt mir eine Frage zu, die ich für wichtig halte. Ist es eigentlich legitim, die Person Hitlers so sehr in den Mittelpunkt zu stellen, wo es doch Tausende

von kleinen Hitlers gab, die geholfen haben, den Holocaust zu vollenden. Das gilt, füge ich hinzu, ja auch für die Massenerschießungen, die müssen wir ja doch da mit dazurechnen.

Zitelmann: Das eine schließt ja nicht das andere aus. Das heißt, die zentrale, bedeutende Rolle von Hitler im nationalsozialistischen Herrschaftssystem zu unterstreichen, heißt ja nicht, daß Hitler das alles allein getan hat oder hätte tun können und daß er nicht natürlich tausende, zehntausende Mithelfer gehabt hat für die Verbrechen. Aber trotzdem wage ich die These, zu behaupten, daß ohne Hitler der Nationalsozialismus, so wie wir ihn – so wie er tatsächlich abgelaufen ist, nicht als irgendeine Theorie, sondern eben im tatsächlichen historischen Verlauf ist der Nationalsozialismus ohne Hitler nicht vorstellbar.

Knopp: Wir wollten dazu auch die Meinung der Bevölkerung wissen. Unsere Frage: Wäre es auch ohne Hitler zum 2. Weltkrieg gekommen, bejahte ein Viertel der Deutschen, nein sagten 55 Prozent. Auch hier gibt es einen bemerkenswerten Unterschied zwischen West- und Ostdeutschen. Deutlich mehr Ost- als Westdeutsche glauben, daß es auch ohne Hitler zum 2. Weltkrieg gekommen wäre, nämlich 33 Prozent im Vergleich zu 23 Prozent im Westen. Nur 45 Prozent der Ostdeutschen im Vergleich zu 57 Prozent der Westdeutschen verneinen diese These. Herr Zitelmann, ist das immer noch ein Produkt marxistischer Geschichtsvermittlung, Hitler als Popanz der herrschenden Kreise? Wie interpretieren wir das?

Zitelmann: Nun ja, ich meine, die Menschen in der ehemaligen DDR, in Ostdeutschland haben ja nun mal über viele Jahre oder Jahrzehnte die marxistisch-leninistische Geschichtsauffassung beigebracht bekommen in der Schule, in den SED-Schulungsgruppen, in den Universitäten. Und es ist ja nicht sehr viel geschehen und geschieht nicht sehr viel, um die Ergebnisse dieser sozialistischen Indoktrination heute wieder etwas zurückzunehmen. Und so verwundert es mich nicht, das ist eigentlich nur eines von vielen Beispielen, daß wir nach wie vor ein sehr auseinandergehendes, sehr unterschiedliches Geschichtsbild haben. Auch zwischen Ost- und Westdeutschland, und ein Spezifikum dessen, was in der DDR im Geschichtsunterricht vermittelt wurde, das war nun einmal, daß man die Einzelpersönlichkeit gemäß der marxistischen Geschichtstheorie im Hintergrund gesehen hat und statt dessen das Wirken anonymer Kräfte, also insbesondere ökonomischer Kräfte, des Finanzkapitals, des Großkapitals mehr im Vordergrund gesehen hat. Und wenn das so ist, und das ist ja ein Wesensmerkmal der marxistischen Geschichtsauffassung, dann darf man sich eigentlich nicht verwundern, daß hier die Rolle Hitlers eher kleiner gesehen wird, als wir sie hier gewohnt sind zu sehen, und auch, glaube ich, richtigerweise sehen.

Knopp: Herr Reich-Ranicki, Sie haben ja in den 30er Jahren als Schüler in Berlin gelebt, als Jude waren Sie ja gefeit gegen die Verführung Hitler. Wären Sie auch als Nichtjude gefeit gewesen?

Reich-Ranicki: Ich glaube ja. Ich glaube, daß dazu nicht mal die Konzentrationslager, von denen ich sehr bald und sehr viel wußte, nötig waren. Ich hätte ein Regime nicht unterstützt, das die Bücher von Heine aus den Bibliotheken zurückgezogen hat, das die Werke von Brecht verbannt, verbrannt hat, das Thomas Mann ausgebürgert hat und das auch noch die Kritik als Institution beseitigt hat. Glauben Sie mir, das wäre nicht mein Regime, auch wenn ich ein Arier wäre.

Knopp: Zur Frage der Verführbarkeit habe ich auf meinem Monitor zwei Zuschaueranrufe. Eine Frage kommt von Herrn Döhly aus Berlin: Herr Döhly, bitte stellen Sie Ihre Frage.

Döhly: Ich habe mit großem Interesse die Sendung (die »Hitler«-Serie des ZDF, Red.) verfolgt, und mir fiel dabei sehr stark auf, daß besonders die Frauen mit völlig verklärten Gesichtern Adolf Hitler zugejubelt haben. Was mich jetzt interessiert, ist, wieso gerade die Frauen, wieso diese große erotische Wirkung, und waren die Frauen damals einfach anders als die Frauen heute?

Knopp: Ja, Frau Mitscherlich, die Rolle der Frauen, ein Lieblingsthema von Ihnen, in der Nazizeit.

Mitscherlich: Die Rolle der Frauen in der Nazizeit wird oft falsch gesehen, denke ich. Natürlich, in diesen Massen, in diesen Bildern, die man sieht, da sieht man die Frauen, die auch gewohnt waren, Männer anzuhimmeln. Das sind sie heute erfreulicherweise nicht mehr so, und vor allem macht Macht erotisch, wie man weiß. Also Hitler war für sie auch ein Erotikum, man begreift es zwar nicht als Frau, aber so war es wohl. Und dennoch habe ich viele, viele Frauen gekannt, gerade Frauen, und auch was die letzten freien Wahlen betrifft, so haben keineswegs die Frauen Hitler mehr gewählt als die Männer. Da gibt es auch Untersuchungen. Aber die Frauen im Vordergrund waren nicht typisch für die gesamten Frauen. Also Frauen waren durchaus, gab es sehr viele, insbesondere natürlich, als der Krieg anfing, die sehr schnell entweder sehr begeistert waren von Hitler oder bei denen es sehr schnell aufhörte mit der Begeisterung.

Reich-Ranicki: Da bin ich nicht so ganz überzeugt, ob das beweisbare Behauptungen sind, was Sie jetzt gesagt haben, der Gesamteindruck, es waren nur wenige Frauen im Vordergrund – nein. Frauen reagieren auf vieles, jedenfalls damals, in jener Epoche, emotionaler als Männer. Und wer wissen will, wie Frauen reagieren auf gewisse Phänomene der Hysterie, der Massenhysterie, kann das heute erleben, heute, nicht im Winter, aber im Sommer. Gehen Sie bitte, liebe Frau Mitscherlich, im Sommer, im Juli, nach Bayreuth, die Bayreuther Festspiele. Ich empfehle Ihnen die »Götterdämmerung« vor allem. Und schauen Sie sich an, was sich innerhalb von 30 bis 40 Minuten, nicht kürzer in der Regel, nach der »Götterdämmerung« im Zuschauerraum abspielt. Die Hysterie, die Ausbrüche eines Massenorgasmus – das sind Frauen,

vorwiegend Frauen. Es stehen auch Männer, die klatschen. Aber die brüllenden, völlig verzückten Personen, das sind die Frauen in Bayreuth. Das hat nichts mit Musikalität zu tun. Nach dem Tristan wird nicht so gebrüllt wie nach der »Götterdämmerung«.

Mitscherlich: Ja, aber es gibt Unterschiede des Brüllens, wissen Sie, haha ...

Reich-Ranicki: Das ist immer richtig, Frau Mitscherlich. Wie gesagt, die Sache ist etwas komplizierter.

Mitscherlich: Darf ich zwei Unterschiede nennen. Natürlich, wenn Hitler da so in Friedenszeiten, nebenbei so auf seinem Wagen oder auf seinem Mercedes durch die Gegend fuhr, dann waren die Frauen begeistert mit Blumen und allem Drum und Dran, wie man auf diesen Bildern sah. Aber wenn gebrüllt und geschrien wurde, als Goebbels fragte, wollt ihr den totalen Krieg, da waren es weit mehr Männer.

Reich-Ranicki: Im Sportpalast waren, als Goebbels sprach, beinahe nur Männer da. Warum, weiß ich nicht. So wurden die eingeladen und hinkommandiert. Wie sollten die Frauen brüllen, wenn sie gar nicht zugegen waren.

Mitscherlich: Haha, aber immerhin, sie haben nicht gebrüllt, haha ...

Zitelmann: Ich erinnere das auch ein bißchen anders. Hier hatte man eine Zeitlang die Tendenz, da gab es mehr so diese marxistische Geschichtsschreibungsmode, da wollte man immer sagen, die Arbeiter waren es ja gar nicht, und die Arbeiter, die waren ja doch fast alle resistent. Jetzt haben wir nicht mehr die marxistische, sondern die feministische Geschichtsschreibungsmode, und da müssen dann die Frauen ein bißchen dargestellt werden nach dem Motto – das Motto bleibt das gleiche – , daß nicht sein kann, was nicht sein darf.

Knopp: Wenn wir nach der Bewertung heute fragen, liebe Zuschauer, dann ist ja die Legende hartnäckig, daß Hitler wenigstens die Autobahn auf- und die Arbeitslosigkeit abgebaut habe. Das geistert noch in vielen Köpfen rum. Wir wollten wissen, was meinen Sie zum Nationalsozialismus unter Hitler. Nur schlechte Seiten fanden darin 24 Prozent, überwiegend schlechte Seiten fanden 37 Prozent, aber immerhin 35 Prozent entdeckten auch gute Seiten am Hitlersystem. Interessant die Unterscheidung nach Schulbildung. Hier zeigt sich, mit zunehmendem Bildungsstand steigt die Ablehnung. Nur 17 Prozent der Abiturienten finden im Nationalsozialismus auch gute Seiten, aber immerhin 45 Prozent der Hauptschulabsolventen. Herr Zitelmann, Herr Jaeckel, was lehrt uns diese Umfrage? Frau Mitscherlich?

Zitelmann: Nun gut, ich glaube, daß auch die Diskussion manchmal nach dem 2. Weltkrieg falsch gelaufen ist. Ich finde, die Verbrechen des Nationalsozialismus waren so ungeheuerlich, daß sie ja auch dadurch nicht kleiner werden, daß man konzediert, daß es auf der anderen Seite Dinge gab, die damals von einer großen Mehrheit der Bevölkerung als positiv empfunden wurden, also die Dinge, die Herr Reich-Ranicki ja auch benannt hat. Und wenn das jetzt auch im nachhinein so ist, daß es Menschen gibt, die sagen, also null Prozent weiß und hundert Prozent schwarz trifft es auch nicht ganz, sondern die auch ein paar Grautöne sozusagen konzedieren, dann wird ja dadurch nicht der verbrecherische Charakter des Systems insgesamt relativiert oder auch nur etwas kleiner gemacht. Aber vielleicht ist es etwas einfacher, dann auch zu verstehen. Das ist ja das große Problem, daß wir im 20. Jahrhundert sehen, das Grauen kommt im Gewand der hoffnungsvollen Verheißung. Das haben wir im Marxismus gesehen, wo das Versprechen der klassenlosen Gesellschaft hinterher im Gulag geendet hat, und das haben wir im Nationalsozialismus gesehen, wo das Versprechen der Volksgemeinschaft in Auschwitz geendet hat. Und ich glaube, nur wenn wir diese Dialektik verstehen und nicht sagen, null Prozent weiß, hundert Prozent schwarz, das ist das einzige Bild, das die Wirklichkeit widerspiegelt.

Knopp: Ich möchte zum Schluß noch eine Zuschauerfrage einbringen. Und diese Zuschauerfrage an die Historiker geben. Herr Wenzel aus Stuttgart. Bitte Herr Wenzel, stellen Sie Ihre Frage.

Wenzel: Ist angesichts der deutschen Geschichte und der heutigen Medien ein zweiter Hitler vorstellbar?

Mitscherlich: Die Geschichte wiederholt sich nicht. Ein Hitler, wie er war, ist nicht möglich.

Reich-Ranicki: Ich finde es sehr schwer, eine solche Frage zu beantworten, aber ich würde es wagen, zu sagen, unter den Umständen, bei dem Informationssystem, das wir haben, bei der Meinungsfreiheit, die es in Deutschland heute gibt, und hoffentlich geben wird auch in Zukunft, ist ein zweiter Hitler auf diese Art und Weise nicht vorstellbar und nicht denkbar.

Knopp: Liebe Zuschauer, meine Damen und Herren, zum Schluß für Sie alle noch ein tröstliches Ergebnis. Die Deutschen halten sich inzwischen für geheilt. Auf die Frage: Kann es in Deutschland wieder zu einer Diktatur wie unter Hitler kommen, sagten »ja« 22 Prozent, »nein« meinten 76 Prozent. Damit es nie mehr so weit kommt, müssen wir uns weiterhin mit Hitler auseinandersetzen wie in unserer Serie und in dieser Diskussion. Denn ich finde, wenn wir ihn verdrängen, wird er uns bedrängen, wenn wir uns ihm aber nähern, wird er sich entfernen.

Konkret 02/96, S. 26

Kurt Pätzold

Historiker in Uniform

Das neue Buch des Bundeswehrhochschulprofessors Michael Wolffsohn ist ein kulturgeschichtliches Zeugnis besonderer Art: Es zeigt eine Geschichtswissenschaft mit Schaum vorm Maul

Historiker wie Laien, auf das hier anzuzeigende Buch angesprochen, erklärten unumwunden, sie seien außerstande, es über die ersten Seiten hinaus zur Kenntnis zu nehmen. Die mir das sagten, beteiligen sich an jenem Vorgang, der »Aufarbeitung deutscher Geschichte«, auch »Vergangenheitsbewältigung« genannt wird. Damit ist derzeit zumeist in erster Linie die Beschäftigung mit dem 1990 untergegangenen deutschen Staat gemeint.

Von ihm handelt auch Wolffsohns Buch vor allem. Es erörtert sein antifaschistisches Selbstverständnis und Vermächtnis sowie das Verhältnis von Geist und Macht, soweit es staatlich bestimmt war. Der Autor befaßt sich mit der Israel-, der Arabien- und der USA-Politik der DDR. Mit letzterer unter der Fragestellung, inwieweit die offene und umstrittene Frage der materiellen »Wiedergutmachung« von Raub, Unrecht und Leid, die Juden im Nazistaat erlitten, der Normalisierung der Beziehungen zwischen der transatlantischen Weltmacht und dem ostdeutschen Staat hinderlich war. Der Gegenstand des Buches kann es demnach nicht sein, der die erwähnte Abscheu verursacht. Was dann?

Eine Antwort läßt sich an der durchaus unvollständigen Aufzählung von Wörtern und Wortverbindungen ablesen, die der an der Münchner Hochschule der Bundeswehr lehrende Professor benötigt, um sich über Personen, Ereignisse und Prozesse der Geschichte auszudrücken. In seinem Buch begegnen dem Leser »der gute Mensch aus Dresden« und »ein Christenmensch«, »MfS-Normannen«, »Erich & Co« und »Rothstein & Co«, der »Präsident der DDR-Juden« und der »Chef der Ost-Berliner Juden«, ein »jüdischer Hofnarr« und ein »jüdischer Grußaugust«, ein Mann mit »jüdisch-preußischem Rückrat« (so im Original) und ein »armer Tropf«, ein berühmter Romancier, der »Schreiber« genannt, und ein weiterer, der als »kein zweiter Schiller« apostrophiert wird. Anzutreffen sind ein »Kulturbonze« und mehrere »jüdische Bonzen«: Ein »Spirituosenkaiser« und »arabische Lüstlinge« kommen vor. Ein »Rand-Israeli« wird attackiert. »Selbsternannte Antifaschisten« fehlen so wenig wie ein »Wendekommunist«, der »Politstar« wurde. Und es fließt »Budapester Blut«.

Diese Art, Geschichte darzubieten, ist nicht jedermanns Sache. Wolffsohn weiß das. Gleichwohl ist er auf den Gedanken verfallen, daß seine Art, sich auszuschreiben, von »distanzierter Ironie« und »manchmal bissiger Schärfe« geprägt sei, gar, daß sie geeignet sein könnte, »einen Schuß Spritzigkeit und sogar Witzigkeit in die Wissenschaftlichkeit zu bringen«. Der Mann präsentiert sich als seriöser Historiker, dem lediglich der »Schalk im Nacken« sitze, das schalkhafte »Budapester Blut« ...

»In Deutschland wird Wissenschaftlichkeit oft mit strohtrockener Unleserlichkeit, Gestelztheit und Langeweile verwechselt«, schreibt Wolffsohn. Unbestritten. Doch fallen neuerdings auch andere Verwechslungen vor. Sie entstammen dem Unvermögen, zwischen boulevardeskem Wortsumpf und begrifflicher Exaktheit zu unterscheiden. Ohne eine solche Unterscheidung kann zwar Propaganda, nicht aber Wissenschaft auskommen.

Eine Probe vorweg

Eher beiläufig kommt Wolffsohn auf den ungarischen Reichsverweser Horthy, »den eingefleischten Antisemiten«. Er wird mit der Bemerkung eingeführt, daß er »Kun und die Seinen verjagt« habe. Da ist von Blut nicht die Rede, obwohl es bei dieser »Jagd« bestialisch zuging. Weiter wird über den K.u.K.-Admiral konstatiert: »Er weigerte sich beharrlich, Hitler bei der Vernichtung der Juden zu helfen.« Im Frühjahr 1943 tat er das noch, was Wolffsohn erwähnt. Ein Jahr später war es mit der Weigerung zu Ende, was unerwähnt bleibt. Wolffsohn weiß davon selbstredend: Von Mai bis in den Juli 1944 fuhren Todeszüge mit den ungarischen Juden nach Auschwitz. Da war Horthy Staatsoberhaupt.

Als seine »Beharrlichkeit« wiederhergestellt war, hatte das kleine Kommando Eichmann mit ungarischer Hilfe etwa eine halbe Million Juden »weggeschafft«, teils direkt in das Vernichtungslager, teils zu Stätten lebensvernichtender Sklavenarbeit. Einhundertfünfzig Seiten weiter – wieder eher nebenher – schreibt Wolffsohn dann, darauf Bezug nehmend, auf der »jüngsten Geschichte des Magyaren-Staates ... lagen dunkle nationalsozialistische Flecken«. Der Imperfekt des Wortes »liegen« stimmt nachdenklich. Wie verschwinden Flecke von einer Staatsgeschichte?

Der »rote Teufel«

Zur Geschichte der DDR gehören die Verwirklichung wie die Verletzung ihrer eigenen Prinzipien, die Bekämpfung und die Neuschaffung von Unrecht, die Unterdrückung und das Begehen von Verbrechen. Ohne all das ist die Geschichte dieses Staates nicht zu schreiben. Vor allem: Das eine wie das andere geriet in die Historie der vierzig Jahre nicht zufällig. Beides ist Menschenwerk, hervorgegangen aus dem Handeln einzelner Personen und ganzer Personengruppen. Es entstand nicht

nur als Folge persönlichen Versagens, sondern in gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen, die Verhaltensweisen hervorriefen, begünstigten oder ermöglichten. Das Thema hat mithin nicht sein Bewenden, wenn Schuldbekenntnisse von einzelnen und -zuweisungen an einzelne vorgenommen werden. Der derzeitige Streit um diese Vergangenheit wurzelt zum einen in Unwissen und Unwillen, die teils verschuldet, teils unverschuldet anzutreffen sind. Zum anderen entspringt er dem politischen Interesse, ein totes soziales und staatliches System gleichsam mausetot zu schlagen.

Schreibt Wolffsohn über die DDR, kommt er sogleich auf den Teufel. Das Staatswesen gilt ihm als kriminell, Verbrechen und Verbrecher zeugend. Warum und woher der heilige Eifer, mit dem er sich anno 1995 auf diesen Leibhaftigen stürzt? Es ist dem Zeithistoriker der Untergang der DDR nicht wunschgemäß verlaufen. Das bezeugen ihm drei Großbuchstaben: PDS, die er als »umbenannte SED« dekuvriert. Die Sprache ist auch ein Verräter. Wolffsohn schreibt, ein Wahlplakat dieser Partei variierend, von »Honeckers bunter Truppe«. So kommt »Witzigkeit« auf. Dennoch: Die Gründe für dieses gewendete Zitat möchte man, das letzte Politbüro der SED vor dem geistigen Auge, erklärt haben.

Die Existenz der PDS ist dem Autor Beweis genug, daß der Teufel nicht tot sei. Galt einst in deutscher Geschichte »Schlagt ihre Führer tot«, so lautet die zivilisierte Abwandlung der Devise »Schlagt ihre Führer moralisch tot«. Keiner von ihnen soll übersehen werden. Nicht diejenigen, die dafür bloß gehalten werden, und nicht die Toten, könnten sie doch noch in ihren Gräbern angerufen werden. Wolffsohns Liste beginnt mit: Gregor Gysi, Stefan Heym, Markus Wolf, Stefan Hermlin, Anna Seghers.

Wer da jetzt nicht mittut, im Kampf gegen die DDR nicht stramm mitgetan hatte oder nun noch als Hindernis im Wege herumsteht, erhält Seitenhiebe. Die Liste derer ist länger. Auf ihr finden sich Richard von Weizsäcker, Helmut Schmidt, Egon Bahr, Günter Gaus und die »vielen, vielen anderen«, die ungenannt bleiben, weil sie »uns« über die Nichtigkeit der Stasi-Papiere belehren würden. Edgar Bronfman, der »zeitweilig unfreiwillig eine Marionette der DDR-Propagandisten« wurde. Heinz Galinksi, weil er »mit der DDR ins antifaschistische Horn stieß«. Hans Mommsen, weil er erklärt habe, daß die Wissenschaft über die Totalitarismustheorie, die rot und braun gleichsetze, hinausgelangt sei.

Wenden wir uns dem Haupttext zu. Und um uns nicht billiger Auswahl schuldig zu machen, der These, die der Autor an den Beginn seines Buches stellt. Sie soll die DDR charakterisieren und besagt, daß die Partei- und Staatsführung und in deren Auftrag der Geheimdienst im westlichen Nachbarstaat die erste, weithin Aufsehen erregende antisemitische Untat organisierten. Gemeint sind die judenmörderischen Zeichen, die in der Nacht vom 24. auf den 25. Dezember 1959 an die Synagoge in Köln geschmiert wurden.

»Belege«, keine Beweise

Wolffsohn wählte für seine Darstellung des Ereignisses die Hauptüberschrift »Roter Staat, braune Jauche, gelbe Farbe« und setzte vor den einschlägigen Abschnitt »Rote Nazis? Liebesgrüße aus dem Osten: Hakenkreuze für den Westen«. Damals, erinnert der Autor, hätte die Bundesrepublik im »Höllenfeuer« der internationalen Kritik schmoren müssen. Und wer hat sie da hineingesetzt? Das wissen wir schon: der Teufel, der rote.

Seinerzeit hätten das Weitblickende bereits festgestellt: »Heute wissen wir: Der Pinsel der Schmierfinken wurde von Stasi, KGB und anderen kommunistischen Geheimdiensten gelenkt.« Ein paar Zeilen weiter wird diese These unerklärt auf »die Ostberliner Regie hinter den Kulissen« reduziert. Und bald bekräftigend hinzugefügt: Die Spur führte »nach Ost-Berlin«. Von dort wurde die »NS-Keule« gegen die Bundesrepublik geschleudert.

Wer war zuerst auf Urheberschaft und Zweck dieser Gemeinheit verfallen? Adenauer. Der hatte sie seinen Kabinettskollegen am 20. Januar 1960 enthüllt. Da war die Zahl der »antisemitischen Vorfälle« seit dem 25. Dezember bereits dreistellig geworden. Sie belief sich bis zum 28. Januar 1960 auf insgesamt 470. Selbst am Regierungstisch wollten jedoch nicht alle, auch nicht der zuständige Bundesinnenminister, Adenauers Erklärung folgen. Der Außenminister verzichtete darauf, Botschaftern und Gesandten die Deutung des Kanzlers anzubieten. Er hielt sie offenkundig für untauglich, eine beruhigende Auslandspropaganda zu tragen.

Einer besaß schon damals Beweise: der Verteidigungsminister. Franz Josef Strauß wußte, wie er dem Auswärtigen Amt im März 1960 (und Wolffsohn uns 35 Jahre später) mitteilte, daß bereits im Januar 1959 das (ganze – wieviele Mitglieder besaß es?) Zentralkomitee der SED beschlossen hatte, »Aktionskommandos zu bilden und sie nach Westdeutschland zu senden«. Nur kannte der Minister anfänglich den Zeitpunkt ihres Eintreffens nicht. Es war offenbar die Heilige Nacht. Fragt sich, aber fragt sich der Münchner Professor nicht, warum ein für die Verteidigung zuständiger Minister seinen Amtskollegen diese Erkenntnis mehr als ein Vierteljahr vorenthielt.

Jenseits des Atlantiks war schon wenige Tage nach der Untat in Köln ein Mann ebenfalls davon überzeugt, »daß die antisemitische Welle aus dem Osten gelenkt wurde«. Der BRD-Botschafter Grewe. Zu seinem Leidwesen erfüllten die ihm aus Bonn gelieferten Erklärungen seine Erwartungen nicht. Es müsse, riet er, dieser »Tatbestand« klar ausgesprochen und belegt werden. Damit aber hatte es seine Schwierigkeit, und hat es sie zu Wolffsohns Schreibzeiten noch immer. Die Beweissumme seines Textes und seiner Fußnoten ist gleich Null. Seine »Belege« belegen das Vorhandensein von Verdacht

und Vermutung (Adenauers, Strauß', Grewes). Als deren Antrieb kann leicht der Wunsch ausgemacht werden, das eigene Staatsbild vor dem Ausland zu schönen und kritischer Durchsicht und Revision der Innenpolitik zu entkommen.

Was aber treibt dreieinhalb Jahrzehnte später einen Historiker, darauf eine indirekte Apologie zu liefern? Die Sorge um die gegenwärtige Bundesrepublik, denn: »Die Stasi ist tot, aber ihre Seilschaften sind durchaus noch lebendig.« Zwar habe man, wie uns Wolffsohn ohne Zahlenangaben versichert, »die Täter antisemitischer und ausländerfeindlicher Verbrechen«, die seit 1990 begangen wurden, »meistens gefaßt«. Doch wie steht es um die »möglichen Drahtzieher«? Geht eine Wohnung oder ein Heim von Ausländern in Flammen auf, verbrennen Menschen, dann sucht die Seilschaften des Erich Mielke. Doch erwägt Wolffsohn fragend die Möglichkeit: »Und wenn es die heutige Stasi-Nazi-Verbindung wirklich nicht gäbe?« Und antwortet: »Dann hätten wir nur ein zusätzliches Detail der teuflischen DDR-Politik kennengelernt.« Der Teufel, der beschlossen hat, kein Teufel mehr zu sein. Marxens Kommentar lautete in vergleichbaren Fällen: Mit größerer Majestät hat nie ein Verstand stillgestanden.

Doch noch einmal zurück zu jenem Weihnachtsabend des Jahres 1959, den zwei »Triebtätern« im eigenen Staat und den »Drahtziehern« im Zentralkomitee. Denn nicht unzitiert bleiben soll der kostbare Satz: »Daß sich Arnold Zweig und die anderen Unterzeichner (eines im Januar 1960 an die britische Regierung gerichteten Memorandums, K.P.) über NS-Schmierereien in Westdeutschland empörten, spricht nicht gegen sie.« So schützt Wolffsohn seine Leser vor abwegigen Gedankengängen.

Prophetie und Handlungsvorsatz

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Hier geht es nicht um die Billigung oder Verurteilung der Rolle und der Praktiken von Geheimdiensten. Im besonderen nicht um Parteinahme für oder gegen die Staatssicherheit der DDR. In Rede steht ein Buch, das den Anspruch wissenschaftlicher Seriosität marktschreierisch erhebt und nicht mit einem einzigen Dokument beweist, was es zu beweisen vorgibt, ja nicht einmal wahrscheinlich zu machen vermag, was es behauptet. Statt dessen werden Papiere von Politikern, deren Interessenlage zutage liegt, als Kronzeugnisse präsentiert. Die dazugehörigen Fußnoten erfüllen den Tatbestand des Bluffs.

Diese *Deutschland-Akte* sollte, soviel Überwindung es immer kosten mag, weithin zur Kenntnis genommen werden. Sie ist ein kulturgeschichtliches Zeitzeugnis besonderer Art. Sie zeigt, wohin eine Geschichtswissenschaft mit Schaum vorm Maul gerät. Das Generalziel des Autors ist außerwissenschaftlich. Es zielt auf die Rechtfertigung der Aussage, die zeitlich vor aller kritischen und zum größeren Teil noch zu leistenden Erforschung der Geschichte der DDR lag. Sie lautet: Der Antifaschismus dieses Staates war bloß ein Etikett, ein Schwindel der Mächtigen. Dem stehen ein paar Tatsachen entgegen, die Wolffsohn kennt. Die Bürger des untergegangenen Staates schneiden bei Befragungen zum Thema Antisemitismus und Judenfeindschaft noch immer besser ab als die der alten Bundesländer. Auch dafür hat Wolffsohn eine spritzige Erklärung: Die Bürger waren besser als der Staat, in dem sie leben mußten. Darüber ließe sich weiterreden. Es könnten zu dem Befund die Romane der Anna Seghers und des Arnold Zweig, auch die Stefan Heyms und die Erzählungen und Verse Hermlins beigetragen haben, auch die Denkmäler Fritz Cremers und die Filme Konrad Wolfs samt dem ganzen verordneten und unverordneten Antifaschismus, dessen die roten Teufel nicht Herr werden konnten.

Darüber aber wird man mit dem Autor dieses Buches nicht streiten können. Sein Vorurteil ist betoniert: »Vom Antifaschismus ... der DDR bleibt nichts.« Aus dem Satz sprechen Prophetie und Handlungsvorsatz. Was Wolffsohn einzig als ein schwer zu lüftendes Geheimnis erscheint, ist die Zählebigkeit jener Ansicht, die er die »Legende« vom Antifaschismus dieses Staates nennt. Er zählt sie zu den »Meisterleistungen der politischen Mystifizierung«. Und fragt dann sich und seine Leser: »Wer hat sie vollbracht?« Ratlos und gleichsam achselzuckend merkt er an: »Die Nennung der Namen Gysi und Heym reicht nicht aus.« Womöglich hat das »Zentralkomitee« auf seiner allerletzten Sitzung die Bildung von »Aktionsgruppen« zur Verbreitung dieser Legende beschlossen?

PS. Sollte der Autor der *Deutschland-Akte* beabsichtigen, sich in den Gegenstand seines Buches ein wenig einzulesen und sich so mit dem gegenwärtigen Stand und der Methodik wissenschaftlicher Anstrengungen bekanntzumachen, so sei ihm ein kurz vor dem seinen erschienenes Buch empfohlen. Es vereint Vorträge, die auf einem Symposium gehalten wurden, das aus Anlaß des 125jährigen Bestehens der Salzburger Jüdischen Gemeinde im November 1993 stattfand. Unter dem Titel *Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik* (Campus Verlag, Frankfurt/New York 1995) haben Werner Bergmann, Rainer Erb und Albert Lichtblau 19 Beiträge herausgegeben. Wolffsohn muß sich nicht schrecken lassen: Unter den Autoren finden sich bloß zwei, die an wissenschaftlichen Institutionen in der DDR arbeiteten. Besonders angeraten sei ihm Ute Schmidts Vortrag »Die CDU, der Nationalsozialismus und der Holocaust«, der sich auf die Ära Adenauer konzentriert und fortgeschrieben werden könnte.

Michael Wolffsohn: *Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legende.* (Unter Mitarbeit der) Forschungsassistenten Douglas Bokovoy, Ulrich Brochhagen, Henry Leide, Stefan Meining, Christian Stiefler und

Sylke Tempel. Edition Ferenczy bei Bruckmann, München 1995, 396 S., 44 Mark

Kurt Pätzold schrieb in KONKRET 7/95 über den Streit um Buchenwald

Konkret 02/96, S. 29

Werner Pirker

Im Jahre fünf nach Christi Wiedergeburt

Nach ihrem Wahlsieg steckt die Kommunistische Partei Rußlands in einem taktischen Dilemma

Schocktherapeut Jegor Gaidar, der mit seinem brutalen Entkollektivierungsprogramm die russische Gesellschaft auf die primitivsten Formen ihres Seins zurückwarf, sieht nach dem Wahldesaster seiner Vereinigten Demokraten schwere Erschütterungen auf Rußland zukommen. Es sei mit einem Machtantritt der Kommunisten und damit einer Wiederaufnahme »gefährlicher Experimente« durchaus zu rechnen, vertraute er der »Iswestija« an. Eine »Welle« komme da hoch. »Ich weiß, sie wird kommen und wieder vergehen.« Diesmal aber werde sie keine 70 Jahre dauern und auch wesentlich flacher ausfallen. Mit Exzessen der Neidgenossenschaft gegen die Helden des Privateigentums müsse dennoch gerechnet werden.

Als hätte er Gaidars düstere Vorahnungen über die Rückkehr der Politrucks an die Schalthebel der Ökonomie bestätigen wollen, wertete der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF), Gennadi Sjuganow, auf einer Pressekonferenz das Wahlergebnis vom 17. Dezember 1995 als »Sieg des Volkes, der sozialen Gerechtigkeit, der Sowjetmacht und des Sozialismus« . Der KP-Chef bewies mit dieser gezielten Provokation aber nur seine exzellente Technik im Schattenboxen. Indem er das Ideal zum Sieger erklärte, bediente er eine sentimentale Grundstimmung in der Gesellschaft, allerdings in der Absicht, die soziale Wut zu dämpfen. Denn gleichzeitig machte Sjuganow klar, daß es selbst bei einer kommunistischen Machtübernahme zu keiner Revanche in den Eigentumsverhältnissen kommen werde. Das weiß auch Sjuganows liebster Sparringspartner Gaidar: »Die Kommunisten werden mit dieser Macht kaum etwas anzufangen wissen«, plauderte er aus der Nomenklatura-Schule: »Sie sollten ihre Versprechen am besten sofort vergessen und das Gegenteil davon machen.«

Doch auch wenn die Kommunisten Sowjetmacht und Sozialismus vergessen sollten, haben sie nicht unbedingt eine große Vergangenheit vor sich. Ihr Wahlsieg ist ein relativer. Die KP ist zwar in der neuen Duma mit ungefähr 150 Abgeordneten vertreten; ihre Verbündeten mitgerechnet werden es ungefähr 170 bis 180 Parlamentssitze sein, denen nur 50 auf der Seite ihres wichtigsten Rivalen, Tschernomyrdins »Unser Haus Rußland« (NDR), gegenüberstehen. Doch ebenso klar verfehlt wurde das eigentliche kommunistische Wahlziel, die Erreichung einer Zweidrittel-Mehrheit des kommunistisch-patriotischen Blocks. Die entscheidende Machtprobe mit dem Jelzinismus muß somit vertagt werden.

Trotz relativer Mehrheit ergibt sich für die KPRF im neuen Parlament eine äußerst unglückliche Konstellation. Die Partei Sjuganows steht vor der unangenehmen Alternative, sich entweder in schlechte Gesellschaft zu begeben oder aus dem Spiel der politischen Kräfte auszusteigen. Will sie als die mit Abstand stärkste Parlamentsfraktion mitmischen, bleibt ihr nur die Wahl zwischen Pest und Cholera. Sie könnte mit den Vertretern der staatlichen Oligarchie (NDR) und deren heimlichem Antreiber, Schirinowski, unter nationalkonservativen Vorzeichen die westlerischen Liberalen um Jawlinski marginalisieren oder einen nicht minder prinzipienlosen Anti-Regierungsblock auf die Beine zu stellen versuchen, um Tschernomyrdin zu isolieren. Sie könnte mit dem liberalen Jabloko-Block die von Schirinowski unterstützte Machtpartei herausfordern oder aber unter rechtsradikalem Flankenschutz gegen das kapitalistische Reformzentrum (Tschernomyrdin, Jawlinski) anrücken.

Dieses taktische Dilemma wäre wohl lösbar, gäbe es eine klare strategische Option. Hier liegt der Pawlowsche Hund begraben. Denn die KPRF-Politik wird weniger von einer gesellschaftspolitischen Orientierung als von Reflexen bestimmt. Dazu gehört der ungebrochene Haß der Sjuganow-Kommunisten auf den »bourgeoisen Liberalismus«, der weiter als Hauptfeind bekämpft wird, obwohl er vom Jelzin-Regime längst abserviert worden ist. Reflexhaft ist auch die Bezugnahme der ehemaligen Staatspartei auf »dieses unser Land« und das sich daraus ergebende Selbstverständnis als einzig wahre staatstragende Partei. Nicht den zum Himmel stinkenden russischen Verhältnissen wird somit der Krieg erklärt, sondern der russophoben Weltverschwörung und ihrer Fünften Kolonne im Kreml. Der Linkssozialist Boris Kagarlitzky, Anti-KPdSU-Dissident der 80er Jahre, heute Kritiker und Verteidiger der KPRF, bemängelt keineswegs die nationale Orientierung der Sjuganow-Kommunisten und deren Verteidigung der russischen Staatlichkeit gegen die Ausplünderung des Landes, sondern das Fehlen einer Strategie zur Entwicklung des sozialen Widerstandes. Es sei offenkundig, so Kagarlitzky, daß die nationalen Interessen von den Werktätigen und den Eliten unterschiedlich definiert werden. Deshalb dürfe auch nicht auf den Tag nach der »nationalen Rettung« gewartet wer

den, um die demokratischen und sozialen Werte der Arbeiterbewegung neu zu beleben und die soziale Kreativität zu stimulieren.

Unverkennbar ist die Affinität der KPRF zu jenem Teil der Eliten, die heute den Übergang vom westlich-liberalen zum nationalkonservativen Modell des Kapitalismus vollziehen. Für Kagarlitzky bildet aber gerade die vom Kongreß Russischer Gemeinden (KRO) repräsentierte Strömung, die Unternehmergruppen und Gewerkschaften mittels

korporatistischer Strukturen organisieren will, die eigentliche Herausforderung der linken Kräfte. Für sozialistische Strategien gebe es innerhalb des KRO-Projektes nicht den geringsten Spielraum, schrieb Kagarlitzky in einem Prawda-Artikel und fügte hinzu, daß eine Zusammenarbeit zwischen KPRF und KRO nur bei Preisgabe der kommunistischen Orientierung auf die »Volksmacht« möglich wäre.

Sjuganow hat sicher recht, wenn er sich dezidiert dagegen ausspricht, das Land in den Sozialismus zu »jagen«, weil das zur Folge hätte, die sozialistische Idee nun wirklich auf Dauer zu diskreditieren. In diesem Sinn versteht sich die KPRF auch als die wirksamste Barriere gegen eine soziale Revolution. Im kommunistischen Hauptquartier herrscht die durchaus nicht unbegründete Befürchtung, daß ein Aufstand der Marginalisierten wohl nur die gegenwärtig stattfindende kriminelle Umverteilung reproduzieren würde.

Der neben Sjuganow profilierteste KPRF-Denker, Valeri Tschikin, bezeichnete es als Hauptaufgabe des linken Zentrismus, das politische Vakuum zu füllen, den Linksextremismus zu absorbieren und die soziale Wut in konstruktiven Patriotismus zu verwandeln. Aber er befürchtet auch, daß bei einer Fortsetzung der »rechtsradikalen Politik« des gegenwärtigen politischen Zentrums der Jakobinerterror zur einzigen, obwohl »fürchterlichen und unnötigen« Alternative für die Rettung des Landes werden könnte.

Im Jahre fünf nach der Wiederkehr Christi nach Rußland versucht die Kommunistische Partei ihre Dominanz im politischen Raum zu fixieren. Und die russische Gesellschaft sucht nach einem neuen Inhalt jenseits der neurussischen Herrschaft.

Konkret 02/96, S. 30

Erwin Riess

In einem ganz normalen Land...

... sind ganz normale Wahlen Volksfrontwahlen – zum Beispiel in Österreich

In Österreich sei die Gesellschaft weiter als die Politik, sagte der Politologe Leggewie, ein Zeichen dafür, daß es sich um ein stinknormales Land handle. Richtig, assistierte der Philosoph Burger, bei den Wahlen werde nur der künftige Status des Sozialstaats festgelegt. Das »Nazi«-Geschrei um Jörg Haider widere ihn an, ergänzte der Schriftsteller Menasse, er sehe in Haider keinen Nazi, sondern einen Aufklärer wider Willen, einen Linken. Danach ging das »stinknormale Land« zur Wahl: Sozialdemokraten 38, Volkspartei 28, Haider 22, Liberale 5,3 und Grüne 4,6 Prozent.

Das Ergebnis straft die Theoretiker Lügen. Seit Jahren schon sind die ganz normalen Wahlen in dem ganz normalen Land Volksfrontwahlen. Kommt Haider? heißt die einzige Frage, die im Zusammenhang mit Österreich interessiert. Die Antwort der Dezemberwahlen brachte zwei Wahlsieger und einen doppelten Wahlverlierer.

Beginnen wir mit dem Verlierer, der ÖVP des Wolfgang Schüssel. Er hatte erstens (und erstmals seit 1966) die SPÖ überholen und zweitens Stimmen von Haider zurückgewinnen wollen. Wußte er nicht, daß es bei den Arbeitern für die ÖVP nie etwas zu erben gab und die Mittelschichten nur solange Volkspartei wählten, als diese es schaffte, den Weltmarkt von Österreich fernzuhalten? Immerhin gelang es Schüssel, den Niedergang der Volkspartei zumindest bei diesen Wahlen auf einem historisch katastrophalen Niveau zu stoppen.

Von der verzweifelten Situation der ÖVP zeugt die Weigerung ihres Spitzenkandidaten, eine Koalition mit Haider auszuschließen. Schüssel ist ja beileibe kein Nazisympathisant, sondern ein alert-moderater Konservativer. Wenn dieser Mann keine andere Möglichkeit mehr sieht, Haider zu bekämpfen, als sich ihm anzuschließen, nimmt er den Bankrott der bürgerlichen Mitte vorweg. Tatsächlich sind die Alternativen, die sich der ÖVP bieten, allesamt trostlos: Eine schwarz-braune Koalition würde die ÖVP zerreißen. Zöge die ÖVP sich in die Opposition zurück, wären Neuwahlen die Folge, die nur mit einer Stärkung der SPÖ und der Freiheitlichen enden können. Bildet schließlich die ÖVP als geschwächter Juniorpartner wieder eine Koalition mit der SPÖ, wird sie einem Sparprogramm zustimmen müssen, das auch ihre reiche Klientel ein wenig trifft, wofür sie von Haider, dem millionenschweren Anwalt der kleinen Leute, als leistungsfeindlich geprügelt werden wird. Weil aber die letztgenannte Variante zumindest einen Zeitgewinn ermöglicht, wird Schüssel sie, falls er nicht Amok läuft, wohl oder übel ergreifen müssen. Der Sieg der SPÖ war die eigentliche Überraschung; er ist deshalb so bemerkenswert, weil Vranitzky, der entgegen dem Rat mächtiger Parteifreunde von Anfang an jegliche Kooperation mit Haider ausgeschlossen und nahezu ein Jahrzehnt lang Wahl um Wahl verloren hatte, seinen wankelmütigen Genossen demonstrieren konnte, daß in Österreich auch mit einer antifaschistischen Option Wahlen zu gewinnen sind. Bis zum Ende der Ära Kreisky war es sozialdemokratische Übung gewesen, durch die Stärkung der Nazipartei die ÖVP zu schwächen.

Bei Betrachtung der Wählerströme zeigt sich, daß ein Großteil des Stimmenzuwachses der SPÖ von Nichtwählern, hauptsächlich von städtischen Rentnern, den Grünen und den Liberalen stammte. Dennoch konnte Vranitzky den weiteren Einbruch der Freiheitlichen in die Kernschichten der Sozialdemokratie nicht verhindern. So liegt die FPÖ bei den Arbeitern unter 50 jetzt schon gleichauf mit der SPÖ. Stark präsentiert sich die Sozialdemokratie nur mehr in Ostösterreich und da vor allem bei Beamten, Pensionisten und Hausfrauen.

Trotz seiner geringen Verluste muß Haider als zweiter Wahlsieger bezeichnet werden. Obwohl er nach wie vor nur über ein Viertel Stammwähler gebietet, konnte er das Niveau des Sensationserfolges von 1994 halten. Wiederum gelang eine massenhafte Mobilisierung von Nichtwählern, bei männlichen Jungwählern liegt die FPÖ sogar in Front, und in Westösterreich, besonders in Tirol, legten die Nazis spektakulär zu.

So sehr die Normalitätstheoretiker sich auch dieses Mal – wie nach jeder Wahl der letzten Jahre – beeilten, Haiders Abstieg zu verkünden, seine Grenzen sind noch lange nicht erreicht. Die FPÖ hat sich als Sammelbecken des Dienstleistungsproletariats und des bedrängten Kleingewerbes dauerhaft etabliert; günstige Umstände – Skandale oder Korruptionsfälle – vorausgesetzt, wird sie die ÖVP bald überrunden. Die Marschrichtung stimmt auch im freiheitlichen Überbau: Der Antisemitismus wurde in einer allgemeinen Xenophobie aufgehoben, der Neid auf vermeintliche Sozialschmarotzer äußert sich in freiwilligem Spitzel- und Denunziantentum hunderttausender Sittenwächter; ein beharrlich geschürter Haß auf alles Fremde hält unablässig Ausschau nach Opfern. Angehörige von Minderheiten und Künstler werden verbal zum Abschuß freigegeben, Männer der Tat lassen Taten folgen – die Aufgabenteilung funktioniert wie am Zündschnürchen. Die FPÖ ist eine normale Partei in einem normalen Land.

Neuerdings finden die Anhänger der Normalitätstheorie es schick, zwischen Haider und seinen Wählern zu unterscheiden; auch zwischen den freiheitlichen Parlamentariern und ihrem Chef machen sie eine imaginäre Zivilisationsgrenze aus. In welchem Ausmaß der freiheitliche Block jetzt schon die Kriterien einer klassischen faschistischen Bewegung erfüllt,

darüber herrscht zumindest im Ausland kein Zweifel. Für die »New York Times« ist die F-Bewegung eine Nazitruppe, die erfolgreich daran arbeitet, immer mehr Wähler im faschistischen Sinne zu radikalisieren.

Österreich weist nicht nur die am längsten regierende Sozialdemokratie, sondern auch die stärkste rechtsextreme Partei Europas auf. Was in einem normalen Land keiner gesonderten Erwähnung bedarf – daß es von einem Antifaschisten regiert wird – , bleibt auf absehbare Zeit das Beste, was sich über Österreich sagen läßt.

Erwin Riess schrieb in KONKRET 11/95 über Elfriede Jelineks Roman »Die Kinder der Toten«

Konkret 02/96, S. 31

Michael Scharang

Das Heil, diesmal von links außen

Um das Vorurteil zu zerstreuen, die Österreicher seien im Vergleich zu den Deutschen Lahmärsche, eilte im Herbst ein österreichischer Schriftsteller nach Frankfurt und erklärte dort kurzentschlossen die Buchmesse für eröffnet und die Geschichte für beendet. Da blieb den Deutschen die Spucke weg. Womit die Aktion als geglückt betrachtet und ihrerseits für beendet erklärt werden könnte.

Nicht für die Österreicher. Es sind ja auch zu viele Fragen offen: Was passiert nun mit der Geschichte? Hat sie schon das gesetzliche Pensionsalter erreicht, wenn nicht, verfügt sie über genügend Versicherungsjahre und über genügend unheilbare Leiden, um in Frühpension gehen zu können, wenn ja, sind die Versicherungsjahre erschwindelt und die Leiden vorgetäuscht, wenn nein, wird der Obmann der Freiheitlichen nicht dennoch das Gegenteil behaupten?

Doch nicht er deckte diesmal den Skandal auf, sondern die KPÖ. Sie sponserte eine Veranstaltung, deren Wiener Motto »Die Geschichte ist noch nicht zu Ende« uns hinter die Frankfurter Erklärung und somit um Monate zurückwirft. Die Veranstaltung hieß »Linke Dialogkonferenz«, und damit der linke Dialog rechtzeitig weiß, wo es langgeht, ging ihm schriftlich eine »Erste Erklärung« voran mit dem Titel »Worum es geht«. Die Hoffnung, die geweckt wird, nämlich daß ein Dialog mit Leuten, die ohnedies wissen, worum es geht, überflüssig ist, diese Hoffnung erfüllt sich tatsächlich.

Worum also geht es? »Die österreichische Linke muß zur Debatte gezwungen werden ... (Sie) steht mittelfristig vor den Alternativen des Untergangs oder des Aufbruchs unter dem Zeichen völlig neuer Inhalte und Formen.«

In diesem Führerton bin ich von links noch nie angebellt worden. Sollte die Gruppe, die diesen Ton anschlägt, tatsächlich die österreichische Linke sein, würde ich mich damit bescheiden, ein zeitweilig in Österreich lebender Linker zu sein, der mit der österreichischen Linken nichts zu tun haben will.

Der unerträgliche Ton ist aber noch das Harmloseste an diesem hysterischen Kauderwelsch. Die Sektenführung läßt der Sekte typischerweise nur die Wahl zwischen Untergang und Aufbruch, und diese Möglichkeit, die in der Wirklichkeit zum Glück nicht vorkommt, wird stilisiert zum mystisch-ekstatischen Erlebnis: »Die Linke, die sein wird, darf nicht wiederzuerkennen sein. Wird sie wiederzuerkennen sein, wird sie nicht unsere sein.« Diese beiden Sätze werden eingehen in die Geschichte der mißglückten Religionsgründungen am Ende des 20. Jahrhunderts. In der Geschichte der Linken werden sie keine Erwähnung finden. Aus dem einfachen Grund, weil nur die religiöse Sekte das absolut Neue versprechen kann, das Außerirdische, in dem das Alte, das Irdische, nicht wiederzuerkennen ist.

Eine politische Gruppe, welche so spricht, ist nicht radikal, sondern fanatisch. Radikal zu sein setzt voraus die Anstrengung des Gedankens und der Sprache und den Bruch mit Demagogie und Phrase. Wer »Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Sachlichkeit etc.« als »bürgerliche Vorgaben« denunziert, »über die hinaus« man sich zu erheben habe, wendet sich an eine romantische Volksgemeinschaft, nicht an eine reale Gesellschaft. Links- und Rechtspopulismus trafen sich immer schon im Schwärmen für die Erneuerung, wohingegen die Linke lakonisch auf Neuerungen besteht.

Ich halte diese Sekte nicht für gefährlich. Es sind Spießer, die nirgendwo zum Zug kamen und die nun auf den linken Zug aufspringen wollen – ein Versuch, den sie nur deshalb wagen, weil der linke Zug zur Zeit in der Reparaturwerkstatt steht.

Überhaupt ist diesen Leuten Akrobatik nicht fremd. »Niemand sollte so tun, als sei ein tragfähiger gemeinsamer Bodensatz vorhanden. Den gilt es erst zu erarbeiten.« Sie sind die ersten Menschen in der Geschichte – die übrigens noch am Leben war, dieses sich aber auf der Linken Dialogkonferenz nahm, womit das leidige Thema endgültig vom Tisch ist – , sie sind die ersten Menschen, die, weil sie Bodensatz und Basis verwechseln, sich einen Bodensatz erarbeiten, einen gemeinsamen und tragfähigen.

Das Ergebnis wird sein ein Kaffeesatz, und lesen werden sie darin ihre Zukunft. Eine Zukunft, in der sie die Macht haben, das, womit sie jetzt drohen, auch durchzusetzen: »Die Linke, will sie werden, was sie sein soll, muß zuvorderst eine vehemente Selbstkritik äußern.«

Doch auch dann wird die Linke ratlos sein. Gewohnt, Selbstkritik zu üben, wird sie üben müssen, dieselbe zu äußern. Dafür aber nur eine Selbstkritik, das könnte es leichter machen. Bleibt die schwierigste Frage immer noch offen: Ist Selbstkritik zuvorderst, also ganz vorn, oder zuvörderst, also zuerst, zu üben?

Jedenfalls wird es die Linke, drangsaliert vom linken Analphabetismus, nicht leicht haben.

Michael Scharang schrieb in KONKRET 12/95 über kleinbürgerliche Herrschaft

Konkret 02/96, S. 32

Winfried Wolf

Herrenmensch im Armenhaus

Als Teilnehmer einer Bundestagsdelegation hat Winfried Wolf miterlebt, wie ein deutscher Diplomat in Haiti die Interessen des Gangstersyndikats »freedom & democracy« vertritt

Port-au-Prince, Präsidentenpalast, 13. November 1995: Aristide spricht leise und eindringlich, so daß die Mitglieder der Delegation des Bundestagsausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit sich unwillkürlich nach vorn beugen, um seine Worte zu verstehen. Er spricht über das Elend des Volkes, den Hunger, die Arbeitslosigkeit. Der deutsche Botschafter in Haiti, Günther Dahlhoff, bevorzugt ein anderes Thema. Wie seine Exzellenz denn über die von der »internationalen Gemeinschaft« geforderten Privatisierungen in Haiti denke? Aristide antwortet diplomatisch und unwillig: Er werde einen »letter of intend« übermitteln, eine Absichtserklärung, wonach eine Privatisierung in Aussicht stehe. Er gebe aber zu bedenken, daß das Land vor anderen, vor wirklich großen Problemen stehe. Es gehe um Hunger, um Elend, um Land, um Frieden.

Eine Reportage von Heinz Boschek (»Deutsche Welle«) hat uns eingestimmt: Das Jahreseinkommen »eines Durchschnittsbürgers Haitis ist unter der vorausgegangenen Militärdiktatur von 280 auf 100 Dollar abgesunken; das ist das unterste Ende der Einkommensskala in der gesamten westlichen Hemisphäre«. Der Augenschein vor Ort bestätigt dies: Armut, Straßenkinder, verallgemeinerte Erwerbslosigkeit, verkarstete, brandgerodete Hügel, zerstörte Infrastruktur ...

Wer ist verantwortlich? In einem »Merkblatt« gibt uns das Auswärtige Amt eine Antwort: Haiti »leidet unter massiver Überbevölkerung«. Dort heißt es auch: »Im Land gilt das (z.Tl. brutale) Recht des Stärkeren.« Der Straßenverkehr entspreche »nicht europäischen Verhältnissen ... Defensives und umsichtiges Verhalten erspart hier viel Ärger.« Botschafter Dahlhoff, der uns an der Grenze zur Dominikanischen Republik abholt, scheint von dieser Empfehlung nicht viel zu halten. Die beiden schweren PKW für Botschafter und vierköpfige Bundestagsdelegation rasen mit 100 km/h durch dichtbevölkerte Dörfer und die Vororte von Port-au-Prince. Mal rettet sich ein Fußgänger, mal ein Radfahrer in letzter Sekunde.

Was nun die »Überbevölkerung« betrifft, so weiß Botschafter Dahlhoff Näheres über ihr Zustandekommen: Haiti, so klärt er die Delegation auf, sei überbevölkert, weil »die haitianische Frau immer will und der haitianische Mann immer kann«. Der Diplomat grinst; wir schweigen betreten. Darauf, die Fakten zu befragen, komme ich erst nach der Rückkehr in die Bundesrepublik: Wie »überbevölkert« ist Haiti denn überhaupt? Hat Eduardo Galeano diese Frage nicht bereits beantwortet? In *Las venas abiertas de America Latina* heißt es: »In dem größten Teil der lateinamerikanischen Länder ist kein Menschenüberschuß, sondern im Gegenteil ein Mangel an Menschen zu verzeichnen. Brasilien hat 39mal weniger Einwohner pro Quadratkilometer als Belgien, Paraguay 49mal weniger als England, Peru 32mal weniger als Japan. Haiti und El Salvador, die Ameisenhaufen Lateinamerikas, haben eine geringere Bevölkerungsdichte als Italien.« Nun schrieb Galeano dies vor knapp 25 Jahren. Die aktuellen Zahlen lauten: In Haiti leben auf 27.750 Quadratkilometern 6,8 Millionen Menschen – das entspricht einer Bevölkerungsdichte von 245 Einwohnern pro Quadratkilometer. Das wiederum ist ziemlich exakt die Bevölkerungsdichte Deutschlands. Im Vergleich zur ehemaligen Bundesrepublik ist Haiti sogar dünner besiedelt.

Ein unzulässiger Vergleich? Sind Deutschland, Italien oder Japan nicht, anders als Haiti, fruchtbare Länder, die sich eine höhere Bevölkerungsdichte »leisten« können? Nein – und doch in einem gewissen Sinne: ja. Die Insel Hispaniola (Klein-Spanien), auf der heute die Staaten Dominikanische Republik und Haiti liegen, galt bei ihrer Entdeckung durch Kolumbus als eines der fruchtbarsten Stückchen Erde. Erst die Eroberung durch die Conquista, die weitgehende Ausrottung der einheimischen Bevölkerung, die zwangsweise Ansiedlung schwarzer Sklavinnen und Sklaven, die Einführung der auf Kaffee und Zucker basierenden Monokulturen und die durch Armut bedingten Brandrodungen vernichteten den Wohlstand der Insel und laugten den Boden aus.

Selbst für die jüngste Vergangenheit läßt sich der Anteil eindrucksvoll belegen, den die koloniale Ausbeutung an der Armut in Haiti hat. Bis Anfang der 90er Jahre war das Land führender Hersteller von Baseballbällen. Auch gab es bis zu diesem Zeitpunkt eine bescheidene Industrie zur »Veredelung« von Textilien. Nach dem Militärputsch vom 30. September 1991 gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Aristide und infolge des danach von der Uno verhängten – damals begrüßenswerten – Wirtschaftsembargos gegen die Militärdiktatur wanderten diese Industrien ab. Nach seiner Rückkehr im Oktober 1994 unter dem Schutz der US-Truppen richtete Aristide einen dramatischen Appell u.a. an die Regierung der Dominikanischen Republik, in welchem er um »Rückführung« dieser traditionellen haitianischen Industrien bat. Doch seine Briefe blieben, wie die »Deutsche Welle« berichtete, unbeantwortet. Und auch die Uno wurde in dieser Angelegenheit nicht aktiv.

Aber man gibt Haiti nicht nur keine Möglichkeit, die bescheidenen Ansätze seiner industriellen Basis zurückzugewinnen. Die Vertreter von »freedom & democracy« haben diesem Armenhaus Wirtschaftsprogramme auferlegt, die das Elend

intensivieren müssen: Die US-Regierung war erst bereit, den rechtmäßig zum Präsidenten gewählten Aristide mit militärischer Unterstützung zurück nach Port-au-Prince zu bringen, nachdem er weitgehende Forderungen von US-Unternehmen nach Privatisierungen akzeptiert hatte. Besonders begehrt ist die Telefongesellschaft. Kein Wunder: Dieses haitianische Staatsunternehmen erwirtschaftete während Aristides Exil die finanzielle Basis seiner Auslandsarbeit: Aristide konnte sicherstellen, daß die Telefongebühren für Anrufe aus den USA nach Haiti seiner Exilregierung zukamen. Eine Privatisierung der haitianischen Telefongesellschaft hätte zur Folge, daß künftig eine ähnliche Finanzierung einer Exilregierung – und damit die Lobby-Arbeit einer demokratisch gewählten und durch einen Militärcoup weggeputschten Regierung – nicht mehr möglich wäre.

Wenn der deutsche Botschafter »Privatisierungen« einklagt, vertritt er einerseits die Interessen der US-Telekommunikationskonzerne, die ihr Interesse an der Telefongesellschaft von Port-au-Prince angemeldet haben. Aber es sind auch deutsche Interessen im Spiel. Als potentieller Aufkäufer des staatlichen Elektrizitätswerks der haitianischen Hauptstadt wird die aus dem Schwarzwald eingewanderte Familie Mews genannt. Ende 1995 gab es mehrere Anschläge gegen das E-Werk. Die Vermutung liegt nahe, daß damit der Kaufpreis gedrückt werden soll. Im übrigen gehörten die Lobbyarbeit für Privatisierungen, wie sie der deutsche Botschafter in Port-au-Prince betrieb, und der Versuch, die Bundestagsdelegation dafür zu instrumentalisieren, zu allen politischen Terminen, die wir in diesen Tagen absolvierten: die Ministerpräsidentin Claudette Antoine Werleigh wurde damit ebenso konfrontiert wie der Chef der Lavalas-Bewegung, Monsieur Charles.

Beim Treffen der Delegation mit dem Wirtschafts- und Planungsminister Haitis, Fred Joseph, der zugleich Vizepräsident der haitianischen Zentralbank ist, wurde die erpresserische Funktion der deutschen Privatisierungsforderung besonders deutlich: Botschafter Dahlhoff »fragt« nach den Privatisierungen. Der haitianische Minister verweist auf die Not im Land und darauf, daß Haiti andere Probleme habe. Herr Dahlhoff insistiert, zumindest die Privatisierung »des Zementunternehmens« sei doch überfällig. Joseph äußert, seine Regierung wisse genau, daß es vor allem um die lukrative und politisch brisante Telefongesellschaft gehe. Ich schalte mich mit dem Hinweis ein, daß es nicht Aufgabe einer Bundestagsdelegation sein könne, Privatisierungen in Haiti einzuklagen. Als Beleg dafür, daß das für Haiti extrem ungünstige Kräfteverhältnis Grundlage derartiger Erpressungen sei, nenne ich das Beispiel Türkei: Bonn gewährt Ankara milliardenschwere »Entwicklungshilfe«. Bisher aber hat noch keiner zu fordern gewagt, als Gegenleistung sei die Telefongesellschaft Istanbuls zu privatisieren. Daraufhin bricht Dahlhoff das Gespräch zwischen dem Wirtschaftsminister und der Delegation eine halbe Stunde früher als geplant ab.

Und welche Art Hilfe leistet die Bundesregierung? Ministerpräsidentin Werleigh gab im November 1995 eine Regierungserklärung ab, die Dahlhoff gegenüber der Bundestagsdelegation mit »Das brauchen Sie nicht zu lesen – da steht nur Lyrik drin« charakterisiert. Die Lyrik, das sind die Prioritäten, die Haitis Regierung setzt. Weit vorn rangieren eine Alphabetisierungskampagne, die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, eine Agrarreform, der Aufbau eines funktionierenden Gesundheitswesens. Ähnlich gewichtet der Wirtschafts- und Planungsminister Fred Joseph, der, gefragt nach den Prioritäten seines Landes, antwortet: »Gesundheit, Gerechtigkeit und Justizwesen, Erziehung und Agrarreform.« Auf die Frage Dahlhoffs nach der Rolle des Straßenbaus antwortet Joseph, dieser sei sekundär. Seine Frage, ob die Bundesrepublik nicht bei einer der genannten Prioritäten, etwa im Gesundheitssektor, Hilfe leisten könne, wird vom deutschen Botschafter mit einem »Wir können nicht überall helfen« verneint.

Dabei wird zunehmend weniger geholfen. Die US-Regierung fror eine bereits zugesagte Finanzhilfe in Höhe von 5 Millionen US-Dollar ein. »Gewisse Bedingungen müssen noch erfüllt werden«, so die Begründung der Entwicklungsagentur USAID: Gemeint sind die Privatisierungsforderungen, aber auch die Aufdeckung von »Hintergründen« bei rund zwei Dutzend Morden, die es in Haiti nach der Rückkehr Aristides gab und denen die US-Regierung »politischen Charakter« attestiert. Diesbezüglich hat die für Haiti verantwortliche UN-Organisation »Misyon Sivil Entènasyonal an Ayiti« (MICIVIH) eingehende Untersuchungen angestellt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß dabei »keine Momente erkennbar sind, die diese Verbrechen in einen Zusammenhang bringen« – die »Identität der Mörder ist unbekannt«. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rudolf Bindig hat eine Anfrage an das Auswärtige Amt gerichtet, in der nach der Menschenrechtslage in Haiti und insbesondere nach deren Beurteilung durch die MICIVIH-Erklärung gefragt wird. In der Antwort des AA, erstellt durch die deutsche Botschaft in Port-au-Prince, heißt es: Laut MICIVIH »habe es seit Jahresanfang 21 Morde gegeben, bei denen politische Motive nicht auszuschließen seien«. Genau dies aber steht in der MICIVIH-Erklärung nicht. Mit solchen Halbwahrheiten wird einer Politik Vorschub geleistet, die Vorwände für eine Blockade der dringend notwendigen Hilfe für Haiti sucht, um politische Erpressung zu betreiben.

Nach ihrer Landung in Haiti im Oktober 1994 haben US-Truppen 60.000 Seiten Dokumente des Cedras-Regimes beschlagnahmt und in die USA verbracht. Staatspräsident Aristide forderte mehrmals eine Rückgabe dieses Materials: Haiti habe ein Recht zu erfahren, welche US-Bürger mit dem Cedras-Regime kooperierten. Mitte Dezember ließ die US-Regierung mitteilen, sie erwäge eine Rückgabe der Dokumente, doch zuvor würden die Namen aller US-Bürger und -Bürgerinnen unkenntlich gemacht.

Am Rande eines Empfangs der Bundestagsdelegation bei haitianischen Regierungsstellen bin ich zufällig in ein intensives Gespräch mit einem Berater des ehemaligen Premierministers Smarck Michel geraten, der sich als US-Bürger zu erkennen gab. Thema war die internationale Hilfe für Haiti. Der Mann, der in mir offensichtlich einen Vertreter der Bundesregierung sah, beschwor mich förmlich, Deutschland solle mit Hilfeleistungen »bis Februar 1996 oder länger abwarten«. Zuvor müßten »Bedingungen der internationalen Gemeinschaft« erfüllt werden. Im Februar 1996 endet die Amtszeit Aristides und beginnt diejenige des soeben designierten neuen Staatspräsidenten Préval.

Apropos Überbevölkerung: Haiti ist tatsächlich überbevölkert – von Künstlerinnen und Künstlern. Auf den internationalen Kunstmärkten saugen private Sammler ihren Profit aus der reichhaltigen Kunst dieses ebenso armen wie phantasievollen Volkes. Der deutsche Botschafter gibt sich selbst als Bewunderer haitianischer Kunst zu erkennen. Doch er, der noch vor wenigen Monaten deutscher Botschafter in Georgien war und dessen Lebensgefährtin eine georgische Künstlerin ist, finanzierte mit Mitteln der deutschen Botschaft im Musée d'art haitien zwischen dem 13. November und dem 9. Dezember 1995 eine Ausstellung von 13 georgischen Künstlern. Der Text des Prospekts ist ausschließlich französisch. Die erste Sprache Haitis, Kreolisch, ist für Botschafter Dahlhoff, der sie nicht versteht und nicht spricht, »eine Mischung aus afrikanischen Dialekten und Französisch«.

Quellen:

Heinz Boschek: »Hispaniola – Aristides Inselstaat und der abweisende Nachbar«, Deutsche Welle, 27.1.1995; Eduardo Galeano: *Die offenen Adern Lateinamerikas – Die Geschichte eines Kontinents von der Entdeckung bis zur Gegenwart*, Wuppertal 1973, S. 15; Declaration de la Politique Generale du Premier Ministre Ratifie, S.E. Mme. Claudette Antoine Werleigh (Manuskript); »Haiti en Marche«, 1.11.1995; MICIVIH-Erklärung vom 12.9.1995; Antwort des Auswärtigen Amtes durch Staatssekretär Helmut Schafter auf die Fragen 10/7 und 10/8, Oktober 1995, Az. 011300.16; Prospekt »le musée d'art haitien du collège saint pierre – 13 artistes georgiens du 13 novembre au 9 décembre 1995«.

Winfried Wolf ist Bundestagsabgeordneter der PDS

Konkret 02/96, S. 34

Peter Gärtner

Aus den befreiten Gebieten I
Roll back

Freedom and democracy in Nicaragua, El Salvador und Grenada – erster Teil einer Serie, in der KONKRET die ökonomischen, politischen und sozialen Folgen der Einführung von Kapitalismus und Marktwirtschaft in Osteuropa und den ehemaligen Volksdemokratien Lateinamerikas analysieren wird

Die Jahre um 1990 markieren für Nicaragua und El Salvador in mehrfacher Hinsicht eine Wende. Nach Jahren blutigen Bürgerkriegs, der in Nicaragua 30.000 und im Nachbarland mehr als 70.000 Menschenleben gefordert hatte, einigten sich die Kontrahenten nach harten Verhandlungen auf Friedensabkommen. Die Revolutionäre in FSLN und FMLN mußten sich von der Revolution verabschieden, während die von den USA unterstützte Gegenseite die politische Macht zurückgewinnen konnte (Nicaragua) bzw. gar nicht erst auf sie verzichten mußte (El Salvador). Es scheint, als hätten Staatsterrorismus und antisandinistische Contra ihr Ziel – wenn auch auf Umwegen – erreicht.

Die Realität der 90er Jahre entzieht sich jedoch in beiden Ländern einem derart pauschalen Urteil. Anders als in Osteuropa handelt es sich nicht um die Implosion eines bankrotten Systems, sondern um einen ausgehandelten Übergang von Revolution und Bürgerkrieg in Richtung bürgerliche Demokratie. Grundlage des Kompromisses war ein Kräfteverhältnis, das keinem der Kontrahenten den militärischen Sieg ermöglichte. Aus der kriegsmüden Zivilbevölkerung und von außen kam zusätzlicher Druck. Beide Seiten mußten anerkennen, daß es zum Frieden keine Alternative gab. Die gemeinsam ausgehandelte Kompromißformel heißt Demokratisierung plus Strukturreformen. Damit ist der Rahmen der künftigen politischen Auseinandersetzungen abgesteckt, in denen sich entscheiden muß, ob und wie demokratische Einflußnahme und soziale Gerechtigkeit zugunsten der benachteiligten Bevölkerungsmehrheit unter den gegenwärtigen Bedingungen durchgesetzt werden können.

Das kubanische Beispiel veranschaulicht, daß es selbst für erklärte Antikapitalisten wie Fidel Castro keine Alternative zum geordneten Rückzug in Richtung Kapitalismus mehr gibt. Nach dem Zusammenbruch des »realen Sozialismus« in Osteuropa und unter den Bedingungen kapitalistischer Globalisierung ist auch die Fixierung auf revolutionäre Machteroberung in einzelnen Ländern obsolet geworden.

Nicaragua zeigt besonders drastisch, wie widersprüchlich und ambivalent sich die aktuelle Situation gestaltet. Einerseits konnten trotz der Wahlniederlage der Sandinisten im Februar 1990 auch unter der Regierung von Violeta Chamorro bestimmte Errungenschaften der Revolution zumindest partiell gesichert werden. Die 1979 initiierte Agrarreform hat zur Umkehr der Landbesitzstruktur geführt. Während vor der Revolution Großgrundbesitzer mit mehr als 500 Hektar Land etwa 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche kontrollierten, verfügen heute Eigentümer mit weniger als 100 Hektar Land über mehr als 70 Prozent des Grund und Bodens. Das von den Gewerkschaften und Landarbeiterverbänden durch entsprechende Aktienanteile gesicherte »Arbeitereigentum« bewegt sich bei den verschiedenen Agrarprodukten zwischen 8 Prozent (Kaffee) und 60 Prozent (Tabak). In der politischen Arena sind die Sandinisten mit 40 Prozent Stimmenanteil immer noch stärkste Partei und die Sandinistischen Streitkräfte auch nach der Militärreform ein eigenständiger Machtfaktor. Andererseits laufen parallel zwei gegenläufige Prozesse, die das Erbe der Sandinistischen Revolution zunehmend aushöhlen. Von seiten der Regierung und der Alteigentümer wird die Privatisierung vorangetrieben, und aus (ehemaligen) sandinistischen Funktionären beginnt sich eine eigenständige Kapitalfraktion zu formieren. Nach Schätzungen sind im Zuge einer »Gegenreform« bereits 14 Prozent des Bodenreformlandes wieder verkauft worden. Das »Arbeitereigentum« droht durch die gezielte Verweigerung von Krediten seitens der Privatbanken und Mißmanagement zu verschwinden. Führende Funktionäre der sandinistischen Ära, darunter auch Humberto Ortega, Bruder des Expräsidenten Daniel Ortega und bis vor wenigen Monaten Armeechef, hatten sich im Schatten der Sicherung der revolutionären Errungenschaften bereichert.

Mit diesem als »pinata« bekannten Beutezug konnte sich ein Teil der Revolutionselite den Grundstock für die eigene Unternehmertätigkeit schaffen. Am anderen Ende der sozialen Stufenleiter sammelt sich die Mehrheit der Nicaraguaner: 80 Prozent gelten als arm, und 60 Prozent der ökonomisch aktiven Bevölkerung sind ohne Arbeit oder unterbeschäftigt, eine Verdoppelung gegenüber 1990. Es rollt eine Welle der Pauperisierung über das Land, die präzedenzlos in der Geschichte Nicaraguas ist. In ihrem Gefolge wird das soziale Gefüge immer mehr zerstört, und Gewalt und Verbrechen nehmen ungeahnte Ausmaße an. Nach 15jähriger Talfahrt war das Bruttosozialprodukt 1993 bei ca. 400 US-Dollar pro Kopf angelangt. Damit ist Nicaragua nach Haiti das zweitärmste Land der westlichen Hemisphäre. Die ökonomische und soziale Krise hat ihre Wurzeln sowohl in den katastrophalen Folgen des Bürgerkrieges als auch in der Offensive des Neoliberalismus, die unter dem Druck von IWF und Weltbank bereits 1988 von den Sandinisten eingeleitet worden war. Ihr Beginn bedeutete zugleich das Eingeständnis, daß das ursprüngliche Entwicklungsprojekt der Revolution endgültig gescheitert war.

Die Revolution zeitigt jedoch Langzeitwirkungen, die über den heutigen Tag hinaus Kurs und Ergebnisse der weiteren Entwicklung des Landes bestimmen werden: die Politisierung der Bevölkerung und die Existenz eines konkurrierenden Projektes kapitalistischer Modernisierung. So nimmt es nicht wunder, daß mit Verweis auf die wachsende Unregierbarkeit (ingobernabilidad) von einer Hegemoniekrise gesprochen wird. Diese zeigt sich zum einen in der zunehmenden Verselbständigung der sozialen Bewegungen und zum anderen in der gegenseitigen Paralysierung von Legislative und Exekutive. Zurückzuführen ist diese Situation auf das Patt zwischen zwei großen politischen Blöcken mit unterschiedlicher sozialer Basis und konträren Strategien für den weiteren Weg kapitalistischer Modernisierung. Zum einen handelt es sich um den Block aus Unternehmerverband COSEP, Amtskirche, der antisandinistisch eingestellten Mehrheit der Massenmedien und der U.N.O., die ein »nostalgisches« Projekt der Restauration der alten Verhältnisse – allerdings ohne Somoza-Clan – verfolgen. Die U.N.O. ist jenes Oppositionsbündnis, das unter Violeta Chamorro im Ergebnis der Wahlen von 1990 die Sandinisten zwar von der Regierung verdrängt hatte, jedoch durch die spätere Koalition der Sandinisten mit der zentristischen Minderheit um Lacayo und Chamorro, die die U.N.O. verlassen hatten, von der Machtausübung ausgeschlossen blieb. Ihr politischer Standort wird von einem unversöhnlichen Haß auf die Sandinisten und die Revolution bestimmt, weshalb Konfrontation und Polarisierung die bestimmenden Elemente ihrer Strategie bilden. Das andere politische Lager vertritt ein neobourgeoises Projekt, das die Agrarreform, die Überreste der Gemischtwirtschaft, die sozialen Bewegungen und die Revolutionselite in die künftige Entwicklung zu integrieren sucht. In ihm haben sich so unterschiedliche Kräfte wie die Regierung, die Mehrheit der sandinistischen Funktionärselite, die Führung der nichtsandinistischen Gewerkschaften und die Abgeordneten des Zentrums zusammengefunden. Die Blockbildung wird von den Präsidentschaftswahlen, die im Herbst 1996 stattfinden sollen, beeinflußt. Die aktuelle politische Konjunktur, das Verhältnis zur politischen Mitte sowie zu den selbständiger agierenden sozialen Bewegungen haben besonders im Zentrum-Links-Block für Verschiebungen gesorgt.

Anfang 1995 trennten sich führende Sandinisten wie Sergio Ramírez (Ex-Vizepräsident), Dora María Téllez, Luis Carrión und Mirna Cunnighan (alle drei Mitglieder der im Mai 1994 gewählten Nationalleitung der FSLN) von der Mehrheit unter Daniel Ortega und Toms Borge und bildeten mit dem Movimiento Renovador Sandinista (MRS – Sandinistische Erneuerungsbewegung) eine neue, sozialdemokratisch ausgerichtete Organisation. Auch der Schwiegersohn der Präsidentin und graue Eminenz der Regierung, Antonio Lacayo, hat mit dem Proyecto Nacional eine eigene Partei gegründet. Angesichts der scharfen Links-Rechts-Polarisierung sehen sich diese auf die politische Mitte orientierten Parteien in der Rolle des Züngleins an der Waage. Die Sandinisten, die im Zick-Zack-Kurs zwischen Regierung und sozialen Bewegungen hin- und hergependelt sind, setzen jetzt wieder stärker auf ein Bündnis mit letzteren. Dies verschafft den sozialen Bewegungen, die unmittelbar die Interessen der pauperisierten Bevölkerungsmehrheit vertreten, ein größeres Gewicht. Wie weit sie diesem schon entsprechen können und ob es den Sandinisten im Bündnis mit ihnen gelingt, die Restbestände der Reformen aus der Revolutionsära für mehr Verteilungsgerechtigkeit nutzbar zu machen und so eine soziale Explosion zu verhindern, wird die Zukunft zeigen müssen. Gegenwärtig steht Nicaragua vor der Entscheidung, ob weiterhin Polarisierung die Durchsetzung des Kapitalismus bestimmen wird oder soziale Integration und Ausgleich eine Chance haben. Auch bei einem Wahlsieg der Sandinisten wird dies ein höchst schwieriges Unterfangen bleiben.

In El Salvador stellt sich die konkrete Situation etwas anders dar. Hier geht es nicht um die Verteidigung und die Reaktivierung von Strukturreformen, sondern um deren Durchsetzung. Den Rahmen dafür bildet das Friedensabkommen, das am 16. Januar 1992 in Chapultepec von beiden Bürgerkriegsparteien – Regierung und FMLN-Guerilla – unterschrieben worden war. Die darin verankerten Reformen haben strukturelle Veränderungen auf drei Gebieten zum Ziel: erstens mehr Demokratie im politischen System, zweitens die Entmilitarisierung von Staat und Gesellschaft sowie drittens die Vergabe von Land an Exkombattanten und landlose Bauern.

Hinsichtlich der künftigen Wirtschaftspolitik konnte trotz Drängens der Guerilla keine Einigung erzielt werden. Ob der Friedensvertrag und seine Umsetzung das Prädikat einer »verhandelten Revolution« verdienen, mag dahingestellt bleiben. Auf alle Fälle hat er eine Wende in El Salvador eingeleitet, die nicht nur der linken Guerilla die politische Partizipation ermöglicht, sondern auch mit der Hegemonie der Armee über die Gesellschaft Schluß gemacht hat. Nur schleppend geht jedoch die Verteilung von Grund und Boden voran, weshalb es immer häufiger zu Landbesetzungen kommt. Die politischen Auseinandersetzungen haben auch vor der FMLN selbst nicht haltgemacht. Am 14. Dezember 1994 trennten sich mit dem bekannten Guerilla-Führer Joaquin Villalobos zwei Teilorganisationen – ERP und RN – von der FMLN und gründeten unter Einschluß kleinerer Parteien und Gruppen die Demokratische Partei (Partido Democratico, PD). Inzwischen ist der PD auf der Suche nach der Mitte rechts von ihr gelandet. Im Juni 1995 unterzeichnete er einen Pakt mit der Arena-Regierung, der außer vagen Reformversprechen und der Anerkennung des PD als Partei vor allem eines brachte: die Steigerung der Mehrwertsteuer von 10 auf 13 Prozent. Diese von Arena und PD durchgesetzte Entscheidung verschärfte die sozialen Auseinandersetzungen beträchtlich.

Selbst nach Angaben der Regierung leben zwei Drittel der Salvadorianer unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. Eine soziale Explosion hat sich wohl nur deshalb noch nicht ereignet, weil jährlich 800 Millionen Dollar – mehr als der Staatsetat – aus dem Ausland überwiesen werden. Dort arbeiten allein zwei Millionen Salvadorianer (etwa ein Drittel der

Gesamtbevölkerung) und unterstützen ihre Verwandten in der Heimat mit täglich 2 Millionen US-Dollar. Die Regierung setzt vor allem auf Anreize für Investoren. So preist der Handelsminister Touché die Vorzüge Salvadors: »Wir sind das Land, das für Investitionen die besten Voraussetzungen bietet: ein gutes Investitionsklima, günstige Konjunktur, wunderbar mildes Wetter, zentrale Lage, eine sehr fleißige Bevölkerung – und Frieden.« Die elf Freihandelszonen und Stundenlöhne um 65 Pfennige runden dieses Bild ab.

In El Salvador wie in Nicaragua wird sich erst noch zeigen müssen, ob von den revolutionären Kämpfen der Vergangenheit mehr als die Erinnerung bleibt. Die soziale Realität beider Länder verlangt jedenfalls weiter nach grundlegenden Veränderungen.

Peter Gärtner ist Politikwissenschaftler und lebt in Leipzig

Konkret 02/96, S. 36

Klaus Jetz

Aus den befreiten Gebieten I
Trümmerhaufen

Freedom and democracy in Nicaragua, El Salvador und Grenada – erster Teil einer Serie, in der KONKRET die ökonomischen, politischen und sozialen Folgen der Einführung von Kapitalismus und Marktwirtschaft in Osteuropa und den ehemaligen Volksdemokratien Lateinamerikas analysieren wird

Wie in anderen Staaten der Karibik und Zentralamerikas übernahm auch in Grenada in den 50er Jahren ein Diktator die Macht, der sein oligarchisches Regime über zwei Jahrzehnte lang durch Terror, Willkür und Wahlbetrug sicherte. Derehemalige Gewerkschaftsführer Eric Gairy benutzte die Basis seiner Gewerkschaft, um eine Partei aufzubauen, die ihm im Rahmen eines formalen Westminster-Parlamentarismus das Amt des Premierministers bescherte. Die in den siebziger Jahren erstarkende Opposition, vor allem der 1973 von dem Anwalt Maurice Bishop gegründete »New Jewel Movement« (NJM), sah sich massiven Repressionen ausgesetzt. Um von innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken, favorisierte Gairy 1974 die volle Unabhängigkeit von der Kolonialmacht England. Der Wahlbetrug von 1976 schließlich, der Maurice Bishop um das Amt des Premierministers brachte, stärkte die Überzeugung des NJM, daß ein Machtwechsel auf parlamentarischem Wege nicht zu erreichen sei, zumal Gairy nach 1976 die Repressionen noch verstärkte.

Der Umsturz von 1979 war keine schlichte Palastrevolte – vielmehr solidarisierten sich Tausende mit den bewaffneten Anhängern des NJM, die eine Kaserne sowie die Rundfunkstation der Insel besetzt hielten. Die Bevölkerung begrüßte den Umsturz und unterstützte das basisdemokratische Experiment der Volksräte. Zunächst wurde Gairys über Jahre gewachsener Grundbesitz enteignet. Gleichzeitig propagierte die »revolutionäre Volksregierung« eine Diversifizierung der (Land-)Wirtschaft, um der Abhängigkeit vom Weltmarkt aufgrund der aus der Kolonialzeit stammenden exportorientierten Monokulturen (Muskatnuß, Bananen, Kokosnuß) entgegenzuwirken.

Innenpolitisch leitete die Regierung Bishop eine Demokratisierung ein, außenpolitisch schloß sich Grenada der Bewegung der blockfreien Staaten an. Grenada wurde seit 1979 von den USA wirtschaftlich boykottiert, erhielt aber von den Opec-Staaten, der EG und Kuba Unterstützung. Mit deren Hilfe wurde der u.a. für den Ausbau des Tourismus notwendige internationale Großflughafen in Angriff genommen, bei dem 700 kubanische Bauarbeiter mitwirkten.

Der Großflughafen und die auf der Insel lebenden Kubaner lieferten schließlich der der Domino-Doktrin verhafteten Reagan-Administration den »Beweis« für die »Militarisierung« und »Kubanisierung« Grenadas. Dieser Vorwand und die bei ähnlichen Abenteuern immer wieder beschworene Sicherheit US-amerikanischer Staatsbürger sowie der Putsch orthodoxer Marxisten innerhalb des NJM waren schließlich 1983 der Anlaß für Reagan, eine Invasionstruppevon zeitweise bis zu 7.000 amerikanischen Marineinfanteristen nach Grenada zu schicken.

Eine der ersten »Taten« der US-Besatzer war 1984 die feierliche Eröffnung des Flughafens. Alles, was die »revolutionäre Volksregierung« aufgebaut hatte – entwicklungspolitische Diversifizierungsprojekte, Gewerkschaften und Kooperativen – , wurde zerschlagen. Statt dessen kam Grenada nunmehr, wie die anderen Länder der Region, in den »Genuß« nordamerikanischer Investitionen. Im Rahmen der »Wirtschaftsinitiative Karibisches Becken« produzieren US-Firmen heute zu Billiglöhnen und steuerfrei in Grenada, um ihre Produkte zollfrei auf den US-Markt »exportieren« zu können.

Fünf Jahre hing die Karibikinsel am »US-Tropf« (James Fergusson), und die Reagan-Administration pumpte 100 Millionen Dollar ins Land. Davon kann mittlerweile keine Rede mehr sein. Grenada steht heute vor der größten Auslandsverschuldung seiner Geschichte; sie ist von 16 auf 120 Millionen US-Dollar angewachsen, und fast die Hälfte der Exporterlöse müssen für die Schuldentilgung aufgebracht werden. Hinzu kommt eine hohe Massenarbeitslosigkeit. Schätzungen gehen davon aus, daß mehr als die Hälfte der Erwerbsfähigen kein regelmäßiges Einkommen haben.

Selbst die Kleinbauern im Landesinnern können nur überleben, indem sie sich eine Nebenbeschäftigung auf den großen Plantagen suchen. 50 Prozent aller Haushalte haben noch immer keinen Zugang zu Elektrizität oder fließendem Wasser. Immer wieder kommt es auf Grund sinkender Reallöhne zu Streiks und Revolten, die von den Polizeikräften niedergeknüppelt werden. Die massive Verelendung breiter Bevölkerungsschichten geht einher mit einer steigenden Kriminalitätsrate. Die Gewaltkriminalität hat solch erschreckende Ausmaße angenommen, daß sich das State department gezwungen sah, amerikanischen Touristen von einer Kreuzfahrt nach Grenada abzuraten.

Auch auf politischer Ebene ist das Chaos perfekt: Mehrere bürgerliche Regierungsbündnisse haben sich nach 1983 abgewechselt und zerschlissen. Nachdem Expremier Nicholas Brathwaite im Frühjahr 1995 zurückgetreten war, gewann die zur Zeit noch regierende New National Party die Wahlen. Ihr Programm unterscheidet sich kaum von dem der früheren Regierungspartei National Democratic Congress. Die wenigen Nostalgiker der »revolutionären Phase« von 1979 bis 1983 konnten bei den letzten Parlamentswahlen im Juni 1995 kein einziges Mandat erringen; die Partei des Ex-Diktators Gairy wurde immerhin wieder drittstärkste Partei.

2.000 Jugendliche wandern jährlich in die USA, nach Großbritannien oder Trinidad-Tobago ab. Zu Beginn der 80er Jahre war Grenada ein Hoffnungsträger für eine alternative wirtschaftliche und politische Entwicklung – die »Befreiungs«aktion der Reagan-Administration aber hat einen Trümmerhaufen hinterlassen. Der Inselstaat ist heute das ärmste Land der östlichen Karibik.

Klaus Jetz ist Übersetzer und Journalist und lebt in Köln

Konkret 02/96, S. 37

Christian Stock

Statistik als Kritik

Sind Größen wie »Lebensqualität« und »Entwicklung« meßbar? Wenn ja, wie? Und lassen sie sich international vergleichen?

Diese Fragen werden in der Diskussion um sogenannte Entwicklungsindikatoren nach wie vor sehr kontrovers beantwortet. Schließlich geht es darum, welche »Entwicklung« zu wessen Gunsten gemessen werden soll und welche entwicklungspolitischen Prioritäten daraus abgeleitet werden.

Ernst Fidel Fürntratt-Kloep sorgt mit seiner bislang nur in einer zweisprachig englisch-spanischen Version erhältlichen Studie *Quality of Life – from a common people's point of view* für neuen Streitstoff. Der in Schweden lebende ehemalige Professor der Psychologie ist in der BRD vor allem als großer Freund Kubas und unbeirrbar orthodoxer Linker bekannt. 152 Länder der Erde hat er jetzt in seinem ambitionierten Werk mit hohem methodischem Aufwand bezüglich ihrer »Lebensqualität« untersucht, und die Ergebnisse bergen so manche Überraschung.

Keinen Zweifel läßt Fürntratt-Kloep daran, daß er den Kapitalismus nicht für das beste aller möglichen politischen und wirtschaftlichen Systeme hält. Er solidarisiert sich ausdrücklich mit den Opfern der herrschenden Weltordnung, den Armen, Alten, Behinderten, Frauen und Kindern. Diese Gruppen, die immerhin 80 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, werden nämlich seiner Ansicht nach von den herrschenden wissenschaftlichen Eliten ignoriert.

Konkret kritisiert Fürntratt-Kloep den seit 1990 von der UNDP (United Nations Development Program) herausgegebenen *Human Development Report*, dessen zentraler Bestandteil der »Human Development Index« (HDI) ist. Der HDI und die mit seiner Hilfe vorgenommenen Einstufungen der Staaten hinsichtlich ihres »Entwicklungsstandes« haben in den letzten Jahren große Wirkung gehabt. Kaum ein entwicklungspolitisches Grundlagenwerk, das die dort aggregierten Informationen nicht zum Maßstab von »Entwicklung« und »Unterentwicklung« macht. Dabei ist, so Fürntratt-Kloep, der HDI schon allein aus methodischen Gründen ungeeignet als Indikator für »Entwicklung«, weil er lediglich drei Variablen – Lebenserwartung, Bildungsstand und durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen – berücksichtigt. Zudem seien viel zuwenig Quellen verarbeitet worden.

Sein zentrales Argument aber richtet sich gegen die Verwendung des aus dem jeweiligen Bruttoinlandsprodukt errechneten Pro-Kopf-Einkommens, das in den HDI sogar mit dem gleichen Gewicht eingeht wie die beiden anderen Variablen zusammen. Der statistische Mittelwert des Pro-Kopf-Einkommens sei völlig ungeeignet, die tatsächliche Verteilung von materiellem Wohlstand zu messen, wie z.B. in Brasilien, wo 10 Prozent der Bevölkerung soviel verdienen wie die restlichen 90. Auch berücksichtige das Pro-Kopf-Einkommen weder Subsistenzwirtschaft noch häusliche Arbeit noch informellen Sektor. Damit, so Fürntratt-Kloep, sei der HDI alles andere als eine neutrale Größe, sondern zugunsten der Ersten Welt, der Reichen, der Männer, der kapitalistischen Geldwirtschaft und zuungunsten egalitärer sozialistischer Systeme voreingenommen. Völlig absurd werde der HDI schließlich dadurch, daß in ihn nur das ›reale‹ Einkommen (nach ›realer‹ Kaufkraft im jeweiligen Land) eingeht. Dieser Kunstgriff führt z.B. zu dem irreführenden Ergebnis, daß das ›reale‹ Pro-Kopf-Einkommen in Thailand nur um 4 Prozent niedriger als in der Schweiz ist!

Wie aber läßt sich »Lebensqualität« realitätsnäher definieren und messen? Fürntratt-Kloep entwickelt einen riesigen Kriterienkatalog, der Nahrungsverfügbarkeit, persönliche und soziale Sicherheit, Wohnsituation, Arbeitsbedingungen, Situation der Frauen und Kinder, aber auch sexuelle Emanzipation, Bürgerrechte usw. umfaßt. Diese Kriterien reduziert er dann auf immerhin noch 142 (!) quantifizierbare Variablen in neun thematischen Bereichen wie Grundversorgung, soziale Gerechtigkeit und sozialer Fortschritt, die zusammengenommen einen Indexwert für »Lebensqualität« ergeben. Seine wichtigste methodische Verbesserung gegenüber dem HDI ist die Verwendung von sogenannten standardisierten Medianwerten, die viel aussagekräftiger als arithmetische Mittelwerte die reale Verteilung z.B. von Wohlstand widerspiegeln.

Die so entstandenen Tabellen und Ranglisten sind eine wahre Fundgrube für Ländervergleiche, zumal das Stichjahr 1990 ausgewählt wurde und somit die sozialistischen Staaten noch vor ihrer Transformation erfaßt worden sind. Erwartungsgemäß stehen die vier skandinavischen Länder bei der »Lebensqualität« an der Spitze. Aber wer hätte gedacht, daß die DDR des Jahres 1989/90 direkt danach kommt, weit vor der alten BRD auf Platz 17? Im Gegensatz zum HDI liegen in Fürntratt-Kloeps Ranglisten alle sozialistischen Staaten ziemlich weit oben. Das bedeutet, daß sich ihr Zusammenbruch nicht aus einer rational begründeten Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den sozialen Lebensbedingungen erklären läßt. Die Frage, wie sonst, läßt der Autor offen.

Nicht verkneifen kann er sich dagegen den Hinweis, daß es sich bei den schwächsten lateinamerikanischen Staaten wie Nicaragua, El Salvador oder Guatemala um Fälle handelt, deren innere Entwicklung massiv und negativ vom Westen beeinflußt wurde. Kuba hingegen steht mit großem Abstand an der Spitze der lateinamerikanischen Länder. Weitgehende Übereinstimmung mit dem HDI besteht nur am unteren Ende der Rangliste. Hier sind vor allem afrikanische Länder (mit

Somalia als traurigem Schlußlicht) angesiedelt – darunter nicht nur sich selbst überlassene ›hoffnungslose Fälle‹, sondern auch Staaten wie Angola und Moambique, denen der Westen mit aller Gewalt den ›richtigen‹ Entwicklungsweg beibringen wollte.

Aber nicht nur Fürntratt-Kloeps allgemeine Rangliste der »Lebensqualität« ist von großem Interesse, sondern auch jene, in der »Lebensqualität« in Beziehung zu den materiellen Ressourcen (also dem Wohlstandspotential) des jeweiligen Landes gesetzt wird. Hier zeigt sich, daß in sozialistischen Staaten wie China oder Albanien »Lebensqualität« erheblich effizienter aus den vorhandenen Ressourcen erzeugt wurde als z.B. in den Hochburgen des Neoliberalismus wie den USA oder Großbritannien, wo aus hohem Wohlstand nur relativ geringe »Lebensqualität« resultiert.

Natürlich wird der Wissenschaftsbetrieb Fürntratt-Kloeps Studie als Dokument des pseudowissenschaftlichen Rückzugsgefechts eines unverbesserlichen Kommunistenfreundes oder als Ausdruck eines blinden Datenfetischismus abtun. Dabei ist sie methodisch seriös und kaum angreifbar – schließlich stützt der Autor sich vor allem auf UN-Veröffentlichungen, Weltbank-Berichte und die ehrwürdige Encyclopaedia Britannica. Zwar wirken manche Ergebnisse der Studie durchaus ein wenig irritierend – warum ausgerechnet ein von sozialen Disparitäten zerrissenes Land wie Indien an 6. Stelle bei »sozialer Gerechtigkeit« steht und die Situation der Frauen auf den Bahamas am zweitbesten (nach der Sowjetunion) in der Welt sein soll, mag nicht so recht einleuchten – aber wer nicht nur die üblichen Hierarchisierungen von »entwickelten« und »unterentwickelten« Ländern à la HDI wiederkäuen will, findet bei Fürntratt-Kloep reichhaltige Gegeninformationen. Die Studie ist ein wertvolles Beispiel dafür, daß Statistik nicht nur ein manipulatives Werkzeug in den Händen herrschender Eliten, sondern politische Munition für die Benachteiligten in der kapitalistischen Welt(un)ordnung sein kann. Von großem Interesse wäre ihre Fortsetzung, etwa mit dem Stichjahr 1995. Mal schauen, was bis dahin noch von der »Lebensqualität« der ehemals sozialistischen Staaten übriggeblieben ist.

Ernst Fidel Fürntratt-Kloep: *Quality of Life from a common people's point of view. 152 countries investigated*. PapyRossa Verlag, Köln 1995, 211 S., 35 Mark

Christian Stock ist Geograph und Politikwissenschaftler und lebt in Freiburg

Konkret 02/96, S. 38

Pascal Beucker

Student ‘96: Liebe Damen, liebe Herren

Wer in Erinnerung an 1968 hofft, Rebellion gegen die herrschenden Verhältnisse könne noch einmal von den deutschen Hochschulen ausgehen, hofft vergebens: Das aktuelle politische und gesellschaftliche Bewußtsein der deutschen Studentinnen und Studenten hat sich auf einem trostlosen Niveau stabilisiert

Einen »heißen Herbst« mit »breitestem Widerstand« hatten die ASten für das Wintersemester angekündigt – gegen das »Zins-BAföG-Modell« von »Zukunftsminister« Jürgen Rüttgers und die Pläne der Hochschulrektorenkonferenz, das Studium gebührenpflichtig zu machen. Doch statt heißem Herbst gab es nur heiße Luft. Während Frankreichs Studenten sich herzerfrischende Straßenschlachten mit der Polizei lieferten, feierten ihre deutschen Kommilitonen es als Erfolg, wenn sich statt der üblichen dreißig einmal hundert Studenten auf eine Vollversammlung verirrten. Zur zentralen Protestkundgebung im November in Bonn kamen – wohlwollend geschätzt – knapp 2.000. Voll Bitternis lud der Duisburger AStA kurz vor Weihnachten zu einer Diskussionsveranstaltung ein: »Protestieren in Frankreich ... brav studieren in Deutschland?«

Nach der Umfrage »Student ‘95« halten sich 83 Prozent der bundesdeutschen Studentinnen und Studenten für »leistungsorientiert«, 77 Prozent für »karrierebewußt« und 68 Prozent für »angepaßt«. Immerhin 46 Prozent meinen, sie seien »untereinander solidarisch«, doch als »politisch interessiert« bezeichnen sich gerade mal 38 Prozent. Zwei Drittel der Studierenden sind vom politischen System der BRD »völlig« oder »ziemlich« überzeugt. Mehr als 50 Prozent halten sich für links von der CDU, mit 35 Prozent Zustimmung liegen Bündnis 90/Die Grünen bei den Studenten weit vor allen anderen Parteien. 33 Prozent stimmen der Aussage zu: »Die Ausländer, die bei uns leben, müssen sich unseren Sitten und Gebräuchen anpassen.«

Die »Zeit«, in deren Auftrag die Umfrage erfolgt war, freute sich über die »optimistische Generation«: »Die Welt ist o.k., muß aber besser werden: Kohls Kinder mögen die Republik und glauben an die Zukunft.« Und wie kann die Welt besser gemacht werden? »In ihrer Mehrheit sind sie Basisdemokraten. Im eigenen Auto nach Bosnien zu fahren und dort Medikamente zu verteilen – das ist ihre Art, die Welt zu bewegen.«

Die Universität Frankfurt, einst Hochburg des antiautoritären Protestes, wird seit einem Jahr von einer AStA-Koalition »regiert«, der Bündnis 90/Grüne, Jusos, Liberale Hochschulgruppe und Internationale Liste/Undogmatische Linke angehören. Die bislang eindrucksvollste Tat: Im Sommer letzten Jahres ließ das Bündnis das bis dahin von einem linksradikalen Kollektiv organisierte AStA-eigene Café »KoZ« polizeilich räumen. Gegen 29 Personen wurde ein Verfahren wegen Hausfriedensbruch eingeleitet, elf Personen wurde per Einstweiliger Verfügung das Betreten »auf Lebenszeit« verboten. Man wolle »den Raum für eine breitere universitäre Öffentlichkeit zugänglich machen«, erklärte der AStA.

Das »KoZ«-Kollektiv hatte das Café auch als Anlaufstelle außeruniversitärer linker Projekte betrieben, weshalb die »Jungen Nationaldemokraten« schon vor Jahren gedichtet hatten: »Das KoZ zerschlagen – Rotfront verjagen. Keine Steuergelder für Linksradikale und Asoziale«. Diesmal bildete die »Internationale Liste/Undogmatische Linke« die Avantgarde. Über die Vorläuferin der IL/UL, die Mitte der 80er Jahre entstandene »Linke Liste«, schrieb noch 1990 Detlef zum Winkel in KONKRET: »Die Gruppe, die sich von ihren linken Sponti-Übervätern gelöst hat, ist zum Kristallisationspunkt der Reste linksradikaler Opposition in der Stadt geworden.« Nur zwei Jahre später hatte die Gruppe bereits das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« für sich entdeckt, debattierte über eine »Lösung des Asylproblems«, forderte eine militärische Intervention im jugoslawischen Bürgerkrieg zugunsten Kroatiens und gründete ein »Bosnien-Projekt«. Die alte »Linke Liste«, die als »Autonome der Frankfurter Schule« wohl so nur in Frankfurt existieren konnte, wurde beerdigt, und Andreas Fanizadeh stellte in der StudentInnenzeitung »diskus« resigniert fest: »Die Linke Liste ist endlich abgewickelt, doch der Stammtisch ist geblieben. Er nennt sich fortan Internationale Liste/Undogmatische Linke und gibt sich staatsmännisch... Irgendwann werden sie das ›inter‹ vor dem ›national‹ schon streichen, nur wer hört ihnen dann überhaupt noch zu?« Leider so viele, daß es zum Einzug ins Studierendenparlament (StuPa) und zur AStA-Beteiligung reicht.

Auch wenn die Achtundsechziger vor allem die bundesdeutsche Gesellschaft modernisieren sollten, haben sie doch das Bewußtsein der Studierenden für die Kritik der kapitalistischen Verwertungslogik, für veränderte Lebensformen und gesellschaftliche Emanzipation geöffnet und damit das Klima an den Universitäten verändert. Die Linke konnte an den Hochschulen zur vorherrschenden Tendenz werden – bis zum Beginn der 80er Jahre, als den sozialistischen Gruppierungen aufgrund einer Neuzusammensetzung der Studierendenschaft, die sich nicht zuletzt unter den materiellen sowie ideologischen Auswirkungen der neokonservativen Bonner Regierungspolitik vollzog, ihre Bindekraft verloren gegangen sei, wie 1989 der Soziologe Wolfgang Kraushaar, Mitte der 70er Jahre Frankfurter AStA-Vorsitzender, schrieb. Die Studenten hätten sich entpolitisiert und eine »pragmatische Arbeitnehmermentalität« entwickelt.

Für viele stellt das Studium seither nur noch die Fortsetzung schulischen Lernens dar, hat die Hochschule ihre Funktion als Ort der Aneignung sozialer Erfahrungen verloren und wird nur noch als Ausbildungsinstanz begriffen. Weil der Wunsch nach Emanzipation weniger dringend ist als der nach Versorgung oder Konsum, bleiben immer mehr Studierende bei Mama und Papa wohnen. Bürgerliche Lebensverhältnisse werden nicht nur nicht hinterfragt, sondern sind Maßstab eigener Lebensziele. »Links sein«, und sei es nur mit einem Button am Jeansjackenkragen, ist nicht mehr »in«, die herrschenden Verhältnisse sind nicht die der anderen, sondern die als eigene akzeptierten.

An der Universität Dortmund agiert seit den letzten Wahlen ein sich selbst als »Mitte-Links« bezeichnender AStA, getragen von den »Grünen an der Uni«, den Jusos, den Liberalen Studenten Dortmunds und den unpolitischen Gruppen »Contrust« und »Schweine im Hörsaal«. Der »heiße Herbst« zeigte sich in Dortmund recht originell: In Ermangelung studentischer Massen entdeckte man eine Möglichkeit des nicht-personalintensiven Protestes, die »FAX-Blockadeaktion«. Es wurden Unterschriften gegen das »Zins-BAföG« gesammelt und an das Rüttgers-Ministerium gefaxt, bis die Geräte heiß liefen. Als Jürgen Rüttgers nicht reagierte und die Aktion drohte, langweilig zu werden, versuchte man es einfach und erfolgreich mit anderen Bonner FAX-Nummern. Eine Edelgard Bulmahn, Sozialdemokratin und Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgeabschätzung, antwortete: »Liebe Damen, liebe Herren, darf ich Sie höflichst bitten, Ihre Fax-Aktion zu stoppen. In Bonn ist Sitzungswoche und unser Fax kann leider nicht genutzt werden; solche Aktionen sollten Sie freundlicherweise vorher telefonisch ankündigen.« Der Kommentar des grünen Dortmunder AStA-Vorsitzenden erinnerte an frühe SDS-Erklärungen: »Verzeihen Sie: es kann nicht Sinn und Zweck studentischen Protestes sein, vorher um Erlaubnis zu bitten... Trotzdem haben wir uns natürlich über das Fax gefreut. Es belegt, daß durch die Faxblockade unser Protest wirkungsvoll angekommen ist.«

Begnadet auch die »Liedertexte von der HRK-Demo« in der AStA-Zeitung »LAStAhaft«. Eine Kostprobe:

Entschuldigen Sie, / ist das der Sonderzug zum Rüttgers? / Ich muß mal eben dahin, die anderen sitzen schon drin. / Ich muß da was klärn, mit diesem Oberindianer: / Nimm Deine Finger da weg / Du machst doch überall Dreck!

Wir haben neue Pläne zu den Bildungsreformen / und sprengen damit alle bestehenden Normen / und sagen Dreck / Zins-BAföG muß weg! / Die Studiengebühr / setzen wir vor die Tür.

Entschuldigen Sie, / sind das die Hochschulrektoren? / Ich muß mal eben dahin, / ich glaub das macht Sinn. / Die reden dort Mist, diskutieren Studiengebühren. / Ich glaub', sie brauchen unseren Rat. / Wir sind Studis der Tat.

Soziale NCs und Eure anderen Sorgen, / züchten Luschis für die Wirtschaft von morgen. / Das was dann noch zählt, / ist das liebe Geld / sind der Ellenbogenkick und der Egotrip.

Studierendenparlamente und ASten sind recht ambivalente Einrichtungen. Einerseits sind sie rechtlich so konstruiert, daß sie sich hervorragend zur Erlernung der Spielregeln des bürgerlich-parlamentarischen Systems eignen, ohne daß größerer politischer Schaden angerichtet werden kann: Im »Notfall« greift die Oberaufsicht des Uni-Rektorats, schlimmstenfalls werden Gerichte bemüht. So eignet sich die Arbeit in der studentischen Selbstverwaltung hervorragend für den Beginn einer politischen Karriere. Aktuelles Beispiel: die auf dem SPD-Parteitag in Mannheim als jüngstes Mitglied in den Bundesvorstand gewählte Kerstin Griese, 28, ehemalige Düsseldorfer AStA-Vorsitzende und mehrjährige Studierendenparlamentspräsidentin.

Viele Gruppen – egal ob links oder rechts – nutzen die Gelegenheit, Parlament zu spielen, mitunter bis zum Exzeß. Berüchtigt an vielen Hochschulen sind die alljährlichen »Koalitionsverhandlungen« zur Bildung eines AStA. Da wird oft monatelang um Punkte, Kommata und Pöstchen gerangelt, daß es eine helle Freude ist. Die letzten Koalitionsverhandlungen an der Universität des Saarlandes dauerten über vier Monate – bei einer Amtsperiode von einem Jahr. Der AStA-Vorsitzende klärte nachher über die Gründe auf: »Aufgrund von Meinungsverschiedenheiten im Studierendenparlament (die ich hier nicht näher erläutern möchte, weil ich bis heute noch nicht Beweggründe und Argumente einzelner StuPa-Mitglieder verstanden habe), hat es in diesem genau wie im letzten Jahr etwas länger gedauert als geplant.« Beschäftigungstherapie mit offenem Behandlungsziel. Bourdieu hätte hier viel zu entdecken.

Doch neben dem Fitnesstraining für angehende KorinthenkackerInnen bieten die Studierendenparlamente auch andere Gelegenheiten: Bei einer Wahlbeteiligung von durchschnittlich unter 20 Prozent haben auch kleine systemkritische Gruppen manche Chance, in die ASten zu gelangen, wie zum Beispiel in Bochum (SHB und RSG) oder Duisburg (Linke Liste). Manchen gelingt es sogar, sich einige Jahre dem entpolitisierten Mainstream zu widersetzen, den Jusos, Grüne und unpolitische Fachschaftslisten an vielen Hochschulen bestimmen.

Was das für linke Politik bringen kann? Zum einen verfügt schon der AStA einer durchschnittlich großen Hochschule über einen Millionen-Etat – finanziert von obligatorischen Studierendenbeiträgen – , zum anderen haben es linke Studierendengruppen immer schon verstanden, rechtliche Beschränkungen wie das Verbot der »allgemeinpolitischen« Betätigung geschickt zu umgehen. Nicht nur die »Nie wieder Deutschland«-Demo 1990 in Frankfurt oder die »Alles Banane«-Demo im vergangenen Oktober in Düsseldorf wurden von dortigen ASten maßgeblich mitorganisiert, auch viele lokale Antifa-Initiativen oder andere links-alternative Projekte stünden ohne die Unterstützung des ansässigen AStA

schlechter oder gar nicht da. Ein AStA, und mit ihm die politische Gruppe, die ihn trägt, verfügt in der Regel über ökonomische und strukturelle Spielräume, von denen eine »normale« linke Gruppe nur träumen kann. So macht das Agieren linker studentischer Gruppen in den vorgegebenen rechtlichen Strukturen der Studentischen Selbstverwaltung durchaus Sinn, jedenfalls wenn es auf gesellschaftliche Interventionsfähigkeit oder wenigstens emanzipatorische Bewußtseinsbildung abzielt, also nicht zu links gedrehter studentischer Standespolitik degeneriert.

An der Kölner Uni tummelt sich immer noch ein weitgefächertes linkes und alternatives Spektrum. Bei den letzten Wahlen Anfang Dezember 95 schafften gleich sechs Listen, die sich für irgendwie »links« halten, den Sprung ins Studierendenparlament, wo sie zusammen eine rechnerische Mehrheit bilden. Da gibt es zum Beispiel die »Rosa Liste« – 48 Frauen und Männer, die kandidierten, »damit auch im nächsten Jahr das indiskrete Klappern gewisser spitzer Absätze in der Stille der Universitätskorridore nicht verhallt und es weiterhin eine starke schwul/bi/lesbische Vertretung in den Gremien der StudentInnenschaft gibt«. Oder »Frente Che Guevara – AStA la victoria siempre«, die zusammen mit der »Antifa Liste an der Uni Köln« antrat (ebenfalls 48 KandidatInnen). Neben den parteigesponserten Hochschulgruppen der Jusos (59 Leute) und der Grünen (11, darunter aber immerhin ein grünes Bundesvorstandsmitglied) nicht zu vergessen: »Die wahre LUST – FachschafterInnenliste« (45).

Last but not least die »Alternative Liste« (AL), die nicht nur die meisten Stimmen unter den linken, alternativen etc. studentischen Gruppen in Köln bekam, sondern auch mit 102 Kandidaten die größte Liste darstellte. Die AL ist alleine schon deswegen bemerkenswert, weil sie mit Dieter Asselhoven den dienstältesten Studierendenaktivisten der Republik in ihren Reihen hat. Asselhoven kann auf eine bewegte linke Geschichte zurückblicken: Als Erstsemester 1973 schon beim legendären Bonner Rathaussturm dabei, dann etwa fünf Jahre auf dem Bau, begann er 1978 ein Studium an der PH Rheinland, die später der Uni Köln angegliedert wurde. Nach seiner K-Gruppen-Phase gehörte er zu den Mitbegründern der Grünen und engagierte sich im »Sozialistischen Büro«. Etliche Jahre war er für die 1984 aus den Kölner »Basisgruppen« entstandene AL im AStA, auf Bundesebene ein paar Jahre im studentischen Dachverband VDS, in den 80er Jahren war er einer der Anführer der Sponti-Bewegung. Als er 1987 in den Kölner Stadtrat kam, rechneten viele mit seinem Absprung in die grüne Politkarriere. Doch nach zwei Jahren war sein »Gastspiel« im Rat beendet, und er verließ die grüne Partei, als diese auch in Köln nach rechts schwenkte. Inzwischen ergraut, wird er Jahr für Jahr mit einem hervorragenden Ergebnis ins StuPa gewählt und macht nebenbei bei der »Ökologischen Linken« und in zahlreichen lokalen Initiativen mit.

Doch trotz dieses bunten links-alternativen Spektrums: Die mit Abstand stärkste Gruppe im Kölner Studierendenparlament sind »Die Unabhängigen«. Ihr Credo: »Nicht links, nicht rechts, sondern geradeaus!« Was darunter zu verstehen ist? »Politik gehört in die Parteien, Hochschulpolitik an die Hochschule. Deswegen engagieren wir uns für die Verbesserung der Studiensituation... Dies geschieht durch die ständige Präsenz und Mitarbeit in den wichtigsten Gremien. Gremienarbeit ist zwar recht unspektakulär und wird daher gerne übersehen, aber nur durch den beständigen Dialog mit der ›absoluten Mehrheit‹ der Professorenschaft und den Ministerien können wir unsere Vorstellungen von einem ›studierbaren‹ Studium einbringen. Andere Gruppen fordern statt dessen lieber die ›Solidarität mit emanzipatorischen Befreiungsbewegungen in El Salvador‹. Hast Du das Gefühl, daß dies Dein Studium entscheidend verbessert?« Sicher nicht. Und da die sich als »links« verstehenden Gruppen untereinander zerstritten sind, stellen »Die Unabhängigen« zusammen mit den Jusos den AStA und machen »Servicepolitik«.

So erfreulich die Lage an einzelnen Hochschulen, so trostlos der Blick aufs Ganze. Dabei war auch hier der Anfang 1968 vielversprechend gewesen. »Sie schmückten ihre Tische mit Che-Guevara-Bildern, sagten eine Einladung beim bayerischen Vize-Landesvater Alois Hundhammer (CSU) ab, versagten einem SPD-Grußtelegramm den Beifall und verlasen eine Depesche der CDU/CSU nicht einmal zu Ende. Kommentar: ›Kennen wir schon vom vorigen Jahr.‹ Sie brachen mit der Tradition des Verbandes, der fast zwei Jahrzehnte lang ein politisches Dämmer-Dasein geführt hatte, und schwenkten auf Linkskurs«, berichtete der »Spiegel« im März 1968 von der Mitgliederversammlung des »Verbandes Deutscher Studentenschaften«. Nach den erdrutschartigen Wahlerfolgen linker Gruppen bei den Studierendenparlamentswahlen 67/68 hatte die studentische Linke nun auch die Dachorganisation der Universitätsstudierenden übernommen.

Der »Verband Deutscher Studentenschaften« transformierte sich 1975 in die »Vereinigten Deutschen Studentenschaften« (einen so blöden Namen können sich auch nur Hochschullinke ausdenken). Von permanenten innerlinken Grabenkämpfen ausgepowert, kollabierten die VDS, als die sie bis dahin entscheidend tragenden Gruppen MSB Spartakus und Sozialistischer Hochschulbund vom Zusammenbruch des sie bis dahin ideologisch prägenden Realsozialismus erfaßt wurden. Mit der »deutschen Vereinigung« 1990 waren die »Vereinigten Deutschen Studentenschaften« am Ende. Immerhin haben drei ihrer Bestandteile überlebt: der »VDS-Projektbereich Studienplatztausch«, der als »Verein für Studentische Belange« (VSB) nach einer angemessenen Abfindungszahlung der VDS an ihren Angestellten weiterexistieren konnte (der das Geld in »seinen« VSB investierte), der »Reisedienst Deutscher Studentenschaften« (rds), dessen Mehrheitsgesellschafter die VDS waren, und der »Projektbereich Fachhochschulen«, der sich in die »Freie Konferenz der StudentInnenschaften an Fachhochschulen« (FKS) rettete und aus dem heraus 1993 der »freie zusammenschluß von

studentInnenschaften« (fzs) entstand. Doch im Ende 1993 gegründeten »fzs«, der sich selber auch schon mal gerne als neuer studentischer »Dachverband« bezeichnet, sind gerade mal 60 ASten (von mehr als 250) organisiert, wobei die meisten davon kleinere Fachhochschulen sind. Damit hat der »fzs« weniger als die seelig verblichenen VDS zu ihren schlechtesten Zeiten. Der »fzs« agiert in erster Linie als »Studierendenlobby« und ähnelt in seiner praktischen Politik dem VDS vor seinem Linksschwenk, nur ohne RCDSler und Korporierte.

Alle Versuche der Neukonstituierung eines breiteren gesellschaftskritischen Bundesverbands sind bis heute erfolglos geblieben, weil die ASten und die sie tragenden Listen/Gruppen sich weder auf eine gemeinsame inhaltliche Orientierung noch auf die Strukturierung eines solchen Ladens verständigen konnten. Eine kontinuierliche Zusammenarbeit von Studierendengruppen links von Sozialdemokratie und Grünen gibt es ebenfalls seit längerem nicht mehr. Gemeinsame Projekte entstehen höchstens aufgrund persönlicher Kontakte und sind nur punktuell. Das wird sich vielleicht irgendwann mal wieder ändern. Aber daß der Impuls hierfür aus den Hochschulen kommt, ist unwahrscheinlich.

Pascal Beucker schrieb in KONKRET 1/96 über die Pastorin Antje Vollmer

Konkret 02/96, S. 41

Bernhard Schmid

Karriereträume, ausgeträumt

Im November und Dezember 1995 waren Frankreichs Studierende gemeinsam mit den Beschäftigten des öffentlichen Sektors auf der Straße. Ein zufälliges Nebeneinander von studentischer Bewegung und Massenstreiks, oder gibt es tatsächlich eine Übereinstimmung der auf dem Spiel stehenden Interessen?

Bei niedrigerer Bevölkerungszahl zählt Frankreich mit rund 2,2 Millionen Studierenden (davon 1,6 Millionen an den Universitäten) mehr als die BRD (1,8 Millionen). Dies ist die Folge einer Verdreifachung der Studierendenzahl innerhalb von zehn Jahren – noch 1968 gab es in Frankreich nur 300.000 Studierende. Gleichzeitig jedoch ist die Zahl der Berufs-Auszubildenden in Frankreich mit 200.000 um ein Vielfaches geringer als in der BRD (2 Millionen). Grund für dieses Auseinanderklaffen ist eine Arbeitslosenrate von 27 Prozent bei den unter 25jährigen – wenn »unten« in der Gesellschaft sämtliche Berufschancen wegzubrechen drohen, versuchen alle, einen der oberen Ränge der Gesellschaft zu erreichen. 80 Prozent einer Altersstufe bleiben heute in Frankreich bis zum Erreichen des Abiturs auf den Schulen, ein Weg, der früher einmal den Kindern der Eliten vorbehalten war. Das ist das Ergebnis eines Kapitalismus, der zunehmend die Entwicklung seiner industriellen Basis monetären Zielen (Defizitabbau und Aufrechterhaltung der Währungsstabilität gegenüber der D-Mark) opfert und angesichts – verglichen mit den deutschen – geringerer ökonomischer Kapazitäten immer weniger Integrationsspielraum zur Verfügung hat.

Frankreichs Bildungswesen reagiert mit Ablehnung auf das Ansinnen, als Korrektiv für diesen Mangel an Integrationsmöglichkeiten herhalten zu sollen, denn unter dem Gesichtspunkt der Rekrutierung künftiger Eliten ist das Gut Bildung durch seine inflationäre Inanspruchnahme bereits weitgehend »entwertet« worden. Um die von den Apologeten der Gesellschaftsordnung beklagte »Vermassung« im staatlichen Bildungswesen zurückzudrängen, bieten sich jedoch verschiedene Wege an. Einen versuchte im Jahr 1986 die neugewählte konservative Regierung unter Premierminister Chirac zu beschreiten: Das »Gesetz Devaquet« sollte den Zugang zu den Universitäten reglementieren, d.h. die Zahl der Berechtigten begrenzen. Mit diesem Projekt verbrannte sich die Regierung jedoch rasch die Finger – nachdem Innenminister Pasqua die Bereitschaftspolizei CRS die aufflammenden Studentenproteste hatte zusammenknüppeln lassen und dabei der Student Malek Oussekine zu Tode gekommen war, drohte eine dramatische Eskalation auf den Straßen, so daß die Regierung das Vorhaben wie eine heiße Kartoffel fallen ließ.

Läßt sich schon nicht der Zugang zu den Hochschulen drastisch drosseln, so kann man diese doch in weiten Teilen brachliegen lassen und finanziell austrocknen. Insbesondere den »neuen Universitäten« (Rouen, Metz, Toulouse, Montpellier) dreht man zunehmend den Geldhahn zu. Sie waren zu Anfang der 70er Jahre mit dem erklärten Ziel gegründet worden, auch Arbeiterkindern ein Studium zu ermöglichen. Das paßte in eine Zeit, als es sowohl eine vorübergehend rebellisch gewordene akademische Generation durch Vermehrung des Angebots an niederen und mittleren Führungspositionen zurückzugewinnen als auch die Arbeiterklasse im Zuge sozialer Reformen endgültig in die prosperierende Nachkriegsgesellschaft einzubinden galt. Derlei Absicht gilt heute, in Anbetracht des Siegeszugs des neoliberalen »Modells«, als obsolet und überholt.

Theoretisch ist in Frankreich für jede Universität festgelegt, wie groß ihr Anteil an Mitteln aus dem Bildungshaushalt und an Planstellen ist. Diese Skala hört auf den poetischen Namen »San Remo«, eine Abkürzung für »Analytisches System zur Mittelzuteilung«. In der Praxis jedoch wird das darin festgelegte Maß insbesondere gegenüber den »neuen Universitäten« chronisch unter- und gleichzeitig für einige prestigeträchtige Institute (in den Zentren Paris, Strasbourg, Grenoble) weit überschritten. Unter dem Druck der studentischen Proteste erklärte Bildungsminister Bayrou am 22. November 95, daß künftig jede Universität mindestens 80 Prozent der ihr theoretisch zustehenden Mittel sowie 85 Prozent des einzustellenden Lehrpersonals tatsächlich auch erhalten solle. Diese Absichtserklärung läßt ahnen, wie tief mittlerweile der Graben zwischen »reichen und armen« – Kritiker unken: zwischen »armen und sehr armen« – Universitäten ist. Gleichzeitig aber bemüht sich der Staat verstärkt darum, die Ausbildung seiner künftigen Elite völlig aus den öffentlichen Hochschulen auszulagern – durch Gründung von (staatlich finanzierten) Privatuniversitäten, die horrende Summen an »Eintrittsgeldern« kassieren, wie etwa die im September 95 eröffnete »Universitaire Pol Leonardo da Vinci« (Spitzname »Pasqua-Universität«) in Nanterre bei Paris oder die Universität Ker Lann in der Bretagne. Die »Pasqua-Uni«, die für 10 Monate Studium bescheidene 10.000 Mark kassiert, scheint etwas zu konsequent vorzusortieren. So schrieben sich bis Semesterbeginn im Herbst 1995 nur 150 Studierende ein. Nachdem durch Vermietung von Räumen an andere Hochschulen mittlerweile 1.000 Plätze belegt sind, stehen noch immer 4.000 leer – was den französischen Staat nicht daran hinderte, die 1,2 Milliarden Franc Mittelvergabe um weitere 60 Millionen aufzustocken.

Der soziale Aufstieg in die Elite – einstmals durch ein Universitätsstudium nahezu garantiert – ist daher für einen bedeutenden Teil der französischen Studierenden zur puren Illusion geworden. Für die politisch bewußten Teile unter ihnen ist daher die Solidarität mit den »unteren« Klassen der Gesellschaft, mit den Lohnabhängigen und den von Beschäftigung und Reichtümern Ausgeschlossenen, kein Lippenbekenntnis, sondern Ausdruck einer realistischen Wahrnehmung ihres

gesellschaftlichen Standorts. Andere Teile der Studierendenschaft mußte hingegen das Überschreiten des ständischen Charakters universitärer Interessenvertretung notwendigerweise abstoßen, da sie andernfalls ihre Karrierevorstellungen hätten korrigieren müssen.

Die soziale Stoßrichtung der studentischen Mobilisierung trat spätestens mit dem landesweiten Demonstrationstag am 30. November und der Formierung einer landesweiten studentischen Koordination am selben Tag deutlich in den Vordergrund. Von da an beteiligten sich Studierende an den Demonstrationen der Beschäftigten und unterstützten deren Streiks. Die politische Radikalisierung führte an einigen Orten jedoch bald zu einem deutlichen Rückgang der studentischen Mobilisierung; in Paris brach sie rasch zusammen. Gleichzeitig – und dies zeigt die unterschiedliche Situation der Hochschulstandorte in der Konkurrenz untereinander – bildeten sich Hochburgen der studentischen Bewegung heraus: Toulouse, Montpellier, Marseille, zeitweise Rouen oder einige Orte rund um die Universität Paris VIII-Saint Denis. Hier führten streikende Studierende, Eisenbahner, Postler und Arbeitslose schließlich gemeinsame Veranstaltungen durch.

Bernhard Schmidt schrieb in KONKRET 7/94 über rechtspopulistische Parteien in Europa

Konkret 02/96, S. 42

Stefan Ripplinger

In diesem Sinne »Emma« Alaaf

Wie in jedem tristen Jahr, das über uns hereinbricht, wird auch in diesem wieder in Köln ein Karneval abgehalten, denn – um es dem Stumpfsinn angemessen zu formulieren – »Köln ist nunmal einmal im Jahr die Hochburg des rheinischen Frohsinns« (»Emma« 1/96). Da das nunmal einmal im Jahr so ist, steigt nunmal einmal im Jahr die jecke Alice Schwarzer »über Tische und Bänke« oder wirft sogar auch in diesem Jahr wieder »drei Stunden lang begeistert Kamellen«, um all jenen, die ihr stets den Humor absprachen, zu beweisen, daß sie wirklich keinen hat.

Viel Humor erwartet sie jedoch von den Leserinnen und Lesern ihres Blattes, die ganze 30 Seiten lang mit Soldatinnen in der Bundeswehr belästigt werden und dann die Frage positiv beantworten sollen: Wolle mer se reilasse? »Ein frostiger Wintermorgen im ›schönen Westerwald‹, über dessen ›Höhen der Wind so kalt pfeift‹, wie es in dem deutschen Volkslied heißt, das die deutschen Wehrmachtssoldaten fern der Heimat so gerne sangen«, legen die »Emmas« mit Alaafundhellau los. Bevor es aber draußen »auf den windumbrausten Höhen des viel begröhlten (sic!) Westerwaldes« Mittag und damit Zeit wird für einen »kleinen SoldatInnen-Trupp«, sich mit »Eintopf aus dem Henkelmann« zu verköstigen, wird scharf geschossen – und nicht aus der Bonbonkanone: »Der ›Dienst an der Waffe‹ – das ist der Knackpunkt. Doch dieser Knackpunkt ist nur ein scheinbarer und deshalb ein scheinheiliger, da weibliche Sanitätssoldaten ja ›Dienst an der Waffe‹ leisten, wenn auch nur ›zur Selbstverteidigung‹. Doch selbst dieser kleine Unterschied ist eigentlich keiner, da die gesamte Bundeswehr keine ›Angriffsarmee‹ mehr, sondern eine ›Verteidigungsarmee‹ ist« – wie man gerade in Kroatien sehen kann, wo der kleine Unterschied, der nur ein scheinheiliger Knackpunkt ist, bald Folgen zeitigen wird.

An der Heimatfront werden Kamellen geworfen: »Frauenwitz des Monats: Was macht frau, wenn ein Mann im Zickzack durch ihren Garten läuft? – Weiterschießen.« Es wird hoffentlich ein serbischer Vergewaltiger sein. Narhallamarsch.

Konkret 02/96, S. 42

Michael Schilling

In diesem Sinne Wieso Nazi?

Wer oder was ist ein Nazi? Ein Nazi ist Mitglied oder Wähler einer Nazipartei, entweder der NSDAP selber oder einer ihrer Nachfolgeorganisationen. Es hätte also 1928 in Deutschland 810.000 Nazis gegeben, im März 1933 rund 17,3 Millionen, bei den Volksabstimmungen danach etwa 40 Millionen, 1949 aber keinen einzigen, denn die als Nachfolgepartei der NSDAP 1951 vom Bundesverfassungsgericht verbotene Sozialistische Reichspartei war erst 1950 gegründet worden. Bei anderen Nachfolgerinnen, die in einigen Bundesländern bis zu 15 Prozent der Stimmen gewannen: der NPD und den Reps, wurde die Behauptung, sie seien Nazi-Parteien, bezweifelt.

Hält man es für eher unwahrscheinlich, daß einer über Nacht Nazi wird oder aufhört, Nazi zu sein, darf man annehmen, daß es schon zehn Jahre vor der Ermächtigung ihres Führers zehn bis zwanzig Millionen Deutsche gegeben haben muß, die bei Gelegenheit eine Nazipartei gewählt haben würden, also (potentielle) Nazis waren. Dasselbe sollte auch für die Lage zehn Jahre nach dem Tod ihres geliebten Führers angenommen werden dürfen, und was seither geschah, hat die deutsche Gesellschaft durchaus nicht so heftig erschüttert, wie ihre ergrauten Rebellen glauben machen wollen.

Überall trifft man Leute, die sich ohne Überanstrengung der Phantasie als Wähler einer künftigen Nazipartei vorstellen lassen, einer Partei übrigens, die der NSDAP gerade darin gleichen würde, daß sie die modernste wäre und also auch moderner als die alte NSDAP. Also nicht der ideologische Volkssturm der Weiß- und Zitelmänner, der Schütts und Röhls, sondern CDU-wählende Peacekeeper, Sozialdemokraten, die nicht die »Zahlmeister Europas« sein wollen, grüne Apostel der Volksgesundheit, liter-arische Entdecker der Nation und ihrer Mythen, Karrieristen, Opportunisten, Angestellte, Kleinbürger und ihre Barden, aus deren Phrasen und Gesten man ihre mögliche Option lesen, ersehen und manchmal auch erriechen kann.

Wer ist ein Nazi? Einer, der es werden könnte. Was ist ein Nazi davor oder danach? Ein gewöhnlicher deutscher Demokrat.

Konkret 02/96, S. 42

Justus Wertm□ ller

In diesem Sinne
Im Islam ist die Ruhe

Als 1980 die Lohnabhängigen sich gegen Massenentlassungen, Lohnraub und Enteignung sozialer Leistungen mit immer heftigeren Streikkämpfen wehrten, übergab das demokratische Establishment seine Geschäfte zu treuen Händen dem Militär. Das räumte auftragsgemäß mit allem auf, was als gewerkschaftliche, linke oder auch nur sozialdemokratische Opposition galt, und machte so den Weg frei für die IWF-Türkei, wie wir sie heute kennen.

Unter Führung des »Wirtschaftsfachmanns« Turgut Özal bescherte das neue Regime dem Land im Zeichen von Weltmarktöffnung und Tourismus-Boom ein paar Jahre geborgten Aufschwungs, der Ende der achtziger Jahre in die bislang schwerste Rezession umschlug. 1993 verlangten die Gläubigerländer von der Türkei eine neue Roßkur. Diesmal präsentierte das Establishment eine »Wirtschaftsfachfrau« mit Lehrstuhl für Ökonomie in den USA: Tansu Ciller. Die versprach allen alles, und gegenüber dem IWF hielt sie Wort: Massenentlassungen und Privatisierungen von Staatsbetrieben, Freigabe »politischer Preise«, schließlich die Aufgabe der Schutzzölle und die Auslieferung des Binnenmarkts an die Zollunion der EU □ eine Garantie für beschleunigte Verelendung.

Alle diese Maßnahmen wurden und werden mit der Notwendigkeit einer Europäisierung und Modernisierung der Türkei begründet □ seit den Zeiten des Republikgründers Atatürk vornehmstes Staatsziel. Doch der Weg nach Westen erweist sich immer offenkundiger als Pleite, und weil die sozialistische Opposition zerschlagen ist, äußert sich die Kritik am Mißlingen der Modernisierung offen antiwestlich. Eine »Wohlfahrtspartei« unter der Parole »Im Islam ist die Ruhe« wurde im Dezember zur stärksten Partei im Land gewählt. Sie verspricht islamische Identität gegen westliche »Zersetzung« und garantiert von der völligen Entrechtung der Frau bis zur Vertreibung der Intelligenz alles, was der politisierte Islam im Angebot hat.

Die einzige politische Kraft, die den Islamismus offen bekämpft, die sozialdemokratische CBP □ nicht etwa die sozialistische, prokurdische HADEP □ tut dies unter der Fahne ausgerechnet der Zollunion. Barbarische Aussichten.

Konkret 02/96, S. 44

Kunst & Gewerbe

Traum von der goldnen Kuppel

Gerhard Kosel (86) ist ehemaliger stellvertretender Bauminister der DDR. Er hat einen Vorschlag gemacht, der denjenigen Linken, die in der abgewickelten DDR-Elite oder in der PDS ein Reservoir von Kommunisten vermuten, eine Heimleuchtung sein könnte. Er schlägt vor, die Kugel des Fernsehturmsam Alexanderplatz zu vergolden. Nicht der ganze Turm – bescheiden sind's ja – , nur die Kugel soll's sein. Außerdem könnte »die Spitze des Turmes mit einem goldenen Bundesadler hervorgehoben werden. Damit würde eine Berliner Tradition, die Bekrönung hervorragender Bauwerke in Gold – unter anderem des Doms im Zentrum, der Dome am Gendarmenmarkt, derSynagoge, der Siegessäule mit dem Engel – , ihre Weiterführung finden«.

Namen der Mittelklasse

Ulrich Scheele ist Künstler. Ein ziemlich gerissener. Hat einen Riecher, der Mann. Ließ sich – vor Erscheinen der »E-Klasse« von Mercedes – den Namen »Classe E« in Frankreich und der Schweiz schützen. Verlangt nun entweder Umbenennung der Fahrzeugreihe oder 1.000 Mark Entschädigung für jedes verkaufte Automobil dieses Namens. Macht bei 200.000 Stück Jahresproduktion 200 Millionen Mark. Ist eigentlich völlig uninteressant, gehört aber in *kunst & gewerbe*: Viele Künstler könnten sich (und nicht nur sich) wohl nützen / täten sie mehr Namen schützen.

Preis für Menschlichkeit

Lady Diana hat bei ihrem Besuch in New York eine Auszeichnung für ihre karitative Arbeit erhalten: den »Preis für Menschlichkeit«. Sehr hintersinnig, werden einige finden, die Michael Ringels harte Abrechnung (KONKRET 12/95) gelesen haben. Der Preis wurde ihr vom ehemaligen US-Außenminister Henry Kissinger auf einem Galadiner überreicht (Eintritt 1.000 Dollar). Gestiftet hat ihn übrigens die Vereinigte Gehirnlähmungsorganisation.

Spannendste Frau

Alice Schwarzer ist PEN-Club-Mitglied. Von ihr wird ein Buch erscheinen. Es wird heißen: »Die rote Gräfin. Das widerständige Leben der Marion Dönhoff«. Sie haben richtig gelesen: »Die rote Gräfin. Das widerständige Leben der Marion Dönhoff«. Die Ankündigung des Verlages Kiepenheuer & Witsch liest sich wie dümmster Scheiß. Echt. Hier, bitte sehr:*Eine wirklich überraschende Konstellation: Marion Gräfin Dönhoff und Alice Schwarzer. Die »Grand old Lady« des Journalismus und die bekannte Feministin, beide (Mit)Gründerinnen und Herausgeberinnen einer Zeitschrift. Resultat der Begegnung ist ein sensibles Porträt voller Geschichten und Überraschungen. Diese erste Dönhoff-Biographie zeigt bisher unbekannte Seiten der Preußin, die neben Augstein die bedeutendste deutsche Journalistin der Pioniergeneration und eine moralische Institution ist. Sie zeigt die Widerständlerin und Abenteuerin, die, die mit Punks oder Knackis so selbstverständlich plaudert wie mit Präsidenten oder Dissidenten, und deren Faible für Winnetou mindestens so groß ist wie für Friedrich den Großen. Monatelang hat Alice Schwarzer im engsten Freundes- und Familienkreis von Marion Dönhoff recherchiert und lange Gespräche mit ihr selbst geführt. Es ist das erste Mal, daß Gräfin Dönhoff sich auf ein solches Projekt einläßt – und auch das erste Mal, daß sie über ihre wahre Rolle beim »20. Juli« spricht. Das Porträt einer der spannendsten Frauen unserer Zeit.*

Was sagen Sie dazu? Grand old Lady Dönhoff – rote Gräfin, die mit Winnetou und Knackis plaudert, und Frau Schwarzer auch noch dabei? Zwei der spannendsten Frauen der Zeit.

Gutes tun

Heinz Janning ist Geschäftsführer des Sozialen Friedensdienstes (sfd) in Bremen. Dort eröffnete er unlängst die »Freiwilligen Agentur Bremen«, nach ähnlichen Einrichtungen in Berlin und Dortmund die dritte Deutschlands, wo »richtige Menschen auf die richtige Stelle gebracht werden« sollen. Richtige Menschen sind offenbar solche, die sich nach unentgeltlicher Arbeit verzehren. Hierzulande nämlich ist es so, daß eine enorme Unzahl Freiwilliger ehrenamtliche Arbeit leisten will, aber nicht weiß, wo. Ein Mißstand, dem die neugegründete Agentur Abhilfe leisten will: Sie möchte Anbietern und Interessenten dabei helfen, »sowohl etwas Sinnvolles für andere als auch für sich selbst zu tun«. »Schon vor der Gründung«, meldet die »Frankfurter Rundschau« in ihrer Rubrik »Hintergrund«, haben sich erste Interessenten gemeldet: »Arbeitslose sowie ehemalige Zivildienstleistende oder ein 66jähriger Neu-Bremer >mit Management-Talenten<«

Wunder des festen Wassers

Die Deutschen haben gewählt. Unter 802 Bildkalendern des Jahrgangs 1996 aus 143 Verlagen wurden in 13 Sparten – darunter »Neuere Kunst A - K« und »Neuere Kunst L - Z« – Sieger und Plazierte ermittelt. Das »Börsenblatt für den deutschen Buchhandel«, unlängst ins Gerede gekommen wg. des Rauswurfs seines Chefredakteurs J.R. Egel, der die vom Verlag Hoffmann und Campe verbreitete Buchheim-Militaria zu sehr ins Gerede brachte, hat die Ergebnisse der Umfrage dokumentiert, die in *kunst- & gewerbekreisen* natürlich auf größtes Interesse gestoßen ist. The Winner in der Sparte »Blumen und Pflanzen« ist – um ein Beispiel zu geben – »Bäume«, erschienen bei Stürtz. Auf den Plätzen folgen – um weitere Beispiele zu geben – »Wassergärten« (Ackermann), »Der große Wolf-Dietmar (!) Unterweger Kalender« (Stürtz), »Freude an der Farbe« (Matthaes) und »Blühendes Wasser« (DuMont). Unbegreiflicherweise nur Zweitplazierter in der Sparte »Sonstiges« wurde »Das Wunder des festen Wassers« (Hannesschläger), ebenfalls nur Platz 2 bei den dem »Advent« gewidmeten Kalendern »Wichtel im Wald«. Abgeschlagen auf Platz 5 unter »Ältere Kunst« verdientermaßen »Vincent van Gogh«; der Markt ist wohl bis zur Jahrtausendwende gesättigt. Einen Überraschungserfolg gab es bei »Sport und Hobby«, wo »Hamburg Ballett« den Sieger stellte. Wir gratulieren allen Teilnehmern – mit einem lachenden und einem weinenden Auge im Astloch.

Rechtschreiberischer Rückschritt

Als solchen haben in einem Rundbrief zwei Unbekannte namens Raphael und Renate Appel-Bütschly die Verabschiedung der Rechtschreibreform bezeichnet, nämlich als eine »Verschandelung unserer Schriftsprache«, »Komplizierung und Verhäßlichung«, die »alle Gebildeten bereuen« werden. »Völlig sinnlos« finden sie die Abschaffung des »ß«, die in nicht wenigen Fällen eine Verdreifachung des »s« heraufbeschwört, etwa bei »Schlusssiegel«, »Flussschifffahrt« oder »Gebisssspray«. Als ebenso »unfasslich grässlich« beurteilen Appel-Bütschly die Einführung von *unendlich vielen* als Einzelfälle deklarierten bandwurmartigen »Wortungetümen« wie »Seeenge« und »Seeelefant«, »Tüfffehler« und »Tipppartnerschaft«, »Wettteam« und »Schrottteil«. Dagegen – so die beiden Appel-Bütschlys, die »spontan« in 10 Minuten 260 Einzelfälle niederschrieben – sollten »alle mit Sprache Arbeitenden Protest erheben!«

Mord in der Bibliothek

Studenten des kulturpädagogischen Studiengangs der Universität Hildesheim haben eine Ausstellung von Kriminalliteratur erarbeitet, die gegenwärtig (und bis zum 25. Februar) im Deutschen Literaturarchiv des Schiller-Nationalmuseums in Marbach präsentiert wird und dort, wie der Ankündigung zu entnehmen ist, aus dem ortsspezifischen Rahmen fällt, ja zum »Krimi« gerät – indem sie, im ersten Schritt, »an einer großen Zahl an originalen Beispielen die Gattung auf den Begriff bringt: Kriminalliteratur, die sich in Kriminalgeschichte und Verbrechens-Dichtung scheidet«, und, im zweiten Schritt, englische und deutsche Krimireihen ohne Rücksicht auf ihren Inhalt zeigt und kunstpädagogisch lehrreiche Einblicke in ihre Ausstattung und Vermarktungsformen gewährt. Der Ausstellung beigesellt ist im »Marbacher Magazin« (75/1996) eine kommentierte Anthologie von »historisch bedeutungsvollen« Krimis und Kriminalgeschichten, in der etwa Schiller und Poe, E.T.A. Hoffmann und Hauff, Chandler und Doyle, Sjöwall/Wahlöö und Spillane samt anderen großartigen Verbrechens-Darstellern zu ausgiebigerer Lektüre freigegeben werden. Im Vorwort gesteht Fred Breinersdorfer, warum er »ausgerechnet Krimis« schreibt: »Ich war und bin im Banne des Bösen.«

Wurm im Ohr

Vom schlechten Ende her läßt heute nichts mehr auf den vermeintlich emanzipatorischen Status schließen, der dem Musical in den zwanziger Jahren zugeschrieben wurde. Weil nur die herrschende Klasse die Muße fand, sich mit der hohen Kultur zu befassen, hielten Komponisten wie Kurt Weill diese selbst für einen Teil der Unterdrückung und glaubten, mit der neuen Kunstform des Musicals, einer Melange aus Theater, Operette, Revue und Varieté, die Ausgebeuteten in die ihnen bislang verschlossenen Kulturtempel locken zu können.

Werke wie die »Dreigroschenoper« zielten nicht nur inhaltlich auf die Revolution des gesellschaftlichen Verteilungsprinzips, sondern praktizierten sie bereits. Weil aber insgesamt die Revolution doch nicht auf dem Spielplan stand, wurde das Weillsche uvre ein solches und wanderte in die Staatsoper zu den Bankiersgattinnen, und das Publikum, dem es ursprünglich zugedacht war, suchte und fand seinen Verblöder: Andrew Lloyd Webber.

Was es bedeutet, die Massen dort abholen zu wollen, wo sie stehen, belegt die Geschichte des Musicals exemplarisch. Erfolg nämlich haben heute ausschließlich jene Stücke, deren Autoren den Kretinismus ihrer Konsumenten nicht nur hoch ein-, sondern auch wertschätzen. Caspar Richter, Musicaldirigent in Wien, beschreibt das Rezept: »Was Stockhausen nie geschafft hat, erreicht Andrew Lloyd Webber spielend. Menschen in der ganzen Welt erleben zum erstenmal Oper, Musical, theatralische Aktion, vermischt mit Jazzelementen und Rockmusik, voller Begeisterung. Die Klangkultur unserer Zeit findet nicht mehr nur vor kleinem Publikum der Konzertsäle, sondern für Millionen Plattenkäufer und in jahrelang

ausverkauften Theatervorstellungen statt. Kunst mußte bei uns ja noch vor kurzem immer furchtbar kompliziert und elitär sein. Aber schon Mozart hatte die ›Entführung aus dem Serail‹ und seine ›Zauberflöte‹ als Volksopern bezeichnet. Schade, daß man das ganz vergessen hat. In den letzten Jahrzehnten wurde zuviel für den Kopf und zuwenig für den Bauch komponiert. Musik muß mich unmittelbar berühren.«

Mozart irrte sich, als er die »Zauberflöte« als Volksoper bezeichnete, Herr Richter irrt sich nicht, wenn er glaubt, Mozarts Bezeichnung für die von ihm dirigierten Werke in Anspruch nehmen zu können. Kunst muß furchtbar kompliziert und elitär sein, darum ist das Musical keine. Was Ignoranten zuweilen als »schöne Stellen« bezeichnen, weil sie diese Passagen mitpfeifen können, ist allmächtiges Stilmittel im Musical. Andrew Lloyd Webber beispielsweise bastelt sich seine Musicals vornehmlich aus den Hits von Puccini und Rossini zusammen. Es kommt darauf an, daß sich die Melodien in die Ohren der Hörer einfressen. Das »Phantom der Oper«, Hauptfigur in dem gleichnamigen Musical von Webber, trällert: »Floating, falling / sweet intoxication! / Touch me, trust me/ savour each sensation! / Let the dream begin/ let your darker side give in / to the power of / the music that I write / the power of / the music of the night...«

Die Powermusik muß sogar auf ihren Schöpfer einen so fulminanten Eindruck gemacht haben, daß Andrew Lloyd Webber die erste Darstellerin der Christine geheiratet hat, also die Person, die auf der Bühne das vom »Phantom« protegierte Wunderkind spielt.

Was eine Musicalaufführung von dem Konzert einer Popgruppe unterscheidet, ist nicht das Niveau, sondern der Kontext. Während die Popgruppen ihr Zeug völlig zu Recht in Fußballstadien oder ausrangierten Fabrikhallen zum besten geben, tritt das Musicalensemble in ehemaligen oder in eigens zu diesem Zweck errichteten Theatern auf. In Berlin tanzen und jodeln heute die Fratzen der Musicalszene im Schillertheater. In einem Vorort von Frankfurt hat man innerhalb von 18 Monaten für 50 Millionen Mark einen gigantischen Gebäudekomplex aus der Erde gestampft, in dem nun täglich Webbers Musical »Sunset Boulevard« gespielt wird.

Der ausgesuchte Ort soll suggerieren, daß der Besuch eines Musicals ein außerordentliches Ereignis darstellt – nach dem Motto: Bei so tollem Ambiente kann das Dargebotene so übel nicht sein! Ähnlich wie bei den Erlebnisparks à la Disney bieten die Organisatoren des »Rhein-Main-Theaters« – so heißt der Koloß in Anlehnung an den Frankfurter Flughafen – ihren Gästen auch Unterkunftsmöglichkeiten und Restaurants an.

Die Musicalmacher haben den Vorteil, daß sie unabhängig von staatlichen Subventionen agieren können. Die alten Schauspielhäuser sind auf den Staat angewiesen, der nun, in der Krise, das *lean management* entdeckt hat. Die bislang gepflegte konservative Kultur ist ökonomisch lästig geworden. Während Webbers »Sunset Boulevard« von rund einer halben Million Zuschauer pro Jahr besucht werden soll, zieht es in einer Spielzeit noch nicht einmal hunderttausend Besucher in die Frankfurter Oper.

Das »Rhein-Main-Theater« ist eine Profitmaschine und wohl deshalb auch beim Publikum so beliebt: Dort werden keine Steuergelder verpraßt. Die horrenden Eintrittspreise des Musicals werden »freiwillig« entrichtet. Wer »Jesus Christ Superstar«, »Cats« oder »Evita« sich anschaut, nimmt an einer grandiosen Erfolgsstory teil: Andrew Lloyd Webber ist der reichste Komponist aller Zeiten; mehr noch als das auf der Bühne Dargebotene ist die Geschichte seines Erfolgs das eigentliche Musical, das die Zuschauer um so lieber goutieren, je mehr sie selbst zu seiner Fortsetzung beitragen. Zum Boxkampf oder zum »Starlight Express« geht man, weil man sich nirgends sonst so unmittelbar in die Zirkulationssphäre des Geldes begeben, Geld riechen kann.

Daß der »Sunset Boulevard« nun im hessischen Niedernhausen aufgeführt wird, ist konsequent: Die Saga von dem Drehbuchschreiber in Hollywood, der in die Klauen einer wahnsinnigen Diva gerät, bringt in die Provinz (und also dem grundsätzlich Provinziellen: dem Deutschen) einen Hauch von Welt. Als Andrew Lloyd Webber bei der Premiere dem von weither angereisten Publikum erklärte, daß dies die wunderbarste Aufführung gewesen sei, die er je gesehen habe, gab es tosenden Applaus. Daß jede Vorführung eines Webber-Musicals, ob auf dem Broadway oder in Niedernhausen, nahezu identisch ist, daß die Kunst der Artisten also darin besteht, sich dem automatisierten Ablauf perfekt einzufügen, und daß Herr Webber das Sprüchlein von der größten und besten Show bei jeder Show aufsagt, überstieg die Vorstellungskraft der versammelten Fans. Als man am nächsten Tag in den »seriösen« Feuilletons die Verrisse zu lesen bekam, war die Empörung groß – nicht weil der erhebende Abend nachträglich vermiest wurde, sondern weil man sich wieder einmal als der Seppel vom Lande belächelt sah, obwohl man doch aus Hamburg, Berlin oder Frankfurt in das hessische Kaff gekommen war.

Carsten Otte

Konrad Kunick (55) ist SPD-Bundestagsabgeordneter und kann vermutlich, spekuliert das gern als Witzvorlage genommene »Deutschland-Magazin«, die »originellste Adresse aller Bonner Volksvertreter vorweisen«. Wir wußten ja nicht, aber glauben es gern, daß Bonner Volksvertreter originellste Adressen vorzuweisen bemüht sind. Kunicks Konrad wohnt auf einem Campingplatz bei Bad Honnef am Fuße des Siebengebirges – weil ihm die üblichen »Abgeordneten-Buden« nicht behagten und das »Campen schon immer gefallen hat«. Dagegen ist nichts zu sagen, und vielleicht könnte ja die gesamte Bonner Abgeordneten-Chose bei Bad Honnef Quartier nehmen? Im Camp wären alle besser vorbereitet für etwaige und in Zukunft vermehrt anstehende »politische Friedensmissionen« außerhalb Deutschlands!

»Den CSU-Vorsitzenden sympathisch finden ist für linke Betbrüder wie ein Pfarrerbesuch im Bordell«

Martin Walser in »Focus«

Konkret 02/96, S. 47

Rayk Wieland

Der Umsiedler

Nur wenige Schriftsteller, Dichter, Literaten verfügen noch über eine wie immer ernstzunehmende Fangemeinde oder Gefolgschaft, Jünger gar, für die nicht nur das Werk, sondern ebenso die Autorität seines Autors in sogenannten Lebensfragen beispielhaft ist; es bedeutet heutzutage schon viel, wenn bei Lesungen die Honoratioren einer Kleinstadt sich mit ein paar Lehrern und Interessierten andachtsvoll in einen Bücherladen hocken. Heiner Müller, der Dramatiker, Regisseur und Intendant, »Müller le diable« (P. Hacks), war da eine erfrischende und vielleicht letzte Ausnahme: Sein Tod am 30. Dezember war für viele seiner Anhänger ein »Schock« – für »den Osten« womöglich, wie die »Taz« reklamierte, »ein existentieller Verlust«. Dies ist durchaus bemerkenswert, da sein Werk keineswegs leicht rezipierbar oder konsumierbar, seine politischen Ansichten gängig und seine in den letzten Jahren häufiger zu beobachtenden öffentlichen Auftritte spektakulär gewesen sind. Sein Werk, das zunächst eine Auseinandersetzung mit Stalinismus und Realsozialismus betrieb, die später in einer Art »konstruktivem Defaitismus« (»Theater heute«) in blutige Geschichtscollagen mündete, hält indessen Identifikationsangebote für nahezu alle Lebenslagen der deutschen Nachkriegsgesellschaften bereit.

Der in den 80er Jahren in beiden Teilen Deutschlands meistgespielte und mit den jeweils höchsten Literaturpreisen geehrte Autor stilisierte sich zuletzt selbst zum universellen und beliebig auslegbaren Stichwortgeber: für und gegen die DDR, die Mauer, den Kommunismus, die Arbeiterklasse, die Revolution, Brecht und Shakespeare, Bürgertum und Barbarei, wobei freilich die kritische, zuweilen zynische Distanz zum Spätkapitalismus, aber auch die »Hoffnung auf das Andere« in seinem kultivierten Eklektizismus unübersehbar blieb. »Ich habe«, schrieb Müller in *Leben Grundlings,* einem Stück über die »preußische Hypothek« der Aufklärung, »ein neues Zeitalter nach dem anderen herauskommen sehen, aus allen Poren Blut, Kot, Schweiß, triefend jedes. Die Geschichte reitet auf toten Gäulen ins Ziel.« Das Zitat paraphrasiert und verabschiedet einen Vers aus Majakowskis berühmtem *Linken Marsch*, wo es heißt: »Gaul Geschichte, du hinkst! / Wolln den Schinder zu Schanden reiten! / Links! / Links! / Links!«

Doch bereits zur Zeit seiner frühen »Produktionsstücke« in der DDR (*Der Lohndrücker* (1958)*, Die Korrektur* (1958)*, Der Bau* (1964)*, Traktor* (1955)*, Die Umsiedlerin oder das Leben auf dem Lande* (1958)) war Müller eher ein Autor der Linken als ein linker Autor. Ihr Personal – Kleinbürger, Bauern, Proleten, Faschisten und Parteifunktionäre – kollidiert in den Widersprüchen der Aufbaujahre mit dem Sozialismus als einer *Idee* der Partei, die sich gegenüber ihrem gesellschaftlichen und individuellen Material, den Akteuren, nur als Phrase behaupten kann. Brechts Satz »Wir wären gut, anstatt so roh / Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so« verkehrt sich unter der Hand Müllers in sein Gegenteil. Die sozialistische *Idee* gerät so zur *Utopie*, die für Müller zunächst noch eine parteiliche Kritik motiviert (und ihm als »Linksabweichler« 1961 Schwierigkeiten, den Ausschluß aus dem Schriftstellerverband und ein Aufführungsverbot einbringt), später aber, beginnend mit *Die Schlacht* und *Germania Tod in Berlin*, nur mehr die Inspektion von Terror und Prostitution. Brecht, der die »Weisheit des Volkes« mobilisieren wollte, wäre auch dieser Satz Müllers, so brechtisch er sich ausnehmen mag, nicht in die Maschine geraten: »Zehn Deutsche sind natürlich dümmer als fünf Deutsche. Zehn Deutsche sind natürlich auch ärmer, als fünf Deutsche vorher gewesen sind.« Der Satz läßt kein Programm zu, nur mehr Zynismus. Er führt folgerichtig zur bekannten Sentenz Müllers, derzufolgeder Nationalsozialismus »die größte Leistung der deutschen Arbeiterbewegung« gewesen sei.

Oberflächlich und geradezu fahrlässig wäre es darum, auch wenn es immer wieder suggeriert wird, in Müller einen Sachwalter und Fortsetzer Brechts zu erblicken, nur weil Müller an Brechts ästhetische Positionen anzuknüpfen und zunächst mit ähnlichen dramatischen Formen zu experimentieren scheint. Müller hat Brechts Weg zu Parabel und Lehrstück genau andersherum beschritten, und nicht von ungefähr haben ihn die Arbeiten Brechts am meisten interessiert, die dieser für problematisch hielt – *Die Maßnahme* und *Fatzer*: In ihnen ereignet sich die Revolution als Tragödie.

Müllers Antiken- und Klassikerbearbeitungen in den 70er Jahren (*Philoktet, Prometheus, Macbeth)*, die existentialistische Fragestellungen aktualisieren, verdankten sich nicht bloß den kulturpolitischen Restriktionen der DDR, sondern auch seinem verstärkten Interesse für die klassische Tragödie, deren Bedingungen er »im Sumpf der stalinistischen Verwirklichung« (Michael Schneider; LITERATUR KONKRET 1979) der reinen, luxemburgischen Idee des Sozialismus wiederzufinden meinte.

Von diesen Stücken, die DDR-Alltagserfahrungen im Gewand der klassischen Tragödie reformulierten, zu den negativen Geschichtscollagen, die Müller, einsetzend mit *Die Schlacht* und *Germania Tod in Berlin*, zu schreiben anfing, und seiner Ankunft im westdeutschen Feuilleton ist es nicht weit gewesen. Ihre Resignation und geschichtsphilosophische Verzweiflung trafen im Westen »auf ein in seinem Lebensgefühl und politischen Bewußtsein angeknackstes, depraviertes Publikum, das der Geschichtsverdrossenheit des Autors voll auflief« (M. Schneider). Geschichte erscheint in diesen

Stücken als universeller Terror- und Unterdrückungszusammenhang, der die Möglichkeit »eingreifenden Denkens« (Brecht) oder Handelns nicht mehr zuläßt.

Die neue dramatische Methode, »Epochen gleichsam im Zeitraffer zusammenzuschieben« (H. Müller), Inhalte und Szenen überraschend nebeneinanderzustellen, zwang den Zuschauer, »Disparates und scheinbar Zusammenhangloses zusammen zu denken« (H. Müller); zugleich aber ermöglichte sie dem Autor die Darstellung seiner durch keinen historischen Materialismus oder sozialistischen Realismus mehr getrübten weltgeschichtlichen Obsessionen. Wenn in ihnen »der Humanismus nur noch als Terrorismus vor(kommt) und der Molotow-Cocktail das letzte bürgerliche Bildungserlebnis (ist)« (H. Müller), so registrieren sie nicht nur den Kulturzerfall der bürgerlichen Welt, sondern haben ebenso an ihm teil. Es überrascht deshalb nicht, daß die Provokation, die von den grotesken und blutigen Collagen ausgehen sollte, konsumiert wer-den konnte und Müllers Welterfolg begründete.

Möglicherweise war es diese Erfahrung, die Müller bewog, Mitte der 80er das Stückeschreiben fast ganz aufzugeben und ins Regisseurfach umzusiedeln. Die letzten Gespräche und lyrischen Texte hören nur mehr sich selber zu. Der Zynismus wich einer fast heiteren Gelassenheit, die blutige Pointe der Anekdote. Im Ende der DDR, seiner »wütenden Liebe«, und dem, was darauf folgte, mochte sein Spätwerk eine Bestätigung finden. Angenehm war sie ihm nicht. »Jetzt weht der Wind aus Gestern«, heißt es in dem Stück *Der Auftrag* (1979), einem Schlüsseltext Müllers, einer Tragödie über den Verrat der Revolution, den er Zeit seines Lebens schreibend begleitet hat. »Die Sklaverei hat viele Gesichter. Ihr letztes haben wir noch nicht gesehen.«

»Ich habe«, schrieb er im Nachruf auf Thomas Bernhard, »großen Respekt vor der Konsequenz seines Lebens und seiner Arbeit. Ich bin froh, daß sein Staat ihn nicht heimholen kann. Das bleibt wenigen erspart.« Heiner Müller nicht. Den obszön-geschwätzigen, nachgerade hymnischen Nachrufen in der gesamten deutschen Presse, von »FAZ« bis »Neues Deutschland«, liegt, so ist zu befürchten, kein Mißverständnis zugrunde.

Konkret 02/96, S. 48

Kay Sokolowsky

Lauter Blinde

Warum die deutsche Literaturkritik den vormals heißgeliebten Dichterdarsteller Ransmayr plötzlich nicht mehr mag

Morbus Kitahara von Christoph Ransmayr ist eine Schinderei. Man quält und rackert sich ab, daß es dampft. Alles donnert, wuchtet, dröhnt: Nicht bloß ein Roman – eine Wort-in-Blei-Gießerei. Überm Werkstor steht erstens »Lasciate ogni speranza« und außerdem: Wir sind nicht zum Spaß hier. »Zwei Tote lagen schwarz im Januar Brasiliens«, so mahlt der Anfangssatz in a-moll, und mit ähnlich mühsamen Rhythmen und gequälten Metaphern geht es 440 Seiten weiter, garantiert granithart.

Die Bilder, die Ransmayr von sich machen läßt, zeigen einen verwitterten Hünen, der kaum fürs Schnurrbartkämmen Zeit hat, zum Lachen in den Keller geht und die Welt mit nadelscharfen Augen aufspießt. Ein hieratischer Mann, der sich für den Gottesdienst an der Sprache ruiniert: Feuer, Wasser, Luft und Erde sollen sein, wo er den Dichterstempel setzt. Der Rest sei Schweigen. »Was ist das«, raunt der Priester des Worts im Vereinsorgan der Asketen, im »Stern« – »was ist das, ein großer Bucherfolg, wenn man durch Delhi oder Kuala Lumpur geht? Die Arbeit selber bleibt einem wichtig – aber die Aufregung, das alles wird leicht und verfliegt.« Die Arbeit! Allein der erste Satz, dieses amboßartige A, habe »monatelanger Überlegung bedurft«, seufzt er in der »Woche«. Sigrid Löffler, der das geschürzte Mündchen sonst so leicht ausläuft, schweigt dazu ehrfürchtig.

Er läuft sich auf Exkursionen mit Reinhold Messner die Sohlen wund. Der brodelnde Ozean und das klirrende Gebirge sind sein Revier. *Sieben Jahre* hat er über seinem neuen Buch gebrütet. Nicht nur sein Gesicht sieht aus wie geschnitzt, der ganze Kerl ist gleichsam aus Holz geschnitten, d.h. aus dem Brett, das Schmöcke vor dem Kopf tragen, wenn sie an GROSSE Künstler denken, an die Titanen, die sich martern, bis sie lauteres Gold schwitzen. Dabei ist einer, der prinzipiell keine Talkshows besucht, im Jahr nur sechzig Seiten schafft und dem Munzinger-Archiv mitteilt, Schwerpunkt seines Philosophiestudiums seien die Schriften von Adorno und Horkheimer gewesen – dabei ist so einer schon eine sympathische, nahezu integre Erscheinung. Wenn denn dies alles nicht so penetrant nach Pose röche. »Schwach von den Strapazen der zu erwartenden Medien-Aufmerksamkeit« wirkt Ransmayr auf den Schmock vom »Profil« – der vor Ergriffenheit gar nicht merkt, daß er einen Poseur beim Üben erwischt hat, »schwach von Strapazen«, die der noch gar nicht litt.

Ausgerechnet Joachim Kaiser traf ins Schwarze, als er an dem Roman *Die letzte Welt*, der Ransmayr 1988 reich und berühmt machte, »ästhetisches Genie-Simulantentum« bemerkte. (Daß Kaiser gleichzeitig »marmorschöne Worte« ortete, wo außer Bleiwüsten wenig zu finden war, beruhigt einen freilich wieder über die eigenen Vorurteile.) Die Geschichte vom traurigen Schwärmer Cotta, der dem Dichter Ovid ins Exil nachreist, bedient musterhaft die Ansprüche, die der Halbgebildete an *ächte* Literatur stellt: viel schroffe Natur, gestelzte Dialoge, Referenzen an Kafka und das Kleine Latinum, faustdicke Symbole und über allem eine Lasur aus Fantasy und diffuser Zeitkritik. *Die letzte Welt* sieht aus wie Kunst und ist doch nur Gewerbe; es geht von dem Buch jene erhabene Langeweile aus, die nur zu gern mit Poesie verwechselt wird. Folgerichtig schwafelte Volker Hage in der »Zeit« von »einem der schönsten Romane unserer Gegenwartsliteratur«. Aber es ist leider nur einer der meistverkauften.

Das Feuilleton hatte wieder einen Liebling, und Kaisers zaghaftes Gemoser ging unter in Hymnen und Elogen sonder Zahl. Ransmayr bot die große Pose an, und der Betrieb griff begeistert zu; denn die Distributeure sehnen sich nach wahren Werten, nach dem Feuergeist, der aufs Materielle scheißt, nach dem *Eigentlichen*. Munter wird dann eine »artistische Komposition« geortet, wo sehr viel Kleister knapp dreieinhalb Motive zusammenklebt; werden »atmosphärische Bilder« gerühmt, wo vor allem ihre Glanzlosigkeit auffällt und Ransmayrs Hang, die etwas kostbareren Metaphern zu Tode zu reiten. Und immer wieder Kniefall vor einer Diktion (»staunenswert«, »elegant«, »hochabstrakt«), die in Kothurnen aus Katzengold ihre Plattfüße verbirgt: »Unter der Sonne dieses Monats verbrannte, was nicht die Zähigkeit von Kakteen, Disteln oder Tamarisken besaß.« Jede Zeile von Ransmayr schreit nach Bewunderung, und wem das nicht bald gewaltig auf den Zeiger geht, dem bleibt gar nichts übrig als anzubeten.

Aber ein Idol des Feuilletons darf sich fest darauf verlassen, umso genüßlicher demontiert zu werden, je besinnungsloser ihm zuvor gehuldigt wurde. Daß *Morbus Kitahara* – stilistisch seinem Vorgänger nicht nachstehend, formal sogar deutlich überlegen – von den Nudeln des Betriebs viel kühler aufgenommen worden ist als *Die letzte Welt*, wirkt darum erst einmal nicht überraschend. Bemerkenswert ist aber, wofür sie ihren Liebling jetzt tatzeln: für den Inhalt. Wenn Ulrich Greiner in der »Zeit« die »immer wieder verblüffende Sprachmagie« würdigt, knirschen die Zähne wie mit Perlweiß geputzt; drei Absätze später ist vom Zauberer nur »ein begabter Schwarzmaler« übriggeblieben, dessen Figuren »seltsam leblos« erscheinen. Thomas E. Schmidt sagt es in der »Frankfurter Rundschau« mit aller wünschenswerten Deutlichkeit: »Was 1988 ambitioniert und originell klang, liest sich heute wie bemühte Melodramatik im Korsett eines einfallsarmen, ausrechenbaren Plots.« Ransmayr ist sich treu geblieben, also schreibt er jetzt schlechtere Bücher: Auf diesem Niveau wird

hierzulande Literaturkritik betrieben. Durs Grünbein, den sie im vergangenen Jahr als Lieblingsüberschätzten adoptierte, sollte sich schon mal auf was gefaßt machen (und tatsächlich hat Raddatz ihm in der »Zeit« ja bereits die Instrumente gezeigt).

Wenn dasselbe Betriebspersonal, das die Ovid-Paraphrasen der *Letzten Welt* mit ihren Werwölfen und versteinerten Menschen, mit ihren prätentiösen Anachronismen, seichten Anspielungen und epischen Überbreiten – wenn dieselben Schmöcke, die Ransmayrs Kurs in klassizistischer Ödnis als »Ereignis« abfeierten, nun die Nasen rümpfen, obwohl ihnen eine partiell durchaus originelle Geschichte beschert wird, hat das neben der branchenüblichen Illoyalität vor allem mit einer Richtung zu tun, die ihnen nicht paßt. *Morbus Kitahara* präsentiert ein Paralleluniversum, in dem die Deutschen und Österreicher bezahlen müssen für den beispiellosen Terror, den sie gegen die Menschheit entfesselt haben. Die Sieger bringen die Mörder und ihre Nachkommen auf Null, erinnern sie mit Standrecht und Schandmalen an ihre Verbrechen, nehmen ihnen jeden Reichtum und ihren höchsten Stolz: »Auf den Trassen eurer Autobahn wachsen im nächsten Frühjahr Kartoffeln!«

Die gedemütigte Herrenrasse zeigt keine Einsicht, nur Kriechertum: Gedenkveranstaltungen für ihre Opfer bestreiten sie mit demselben Eifer, derselben Ungerührtheit, mit denen sie die Gasöfen am Rauchen hielten; und straff organisierte Büßerorden führen vor, was deutsche Musterschüler unter Trauerarbeit verstehen. Ransmayr läßt zwar keine Lea Rosh auftreten, aber seine Rezensenten haben ihn auch so verstanden und nehmen ihm gerade die stärksten Szenen seines Romans übel – die nämlich, in denen die Mörder ihre Sühne zum Anlaß nehmen, sich für die besseren Opfer zu halten. »Nein«, greint Greiner, »es hat keinen Sinn, den Roman als politisch-historische Parabel zu lesen. Sie wäre kaum anders als töricht zu nennen.« Das Buch macht natürlich nur als Parabel einen Sinn, und wenn auch der Autor die Kraft seines Einfalls schnell selber zu fürchten beginnt und sich in einem Haufen papierner Symbole verzettelt – : Es steckt noch genug Haß auf die Täter und ihr Selbstmitleid in *Morbus Kitahara*, um Gustav Seibt in der »FAZ« darüber jammern zu lassen, daß »Ransmayrs Gestalten Zombies (sind), denen die Seelen abgetötet wurden und die auf die erinnerten Schrecken nicht mehr reagieren können«. Das ist nämlich unfair: die Deutschen zu beschreiben, wie sie sind.

Ort der Handlung ist Moor, ein Städtchen am Rand des »Steinernen Meers« (Ransmayrs Metaphern tun fast schon weh vor Mediokrität), dessen Bürger blendend mit dem KZ im nahen Steinbruch zurechtkamen, bis die Amerikaner einrückten, den »Frieden von Oranienburg« verkündeten und mannshoch diese Buchstaben aufstellten: »Hier liegen / elftausendneunhundertdreiundsiebzig Tote / erschlagen / von den Eingeborenen dieses Landes / Willkommen in Moor«. Als Herrscher über die Besiegten wird Ambras, der »Hundekönig«, eingesetzt, ein Überlebender des Moorer Lagers; zu seinem Leibwächter beruft er Bering, den »Vogelmenschen«, einen begnadeten Bastler, geboren in den letzten Tagen des Krieges. Beide begehren Lily, die »Brasilianerin«, Tochter eines SS-Mannes, die auf der Flucht nach Südamerika in Moor gestrandet und zur kühnen Gebirgsamazone herangewachsen ist. Zum Schluß der frostigen Dreiecksgeschichte liegen »zwei Tote schwarz im Januar Brasiliens«, aber das steht, aha, ja schon am Anfang.

Morbus Kitahara ist der Name einer Sehkrankheit: Blinde Flecken trüben den Blick des Leibwächters Bering; er hat sich »aus Angst oder Haß oder eiserner Wachsamkeit ein Loch ins eigene Auge« gestarrt. Und Ransmayr winkt mit mehreren Zaunpfählen, damit auch der letzte Depp kapiert, daß der Morbus K. ein Defekt ist, der alle Bewohner seines Romans befallen hat. Lily, die keinem Mann traut, ignoriert bis zuletzt die schüchternen Avancen Berings. Ambras, der Gefolterte, nimmt die Qualen nicht wahr, die sein rüdes Regiment über die Bürger von Moor bringt. Die Moorer wiederum sehen schon nach kurzer Zeit die riesige Inschrift im Gebirge nicht mehr. Und die Amerikaner bemerken vor lauter moralischer Überlegenheit nicht, was sie mit dem Abwurf der Atombombe auf Japan – in dieser Welt erst gegen Ende der 60er Jahre – angerichtet haben.

Berings blinde Flecken haben den Umriß von Atompilzen, und das ist als Symbol ebenso trivial wie fatal für das Buch. Besessen davon, seine Sammlung von Gebirgsfotografien und blutigen Anekdoten mit *Bedeutung* aufzuladen, greift Ransmayr zum selben Mittel, das *Die letzte Welt* nach mehr als Fantasy aussehen ließ: Er klebt den Figuren mythische Namen und Attribute an, beschwört die Elemente und das Ur-Typische – und schon verwandelt sich die Geschichte, die als grimmiger Gerichtstag über ein Volk von Sadisten begann, in ein kirchentagskompatibles Klagelied über die Blindheit der Menschen. An seinen Helden könne »prototypisch Menschliches abgelesen werden«, frohlockt Christian Seiler, der ihm die Treue gehalten hat – und liegt damit etwa genauso richtig wie ein andrer treuer Husar, Michael Winter von der »Süddeutschen«, der Ransmayrs grottenfinsteres Buch »höchst komisch« findet. Komisch.

Morbus Kitahara ist eine Schinderei. Und das wäre wohl in Ordnung – schließlich geht es zu Beginn um Schinder und ihre Bestrafung – , wenn sein Verfasser nicht mit Macht nach Dichterweihen gedrängt und seine schön böse Idee nicht an endlose Beschwörungen der kosmischen Gewalt und an Symbolik fürs Proseminar verschenkt hätte. Wie schon in der *Letzten Welt* zerreißt er sich schier, um seinen gestoppelten Momentaufnahmen den Langen Atem einzuhauchen; und wird darüber doch nur langatmig. Daß *Morbus Kitahara* so anstrengend wirkt, liegt viel weniger an den Mühen, ohne die der Kunstgenuß ja nicht zu haben ist, als am strikten Streben Ransmayrs nach Höherem; an seiner Kraftmeierei, die ohne Rücksicht auf Verluste und ohne einen Hauch von Selbstironie sich gleich aufs Ganze wirft. Seine Freundschaft mit

Reinhold Messner ist wirklich kein Zufall; und es sollte nicht wundern, wenn das nächste Buch unter den Yetis spielt – mit Gletscherstürzen, kargen Dialogen, einer bunten Korona zentralasiatischer Kleingötter, und, vor allem, todernst.

Greiner jedenfalls, der es mehr mit Märchen hat als mit der konkreten und überzeugenden Rachephantasie, die Ransmayr gut hundert Seiten lang durchhält, würde ihm die antideutsche Ausschweifung vielleicht vergeben und im Wortumdrehen aus dem Rüffel seiner letzten ein Lob für die nächste Rezension schnitzen: »Ransmayr ist gottseidank kein politischer Denker« – das »gottseidank« wäre neu. Und Gustav Seibt müßte sich nicht wieder eins vom »Weltsterben durch Auschwitz« abkneifen, dem der Autor nicht »gerecht wird«, wo er, Seibt, doch lieber gesagt hätte: »Auschwitz ist noch lange kein Grund, meine Welt sterben zu lassen.« Dafür, in *Morbus Kitahara* wenigstens hundert Seiten lang das nationale Feuilleton aufgescheucht zu haben, sei Ransmayr immerhin gedankt.

Christoph Ransmayr: *Morbus Kitahara.* S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1995, 442 Seiten, 44 Mark

Kay Sokolowsky schrieb in KONKRET 9/95 über die Fernsehshow »Hypno«

Konkret 02/96, S. 50

René Martens

Plumpe Propaganda

Schon wieder muß Serbien sterbien: diesmal in »Sarajevo Tango«, einem billigen Polit-Comic des belgischen Zeichners Hermann

Aus der Popkultur sind bisher kaum künstlerische Beiträge gekommen zum Thema Krieg und Frieden im ehemaligen Jugoslawien, und wenn man zum Maßstab nimmt, was vorliegt, kann man darüber nur froh sein. Am bekanntesten dürfte der Song »Miss Sarajevo« sein, den die Gruppe U2 mit Luciano Pavarotti unter dem Namen Passengers aufgenommen hat, ein kitschiges Stück Schweinepop, wie man es von diesen Herren erwarten mußte.

Im Gegensatz zu ihnen ließ sich bislang kaum etwas Schlechtes sagen über den 57jährigen belgischen Zeichner Hermann. Die Abenteuer von »Andy Morgan« haben wir gern gelesen in den Zeiten, als es noch »Zack« gab, und seine Serie »Comanche« gehört zu den besseren Western-Comics. Es war also nicht abzusehen, daß er »Sarajevo Tango« veröffentlichen würde, einen antiserbischen Propaganda-Comic, wie man sich ihn plumper kaum vorzustellen vermag.

Was will der Mann, der im Katalog zum diesjährigen Festival von Angoulême, dem Cannes des Comics, angepriesen wird als »einer der größten Zeichner und Szenaristen des zeitgenössischen Realismus«? Im Vorwort zu »Sarajevo Tango« bezeichnet Hermann serbische Politiker als »Geisteskranke«, die »Konzentrationslager« errichtet hätten. General Ratko Mladic ist für ihn »der Architekt ... der ethnischen Säuberung in Kroatien«, Präsident Slobodan Milosevic der »Hauptverantwortliche für die jugoslawische Tragödie«, und deren »tiefere Ursachen« will der Künstler dem Leser auch nicht verheimlichen: »Der Haß, der Wahnsinn, der Hang zum faulen Kompromiß und das Geld ..., das verdammte dreckige Geld.« In einem vor dem Erscheinen des Albums veröffentlichten Interview in der Zeitschrift »Comic Speedline« ereifert sich Hermann darüber hinaus über »den Horror, die Heimtücke, den ganzen Betrug und Verrat der großen Politik«, über »ein Europa ohne Eier« und natürlich über die UNO, die viel koste, »aber zu wenig nütze« sei.

Solche Wutanfälle hat Hermann in »Sarajevo Tango« verarbeitet, und weil ihm seine Botschaft wichtiger war als die Rahmenhandlung, hat er in letztere nicht allzuviel Arbeit investiert. Die holprige Geschichte ist schnell erzählt: Eine reiche Frau aus Genf beauftragt den Fremdenlegionär Zvonko Duprez, ihre Tochter aus Sarajevo herauszuholen, die dort von ihrem kriminellen Vater als Geisel gehalten wird. Nicht nur wegen der Unbilden des Krieges gestaltet sich Duprez' Unterfangen schwierig, denn auch ein Killer kommt ihm noch in die Quere. Das Ganze läuft hinaus auf ein Finale, das wohl melodramatisch sein soll, aber eher zum Lachen ist, weil sich der Held als Vollidiot entpuppt.

Die Stellen dagegen, die Hermann selbst für komisch hält, vielleicht sogar für die wichtigsten des gesamten Albums – sie sind in Wahrheit die mit Abstand schwächsten. Sie zeigen westliche Fernsehzuschauer mit Tierköpfen, um deren vermeintliche Gleichgültigkeit und Ahnungslosigkeit zu illustrieren, sie zeigen Blauhelm-Soldaten mit Schlumpf-Mützen, und sie zeigen Boutros-Ghali (genannt »Buhu«), wie er mit Lord Carrington (»Carrie«) tanzt oder mit Lord Owen (»O wenn«). Dazu singt »Buhu«: »Unverdrossen/Zu allem entschlossen/Warn ich euch und misch mich ein/Oder laß ich's lieber sein?« Im Vergleich zu diesen Karikaturen wirken sogar die »Hurra Deutschland«-Puppen noch sophisticated. Das Schlimmste, was man Hermann vorwerfen muß: Seine Verhohnepipelungen zwingen jeden vernunftbegabten Leser dazu, sich mit Boutros-Ghali und den UN-Vermittlern zu solidarisieren, ja die Vereinten Nationen sogar als seligmachende Institution zu preisen. Andererseits dürften Hermanns kabarett-kompatiblen Witzchen kaum dazu geeignet sein, gemäßigt serbophobe Leser in jenen Wahn zu treiben, dem er selbst verfallen ist, und das ist immerhin ein schwacher Trost.

Im Vorwort schreibt der Autor, »Sarajevo Tango« umfasse »den Zeitraum zwischen Mai 1992 und Januar 1995« – er hat sich mit seinem »provokanten Polit-Comic« (»Spiegel«) also ein bißchen zuviel Zeit gelassen, denn schon bevor die Originalausgabe erschien, flog die NATO gegen die Untergebenen der »Geisteskranken« jene Bombenangriffe, die Hermann schon viel früher hatte sehen wollen, und zu allem Überfluß war vor Veröffentlichung der deutschen Fassung auch noch der Vertrag von Dayton perfekt, den der Künstler wahrscheinlich für einen »Schandvertrag« hält. Tja, Künstlerpech!

»Hermann tritt keineswegs als Stammtischpolitiker an«, beruhigt »Comic Speedline« seine Leser, und vielleicht ist da ja sogar etwas Wahres dran. Sollte es in Belgien etwa nur Stammtische geben, die niemanden in ihrer Runde haben wollen, der von »geisteskranken Serben« lallt? Das bedeutete ja, es herrschten nahezu paradiesische Zustände im Nachbarland!

Hermann: »Sarajevo Tango«. Carlsen Comics, Hamburg 1996, 56 Seiten, 29,90 Mark

René Martens schrieb in KONKRET 12/95 über Electric Ladyland

Konkret 02/96, S. 51

Eike Stedefeldt

Schwul-Sein mit Frau W.

Über den edelmütigen Mißbrauch eines Rosa-Winkel-Häftlings

Eines sollte man Maxi Wartelsteiner gewiß nicht nachsagen: daß sie es nicht gut gemeint habe. Die Leipziger Journalistin hat sich in ihrem Buch *Rückkehr unerwünscht* der Biographie von Walter S., einem ehemaligen KZ-Häftling mit dem rosa Winkel, angenommen. Wie der rote Winkel politische und der grüne kriminelle, so kennzeichnete der rosa Winkel in den Konzentrationslagern der Nazis die homosexuellen Häftlinge. Wartelsteiners Idee ist insofern zu begrüßen, als es im Gegensatz zu anderen Verfolgtengruppen noch immer sehr wenige Erlebnisschilderungen NS-verfolgter Schwuler gibt.

Im Zuge einer politischen Denunziation im Leipziger »Burgkeller« geriet der 26jährige Walter S. 1940 wegen »Wehrkraftzersetzung« in die Mühlen der Nazijustiz. Bei der folgenden Haussuchung fand man die Liebesbriefe eines Freundes, was ihm vier Jahre KZ-Haft in Sachsenhausen und Groß-Rosen einbrachte. Die Autorin schildert die Erlebnisse von S. in der Haft: den Sadismus der Wachmannschaften, Hunger, Tuberkulose und Thyphus, die Testvergasung, die Walter S. überlebte, die mörderische Zwangsarbeit. Nachvollziehbar wird auch die Einsamkeit der Schwulen, die im Gegensatz zu anderen Häftlingen keinerlei Gruppenidentität besaßen und in der Lagerhierarchie ganz unten standen.

Dabei hätte es die Autorin besser belassen. Leider aber begnügt sie sich nicht mit der Wiedergabe von S.' Berichten, schon gar nicht läßt sie ihn selbst zu Wort kommen. Eifrig moralisierend ist sie vielmehr stets im Text präsent und katapultiert sich durch penetrante Selbstbespiegelung auf der nach oben offenen Schorlemmer-Skala rasant hinauf zur Alarmstufe Rot.

Arglos wird Walter S.' Schicksal zugeschüttet mit den Schuld- und Sühnekomplexen einer heterosexuellen sozialistischen Kleinbürgerin, die einst den Suizid eines schwulen Kommilitonen nicht vereiteln konnte. Dabei hat sie die Schwulen doch immer so gemocht! Folglich jagt ein vermeintlich positives Klischee das andere. Frau W. weiß etwa, »daß Frauen ein unerschrockeneres Verhältnis zu Schwulen haben als heterosexuelle Männer ... Frauen mögen schwule Männer – haben sie erst Kontakt gefunden – meist sehr gerne. Sie finden in ihnen Seelenverwandtes. Schwule Männer können für Frauen die bessere Freundin sein. Mit ihnen läßt sich über alles reden, sie sind warmherzig und voller Komplimente und Liebenswürdigkeiten für die Freundin – und ganz ohne Eifersucht. Und auch andersherum wird der Schwule als ›Freundin‹ logischerweise nicht als Konkurrenz empfunden.«

Damit auch der letzte heterosexuelle Leser Schwule mag, muß alles und jeder halbwegs Taugliche herhalten. Neben Berufs-Massenmördern wie Hannibal, den beiden Großen Alexander und Friedrich, Marschall Kutusow, General Cordoba, Wilhelm von Oranien, Graf Tilly oder Karl XII. von Schweden (»sie alle liebten nur Männer – und waren trotzdem tapfere Männer«) auch »leidenschaftlich onanierende Affen« und »die berühmten und gefürchteten Piraten des 16. und 17. Jahrhunderts«, ferner Oscar Wilde, Alan Turing, Leonardo da Vinci und Hans Christian Andersen sowie »ein schwules Erpelpärchen«. Sie alle frönten, da scheint sich Frau W. im Gegensatz zur seriösen Wissenschaft überaus sicher, »ganz einfach einer erotischen, genetisch bedingten Veranlagung«. Schwul bis in alle Ewigkeit. Amen!

Frau W.s ewiger Hang zur ewigen Ewigkeit – »ewig« begegnet einem schon im grausigen Subtitel *Schwul-Sein und das ewig gesunde Volksempfinden* und wird im weiteren inflationär gebraucht – treibt sie auch zu Angaben wie jener über »den immer noch wie 1933 formulierten 175er des BRD-Strafrechts«. Das Strafrecht habe »in seiner Geschichte immer wieder Gesetze gegen Homosexualität ausgebrütet«. Einmal abgesehen vom vergleichsweise läppischen Irrtum betreffend den Wortlaut des Paragraphen 175 StGB sind dem Rezensenten im Biologieunterricht diverse brütende Spezies begegnet – ein Strafrecht indes war nicht darunter.

Freilich ist Maxi W. eigener homophober Vorurteile gänzlich unverdächtig, selbst wenn sie über die Begegnung mit den Schwulen des Leipziger Rosa Archivs schreibt: »Und so traf ich sie denn auch nicht im Bett bei brutalen Orgien ...« oder meint, schwule Liebe würde »nur allzugern und allzuoft ordinär, pervers, mit Fäusten im After und was sonst für krankhaften Geistesauswüchsen beschrieben«. Die Gabe, mit den Fäusten im Rektum irgendwas beschreiben zu können, mag noch als seltene anatomische Glanzleistung durchgehen. Aber schwules Fistfucking als krankhafter Geistesauswuchs – das kann den sensiblen Leser gerade dieses Buches so hinterrücks treffen wie die Unterscheidung in »rank und schlank und schön oder dick und glatzköpfig«. Es ist schon ziemlich hartnäckig, jenes »ewig gesunde Volksempfinden«.

Daß es sich bei der Autorin um eine von Rang handelt, darf hier nicht unerwähnt bleiben. Selbst dem schlichtesten Gemüt (sofern es das Buch bis dahin erträgt) muß diese Erkenntnis fünf Seiten vor Schluß wie Schuppen aus den Haaren fallen: »Ich gebe S. das Manuskript eines Porträts über einen Autonomen. Er liest es interessiert, begeistert sich an der Schreibe ...« Und wo hier gerade noch einmal von jenem Manne die Rede ist, dessen Schicksal für dubiose Aufklärungsziele mißbraucht wird: Die Edelmütige hat Walter S., wie sie Mitte November bei einer Lesung im Berliner Schwulenbuchladen »Prinz Eisenherz« kundtat, nach 1989 zur verdienten Ehrenpension verholfen. Ob in der DDR alle ehemaligen KZ-Häftlinge eine solche erhalten hätten, wollte ein Gast wissen. »Ja«, so die aufrechte Humanistin, »aber was die Kriminellen

angeht, die mit dem grünen Winkel, da will ich doch hoffen, daß sich da nicht einer durchgemogelt hat.«

Maxi Wartelsteiner: *Rückkehr unerwünscht. Schwul-Sein und das ewig gesunde Volksempfinden.* GNN Verlag Sachsen, Schkeuditz 1995, 176 Seiten, 19,80 Mark

Eike Stedefeldt schrieb in KONKRET 7/95 über »Tazistik«

Konkret 02/96, S. 51

Termine

23.1. Hamburg; Gedenk- & Bildungsstätte Israelische Töchterschule; Karolinenstr. 35; 19.30 Uhr: Veranstaltung über »Sozialismus und die _jüdische Frage « mit Mario Keler.

25.1. Mannheim; Alte Feuerwache: Vortrag von Georg Seeßlen zum Thema »Tanz den Adolf Hitler – Faschismus in der populären Kultur«.

1.2. Berlin; Helle Panke, Breite Str. 48; 19.00 Uhr: Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Klaus Steinitz über die »Hintergründe der gegenwärtigen Standortdebatte in der Bundesrepublik Deutschland«.

6.2. Berlin; Helle Panke; Breite Str. 48; 19.00 Uhr: Zum Thema »Anarchismus in Geschichte und Gegenwart« referiert Dr. Jochen Weichhold.

7.2. Hamburg; Pferdestall; Allendeplatz 1; 19.00 Uhr: Auf der Grundlage des Buches *Kapitalismus und Krieg. Eine Theorie des Krieges in der Weltgesellschaft* findet ein Arbeitstreffen mit dem Autor Dr. Jens Siegelberg zum selbigen Thema statt.

7.2. Nürnberg; Komm (Foyer); Königstraße 93; 20.00 Uhr: Oliver Tolmein informiert unter dem Titel »Schöne neue Welt?« über neue rechtliche und politische Entwicklungen in der »Euthanasie«-Diskussion.

13.2. Berlin; Helle Panke; Breite Str. 48; 19.00 Uhr: »Chinas langer Marsch zum Sozialismus« – Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Theodor Bergmann.

13.2. Kaiserslautern; Kramladen; Campus der Uni; Gebäude 46; 19.00 Uhr: FDJ-Abend mit Nostalgie und Politik.

14.2. Berlin; Helle Panke; Breite Str. 48; 19.00 Uhr: In der Reihe Markenzeichen M&E spricht Prof. Dr. Rolf Hecker über die »Geschichte der Marx/Engels-Forschung in Japan«.

22.2. Berlin; Helle Panke; Breite Str. 48; 19.00 Uhr: Über die Aktivitäten von Schalck-Golodkowski, Jürgen Nitz und anderen als »Unterhändler für die deutsche Einheit« referiert Prof. Dr. Jürgen Nitz.

Vom 23.-25.2.1996: Seminar des Forums Südliches Afrika zum Thema »Versöhnung im Südlichen Afrika«. Kontakt: Dr. Peter Schröder; Tannenbacher Str. 42; 79106 Freiburg.

In dieser Rubrik werden kostenlos Veranstaltungen veröffentlicht. Voraussetzung hierfür ist, daß die Termine spätestens zum Ersten des Vormonats hier eintreffen: KONKRET, Stephan Meyer, Ruhrstr. 111, 22761 Hamburg oder per FAX an 040/851 25 14.

Konkret 02/96, S. 52

Stefan Ripplinger

Buch & Deckel

Sunil Khilnani: Revolutionsdonner. Die französische Linke nach 1945. Aus dem Englischen von Martin Suhr. Rotbuch Verlag, Hamburg 1995, 376 S., 58 Mark

Seit es das französische Denken gibt, gilt es der angelsächsischen und deutschen Konkurrenz als modisch, überspannt, abstrus. Der britische Politologe Sunil Khilnani will dieses Bild um einige Nuancen bereichern: Die französische intellektuelle Linke sei in der Nachkriegszeit von ebenso selbstgefälligen wie konfusen Philosophenstars beherrscht worden, die mit ihrem »Katechismus« der Revolution eine Besinnung auf nationale Traditionen und ein Bekenntnis zu den wahren Werten der Republik verhindert hätten. Die Bösewichter haben Namen: Jean-Paul Sartre und Louis Althusser. Khilnani gesteht gönnerhaft zu, daß die beiden mit ihren Werken auf die politischen Fragen ihrer Zeit Antworten zu geben versucht hätten. Aber das heißt soviel wie: Heute ist das alles nichts mehr wert. Der Politologe will die Toten ruhen lassen und ihnen deshalb nichts allzu Schlechtes nachsagen. Pietätvoll behauptet er zum Beispiel, die »Diktatur des Proletariats« sei 1976 »sehr zum Leidwesen gewisser Althusserianer« aus dem Programm der KPF getilgt worden. Das stimmte, wenn Althusser ein Althusserianer gewesen wäre.

Das nicht geringe Problem zu erklären, wie es zum Ende des linken Denkens in Frankreich kam, macht Khilnani zu schaffen. Die »Neuen Philosophen« sind selbst ihm zu popelig: Mit »antitotalitärem« Gefasel und ein bißchen Fernsehzauber allein konnte der Untergang des linken Denkens schwerlich eingeleitet werden, selbst wenn – wie Khilnani glaubt – kein Geringerer als Michel Foucault Stichwortgeber der Glucksmann & Co. war. Aber der Autor hat den Bezwinger der kommunistischen Mandarine natürlich längst gefunden: Es soll Franois Furet mit seinem Bekenntnis zur »Realpolitik« (im Original deutsch) Tocquevillescher Prägung sein. Furet habe dem Revolutions-Gefuchtel ein Ende bereitet. Vielleicht ist der Furet-Anhänger Khilnani da etwas voreilig. Denn wie lange werden sich die Franzosen noch mit Realpolitik und »Arte«-Philosophie langweilen wollen?

Konkret 02/96, S. 52

Christoph Speier

Buch & Deckel

Gitta Sereny: Das Ringen mit der Wahrheit: Albert Speer und das deutsche Trauma. Aus dem Englischen von Helmut Dierlamm, Klaus Fritz und Norbert Juraschitz. Kindler Verlag, München 1995, 861 S., 68 Mark

»Selbstverständlich war Speer kein Nationalsozialist im landläufigen Sinn«, vermerkt die »Frankfurter Allgemeine« (16.12.95) zu dem von der Londoner Journalistin Gitta Sereny vorgelegten Buch *Albert Speer und das deutsche Trauma*. Darin versucht Sereny, sich in psychologisierenden Protokollen ihrer von 1978 bis 1981 offenbar intensiven Kontakte mit dem wichtigen Ex-Nazitechnokraten der Persönlichkeit Speers zu nähern. Ihr Ziel: Aufschluß über die »moralische Impotenz in HitlerDeutschland« zu gewinnen.

Es fällt schwer, Serenys psychogrammatische Aufzeichnungen mit dem in materialistischer Faschismusanalyse geübten Blick zu lesen, auch wenn der Band mit Dokumenten und anderen Quellenzeugnissen gut ergänzt worden ist. So ist zum erstenmal zu erfahren, daß und wie Paul Nitze im Verein mit George Ball und John Galbraith (ja, dem!) für die US-Regierung im Mai 1945 mit Speer zehn Tage lang die Auswirkungen der alliierten Kriegsführung unter dem Blickwinkel einer Sicherung der deutschen Rüstungsproduktion untersuchten. Überhaupt macht das Buch deutlich, was zwischen der Niederlage des Nationalsozialismus und dem Beginn der Nürnberger Prozesse mit den inhaftierten Angehörigen der politischen und ökonomischen Nazielite geschah und warum ausgerechnet Speer mit Leben und Haftstrafe bis 1966 davonkam. Er war als »Generalinspekteur für die Reichshauptstadt« (ab 1937), »Reichsminister für Beschaffung und Munition« sowie gemeinsam mit Fritz Todt Administrator für die Logistik-»Organisation Todt« (ab 1942) bzw. »Minister für Rüstungs- und Kriegsproduktion« (ab 1943) der technokratische Gebieter über die zentralen Bereiche und Aktivitäten des militärisch-industriellen Komplexes in Nazi-Deutschland. Seine Macht reichte aus, um per Anweisung binnen Monatsfrist »90.000 bereits in Deutschland befindliche Arbeiter aus dem Osten zum sofortigen Sondereinsatz von Himmlers SD in ›Schutzhaft‹ nehmen« zu lassen.

Zum »Führerprinzip« gehörten effektive Verwaltungsstrukturen und zigtausend qualifizierte Volksgenossen, die die Millionen in den von den Deutschen besetzten Territorien beherrschen (oder ermorden) halfen. Sereny liefert mit ihrer Annäherung an das Medium Speer Material zum Verständnis dieser Prozesse, deren Weiterwirken sich auch im heutigen Westdeutschland festellen läßt. Das erklärt im übrigen den kommerziellen Erfolg der vom Siedler-Verlag mehr als 500.000mal verkauften Speerschen *Erinnerungen* (1967) und *Spandauer Tagebücher* (1975), wovon Speer netto nach Steuern »nur 850.000 DM persönlich« geblieben sein sollen. Festgehalten hat Sereny auch, wie die materielle Absicherung eines inhaftierten Nazikriegsverbrechers und seiner Familie funktionierte (bei Speer über ein Spendenkonto seines Freundes Rudolf Wolts) und wer den »schwarzen Mercedes« zur Verfügung stellte, der Speer aus dem Gefängnis abholte. Er war »von Ernst Wolf Mommsen der Familie geliehen« worden.

Konkret 02/96, S. 52

Marcel Stötzler

Buch & Deckel

Irmgard Pinn / Marlies Wehner: EuroPhantasien. Die islamische Frau aus westlicher Sicht. DISS-Verlag, Duisburg 1995, 257 S., 29,80 Mark

»Wenn wir die Frauen gewonnen haben, dann haben wir den Kampf gewonnen.« So faßte Frantz Fanon in seiner Schrift *Aspekte der Revolution in Algerien* (1969) die Strategie der Kolonialisten zusammen, über die »Befreiung der Frau vom Joch des Islam« diesen selbst in die Knie zu zwingen. »Unsere Kultur geht das Wagnis ein, die Freiheit anzustreben und den Zwang zu verringern. Das führt manchmal in die Katastrophe, aber es führt auch voran.« Unsere Kultur: Identität Europa. Manchmal Katastrophe: Wir denken an Kreuzzüge, Hexenverfolgungen, Völkermorde, Auschwitz. Aber: Es führt immerhin auch voran. Wo gehobelt wird, fallen Späne, und die manchmal von europäischen Gesellschaften verursachten Katastrophen haben so auch ihr Gutes. Das Wagnis Freiheit gibt es eben nicht umsonst – überdeutlich geht in solchen Zeilen, mehr zwischen ihnen, die Saat des neuen Geschichtsrevisionismus auf; aus der Dialektik der Aufklärung mit ihrem Verdikt Auschwitz wird ein flapsiges »einerseits – andererseits«.

Das gleiche Denkmuster, das heute den Nationalsozialismus zum Betriebsunfall bagatellisiert, ist bei der Konstruktion des Feindbilds Islam, insbesondere unter der Chiffre »Fundamentalismus« am Werk: Und hier wie da betreibt dieses Geschäft nicht einfach nur »die Rechte«. Das oben angeführte wie auch das folgende Zitat stammen aus einer feministisch orientierten Publikation von *Reportagen aus der orientalischen Despotie*. Die Autorinnen Cheryl Benard und Edit Schlaffer lassen wissen, sie hätten nun genug davon, wegen der »schmählichen kolonialen Vergangenheit ... in Demut zu schweigen«.

Irmgard Pinn und Marlies Wehner haben soeben unter dem Titel *EuroPhantasien. Die islamische Frau aus westlicher Sicht* eine detailgenaue und kluge Studie zur aktuellen diskursiven Verlängerung dieser Strategie (post)kolonialer Kreuzzüge gegen die islamische Welt vorgelegt. Sie begannen ihre Untersuchung während des Golfkriegs Anfang 1991 und verstehen sie als notwendige Vorarbeit, um ein anderes Bild der Realität des Islams bzw. der Lage der Frau in islamisch geprägten Gesellschaften überhaupt erst entwickeln zu können.

Das Feindbild Islam dient, heute wie seit Jahrhunderten, der Konstitution einer abendländischen Identität, die sich als Entwurf einer universalen Zivilgesellschaft, basierend auf Menschenrechten und Demokratie, neuerdings noch um die Marktwirtschaft bereichert, artikuliert. Der »orientalischen Despotie« werden dabei »Pracht und Grausamkeit« zugeschrieben, die Strukturen von Migrantinnenfamilien gelten ihr als »Mittelalter mitten in Deutschland« (»Spiegel«, 44/90). Zentral ist dabei, daß alle reaktionären Tendenzen in den als »islamisch« zusammengefaßten, tatsächlich aber sehr unterschiedlichen Gesellschaften mit »dem Islam« begründet werden – so als hätte nicht gerade die Frauenbewegung einmal damit Schluß gemacht, gesellschaftliche Verhältnisse aus einem Punkt erklären zu wollen. Die Behauptung, in der christlichen Welt wäre einfach »das Christentum« für das Patriarchat verantwortlich, würde als unhistorisch, undialektisch und unmaterialistisch verlacht, schon weil das Patriarchat ja schlichtweg viel älter ist. »Der Islam« aber ist stets für alles Übel verantwortlich. Bei näherem Hinsehen erweist sich das meist als unzutreffend: So ist zum Beispiel die Beschneidung von Mädchen ein vorislamischer Initiationsritus, der vom Islam keineswegs gefordert, sondern nur – in einigen Regionen – geduldet und in die religiöse Praxis integriert wird. Eine Position, die sich gegen diese Praxis wendet, ist also keineswegs automatisch antiislamisch, und so wird sie auch in islamischen Ländern diskutiert. Generell werden emanzipatorische Bestrebungen *innerhalb* des Islams im Westen als Bestrebungen *gegen* den Islam interpretiert – wie sich auch westliche Linke und Feministinnen meist gar nicht vorstellen können, daß es womöglich Mädchen gibt, die etwa den vieldiskutierten Schleier freiwillig, gar gegen den Willen der Familie tragen.

In den meisten »islamischen Ländern« haben sich Frauen gesellschaftliche Positionen erobert. So ist in der Türkei der prozentuale Anteil von Frauen in akademischen Berufen, inklusive Hochschullehrerinnen, höher als in der BRD; in Saudi-Arabien gehören 40 Prozent des Privatbesitzes Frauen, es gibt dort beispielsweise Banken, die nur von Frauen geleitet werden. Nicht anders als im Rest der Welt steht die Situation der Frau eher mit dem Grad des allgemeinen Wohlstands in Zusammenhang als mit der Religion; die am meisten frauenfeindlichen Lebensverhältnisse sind zudem meist durch Urbanisierung und Migration verursacht, sprich: durch das wenig segensreiche Auftauchen der westlichen Zivilgesellschaft.

Für Europa läßt sich berechtigterweise feststellen, daß religiös fundierte gesellschaftliche Normen in der Regel eine Reduzierung der Lebensräume von Frauen auf Küche, Kinder, Kirche zur Folge haben, was wiederum gleichbedeutend ist mit gesellschaftlicher Marginalisierung. In anderen historisch-gesellschaftlichen Zusammenhängen muß dies aber nicht automatisch genauso sein. »Die Moderne« sieht im Islam anders aus als im Christentum. Ganz davon abgesehen, daß sich der Beginn der frühen Neuzeit in Westeuropa dem Kontakt mit der damaligen arabischen Hochkultur verdankt, sind Nationalismus und Rassismus nicht etwa in islamischen »Gottesstaaten«, sondern in den säkularisierten, christlichen

Gesellschaften des 19. Jahrhunderts entstanden. In »islamischen Ländern« werden Nationalismus und Rassimus, die dem koranischen Konzept der Umma, der Gemeinschaft der Gläubigen, widersprechen, folgerichtig auch nicht etwa von den »Fundamentalisten«, sondern von den mit dem Westen verbündeten Eliten praktiziert.

Vor der Diskursfalle »Feindbild Islam« sind Linke keineswegs gefeit. Im Gegenteil: Pinn und Wehner erwähnen, daß gerade das »antirassistische Selbstverständnis« ein Hindernis für eine selbstkritische Auseinandersetzung bilden kann, solange es sich vom gewöhnlichen Rassismus und Eurozentrismus nur durch diskurshandwerklich besser gestylte Begründungen unterscheidet.

Konkret 02/96, S. 53

Stefan Ripplinger

Buch & Deckel

Lettre International . Deutsche Ausgabe Nr. 31 (Winter 1995/96), 15 Mark

Er könne, schrieb Arno Widmann, Feuilletonchef der »Zeit«, gerne auf die täglichen Berichte aus den »Schlachthäusern unserer Welt« verzichten. Er kann nicht auf die Lektüre der Kulturzeitschrift »Lettre International« verzichten, jenes Schlachthauses der Intelligenz, in dem der europäische Schmock den alltäglichen Schrecken zu Sülze verarbeitet.Die neue Ausgabe hat den Feuilletonchef besonders entzückt, denn sie verwurstet ausschließlich den Krieg in »Bosnien«. International renommierte Schmöcke wie Susan Sontag und Jean Baudrillard wetteifern darin um den Titel des Bosniaken ehrenhalber. Keine Multikulturalität ohne Sezessionismus und Kriegseinsatz, macht Schluß mit den »Pantoffeldemokraten«! Nur vordergründig geht es dabei um die Opfer des Krieges, tatsächlich stehen die höheren Werte auf dem Spiel, denn so Frank Berberich, der Redaktionsleiter der deutschen Ausgabe in Sarajevo, »dieser mitteleuropäischen Stadt, wurde unsere Lebensweise verteidigt«, also das radikale Pantoffeldemokratentum, dem »die großen und kleinen Identitäten der Welt Quellen von Neugierde und Reichtum« (»Lettre«-Eigenwerbung) sind.

Hatte »Lettre« in den letzten Jahren gerne enragierte Kriegstreiber vom Schlage der kroatischen Geheimwaffe Dunja Melcic das Feuer eröffnen lassen, dürfen diesmal ausschließlich Bosnier mit ihrer Kriegspoesie bereichern und multikulturelle Neugierde wecken. Um dem Anliegen von Izetbegovic zu dienen, läßt kaum ein Autor den Vergleich der »Genozide« in ExJugoslawien mit dem Massenmord an den Juden aus. Berberich bezichtigt jeden, der die Nato-Politik nicht begrüßt, des Appeasements; die Analogie zwischen den »Faschisten von heute«, also den Serben, mit den Nazis sei »evident«. Aber war der Tod der Bosnier umsonst? Nein, denn sie sind nicht allein für die »bosnische Sache« gestorben, die immer »auch die Sache Europas« ist: »Demokratie, eine Gesellschaft freier Bürger, Multikulturalismus« (Sontag). Letztlich starben sie für »Lettre International« und die Gesellschaft freier »Lettre«-Leser.

Der Regisseur Pjer Zalica beantwortet in dem Heft die Frage, warum er in Sarajevo Filme mache: »Wenn die Juden im Warschauer Ghetto zur Zeit der Nazibesatzung ein Filmteam gehabt hätten, hätten wir vielleicht keine fünfzig Jahre auf Schindlers Liste warten müssen.« Erfreulicherweise haben wir schon heute »Lettre International«. Widmann, der klagt: »Das wundervolle Gemisch Sarajevo ist in seine Teile zerlegt worden«, sollte also bedenken: Wenn ein Gemisch in seine Teile zerlegt werden kann, kann es auch wieder zusammengesülzt werden.

Konkret 02/96, S. 54

Heidi Urbahn de Jauregui

Sterben in den Sielen

Ein Dokument des Haltungskünstlertums: die Tagebücher Thomas Manns aus seinen letzten Lebensjahren

Einen »elend verklatschten Artikel«, eine »Pöbelbelustigung« nennt das Tagebuch des Dichters die kurz vor seinem Tod erschienene Thomas-Mann-»Spiegel«-Titelgeschichte. Wem es um dergleichen geht, der kommt bei diesen Tagebüchern kaum auf seine Kosten, denn die dort aufgezeichneten »Erlebnisse« waren allenfalls »Abenteuer der Sinne«. Hier äußert sich jemand, der »nicht richtig zu leben« verstand oder dem sich alles Leben auf die Arbeit am Werk zusammenzog. Sein Platz in der Welt war die Sofaecke, in der er schrieb oder der Schreibtisch, »dessen Bild nach altem Muster« er bei jedem Umzug treulich wiederherstellte. Von hier aus hatte er früh gelernt zu repräsentieren, hier brachte er hervor, was er nicht eigentlich »erlebt« und noch viel weniger »erfunden«, sondern tatsächlich »erschrieben« hatte, denn ein Dichter, sagte er, sei derjenige, »der sich aus den Dingen etwas zu machen weiß«. Dem Einkleiden ins Wort galt seine ganze Lebenskraft. Und eben weil es an der gehörigen Kraft schließlich gebrach, sind die letzten Tagebücher eine einzige Klage. Der, wie man in Rom schrieb, »berühmteste Schriftsteller der bürgerlichen Welt«, der – so die DDR – »größte lebende Dichter«, der der höchsten Preise und Ehren teilhaftig geworden, die das Bürgertum zu vergeben hatte, und dem die zweigeteilte Welt schließlich zu Füßen lag, der sitzt da und fragt sich, warum er denn überhaupt noch lebe, da doch seine einzige Freude nur »ein neues und verheißungsvolles Werkunternehmen« sei; »aber wo ist es? Ich leide sehr.« Der *Doktor Faustus* sei doch, so meint er, eigentlich sein Endwerk gewesen, er »lebte aber weiter« – und führe nun ein elendes Nachleben. »Noch zu leben ist fehlerhaft.«

Da hat er immerhin noch eine Erzählung, einige Essays und Reden, einen Bestseller, einen Sack voller Briefe und etliche Ehrungen vor sich. Aber die Erzählung (*Die Betrogene*) bezeichnet er als »Resultat eigentlicher Arbeitsunfähigkeit« – und man merke es ihr an. Es hat schon seinen Grund, daß seine beiden letzten Werke von Vortäuschung einer Natur- und Schöpferkraft handeln (Selbsttäuschung in der Erzählung und Täuschung der Welt im Roman). Den in weit zurückliegender Zeit begonnenen *Felix Krull* haßte er geradezu und machte sich nur mit äußerstem Widerwillen an die Weiterarbeit – und zwar ausdrücklich aus »wirtschaftlicher Ratsamkeit« (es fehlte an Mitteln fürs neue Haus in der Schweiz). Bald fand er es »beschämend, wieviel Zeit dieser Quark mich kostet«. Als dieser »Quark« ihm dann mehr Geld brachte als je ein Werk zuvor, sah er das mit verächtlichem Spott auf die Zeit. Die Zeitungsberichte über seinen »Kleist«-Vortrag fand er »sehr komisch ... durch übertriebenen Enthusiasmus«, und über den Erfolg des Essay-Bandes *Altes und Neues* mokiert er sich: »Diese reducierten Leute staunen, wenn einer noch Deutsch schreiben kann und eine Kultur hat.« Das letzte, womit er kurz vorm Tod an eine ehrfürchtige Öffentlichkeit trat, war die Rede zur Schillerfeier – »die armselige Schiller-Rede« heißt sie im Tagebuch. Hier beobachtet jemand mit hellstem Bewußtsein und erbarmungsloser Schärfe das allmähliche Versiegen der eigenen Schöpferkraft. Nur er scheint sie zu bemerken. Die Welt hat beschlossen, ihn zu feiern. Das sind ihre beiden Weisen, mit den Großen umzugehen: Entweder sie schweigt, oder sie redet sie zu Tode. Er ist ein öffentliches Objekt geworden, das produzieren kann, was ihm beliebt – und eine Prise Leiden dazu wäre der Erbauung nur dienlich. Aber vom Ausmaß dieses Leidens am »unfruchtbaren Dasein« erfährt die Welt damals nichts.

Am 25.12. sitzt der Achtundsiebzigjährige am Schreibtisch, während unten die Enkel herumtollen, und er sinniert – nicht ohne Stolz – : »Bin wohl der einzige Mann weit und breit, der sich heute zur Arbeit setzt.« Warum aber sollte einer, der nichts kann als arbeiten, am Weihnachtstage anderes tun? Wenn schon nichts Schöpferisches mehr entsteht, so hält er doch zumindest fest an der äußeren Geste des Arbeitens – und hält dies Festhalten fest mit unbestechlicher Luzidität. Er hat das Mikroskop seines Geistes auf seine zappelnde Greisenexistenz gerichtet, und ihn wundert, was die Natur noch mit ihm vorhabe. Die Lust, aufzuhören, »dies nutzlose, leere Tagebuch« zu führen »aus Scham« vor seiner »gegenwärtigen elenden Existenz«, ist groß. Wir haben keine Nachricht darüber, was Goethe empfand, nachdem er, achtzigjährig, den Faust abgeschlossen hatte und ihm, was noch zu leben blieb, »reine Gnade« war. Seine »Tagebücher« sind nur lakonische Terminkalender, die kein Innenleben kennen. Aber seinem Eckermann hatte er einmal gestanden, wie sehr sein »poetisches Sinnen und Schaffen« durch seine »äußere Stellung gestört, beschränkt und gehindert« worden sei. Das ist so das Altherrengerede. Wer sie in diese – vielleicht gar nicht so fremde – Existenz gezwungen hatte, das waren zuvörderst sie selbst.

Thomas Mann weiß genau, wie sehr er des Repräsentierens in der Welt und ihrer Huldigung bis ans Ende bedarf. Geradezu komische Sätze gibt es dazu im Anhang des Tagebuchs. Einem jungen Mann, der regelmäßige dichterische Betreuung wünscht, schreibt er: »... Es kommt auch zuviel Thee-Besuch. Alles reist durch und muß mich unbedingt sprechen. Hoffentlich kommen Sie auch einmal.« Daß ihm jetzt am Ende eine geradezu fürstliche Verehrung zuteil wird, notiert er mit ironisch gebrochener Genugtuung, z.B. wenn er schreibt, daß er »selbst ganz wie eine Königliche Hoheit behandelt« wurde und auch »so reagierte«. Da weiß er, daß er gewissermaßen in seinen frühen Roman geschlüpft ist. Werk und Leben werden identisch, zum Nachteil des Lebens, und so hat er folgerichtig das »ängstigende Gefühl einer solemnen Auflösung« seiner Existenz. Keineswegs steht dazu im Widerspruch, daß die immerhin noch vorkommenden kritischen Äußerungen zu

seinen Werken ihm auf lächerliche Weise zusetzen – (»Meine furchtbare Empfindlichkeit gegen kritische Schändungen meines Lebens«). Zu einer Thomas-Mann-Ausstellung in Basel will er nicht reisen, weil »der Verhunzer« seines Lebens dort wohne, und noch drei Tage vor den ersten Anzeichen seiner letzten, tödlichen Krankheit läßt er sich von einem »ekelhaften Schmähbrief aus Düsseldorf« die Nachtruhe verderben. Indem er es notiert, ist er sich der Unangemessenheit seiner Reaktion bewußt. Er sei eben »ein Liebender und möchte nicht als Ungeliebter« dastehen.

Diese Sucht nach Lob und Liebe – bei gleichzeitigem schärfsten Selbsturteil – ist schließlich lebenszerstörend. Er weiß, daß er sein Leben nicht mehr im Griff hat und irrt zwischen den Bergen von Geburtstagsgeschenken umher, die ihm das Haus unwohnlich machen, als wären es Trümmer. So etwa steht es im Tagebuch. Ganz anders aber muß es sich seiner Familie und der Umgebung dargestellt haben. Die älteste Tochter schreibt in ihrem Bericht über das letzte Jahr des Vaters, mit welch kindlicher Freude er sich immer wieder an den im Bücherzimmer aufgebauten Geschenken ergötzt habe. Glaubt man diesem Bericht, so muß sein letztes Lebensjahr ein einziges, dankbar erlebtes Gnadenjahr gewesen sein. Den vielzitierten Prospero-Spruch »and my ending is despair« habe man zuletzt nicht mehr von ihm gehört. Das ist, weil er ihn fürs Tagebuch aufbewahrt hatte. Eines hat er nämlich beibehalten bis zum letzten Tag: sein Haltungskünstlertum. Keiner der vielen, denen er am Ende begegnete, zu denen er zu reden und vor denen er zu repräsentieren hatte, schien bei dieser lächelnden Gefaßtheit, der höflichen Leutseligkeit und seiner gedanklichen Behendigkeit vermutet zu haben, daß es sich um ein mühsam aufrechterhaltenes Dekorum handelte und daß der aufmerksame alte Herr in äußerster Anspannung lebte; kein Arzt hatte anscheinend bemerkt, daß derjenige, der bei den Staatsprogrammen in Stuttgart, Weimar, Lübeck, Amsterdam seine vorbereiteten und improvisierten Reden hielt, ein totkranker Mann war, gehalten nur vom eisernen Willen, dieses letzte Ehrenjahr nun auch noch durchzustehen. Bei der Obduktion seines Leichnams waren die Ärzte ähnlich verwundert wie einst an der Bahre des toten Schiller, wo man auf kein nur annähernd noch erhaltenes Organ mehr gestoßen war. Hier fanden sie ein völlig verkalktes Adernsystem vor – nur der Kopf war gänzlich frei geblieben. Nun hatte ihn endlich im Leben eingeholt, was er einst beschreibend, einer seiner Gestalten zudenkend überwunden hatte: »Blickte man hinein in diese erzählte Welt, sah man die elegante Selbstbeherrschung, die bis zum letzten Augenblick eine innere Unterhöhlung, den biologischen Verfall vor den Augen der Welt verbirgt...«, so hieß es im *Tod in Venedig* von Aschenbach, der »in stolzer Scham die Zähne aufeinanderbeißt« und dessen liebenswürdige Haltung »im leeren und strengen Dienst der Form... das falsche, gefährliche Leben« und die »rasch entnervende Kunst des gebornen Betrügers« ermöglichte. Wir wohnen dann dem plötzlich einsetzenden Verfall des berühmten Schriftstellers Aschenbach bei, und am Ende, nach schlimmer Entwürdigung, heißt es mit ironischem Lakonismus: »Und noch desselben Tages empfing eine respektvoll erschütterte Welt die Nachricht von seinem Tode.«

Das doch wenigstens, den äußerlich sichtbaren Niedergang, hat er sich erspart, den Willen dazu behielt er bis an sein Ende. Und was die Entwürdigung angeht, so wurde sie entkräftet dadurch, daß er es war, der sie bemerkte, und daß er die Würde besaß, an ihr zu leiden. Wollte sich jetzt einer daran weiden, so sollte er nicht vergessen, daß ihm alle Voraussetzungen dazu vom Autor selbst an die Hand gegeben wurden. Geblieben war nämlich nicht nur der messerscharfe Verstand, sondern auch das »Aufs-Wort-Sehen« – bis ins Tagebuch hinein. Den gleichen Argus-Blick, den er für sein Werk hat, wirft er auch auf die Welt, und die früh erarbeitete allbereite Sprache steht dem Achtzigjährigen noch so ziemlich zu Diensten, nur – das genügt wohl nicht, um ein Werk zu vollbringen. Seinen Faustus ließ er den bekannten Pakt schließen, damit dessen angeblich von Erkenntnis gehemmtes Künstlertum wieder produktiv werde. Wahrscheinlich doch fehlte es beiden, dem Leverkühn und seinem sehr alt gewordenen Schöpfer an jenem dritten, an der nötigen Kraft – und an der Kraft, daraus die Konsequenzen zu ziehen. So quält er sich herum; denn es ist einmal sein Vorsatz, »in den Sielen« zu sterben.

Es genügt hier jedoch nicht zu erwähnen, daß »sein ganzes Leben auf Ruhm gestellt« war. Davon hatte er ja nun in Hülle und Fülle, es prasselt geradezu auf ihn herab, und er reagiert – z.B. mit »Schlundenge«. Sein letztes Tagebuch ist voll von Klagen über die »übliche Unfähigkeit zu essen und zu trinken«. Wenig hilft da, daß man ihn mit »viel Austern, Kaviar (nicht zu grobkörnig!) und Gänseleber« traktiert – es bleibt der »Schluckverschluß«. Das Ärgerlichste an all den Festessen scheinen weniger die Reden und das Gerede als eben das festliche Essen gewesen zu sein. So blieb Anorexie – als letzte Äußerung eines, der sein ganzes Schöpferleben lang, wie er selber sagte, nur ein einziges Thema bearbeitet habe: »die Geschichte der Entbürgerlichung«. Da war sie nun zu Ende erzählt – ihr letzter Akt: der Bericht vom Teufelspakt. Was danach kam, war Epilog – und der Applaus beider Welten, der bürgerlichen und der anderen, die ihre Gründe hatte.

Von der ersteren ließ er sich schließlich zu einer Art Kulturabteilungsleiter in Sachen Thomas Mann degradieren, eine Tätigkeit, die selbst einem Jüngeren und Kräftigeren kaum noch Platz gelassen hätte zum Werk. Stets hatte er ein jegliches zum Werk hin geordnet, und nun gelingt ihm das nicht mehr. Er klagt seinem Tagebuch, daß er falsch lebe. Es übersteige die Möglichkeiten unserer Gehirnstruktur, so Arno Schmidt, beide Bereiche, das innere und das äußere Leben, souverän zu gestalten. Eines geht auf Kosten des anderen. Das Werk Thomas Manns konnte entstehen, weil er mit dem zweiten Bereich Raubbau getrieben; der rächt sich nun. In Goethe bewunderte und beneidete er jemanden, dem es trotz allem gelungen war, zu einer Verständigung zwischen innerem und äußerem Leben zu kommen. Auch sein Ideal sei Klarheit gewesen, sagt er, und sein ganzes Streben, das Schwere leicht zu machen. Wie schwer aber muß einem das werden, der nicht, wie Goethe,

einer aufstrebenden, sondern einer niedergehenden Klasse angehört und der aus diesem Niedergang seinen Honig saugt.

Sein Lebensprinzip, ein »Mensch des Gleichgewichts« zu sein, der sich »instinktiv nach links« lehne, »wenn der Kahn rechts zu kentern droht – und umgekehrt«, hatte ihn während des deutschen Faschismus sehr gut geführt; er war das anerkannte Haupt der Emigration, und er blieb ein strenger Beobachter Westdeutschlands. Aus seiner Haltung im kalten Krieg läßt sich wohl ableiten, daß er sich heute in seinem Kahn energisch nach Backbord legen würde. Denn er durchschaute sehr gut den Zweck der damals aufkommenden »Totalitarismus«-Lehre, der darin bestand, die deutschen Verbrechen zu relativieren. Entsetzt notierte er eine Rede von Churchill, der sich brüstete, als erster noch vor Kriegsende festgestellt zu haben, wie nötig man die Deutschen brauche – gegen die Kommunisten, und daß man ihnen möglichst bald ihre Waffen zurückgeben müsse. Er blieb ein Feind der deutschen Wiederbewaffnung und wurde kein Freund der Bundesrepublik. Voller Mißtrauen beobachtete er »die lächerliche Wirtschaftsblüte der amerikanischen Lieblingskolonie«, dieses »freche und unmoralische Wohlsein nach Schandtaten, an die heute zu erinnern nichts weiter als bolschewistisch ist«. Der gegen Kritik so Überempfindliche fühlte doch etwas wie Genugtuung bei den »Schmähungen« des »Rheinischen Merkur«, einem »Adenauer-Blatt, ganz im Nazi-Stil«. Immerhin war es 1955 auch noch möglich, daß CDU-Mitglieder Schwierigkeiten mit ihrer Partei bekamen, wenn sie, wie in Lübeck, an einer Feier zu Ehren Thomas Manns teilnahmen, und der beliebte Nachkriegsautor Manfred Hausmann erklärte, an einer Schiller-Feier, auf der Thomas Mann spreche, nicht teilnehmen zu können.

Verglichen mit jenem Bürgertum, dessen Eltern einst *Die Buddenbrooks* zu ihrem Bildungserlebnis zählten, steht der nach Europa zurückgekehrte Thomas Mann weit links. Er hält Stalins Angebot eines neutralen Deutschland für ernst gemeint und seine Realisierung für wünschenswert; er spricht nur von der »sogenannten freien Welt«. Seine ganze Abneigung gilt den USA nach Roosevelt, ihrer Mitverantwortung an der Entwicklung in Westdeutschland; er schilt die Amerikahörigkeit des Westens, insbesondere der Schweiz, und notiert erbost die Verhaftung kommunistischer Parteiführer »nach amerikanischem Muster« in der BRD. Eine Rede seines ehemaligen Emigrantennachbarn Marcuse, der den europäischen linken Antiamerikanismus »psychologisch gesehen als seelische Erkrankung und Ersatz für Antisemitismus« hingestellt hatte, bezeichnet Mann als »skandalös« und als »rechten Schund«. Das alles geht keineswegs nur gegen das McCarthy-Amerika, sondern insgesamt gegen die sich abzeichnende Pax Americana, die das Los der gegenwärtigen Welt ist. Und früh sagt er die damit verbundene Pax Germanica für Europa voraus, die wir hierzulande mehr und mehr fürchten.

»Welch eine Wahnsinnsidee«, schreibt er, »die Welt erretten und befrieden zu können durch die Vernichtung Rußlands«. Seine zahlreichen Äußerungen über die künftige Welt, die »ohne kommunistische Züge« nicht lebensfähig sein werde, sind bekannt. Vielleicht aber hat die Wahnsinnsidee sich inzwischen realisieren können, weil es mit einigen »kommunistischen Zügen« nicht getan war? Ein bißchen kommunistisch – das scheint ebensowenig zu gehen wie ein bißchen kapitalistisch. Der ganze Kapitalismus rückt da jedenfalls nach – so erfahren es die Völker im Osten. Man kann Thomas Mann unmöglich vorwerfen, da nicht klüger als so viele Marxisten gewesen zu sein. Daß er aber, um »frei« zu bleiben und als »vom Osten unbezahlt« zu gelten, die drei größten östlichen Preise zurückweist – nicht ohne sich dabei wegen des Geldverlustes recht heldenhaft vorzukommen – , gibt zu denken, ebenso wie die Tatsache, daß er seine Schillerreise nach Weimar abhängig macht vom Placet des Bundespräsidenten. Absonderlich erscheint uns seine Absage an einen Thüringer Verlag unter anderm mit der Begründung, der habe seinen Sitz in der Puschkinstraße in Weimar. Das klinge, so Mann, als wäre Weimar eine russische Provinzstadt; es gebe ja auch keine Goethestraße in Amsterdam. Ich bin mir da nicht so sicher – wenigstens gibt es eine rue de Goethe in Paris und, wer weiß, vielleicht einmal eine rue Thomas Mann, ohne daß Frankreich dann eine deutsche Provinz geworden wäre; die Hauptstraße meiner Geburtsstadt aber hieß einmal nach einem sehr Eingedeutschten, nämlich Adolf-Hitler-Straße.

Daß ihm Moskau und alles Sowjetische »unheimlich« erscheint, ist bei einem so tief im westlichen deutschen Bürgertum Verwurzelten nicht verwunderlich – der so westlich nun allerdings nicht ist, daß er jemals eine besondere Affinität zum westlichen Parteienparlamentarismus verspürt hätte, welcher »das Scheußliche auf eine relativ erträgliche Manier (noch)« tue, während »Rußland das Richtige auf scheußliche Manier« tue. Seine seltsame Rede »Von Deutscher Republik«, die als Sühnerede für seine nicht eben demokratiefreundlichen »Bekenntnisse eines Unpolitischen« gedacht war, war ihm einst unversehens zu einer Hymne auf die deutsche Romantik geraten. Er hält auch im Alter eine Zensur, welche »die Wohltat mit sich bringt, daß Dummheit und Frechheit endlich einmal das Maul zu halten haben«, für erwägenswert.

Aber solche Gedanken würde er jetzt niemals laut äußern. Und wo ihm dennoch allzu Ketzerisches unterkommt, da wacht die Familienzensur – wozu sonst sind Familien da, als zum Herunterbiegen des Herausragenden ins unanstößige Mittelmaß; ihre »Feuerwesten« pflegen aus Flanell zu sein. Die Tochter sei politisch klarsichtiger gewesen als der Vater, schreibt die Herausgeberin der Tagebücher, die ansonsten gern von »DDR-Gazetten« redet und von östlichen »Diadochenkämpfen« (das ist der Jargon der Adenauer-Zeit, zu dem heute deutsche Intellektuelle anscheinend mühelos zurückfinden). Wenn Thomas Mann aber die Gruppe 47 als integrierten Bestandteil der Bundesrepublik betrachtet, dann heißt es, seine Einlassung zeuge »von geringer Sachkenntnis«. – Der um Ausgleich und den eigenen Frieden Bemühte läßt sich willig von Frau und Tochter korrigieren und praktiziert »Schonung nach beiden Seiten hin«. Er sei einmal ein »Sohn

des Westens« und habe nicht die geringste Lust, sich »hier in der Sphäre«, der er angehöre, »das Leben zu verderben und den Geburtstag«.

Wir vergaßen: Er ist ja nun hauptberuflich sein eigener Manager, und das Management seines 80. Geburtstages gehörte als letzte große Leistung zu seinem Pensum. Jetzt endlich ist er finanziell saniert (noch das letzte Wohnhaus mußte er mit Hypotheken belasten); die Gelder für den *Krull* fließen regelmäßig (Hochstapelei war eben ein goldenes Wiederaufbauthema), dazu endlich die amerikanische Rente und, wenige Wochen vor seinem Tod, die Entschädigung für das von den Nazis eingezogene Vermögen. So hat er denn das Seine geordnet – fehlt nur der Tod.

Der Dichter erholt sich endlich, nur unterbrochen vom Besuch bei der Königin und drei, vier Festlichkeiten, in Holland am Meer – dem geliebten Meer, seiner Urlandschaft. »Es rief, lockte und grüßte«, so schrieb er einst im »Tonio Kröger«, und seinen am Strand sitzenden Venedig-Urlauber hatte er vom übers Meer weisenden Hermes-Knaben, dem Seelenführer, abberufen lassen. Ganz so will sich sein Ende dem Dichterwillen nicht fügen – das Leben legt es ja doch eher auf die parodistische Verkleinerung an. Noch im letzten Tagebuch finden sich viele kleine Hinweise auf »Erlebnisse« der Sinne, der »17jährige Gärtnerjunge mit schönen Beinen« wird ebenso festgehalten wie der sein Lächeln erwidernde »halbwegs hübsche junge Kellner« oder »der schöne Wuchs« eines Zirkusakrobaten und »der gutaussehende Chauffeur« von Robert Schuman, der ebenso ausführlich erwähnt wird wie sein Herr. Dichter suchen nun einmal die schöne Form; den Geist haben sie selber.

Da er aber keine andere Freude als die Arbeit am Werk gelernt hatte, blieb wenig für ihn zurück. Überhaupt geht ja bei klugen Menschen im Alter die Fähigkeit, Freude zu empfinden, mehr und mehr verloren. In der schwachen, haltlosen Form, als Rausch, kommt sie ihm noch bei jenem »dämonischen Medium«, das für den späten Abend gemacht zu sein scheint: beim Hören von Musik. Kaum ein Tag vergeht, ohne daß er von abendlichen, ihn sehr ergreifenden Plattenkonzerten berichtet (»Lauschte mit tiefem Genuß, trank die Musik...«). Meist hört er Werke aus der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts – vor allem Wagner, von dem er nicht loskommt. Dort kam er her – dort endet er. Ihm bleibt genügend Luzidität, um ein schlechtes Gewissen zu haben: »Nach Wagner wirkt Beethovens Tonsprache trocken, wie man sich mit dem Gefühl der Beschämung eingesteht. Wagner verdirbt.« Den Trick, sich mit Mozart ein gutes Gewissen zu machen, kannte er wohl nicht.

Er mußte den lebenslangen Kampf zwischen Klassik und Spätromantik immer nur bei sich entscheiden. Sein Weg von Schopenhauer/Nietzsche zu Goethe ist ein Weg in die Klarheit gewesen. Von der Mühsal dieses Weges hat er sich bei der Musik ausgeruht. Ein Glück, daß er Dichter und nicht Musiker geworden ist. Er würde es sonst zu einer Art Pfitzner gebracht haben – womöglich mit den politischen Implikationen, die das bedeutet hätte. Die kleine Zeit, die er übers Werk hinaus gelebt hat, offenbart, wie sauer es ihm ein Leben lang gewesen sein mußte, seiner Gefährdung entgegenzuarbeiten und diese Arbeit in die künstlerische Form zu bringen. Man ist niemals »zu klug« für die Kunst; man kann gar nicht klug genug für sie sein; das »Hinter-die-Schul-Laufen« macht nur dumm und nicht begabt.

Thomas Mann: *Tagebücher 1953-1955.* S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1995, 977 S., 128 Mark

Heidi Urbahn de Jauregui schrieb in KONKRET 10/95 über die Erzählungen von Peter Hacks

Konkret 02/96, S. 57

Jürgen Roth

Eine Zumutung

Täglich präsentiert Ulrich Meyer als »anchorman« auf Sat 1 das Nachrichtenmagazin »18:30«

Ob Ulrich Meyer, einst Einpeitscher bei »Explosiv – Der heiße Stuhl« (RTL) und später fürs Sat 1-Konkurrenzunternehmen »Einspruch!« in die Krachbütt gestiegenes Aushängeschild des Combat-talk-show-Genres, der Stuhl wegen à la longue übertrieben forcierter, nicht mal mehr den Programmdirektoren erträglicher Großmäuligkeit vor die Tür gesetzt wurde? Oder ob seine durchaus hinterhältige Pomadigkeit nicht mehr länger hinzunehmen war und der TV-Hallodri sich selbst für die internen Unausstehlichkeitskriterien des Privatfernsehens als zu haltlos, als zu infam erwies? Beziehungsweise: Hing einfach nur die Quote im Keller, als man dem Treiben ein Ende bereitete?

Was immer die Gründe für Meyers allzukurzes Verschwinden gewesen sein mögen, jetzt hat er wieder Arbeit. Täglich um 18.30 Uhr moderiert der frischeste und jüngste und professionellste *anchorman* unter den Fernsehschmierlappen das im Rahmen eines von Sat 1-Programmchef Fred Kogel ausgedachten Sendekonzepts frisch installierte sogenannte »Nachrichtenmagazin« »18:30«, eine der erstaunlichsten Zumutungen, die das neuere Medienwesen hervorgebracht hat.

Der frühe Sendeplatz räumt einerseits den hohe Quoten verheißenden 20.00-Uhr-Termin frei für Uschi Glas und andere abendfüllende Spielfilm-»Unterhaltung«. Andererseits soll die bis dato auf dem Nachrichtensektor dominierende ARD gleich doppelt vorgeführt werden. Tagesschau entfällt, wegen Uschi Glas, und das Halbstundenformat der Tagesthemen hat man übernommen, damit die sich auch noch erübrigen.

»Täglich eine halbe Stunde. Alles, was Sie wissen müssen«, verspricht Sat 1; von den angekündigten »spannenden Reportagen«, geschweige denn von »Nachrichten«, aber keine Spur. Das wäre alles weder verwunderlich noch überraschend, versuchte Meyer den von ihm präsentierten Boulevardjournalismus nicht als etwas geradewegs »ganz Neues« auszugeben, obwohl das Zeug in ähnlicher Form schon auf Pro 7 und RTL in einem fort zu sehen ist.

Meyer, dem die Aufnahme in Bernsteins und Henscheids Kabinett der TV-Zombis zu Gesicht gestanden hätte wie keinem anderen, scheint eine Sauluswandlung zum lammbraven Nachrichtenverleser hinter sich gebracht zu haben, um aber doch nur einmal mehr zu bestätigen, daß sich hinter seiner ostentativen Wurschtigkeit jene Hinterhältigkeit verbirgt, die einem ehemaligen Offizier geziemt. Die Medienwissenschaftler Werner Holly und Johannes Schwitalla bescheinigten dem Aufhetzer und »üblen Finger« (Christian Appelt) jüngst, ihm stehe »offensichtlich die ganze Registerbreite vom Casino- bis zum Kasernenhofton zur Verfügung«, und recht haben sie; denn wenn ein pensionierter Kegelbruder des Marinekorps Nachrichten aus der weiten Welt in die TV-Wohnstuben zu liefern hätte, er müßte es angehen wie Meyer.

Nicht nur, daß die vorm »Heißen Stuhl« bis zur Perfektion eingeübte Sequenzierung der Redebeiträge im Dienste angeblich »spontaner« »Streitkultur im deutschen Fernsehen« (Redaktion »Der heiße Stuhl«) bei »18:30« ihre Entsprechung in der ganz und gar bezugslosen, klappernden Aneinanderreihung von Weltnachrichten, Regionalklatsch und Personalitynews findet. Meyer erst läßt diese krude Zusammenstellung von »harten Facts« und allerlei »Buntem« so recht zu einer faulen Inszenierung werden, die sich womöglich wie einst »Der heiße Stuhl« sogar als »respektloser kritischer Journalismus« ausgibt, obwohl sie doch nur der Ausstellung dieses einen und einzigen Lackgesichts dient.

Ein System steckt im übrigen wohl doch dahinter. Denn Meyer und sein Redaktionsstab wissen, wie Medien Wirklichkeit konstruieren. Kommt der Nachrichtenjournalismus endgültig zur Sloganschlacht auf »Bunte«-Niveau herunter, dürfte dies ein Indiz dafür sein, daß den Menschen draußen in der Republik ein Mann präsentiert werden soll, der souverän über alles gebietet, was sich dort zuträgt, wo niemand ist. Unterscheidet man gewöhnlich Nachrichten von solchen Ereignissen, die im Graubereich zwischen Dokumentation und Fiktion angesiedelt sind und ausschließlich zum Zweck ihrer medialen Präsentation in Szene gesetzt werden, bietet »18:30« zweifelsohne nicht mehr in allen Fällen erkennbar Beiträge über »außerfilmische Realität« dar. Ob Meyer über Grippewellen, »angeblich so korrekte Serben« oder den angeblich scheidungswilligen Prince of Wales berichtet, ist im Grunde egal. Sein Einsatz ist die Visage, die alles verkauft. In seriösem Grau bis Graubraun hockt er herum, verzieht keine Miene, lupft höchstens mal die Augenbrauen, um zu signalisieren: Jetzt wird□s pikant, jetzt wird□s gleich lustig. Er, den die Macher inside-boxprojezierte Redaktionssetting plazierten, verkörpert jene vielbeschworene Simulation, vor deren Zwielichtigkeit man längst kapituliert hat. Entscheidend ist nicht, was er sagt, sondern daß er was sagt. Solange Meyer Meyer ist, ist die Welt, wie sie ist, und das unverrückbarer denn je. Und während dieser Paradefall des »elektronischen Angestellten« (Klaus Kreimeier) da in seinen durchschnittlich zwanzig bis dreißig Sekunden langen Anmoderationen vor sich hinkäst, wird möglicherweise eine Nachricht, entschiedener aber ein Nachrichtenkonzept verkauft, in dem der Bezug zwischen Thema und Moderation schon gleich ganz für die Katz ist. Nicht enden will und soll das Geleier, um unsereinen im strengen Studio-Nachrichtenfilm-Rhythmus bis zur Minute achtzehn ausharren zu lassen, damit schließlich eine der unteren »ran«-Chargen noch vor dem obligaten fünfminütigen Werbeblock »täglich rans« Topthemen ankündigt. Dieses Abklappern der Weltereignisse nach Maßgabe maximal eineinhalb Minuten in Anspruch nehmender NIFs (Nachrichten im Film), die man unter der Rubrik »Life« auch noch als

»die Reportage«, »die Schicksale«, »die Menschen des Tages« ankündigt – ach Gott, wo soll das alles enden? Vorerst bei Heinz-Klaus Mertes, auf Betreiben Kogels nun wohl Wien-Korrespondent für »18:30«.

Was an der Veranstaltung »Nachrichtenmagazin« sein soll, weiß vielleicht Fred Kogel. Die neuere Medienwissenschaft spricht indessen von einer »Personalisierung der Politik«. Auf dem Feld des Nachrichtenjournalismus, dem immerhin die Aufgabe zukommt, täglich über durchaus so was wie »Politik« zu unterrichten, dürfte U. Meyer ziemlich exakt die prototypische Rolle jenes Durchschnittessers bekleiden, der die sagenhafte große Welt dort draußen zur allabendlichen Leberknödelspeisung zu sich nimmt. Seine aufdringliche Gleichgültigkeit ist in der Tat jene Tortur, die spüren läßt, was es mit einem mediensoziologischen Begriff wie »Terror der Intimität« auf sich hat. »In Virtualisierung umgesetzte Sprachlichkeit« nennt□s der Wissenschaftler, eine Plage der Menschenfreund in mir.

Jürgen Roth schrieb in KONKRET 12/95 über den Aufstieg Uwe Seelers

Konkret 02/96, S. 58

Albert Hoboken

Melodie & Rhythmus

Sinatra 80th □ Live in Concert. Capitol Records, Inc.

Zu seinem Achtzigsten hat er sie noch einmal aufgenommen, seine ganz private (von Paul Anka geschriebene) *national anthem*: »My way«. Im Duett mit Pavarotti. Warum? Ob er einem im Drei-Tenöre-Blödsinn versinkenden Gewerbe die Chance geben wollte, lachend über die Differenz zwischen der Musikalität eines greisen Sängers und dem amusischen Krächzen einer Kehlkopfgeburt ein letztes Mal zur Besinnung zu kommen? Ach was – Sinatra, the voice, war nie Missionar, sondern bloß (wie es in seinem Paß stand) »baritone«, und vor der Intelligenz und dem Charme dieser Stimmlage guckte schon zu Cesare Siepis Zeit ein jeglicher Tenor dumm aus dem Kostüm. Am meisten zur Aufklärung tragen auch in Fragen der Künste jene Dokumente bei, die ohne pädagogische Absicht entstehen. (Welche Company schafft es, die zwölf besten Einspielungen von »My way« – Sex pistols, Nina Hagen usw. – auf einer CD zu vereinen? Oder läge darin schon wieder zu viel Absicht, um nicht zu verstimmen?)

Konkret 02/96, S. 58

René Martens

Melodie & Rhythmus

Verschiedene: Harder Than The Rest; Ec8or: dto.
Digital Hardcore Recordings/Intercord

Wenn heute von Punkrock die Rede ist, dann geht es dabei meistens um gefällige Hitparaden-Musik für Teenager, wie sie etwa Green Day fabrizieren, oder um Bierzelt-Musik von Frühvergreisten für Frühvergreiste. Oft liefern Prominente aus alten Tagen entwürdigende, geradezu tragisch anmutende Revival-Shows ab, weil sie das Geld aus besseren Zeiten längst versoffen haben und sie ja irgendwie die Miete bezahlen müssen. Als Musikstil ist Punk heute also bedeutungslos, von seltenen Ausnahmen wie der Gruppe Dackelblut (siehe nebenstehende Rezension) einmal abgesehen.Wem es ernst ist mit Punk, der bezeichnet mit dem Begriff denn auch keinen Musikstil, sondern eine Haltung. Kaum jemand in dieser Republik verkörpert sie so konsequent wie die Musiker des Labels Digital Hardcore Recordings (DHR). Atari Teenage Riot, Sonic Subjunkies oder Ec8or heißen ihre Gruppen, und die Musik verhält sich zu etabliertem Rock und Techno wie einst Punk zum Dinosaurier-Rock. Es gibt zwar heute mehr aufregende Musik als 1977. Aber selbst die, sagen wir mal, fortschrittlichste Drum & Bass-Maxi trifft nicht das Lebensgefühl eines knapp 20jährigen, der sich vielleicht als Anarchist versteht und der auf jeden Fall das System ficken will. Für ihn gibt es Digital Hardcore.

Die Acts des Labels benutzen billige Computer von Atari oder Amiga, und damit produzieren sie rasante Breakbeats und entfesselten Krach, oder sie sampeln Gitarrenriffs von Metalplatten. Einen Überblick über diese Szene gibt der Sampler »Harder Than The Rest«, der 16 solch ausgesucht fieser Tracks enthält, darunter einen von Atari Teenage Riot mit dem bezeichnenden Titel »Deutschland (Has Gotta Die!)«. Er macht den Bezug zu Punk deutlich, denn einer der Klassiker der 1995 aufgelösten Altpunk-Gruppe Slime hieß »Deutschland muß sterben (damit wir leben können)«.Wer durch »Harder Than The Rest« auf den Geschmack gekommen ist, kann sich an eine noch extremere Platte heranwagen, die härteste, die auf DHR bisher erschienen ist: die Debüt-CD von Ec8or, einem Duo zweier 19jähriger Schulabbrecher. Patric, die männliche Hälfte, war wohnungslos, nachdem ihn die Eltern rausgeschmissen hatten; meistens fand er damals bei Groupies Unterschlupf. Seinen Computer schleppte er in einer Sporttasche umher, den Rest der Habe in einer zweiten.

»We are pissed/We are pissed/We have to resist/It's our last chance/Our last chance/Last chance to exist«, schreit Gina, die Sängerin, oder »I hate you guys, you fuckin' wankers/I hate your shit, I hate your manners«. Auch die meisten anderen Texte tragen Ec8or in sympathisch ungelenkem Englisch vor, der einzige deutsche besteht aus der Aussage »Ich suche nichts«, die mit blecherner Stimme wiederholt wird. Dazu hört man ruppige, sich manchmal überschlagende Rhythmen, wahnwitzige Breaks und industrial-beeinflußte Sounds. Die Atmosphäre ist düster, Gina und Patric allerdings versichern in einem Interview mit der »jungen Welt«, man könne zu der Platte »gut Sex machen«, das hätten sie »getestet«.

Das bekannteste Stück der Gruppe ist »Discriminate (Against) The Next Fashion Sucker You Meet – It's A Raver«. Klingt lustig. In Interviews, Manifesten und PR-Texten jedoch wettern die Musiker und Macher von DHR mittlerweile allzu penetrant gegen Raver, »Fashion Sucker« und besonders gegen die Hersteller geistferner Techno-Schnulzen. So berechtigt das inhaltlich auch ist: Sind diese Gegner denn noch satisfaktionsfähig?

Ansonsten verbreitet DHR lustige Verschwörungsgespinste (»Die Regierung will uns dazu bringen, daß wir Drogen wie Ecstasy nehmen. Vergeßt das nie!«). Oder sie betonen den Einfluß, den Mangas auf ihre Ideologie haben, Comics aus Japan, von denen im Entstehungsland jährlich zwei Milliarden Stück abgesetzt werden. Die Action- und Science-Fiction-Geschichten machen dort übrigens nicht nur Kinder und Erwachsene im allgemeinen froh, manche Serien haben auch das Weltbild der Aum-Sekte beeinflußt. Was die betreffenden Comics natürlich nicht schlechter macht.

Die meisten Künstler von DHR verstehen sich als linksradikal, Atari Teenage Riot etwa, die neben dem oben erwähnten »Deutschland (Has Gotta Die«) auch das Stück »Hetzjagd auf Nazis« im Programm haben, spielen gelegentlich bei entsprechenden Veranstaltungen. Im Widerspruch dazu stehen allerdings die Ressentiments gegenüber linken Intellektuellen, die manche Musiker des Labels genauso leidenschaftlich pflegen wie ihren Haß auf Kirmes-Techno. Alec Empire etwa, Kopf von Atari Teenage Riot und einer der DHR-Macher, pöbelt im Presseinfo zur Ec8or-Platte gegen das »jämmerlich klagende Studentenvolk« – gemeint sind damit Musiker der sogenannten Hamburger Schule (Blumfeld u.a.). Mit solchen Sprüchen, auch wenn sie gar nicht so bierernst gemeint sein mögen, lockt man nur die Rechten an. Schon dem alten Punkrock hat es nicht gutgetan, daß er attraktiv war für falsche Freunde wie Skinheads und vermeintlich »unpolitische« Säufer.

Konkret 02/96, S. 58

Carsten Otte

Melodie & Rhythmus

Vampiros Lesbos: Sexadelic Dance Party. Ramava Musikverlag 1995, EFA

Es begann mit den Geräuschen, die den Musikkonsumenten vor einiger Zeit von einem Feuilleton, das seine Daseinsberechtigung nur noch darin sieht, sich als Büttel der Unterhaltungsindustrie meistbietend selbst zu verarschen, unter dem Motto »Easy Listening« vorgestellt wurden. Doch bei den Songs aus Mamis und Papis Tonträgersammlung blieb es nicht. Wenn schon pervers, dann aber richtig, dachten sich viele Schallplattenaufleger, und so schwärmen sie nun von einem Sound, den sie »Sexadelic« nennen, der aber seiner Qualität entsprechend besser »Babypop« heißen sollte. Es handelt sich dabei um die Aneinanderreihung von Terzen mit Rhythmusbegleitung, mit der man in den sechziger Jahren den Erotikfilm klanglich ausschmückte. Selbstverständlich halten die Babypopper sich für keck und ironisch, in Wahrheit aber machen sie lediglich aus der Not eine Tugend: Weil man von Musik so viel versteht wie ein dreijähriges Kind, wird dem Babypop der Kultstatus verliehen. Musikalische Dumpfheit reicht auch in diesem Fall nicht aus. Die Babypopper beglotzen, während sie sich »anmutig« beispielsweise zu den Takten der »Vampiros Lesbos« bewegen, blödsinnige Softpornos, und zwar so, als wollten sie im Beatschuppen ihre orale, anale und pubertäre Phase gleichermaßen nachholen. Erstaunlich, warum die Babypopper zu ihren Abendveranstaltungen nicht die Brummbären und Singpuppen mitbringen, an denen sie einst das Fummeln erlernt haben. Immerhin fordern manche Schlaumeier der Szene schon, daß man auf einer wirklich fetzigen Fete mit einem »Sexual Fantasy Outfit« aufzukreuzen habe. Wahrscheinlich leiden solche Leute immer noch daran, daß sie als Kind mit dem Bade ausgeschüttet worden sind, und so haben sie jetzt verständlicherweise in Sachen Kuschelei und Lümmelei enormen Nachholbedarf. Warum sie diesen aber unbedingt auf derart verklemmte Weise befriedigen müssen, das weiß der Himmel oder der Onkel Doktor. Anstatt nämlich in den Puff zu gehen, laden die Babypopper zu ihren Festen sogar »Go-Go-Girls« ein... Dennoch hat der Babypop etwas Gutes: Er scheidet die Spreu vom Weizen. Alle, die dieses Zeug hören, sind Deppen und wollen es sein. So hat man endlich ein sicheres Kriterium dafür gewonnen, mit wem man sofort den Kontakt abzubrechen hat.

Konkret 02/96, S. 59

Sebastian Wehlings

Melodie & Rhythmus

Tortoise – Millions Now Living Will Never Die – City Slang

Wenn Tortoise nicht Musik wäre, sondern Film, dann wäre es ein Film der Halbtotalen, des unerwarteten Schnitts, aber der geduldigen, sanften Blenden. Er wäre schwarzweiß, weil er auf Farbe verzichten könnte. Eine intakte Erzählebene gäbe es nicht. Hinter der scheinbaren Improvisation der aufeinanderfolgenden Bilder würde jedoch eine strenge Dramaturgie durchscheinen. Keine Dramaturgie aus einer krampfhaft inszenierenden Artsy-Cineastenhand, sondern eine, die das Widerstreben gegen das, was sie eigentlich strukturieren soll, wie selbstverständlich in sich tragen würde. Es wäre ein Film, der kein Film sein will; zumindest keiner, den man schon mal gesehen hat.

So ähnlich verhält es sich mit den fünf Chicagoern Tortoise. Sie wollen keine Band sein und schon gar nicht eine, die man schon mal gehört hat. Am allerwenigsten eine Rockband, was sie in Interviews nicht müde werden zu erwähnen. Sie verzichten bewußt auf einen Gesang, und bis auf den Bassisten und Tortoise-Mastermind Doug McCombs wechseln die übrigen Musiker nicht nur im Studio, sondern auch live ständig ihre Instrumente. Zu denen zählen neben Gitarre und Schlagzeug unter anderem Marimba, Percussions, Vibraphon, Melodika, elektrisches Piano, Synthesizer, Sampler und Sequenzer.

In dem knapp einundzwanzigminütigen Opener »Djed« ihres nunmehr schon dritten Albums kommt ein Großteil dieser Instrumente zum Einsatz: Nach einem weitangelegten Einleitungsteil, in dem polyrhythmische Sounds und Percussions an lässig variierenden Basslinien und Vibraphon-Mustern entlangfließen, wird danach mit der manipulierten Aufnahme dieser Einleitung weitergearbeitet. Ungefähr so, als ob eine Schallplatte hängen bleiben und sich zwar immer diese eine Stelle wiederholen würde, die Musik jedoch trotzdem weiterliefe – sehr kunstvoll ist das konstruiert.

Wahrscheinlich machen sich Tortoise weitaus mehr Gedanken über ihre Musik, als daß sie diese einfach spielen. Ihre Songs scheinen alles über sich zu wissen. Schon während ihrer Entstehung müssen sie bis ins Detail analysiert worden sein: »Djed« soll »15 verschiedene Stufen des Abmischens und Vervollständigens« durchschritten haben. Aus diesem Perfektionismus heraus rezipieren sich ihre Songs selbst, bevor es andere tun können.

Trotz dieses intellektualisierenden und ästhetisierenden Überhangs funktioniert die Musik von Tortoise aber auch, wenn man ihr einfach nur gedankenverloren, beiläufig zuhören will. Die Schnittstelle zwischen – sagen wir mal – experimenteller Instrumental- und elektronischer Musik, die die Chicagoer Gruppe einnimmt, eröffnet da ganz ungeahnte Verbindungen zwischen Spannung und Entspannung. Denen zu folgen, würde z.B. für den letzten Song des Albums »Along The Banks Of Rivers« heißen, auf dem noirsten Sonntagnachmittagspaziergang zusein, den man an einem Montagmorgen machen kann.

Dackelblut – Schützen & Fördern

Schiffen Recs./X-Mist

Jens Rachut hat eine neue Band, und er hat ihr wieder einen dieser unüberhörbaren Namen verpaßt. »Dackelblut« heißt der Nachfolger seiner früheren Gruppen »Angeschissen« und »Blumen Am Arsch Der Hölle«. Von letzterer unterscheidet sich das Aufgebot Dackelbluts übrigens nur durch die Neubesetzung des Drummers.

Auf »Schützen & Fördern« hetzt Rachut wie ehedem durch kurze, ungestüme, aber auch mehr und mehr von nahezu verfrickeltem Gitarrenzeug getriebene Punkrock-Stücke mit einer Stimme, die jung, verbraucht, wütend, heiser, vulgär und schlau zugleich klingt. Die Texte Dackelbluts, die auf Reim wie zumeist auch auf Versmaß zugunsten eines frei gebrüllten Vortrags verzichten, thematisieren zum einen für das Genre übliche Kritik, hier z.B. den Haß gegen die Major-Plattenindustrie oder Bullenspitzel, denen man den Tod wünscht. Zum anderen verlassen diese Texte aber auch immer wieder den sonst vom linken Deutschpunk abgesteckten Bereich.

So werden die Geschichte vom Koch der Estonia, der »50 Meter tief in seinem Grab seinen letzten Gang kocht« und die eines Berufskillers erzählt, dem seine Freundin offenbahrt: »Trotz alledem kannst du auch mal zu Hause etwas tun. Den Abwasch und das Kochen mach ich schon. Doch Wäsche waschen ist das einzige, was fehlt. Auch Killer müssen Waschen gehen.« Dazu Anti-Oden an Autobahnen und Kinderspielplätze, an zu zeitige und ernste Jugendlieben und ein sexloses Leben in zu dünnen Wänden. Ein surrealistisches Endzeitszenario aus der Hamburger Stammkneipe (»Der letzte Drink«) steht auf »Schützen & Fördern«, das übrigens nur auf Vinyl erhältlich ist, gleichwertig neben einer leidenschaftlichen Absage an den konventionellen »Birth-School-Work-Death«-Lebensweg (»Der Mund ist voll«).

Aus diesem erfrischenden Selbstverständnis heraus können Dackelblut auch ihr »ist mir doch scheißegal« schreien und das hundert Prozent punkernst meinen.

Konkret 02/96, S. 60

Boris Gröndahl

alt.krauts.in.cyberspace

Die bayerische Staatsanwaltschaft hat den Onlinedienst Compuserve zur Zensur des Internet genötigt. Eine Maßnahme, die die Diskussion über die Zukunft des Computernetzwerks weiter anfacht

»Nazii schweinhundts« schreibtsharxfn1.freenet.edmonton.ab.caüber seine Suada. Es seien wohl nicht alle Nazis im zweiten Weltkrieg umgebracht worden. Es säßen wohl noch welche im deutschen Justizapparat und wollten der Welt vorschreiben, was sie zu lesen habe. »Compuserve, Sieg Heil!«, ergänzt ein anderer Schreiber. Im Internet können sich KONKRET-Leser zur Zeit ausnahmsweise mal in der Mehrheit fühlen. Manchmal ist auf die Yanks halt Verlaß.

Die plausibelste Fassung des Vorgangs, der die Internetgemeinschaft so in Rage bringt, geht ungefähr so: Die Staatsanwaltschaft München leitet im vergangenen Herbst gegen die dort ansässige deutsche Tochter des amerikanischen Onlinedienstes Compuserve aufgrund einer Anzeige unklarer Herkunft Ermittlungen ein. Verdacht: Verbreitung kinderpornographischer Schriften.

Onlinedienste sind kommerziell betriebene Computernetzwerke, deren Kunden gegen eine Gebühr die dort angebotenen Informationen abrufen, sich an den dort stattfindenden Diskussionen beteiligen und Waren bestellen können. Informations- und Diskussionsanbieter sind typischerweise Computerfirmen, Medien, aber auch Non-profit- Organisationen. Compuserve ist der älteste und international am weitesten verbreitete Onlinedienst.

Ende November wird Compuserve München von zehn Kripobeamten durchsucht. Der ermittelnde Staatsanwalt Manfred Wick legt der Firma seine Auffassung dar, wonach sie für die über ihr Netzwerk verbreiteten Inhalte des Internet mitverantwortlich sei. Compuserve versichert, mit der Polizei zusammenarbeiten zu wollen.

Praktisch alle Onlinedienste (neben Compuserve zum Beispiel das jüngst in Deutschland gestartete AOL und der gute alte Bildschirmtext, jetzt zu T-online aufgepeppt) haben inzwischen einen Übergang ins Internet eingerichtet. Das Internet ist ein weltweites Netzwerk von Computern, das als Ganzes niemandem gehört. Dort kann praktisch jeder als Anbieter auftreten, wodurch die Trennung zwischen Produzent und Konsument bis zu einem gewissen Punkt obsolet wird. Onlinedienste haben keinen Einfluß auf die Inhalte im Internet.

Die AG EDV der Münchner Polizei, eine Art Task force gegen »Computerkriminalität«, erstellt für die Staatsanwaltschaft Anfang Dezember eine Liste von 251 Newsgroups, die möglicherweise in Deutschland illegales Material enthalten könnten. Diese Liste wird Compuserve ausgehändigt, der Firma wird »anheimgestellt«, etwas zu unternehmen.

Bei dem Teil des Internets, der in die Schußlinie geraten ist, den Newsgroups, ist jeder Produzent auch Konsument und umgekehrt. Newsgroups sind Diskussionsgruppen, die unter einem bestimmten Thema stehen, zu denen jeder öffentlich etwas beitragen und deren Neugründung jeder veranlassen kann. Es gibt zur Zeit etwa 16.000 solche Gruppen, deren Name das Diskussionsthema mit kryptischen, aber doch sprechenden Bezeichnungen wie comp.os.ms-windows.apps.word-proc, alt.fan.madonna, alt.politics.radical-left oder rec.games.chess vorgibt.

Weil niemand aufpaßt, gibt es hier alles, was es auch im wirklichen Leben gibt. Natürlich auch so eklige Sachen wie Nazis, Kinderpornos und Fans von Elvis Presley. Ebenso natürlich sind diese Gruppen unterschiedlich stark frequentiert. Bei mir finden sich heute 1.066 neue Nachrichten aus der letzten Woche in alt.online-service.compuserve, 564 in comp.sys.mac.system, 15 in de.alt.fan.haraldschmidt und 2 in cl.gruppen.pds. Fast wie im richtigen Leben.

In der Nazi-Newsgroup alt.fan.ernst-zundel liegen auch zwei Nachrichten. Beide von Antifaschisten. Und in alt.binaries.erotica.teen sind es 119. Davon 19 Bilder, nur ein paar von Minderjährigen. Kein Wunder. Kinderpornos sind ein Riesengeschäft, und in Newsgroups ist alles umsonst.

Für Compuserve Deutschland und seine Geschäftsführer ändert sich durch das Überreichen der Polizeiliste einiges. Für den Fall, daß eine der genannten Gruppen tatsächlich illegales Material enthält, können sie sich nun nicht mehr darauf zurückziehen, sie hätten mit dem Inhalt des Internets nichts zu tun, sondern stellten nur die Verbindung zur Verfügung. In einem ähnlichen, von Scientology angestrengten Fall erging ein Urteil, weil ein Internetdienstleister die von Scientology beanstandeten Informationen nicht gelöscht hat, *nachdem* er auf sie hingewiesen wurde.

Das Mutterhaus in den USA – selbst eine Tochter der stockkonservativen Steuerberatungsfirma H&R Blocks – versucht ein paar technische Zwischenlösungen, die sich alle als unzureichend erweisen. Ende Dezember zieht es die Notbremse und streicht die von der Münchner Polizei aufgelisteten Gruppen von ihren Servern. Da bei Compuserve der gesamte Datenverkehr über den Zentralrechner in Columbus, Ohio, läuft, geht das nur, indem diese Gruppen für alle 4 Millionen Kunden weltweit gesperrt werden. Kurze Zeit später beginnen die wütenden antideutschen Nachrichten.

Die Liste der Münchner Polizei enthält natürlich jede Menge Gruppen, an denen schon bei flüchtiger Untersuchung auffällt, daß sie mit Sicherheit kein illegales Material enthalten, wohl aber solches, das einen bayerischen Polizeibeamten

schwer beunruhigen kann. Darunter schwule und lesbische Diskussionsgruppen, Selbsthilfegruppen von Menschen mit sexuellen Problemen, aber auch die unschuldige alt.sexy.bald.captain, eine Gruppe für Fans des glatzköpfigen Raumschiff-Enterprise-Captains Jean-Luc Picard. Kaum der Erwähnung bedarf wohl, daß tatsächlich illegales Material enthaltende Gruppen von Holocaust-Leugnern wie alt.revisionism oder die schon erwähnte alt.fan.ernst-zundel nicht beanstandet werden.

Die Empörung im Internet über diese Maßnahme eskaliert in der ersten Januarwoche. Eine Schwulengruppe in San Francisco beschließt den Boykott zweier deutscher Biermarken, zahlreiche Compuserve-Kunden kündigen. Das Netz reagiert mit seinen Waffen: Tricks, die Sperre zu umgehen, werden verbreitet, und der Aufruf ergeht, inkriminiertes Material zukünftig in alt.online-service.compuserve zu senden. Auch die Einrichtung einer neuen Gruppe alt.sex.with.bavarian.prosecutors wird angeregt.

Der Staatsanwalt Manfred Wick behauptet, Compuserve nicht gedroht zu haben – eine Darstellung, die man angesichts des tatsächlichen Ablaufs mindestens als scheinheilig bezeichnen kann. Compuserve zieht seinerseits den Vorwurf auf sich, die Liste der deutschen Saubermänner ungeprüft übernommen zu haben. Tatsächlich ist das allerdings ganz clever und verweist auf das dem ganzen Fall zugrundeliegende Problem.

Das Internet existiert aus technischen, historischen und medientheoretischen Gründen in einem allenfalls chaotisch juristisch geregelten Raum, wie man an dem aktuellen Beispiel sieht. So ist die Streichung der Newsgroups vom Compuserve-Server in hohem Maße unwirksam. Die Kunden können über Compuserve eine direkte Verbindung zum Internet aufnehmen und dann statt des von Compuserve einen der zahlreichen öffentlichen Newsserver anwählen. Und schon ist, über Compuserves Leitungen und ohne daß irgend jemand das verhindern könnte, die Kinderpornographie wieder da.

Die dezentrale Struktur des Internets, die diese Umgehung ermöglicht, ist eines seiner Wesensmerkmale. Das Internet wurde in den sechziger Jahren vom US-Verteidigungsministerium so aufgebaut, daß, wenn einer der beteiligten Rechner ausfallen sollte (durch sowjetische Atombomben etwa), trotzdem jede Nachricht ihren Empfänger erreicht. Noch heute sucht sich eine Nachricht den technisch schnellsten Weg und schlängelt sich dabei elegant um jedes Hindernis, auch wenn das bedeutet, daß sie von Hamburg nach Hamburg über San Francisco läuft. Eine nicht beabsichtigte Folge kann man mit John Gilmore so beschreiben, daß das Internet einen Zensurversuch als Systemfehler interpretiert und ihn deshalb umgeht.

Die Folge ist, daß die Verbreitung illegalen Materials mit der Streichung der Newsgroups also nicht verhindert wird, Compuserve aber aus der Verantwortung ist. Nach der gegenwärtigen Gesetzeslage kann man durchaus die Auffassung vertreten, daß Compuserve zur Verbreitung von Kinderpornographie beiträgt, wenn die entsprechenden Newsgroups auf dem Newsserver von Compuserve gespeichert sind (was sie waren). Wenn aber nur die Leitungen von Compuserve benutzt werden, um auf einen anderen Server zuzugreifen, wird es schwieriger. Wollte man dafür immer noch Compuserve verantwortlich machen, dann müßte auch die Telekom verhindern, daß sich irgendwelche Schurken über das Telefon zu ihrem illegalen Tun verabreden.

Compuserves Auffassung ist, daß es in dieser Hinsicht wie eine Telefongesellschaft, ein sogenannter Common carrier, zu behandeln sei, der die übermittelten Inhalte einfach egal sein können. Die Firma hat es klugerweise abgelehnt, aus der von den deutschen Verfolgern bereitgestellten Liste eine Auswahl zu treffen, weil sie sich in diesem Moment zu deren Komplizen gemacht hätte.

Die Verfaßtheit des Internets macht, daß ähnliche Hoffnungen wie die der guten alten Brechtschen Radiotheorie (»Jeder Empfänger ist auch ein Sender«) wiederauferstehen. Und gar nicht mal so unberechtigt, denn was seinerzeit auf einer bloß theoretischen Möglichkeit basierte, ist im Internet historisch gewachsene Realität.

Dieses Goldene Zeitalter der Kommunikation steht allerdings von verschiedenen Seiten unter Druck. Während in München schwitzende Polizisten schweinische Newsgroups durchstöbern, diskutiert man in den USA einen Zusatz zum Telekommunikationsgesetz, der die Verbreitung von »indecency«, unanständigen Inhalten, unter empfindlich hohe Strafe stellt. Urheberrechtliche Regelungen für die elektronische Kommunikation, die die Clinton-Administration vorbereitet, würden die Rechte der Öffentlichkeit an urheberrechtlich geschützten Werken erheblich einschränken. Die bisher bestehenden Möglichkeiten, über sogenannte Remailer, Weiterversender, anonymisierte elektronische Post zu verschicken, sollen verboten werden. Große Bedeutung haben diese Remailer in den massiven Auseinandersetzungen gespielt, die seit einigen Monaten um die Scientology Church im Internet geführt werden. Sie ermöglichten es Insidern, internes Kirchenmaterial öffentlich zu machen. Verschlüsselungstechniken, die staatlichen Stellen die Postüberwachung unmöglich machen, werden in zahlreichen Ländern kriminalisiert. Gedeckt wird diese Politik durch regelmäßige Hypes in den Medien, die den Eindruck erwecken, das Internet bestehe aus kinderfickenden Drogen- und Waffenhändlern, die mit geklauter Software arbeiten – falls sie diese nicht durch Kreditkartenbetrug erschlichen haben.

Der Zusammenhang zum Fall Compuserve besteht darin, daß Internetprovider, also Onlinedienste und unabhängige Firmen, die den Internetzugang bereithalten, für die Einhaltung der geplanten Vorschriften zur Verantwortung gezogen und damit zu Zensur- und Überwachungsmaßnahmen gezwungen werden sollen. Das müßte schon wegen des erforderlichen Umfangs dazu führen, daß der interaktive Teil des Netzes eingeschränkt, also die tendenziell aufgehobene Unterscheidung von Sender und Empfänger zugunsten einer übersichtlicheren Struktur der Sender wieder eingeführt wird.

Diese Politik trifft sich mit Interessen der Medienindustrie, die sich immer mehr mit den Betreibern der Kommunikationsnetze verflicht. Ihre Konzepte gehen oft nicht von einem symmetrischen Netzwerk wie dem Internet aus, sondern von unsymmetrischer Bandbreite: fette Übertragungskapazitäten in eine Richtung (für Multimedia, Video-on-demand, Homeshopping), schmale in die andere (die Nummer Ihrer Kreditkarte).Home, eine Tochter des US-Telekommunikationskonzerns TCI, experimentiert bereits mit solchen Netzarchitekturen, die wie von selbst auch zu anderen Inhalten führen werden.

Ob es wirklich so kommt, ist dennoch fraglich. Es ist zwar richtig, daß auch die Einführung des Radios und – interessanterweise – des Kabelfernsehens in den USA mit hochfliegenden Erwartungen an demokratisierte Kommunikation verknüpft wurde, die dann regelmäßig an den Kontrollinteressen des Staates und an den Geschäftsinteressen der beteiligten Industriezweige zerschellten. Ein entscheidender Unterschied ist jedoch, daß das Internet nicht nur prinzipiell möglich ist, sondern schon existiert. Und bislang wurde noch jeder Versuch, es zu domestizieren, von ihm als Systemfehler interpretiert. Und umgangen.

Genauere praktische Informationen zu einigen hier angesprochenen Themen können beim Autor abgefragt werden. Schicken Sie eine Email an groendahleworld.com mit der Betreff/Subject-Zeile konkretinfo.

Boris Gröndahl hat immer noch keine Homepage

Konkret 02/96, S. 62

Dietrich Kuhlbrodt

Film & Theater

To Die For

Regie: Gus Van Sant; mit Nicole Kidman, Matt Dillon, Joaquin Phoenix u.a.; USA 1995; seit 14.12.95 im Kino

Showgirls

Regie: Paul Verhoeven; mit Elizabeth Berkley, Kyle MacLachlan, Gina Gershon, Glenn Plummer u.a.; USA 1995; Start: 25.1.96

Zwei auf die attraktive Art verlogene Mainstreamfilme. Ethisch werden da Karrierefrauen hart abgestraft (die TV-Moderatorin im einen, die Tänzerin im anderen Film), ästhetisch sowie niedriginstinktmäßig darf man sich aber an allem weiden, was die jeweilige Hexe treibt. Der Ohrenschmaus »Season Of The Witch« (Donovan) in ganzer Länge in »To Die For«, ja, das paßt, und war es nicht ein Vergnügen von altersher, Hexen brennen zu sehen? Herrliche Opfer! Denn während die Filme die Show-Frauen ethisch eliminieren, arbeiten sie selber mit allem Raffinement des Show-Geschäfts, und das noch ohne jede Befangenheit, denn das Kino befindet einigermaßen selbstgerecht über Missetaten im jeweils anderen Medium (TV, Musikszene).Verhoeven (»Basic Instinct«) führt uns in »Showgirls« ziemlich exemplarisch die inhumane Aufsteigerkarriere im Las-Vegas-Musikgeschäft vor. Wir ahnen es: Es liegt da was im argen, Four-letter-words, Anmache, sexuelle Belästigung, der Konkurrentin rechtzeitig ein Bein gestellt, aber genau das wollen wir ja sehen, wie damals die kriminell-ehrgeizige Eiskunstläuferin in Norwegen, bloß besser, weil in Verhoevens Film fiktional-dramaturgisch sauber aufbereitet und musikalisch-euphorisch geschnitten – offensichtlich im Show-Rausch. Ja, Verhoeven hat sich mit »Showgirls« als Musicalregisseur etabliert, der zwischen Show- und Nichtshowszenen nicht mehr unterscheidet. Auf angenehm entlastende Weise ebnet der Schnittrhythmus die vorgeblichen Grenzen zwischen falscher Welt (Bühne) und richtiger (das Leben) ein. Und wenn der Showstar dialogmäßig mühsam dahin gebracht wird zu gestehen, daß im falschen Showgeschäft kein richtiges Leben möglich ist, rufen wir: Alles Lüge! The show must go on! Aber leider entläßt der Film, ohne rot oder sonstwie humorvoll zu werden, die Heldin in eine sittlich bereinigte und optimistisch berichtigte Welt. Halleluja!

Nicole Kidman, Heldin in Van Sants »To Die For«, gehört privat zusammen mit Ehemann Tom Cruise der Scientology Church an. Trotzdem stimmt auch dieser Film optimistisch, weil die Richtige bestraft und doch das Falsche, das sie macht, zum Vergnügen wird. Das mögen sich bitte alle zum Vorbild nehmen, die Meteorologie mit dem Nebenfach Darstellende Kunst studieren: Die Wettervorhersage als professionelle erotische Show ist der Quotenknüller im Regionalfernsehen von New Hampshire, und wer will dann eigentlich im Ernst noch wissen, wie das Wetter morgen wirklich wird oder was im Kopf der Komödiantin Kidman wirklich vor sich geht? Der Blick bleibt auf der Oberfläche hängen, auf dem pastellfarbenen Chanelkostüm samt Perlenkette oder auf dem Monitor. Am Anfang guckt die Kamera dahinter; es bringt aber nichts, das Bild wird unscharf, es bleiben bloß Lichtreflexe.

Van Sant (»My Private Idaho«) spielt mit dem Medium bis zur Selbstsatire. Den dokumentarischen Videofilm »Teens Speak Out«, einen Film-im-Film, dreht seine Heldin »Kids«-mäßig (Van Sant war dort Executive Producer) in böser Hexenmanier, um den Teenie-Hänsel Jimmy (Joaquin Phoenix, Bruder von River) sowohl zu sexuellen (Blow Job) wie kriminellen Handlungen zu benutzen (Ermordung des Ehemannes Matt Dillon), was, weswegen der Plot hier am Ende steht, für sich genommen kein Grund wäre, ins Kino zu gehen, wenn’s nicht den völlig utopiefreien Spaß an Popular Culture als Oberflächenkultur (Warhol!), an der ethisch korrekten TV-Recherche (»Teens Speak Out«) und an der vorsätzlich unglaubwürdigen Bestrafung der Pop-Ikone Kidman gäbe.

Konkret 02/96, S. 62

Michael Nauert

Film & Theater

L'appat (Der Lockvogel)

Regie: Bertrand Tavernier; mit Marie Gillain, Olivier Sitruk, Bruno Putzuiu; Frankreich 1994; 113 Minuten; Start: 18.1.96

»Ich mußte diesen Film drehen, weil ich reagieren mußte gegen die ständige Aggression der Diktatur des Geldes«, sagt Tavernier, »gegen dieses Gefühl von kollektiver Resignation, gegen das Schwinden der moralischen Werte.« Einer dieser unangreifbaren authentischen Fälle kam ihm da gerade recht. Drei kleinbürgerliche Pariser Jugendliche träumen von großen Geschäften mit Boutiquen in den USA. Was ihnen fehlt, ist nur das Startkapital, und das hoffen sie von sorgfältig ausgewählten älteren Verehrern der 20jährigen Nathalie rauben zu können. Doch die stümperhaft ausgeführten Aktionen mißlingen. Zwei der Opfer werden aus Hilflosigkeit brutal umgebracht, was allerdings keinem besonderes Kopfzerbrechen zu bereiten scheint.

Tavernier führt das als seinen Beitrag zur Bewältigung sinnloser juveniler Gewalt in einem eleganten, spritzigen Film vor. Der muß auch so sein, weil nicht etwa ökonomische und soziale Verhältnisse als Ursachen benannt werden, sondern amerikahörige Oberflächlichkeit und ein die europäischen Werte verdrängender Materialismus. Das Problem Frankreichs, so erfährt man hier endlich, liegt nämlich nicht in den Vorstädten, sondern in der mißratenen Mittelklassejugend.

In der Schlußszene fragt Nathalie, nachdem sie alles gestanden hat, den Polizisten treuherzig, ob sie denn gehen könne, sie wolle doch ihren Vater in Marseille besuchen. Derart unschuldig-dummdreiste Realitätsverdrängung ist zwar kein bißchen typisch für Mörder, sondern eher z.B. für notorisch Überschuldete. Dennoch das Interessanteste an diesem Film.

Konkret 02/96, S. 63

Michael Nauert

Film & Theater

Copycat (Copykill)

Regie: John Amiel; mit Sigourney Weaver, Holly Hunter, Dermot Mulroney, William McNamara; USA 1995; 124 Minuten; Start: 25.1.96

Seven (Sieben)

Regie: David Fincher; mit Morgan Freeman, Brad Pitt, Kevin Spacey, Gwyneth Paltrow; USA 1995; 125 Minuten; seit 23.11.95 im Kino

Für die Produzenten von Hollywoodfilmen weist das Serienmördergenre gegenüber normalen Polizeikrimis im Prinzip zwei wesentliche Vorzüge auf: Der unterhaltende Fortgang der Handlung ist durch die immer neuen Morde auch ohne ausgeklügeltes Drehbuch garantiert, und die Figur des gewissermaßen erfolgreichen Psychopathen genießt seit einiger Zeit breites Ansehen. Allein darauf verlassen sich auch die meisten Routinefilme, die zum Thema in Kabelkanälen und Videotheken angeboten werden. Für einen Film allerdings, der dem exaltierten Gegenstand mehr als eine standardisierte Mechanik abgewinnen will, ist diese nicht ganz leicht zu durchbrechen. Vor allem, weil seit »Das Schweigen der Lämmer« und Hannibal Lecter Psychospielchen und glamouröse Täter kaum mehr überboten werden können und als Aufhänger ausscheiden. Es bleibt damit die Frage, ob und wie über eine Konzentration auf die Taten selbst (als den anderen außergewöhnlichen Bestandteil des Vorgangs) oder ihre nichtindividualpsychologische Begründung noch andere Lesarten möglich sind.

Wenn sich mit Lecter das glamouröse Individuum gegenüber der deterministischen Welt behauptet hat, so geht es in diesen beiden neuen, vergleichsweise großen Produktionen um das Konzept der Tat, dem sich in einem Fall das Individuum unterwirft oder dessen es sich im anderen Fall bedient, um seinen verlorenen autonomen Status möglicherweise zurückzugewinnen. Die Weltbilder, die dabei unterstellt werden und die solches Verhalten notwendig machen, unterscheiden sich allerdings gründlich voneinander.

John Amiels »Copycat« scheint zunächst der interessantere Film zu sein, auch weil der individualistische Originalitätsanspruch vorgeblich aufgegeben wird – was aber nur darauf hinausläuft, daß der Film damit die letzte Konsequenz im Streben nach einem Mehr zu erreichen versucht. Der Serienmörder nämlich kopiert bis ins kleinste Detail die Taten amerikanischer Kultfiguren wie Jeffrey Dahmer, Ted Bundy oder des »Boston Strangler«. Zunächst bemerkt das keiner, bis sich Sigourney Weaver als auf Serienmörder spezialisierte Psychologin einschaltet und schließlich der Täter mit ihr das übliche Spiel beginnt, bei dem sie als letztes Opfer ausersehen ist.

An diesem Punkt ist es dann auch vorbei mit dem Anderssein, das Amiel mit einer Reihe anderswo abgeschauter, uneingelöster Versprechen unterstützen wollte: Es macht keinen Unterschied, daß Frauen diesmal nicht nur Opfer, sondern in der Person von Holly Hunter auch Jäger sind – die neuerdings obligaten Internet-Spielereien sind eine besonders billige Staffage, und die Medienbedingungen, von denen man glaubte, sie hätten dem Täter diesen ultimativen Weg zum Ruhm zugeflüstert, lösen sich in nichts auf, als es dem Ende zugeht. Dann taucht er nämlich noch selber auf, der Killer, der ein Künstler sein wollte, und ist ein ganz blasses Würstchen, das die auch noch unter Agoraphobie leidende Weaver zum Showdown auf einem Dach zwingt, bevor er von der totgeglaubten Polizistin erschossen wird. Daß damit die wirklich allerletzten Klischees über die Originalität der Ausgangsidee obsiegen, ist immerhin eine Ironie, wenn auch eine wertlose.

Beinahe umgekehrt verhält es sich mit »Seven«. Die Serienkillerstory selbst hat man nämlich so ähnlich schon unzählige Male gesehen: Einer fühlt sich von einer höheren Macht zum Töten berufen und folgt dabei irgendeiner mystischen Regelmäßigkeit; ist es mal ein Sternbild, das die Orte und Zeiten angibt, so sind es hier die sieben Todsünden, die ausgemerzt werden müssen.

Was isoliert betrachtet uninteressant klingt, erfüllt jedoch einen Zweck: Der Mörder kann hinter das Konzept der Taten zurücktreten. Und dieses wiederum wird angeschlossen an den eindrucksvollen, düsteren Entwurf der Stadt, in der der Film spielt, ja es geht sogar beinahe auf in ihm. Diese Großstadt ohne Namen, in der es immer regnet und niemals richtig hell wird, in der U-Bahnen die Wohnzimmer erschüttern und keinen Rückzug zulassen, diese farblose, schicksalhafte Stadt, zu der es lange kein Außen zu geben scheint, ist der eigentliche Feind der wenigen identifizierbaren Individuen, die sich in diesem Film bewähren müssen. Die Morde sind nur die grotesken Ausprägungen der Verhältnisse, und der Mörder trägt den Namen John Doe: Er ist ein Niemand.

Morgan Freeman spielt den alten Polizisten, der schon »zu lange« in dieser Welt (die Camus mehr verdankt als Kafka) lebt und der ebenso ruhig wie konsequent seine Arbeit macht – wohl auch, weil er sich etwas anderes gar nicht mehr vorstellen kann. Brad Pitt dagegen kommt als junger Heißsporn freiwillig in die Stadt, er kämpft trotz aller Warnungen gegen sie an und verliert schließlich. Doch es ist kein heldenhaftes Scheitern: Glamour haben in diesem Film nur die Verhältnisse, der

Moloch Stadt und das schillernde Konzept der symbolischen Abstrafung einer dekadenten Menschheit. »Die Leute wollen ihren Cheeseburger essen, Lotto spielen und fernsehen«, sagt der alte Polizist einmal, »sie brauchen keine Helden.« Mit abgeklärter Akribie sucht er weiter nach den Fehlern im System, auch wenn er meistens zu spät kommt. In dieser Arbeit selbst liegt die verbleibende Hoffnung, die nur an zwei Stellen kurz ergänzt wird: bei einem nächtlichen Besuch in einer alten Bibliothek und beim Auftritt der hübschen Frau des jungen Polizisten.

Konkret 02/96, S. 64

Michael Ringel

Abgesang der Arschgesichter

Das Ende einer Sportepoche ist kein Anlaß zu Hoffnung

Diesmal fehlte er nicht. In der ersten Reihe, direkt neben Professor U. Jürgens, saß beim Boxkampf Axel Schulz vs. Franois Botha im Dezember 1995 der zuvor lange vermißte Roberto Blanco, vom Hallenlautsprecher Wolfgang Ley (Eurosport) in der Kampfpause zur siebten Runde frenetisch als Deutschlands »Brauner Bomber« begrüßt. Ganz im Sinne seines größten Hits »Ein bißchen Spaß muß sein« zahnte daraufhin Blanco über seinem vaginalroten Schlips so verlogen und glücklich, daß ein in KONKRET 12/95 bereits angedeuteter, schlagersängerverachtender Gedanke seine endgültige Bestätigung fand: Da hinter der Fassade das blanke Nichts gähnt, ist der Braune Bomber der Nation der Inbegriff eines deutschen Arschgesichts. Denn der 1937 in Tunis als Roberto Zerguera geborene, in Beirut aufgewachsene, seit 1971 mit einem bundesdeutschen Paß ausgestattete Schlagersänger kubanischer Herkunft ist, trotz aller Bemühungen, die Hautfarbe zu wechseln, Deutschlands Vorzeige-Alibimbo Nr. 1, der – sein Pseudonym »Blanco« noch übertreffend – weißer als weiß Pseudo-Exotika wie den »Puppenspieler von Mexiko« besang und sich dadurch pfeilgerade ins provinzielle Herz der gesamtdeutschen Liedgutlandschaft hineingaunerte. Um aber seine halbtote Existenz als Gesellschaftstier zu sichern, mußte der, anders als Michael Jackson nur innerlich weiß gewordene Blanco, da er den neuen, gar nicht so imagegerechten Box-Trend fast verschlafen hätte, die Logen des »weißen Sports« Tennis, in denen er bisher zu Hause war, verlassen und dringender noch als jedes andere öffentliche deutsche Arschgesicht einer momentan so publikums- und verkaufsträchtigen, weil vom Kommerzsender RTL inszenierten Veranstaltung wie dem Schauboxen in der allerersten Reihe am Ring beiwohnen.

Vom inzwischen leicht muffigen Odem der Halbwelt angezogen fühlten sich in Deutschlands (nach Hannover) zweitlangweiligster Stadt Stuttgart diesmal vor allem Figuren aus Politik und Wirtschaft, so daß neben den unvermeidlichen E. Thust, W. Schneyder und C. Kretschmer (die dem amerikanischen Boxpromoter Don King nach dem Kampf ins Gesicht spuckte und damit ihren ganzen verbrecherischen Charakter coram publico offenbarte) die Ministerpräsidenten E. Teufel und M. Stolpe, die Minister M. Wissmann und D. Spöri, Daimler-Benz-Führer J. Schrempp sowie verwandte Chargen ihren ordnungsgemäßen Platz fanden, nach dem Kampf aber vom eruptiv gewalttätigen Rückrollen der Boxwelle ergriffen wurden und sich unversehens in der Verletztenstatistik des Roten Kreuzes wiederfanden.

Vielleicht war es ein Fehler, sich in KONKRET 12/95 gegen einen Gehirn-TÜV für prominente Boxkampfbesucher auszusprechen: In den Logen am Ring könne niemand Schaden nehmen, ein Gehirn sei nicht vorhanden. Der als »Tanz der Walmännchen« in die Geschichte des Boxsports eingehende Schwergewichtskampf Schulz vs. Botha zeigte dann sehr wohl, daß bei den »Promis« am Ring gewisse, wenn auch auf niedrigstem Niveau angesiedelte Gehirnaktivitäten zu verzeichnen sind: Nach der Niederlage des deutschen Boxers flogen aus dem Logenbereich »A« Champagnergläser in Richtung der King-Botha-Crew, die sich gern revanchierte und ihrerseits mit Flaschen zu werfen begann. Als Antwort wurden nun Champagnerflaschen und auch ein Parfümzerstäuber, Marke »Ekstase«, sowie Hunderte am Eingang zuvor verteilter Mundwasserprobefläschchen als Wurfgeschosse eingesetzt, deren trauriger Rest den Boxring übersäte und zugleich zeigte, daß im Energiesparbereich des VIP-Gehirns die Multifunktionseinheit Kampf, Nationalismus und Kleinbürgeralkoholexzess immer noch reibungslos funktioniert. Da sich, wie üblich, die Gesichter selbst entlarvten, war dies alles in allem also ein gelungener Abend, wären da nicht die bedauernswerten Opfer des Spektakels gewesen: die am Rücken von einer Champagnerflasche getroffene Ehefrau des Formel-Ganovens Bernie Ecclestone sowie, schlimmer noch, die Krefelder Unesco-Botschafterin und Gesellschaftsmuschel Ute Ohoven, die, in der Nähe Ebby »Fickificki« Thusts sitzend, von einem Geschoß am Kopf getroffen wurde und daraufhin, von den herbeigeeilten Hilfskräften mit einem weißen Turban versehen, wie Lumpi nach Hause schlich.

Außer dem siegreichen Kirmesboxer Franois Botha sah der Abend nur Verlierer: Axel Schulz hatte (zu Recht) nicht nur diesen Fight, sondern vorerst auch alle Ansprüche auf einen Titelkampf verloren; der Kommerzsender RTL vergaß, nachdem er 1995 mit drei ausgestrahlten Kämpfen das Boxen auf den Höhepunkt der Zeitmode getrieben, die höchste Einschaltquote des Jahres erreicht und dadurch insgesamt 80 Mio. Mark eingenommen hatte, seine Informationspflicht und schaltete sich nach der Siegerehrung angesichts der Tumulte aus der Übertragung aus; und nicht zuletzt wurde der Boxsport seiner öffentlichen Wirksamkeit beraubt und in die Nähe des Demi-monde-Verdächtigen zurückgedrängt, was sich nicht nur finanziell, sondern auch sportpolitisch bis in die Amateur- und Nachwuchsarbeit auswirken dürfte. Vor allem aber hatten die Gesellschaftstiere, all die großen Hinrenner, ein wichtiges sogenanntes »event« verloren, bei dem sie sich ihrer eigenen öffentlichen Existenz versichern konnten. Einmal mit der gewalttätigen Wirklichkeit konfrontiert, wird kaum mehr eine solche Corona von Arschgesichtern am Boxring erscheinen, auch wenn, man sieht es förmlich schon vor Augen und kann es leicht prognostizieren, der Veranstalter RTL beim nächsten, am 17. Februar 1996 geplanten Weltmeisterschaftskampf von Henry Maske gegen Duran Williams seine Übertragung mit einem Feuerwerk moralisch

eindeutiger Appelle an das Publikum beginnen und bereits im Vorfeld versuchen wird, auf jede nur erdenkliche Weise das zurückgekehrte »Schmuddelimage« (Lieblingswort der Moralisten) abzutragen: Um zu demonstrieren, daß die Gewalt nicht ein zweites Mal auf das Publikum übergreifen kann, wird der Reporter zu Beginn der Sendung mit einem Champagnerglas aus Plastik auftreten. Dazu werden Bilder vom Einlaß des Publikums mit Taschenkontrollen und Leibesvisitationen eingespielt sowie ein Interview mit dem Sicherheitsbeauftragten Peter Althof, der bestätigen wird, daß alles nur Erdenkliche getan wird, um Gewalt im nicht zulässigen Bereich zu vermeiden.

Einen besonderen Vorgeschmack auf diese Rückzugsgefechte bekam der boxinteressierte Zuschauer bereits am 14. Dezember 1995 kurz vor Mitternacht beim Fernsehsender SAT 1, wo Margarethe Schreinemakers, die mediale Gaunerkomödie auf die Spitze treibend, eine Auswahl der Arschgesichter unter Vorsitz von – wie könnte es anders sein – Roberto Blanco präsentierte, um mit tränenerstickter Stimme von einer gegen Gewalt im Sport demonstrierenden »Menschenkette der anderen Art« zu faseln.

Tatsächlich jedoch wird all dies nichts, aber auch rein gar nichts daran ändern, daß die kurze Zeit der Boxmode vorbei ist. Denn genauso wie der Tennis-Trend in den achtziger Jahren und der Formel 1-Trend in der ersten Hälfte der neunziger Jahre vergeht momentan das Boxen. Und damit ist auch die Zeit der Arschgesichter am Ring vorbei. Wobei vielleicht hier, am Ende einer Sportepoche, der übliche Kulturpessimismus fehl am Platz ist, denn die Arschgesichter werden sich schon bald neue Felder suchen, die sie bestellen können.

Michael Ringel schrieb in KONKRET 12/95 über Lady Di□s Fernsehauftritt

Konkret 02/96, S. 65

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Lieber Tomayer!

Bald jährt sich mein Abstecher mit dem Familienticket der Bahn nach »Hermann-County« ins fränkische Neuhaus an der Pegnitz. Respektvoll sprechen die Eingeborenen in den Wirtshäusern heute noch über »den Hermann«, wenn man den erschauernden Touristen die SS-Schmankerln verzählt, als Hermann Göring mit seiner Soldateska auf der dortigen Burg Neuhaus Hof gehalten hat.

Ich begab mich also mit einem hieb- und trinkfesten Kumpanen und dessen englischer Begleiterin in den dortigen »Kommun-Bräu« (hat garantiert nix mit Kommunismus o.ä. zu tun, lieber T.) und soff in der brodelnden Wirtsstub'n einige helle Märzenbiere aus. Kaum kam ich vom Pissen zurück, sah ich das Resultat eines rustikalen sog. »Scherzes«, als man Miß Layden aus Yorkshire (traditionelle Feindschaft des »fetten Elches« Göring mit der angelsächsischen Luftwaffe, du weißt schon, T., sowas vergessen die net!) das Gesicht eingeschwärzt hatte. Folgendes war passiert, als ich mein Wasser im »Kommun-Bräu« abschlug: Der Dorfdepp, genannt »Schmie« (= Schmied) hatte der ahnungslosen englischen Frau eine Ladung Schwarzpulver o.ä. mittels Mechanik einer Schnupftabak-Schnupfmaschine, oder wie diese Ausgeburt sich genannt haben mag, ins sorgfältig geschminkte Antlitz gerotzt. Als ein anderes Arschloch beim Anblick der verstörten Frau bemerkte: »Was willsn, die schaut doch besser aus als davor« – nahm ich meinen Krug in die Faust, ging zu ihm hin und goß ihm das klebrige »Kommun-Bräu«-Festbier über den Schädel mit den Worten: »Du schaust etz auch besser aus als davor!«

Beim Rest faß ich mich kurz: Auf meinem Weg zurück wurde ich von hinten angefallen und niedergeprügelt. Zwei oder mehrere Arschlöcher hatten sich eingemischt und mich im Sinne deutscher Gründlichkeit erledigt bzw. erlegt. Dazu gab's vom qualligen Wirt ein »Lokalverbot« für mich und meine Begleiter/in. Damit war im »Hermann-County« der Gerechtigkeit Genüge getan, und ich besorgte mir neue Sehgläser beim »Fielmann« ... Ich glaub, lieber T., im Altbaierischen heißt dieser Vorgang »derblecka« (mit gebleckten Zähnen auslachen, Anm. d. Empfängers).

... Ich komme zum Ende, lieber T., und weiß, daß auch Du so manchen Strauß ausfechten hast müssen auf dieser schönen gruseligen Welt. Frage: Wie hast Du's ausgehalten und hältst's heute noch aus, Du mit Deinem urbayerischen Namen? Was macht man bei unserem Naturell, wenn man die eingeborene »Scherzkultur« gar nicht mag? Wie weit muß man sich aus dem bayerischen Dschungel in Sicherheit bringen – bis in den nördlichsten Norden vielleicht, hin zu den hanseatischen Geldsäcken? ... Also, geh, weißt scho ...

Gruß Joachim Sieber, Stein bei Nürnberg

Genosse Sieber,

mein lieber Schieber

Laß Dir sagen

Auf nüchternen Magen

Wo wir auch sind

Wohin wir auch fliehn

Überall treiben

Die Ethnien

Ohne Verstand

Und ohne Herz

Mit unserm Entsetzen

Ihren Heimvorteilsscherz

Hinterrückstückisch

Angeschmiert

Werden wir dann erst nicht sein mehr

Wenn die Linke regiert

Und zwar global

Doch ich muß jetzt Schluß machen

Das Telefon klingelt

S'ist aus Jamaica der Dichter

Peter Paul Zahl

Wer bist du, »Mensch«, der du mich zu tiefstempfundenstem Ekel anstachelst: Heißest du Rotz oder Kotz und ist darum dein Kürzel, aus dem deine ganze Kunst besteht, »OZ«? Oder bedeutest du Null Zero? Und wer bist du, Gevatter Krikelkrakel, der du dich neben dem Rotzenkotzoz auf der Klinkerwand vermeintlich ver-ewigt? Wer seid ihr, die ihr mich zwingt, über euch, euch verfluchend, zu rätseln, seit ihr den Zugang zu meiner Behausung Beim Schlump zu Hamburg mit eurer narrenhändischen Notdurft besudeltet und mich zwanget, euerm Scheiß mit Salmiak und Abortbürste beizukommen? Vergebens (ihr Hunde ihr). Ist die Stadt nicht voll genug von den Exkrementen aus euern Anusdüsen? Durfte nicht wenigstens ein Gerechter (ich) verschont bleiben von euerm Dreck? Nein, auch ich sollte dran glauben müssen. Soll fürder vorüber müssen, wenn ich die Wohnung verlasse Richtung KöPi oder Staatsbibliothek, an euerm Dreck, und soll passieren euern Dreck, wenn ich heimkehre von meinen Verrichtungen. Und wo immer ich bin und was immer ich tu – ich soll mich müssen ekeln vor euerm Dreck und vor euerm Dreck haben keine Ruh.

Aber, Rotzenkotzoz und Krikelkrakeldrecksau, lasset von mir euch gesagt es sein:

Es kommt der Tag, da steht die vollgeschmierte Stadt auf wie ein Mann und wäscht von euern Sudelein sich frei und rein.

Konkret 02/96, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Von den »chinesischen Offiziellen«, die einen Reporter der »Frankfurter Rundschau« wegen »negativer Berichterstattung« nach Hause geschickt haben, sagt die »FAZ«-Redakteurin Petra Kolonko:

Oft ist ihnen nicht klar, was die Rolle der Presse in einem demokratischen Staat ist.

Noch nie habe ich mich so sehr als chinesischer Offizieller gefühlt.

»Ein Wort zu unseren Soldaten in Bosnien« spricht der Stabshistoriker der Reserve Michael Wolffsohn, aber nicht, wie behauptet, weit hinten »in Bosnien«, sondern direkt vorne an der Front, in der »Bild-Zeitung«:

Pazifisten verhindern keine Völkermorde,

schreibt er und erinnert damit an die von Kommunisten und anderen Kriegsverbrechern gern geleugnete Tatsache, daß alle bekannten Völkermorde der Geschichte zwar von Pazifisten begangen, aber von Soldaten verhindert worden sind. Deshalb, sagt der Hauptfeldprofessor, hätten

Einsparungen bei der Bundeswehr ihre politischen und moralischen Grenzen. Zivildienst ist ehrenhaft, doch ohne eine wirklich allgemeine Wehrpflicht können wir künftig keine Völkermorde verhindern,

was ja, neben Löwenbräu und Mercedes, seit jeher eine unserer weltweit geschätztesten Spezialitäten ist; und begehen können wir künftig Völkermorde ohne eine wirklich allgemeine Wehrpflicht schon gar nicht.

Burda, der sein Leben dem Ziel weiht, möglichst viel mit möglichst reaktionärem Scheiß möglichst bunt bedrucktes Papier unter die Leute zu bringen, läßt neuerdings einen seiner studierten Assistenten möglichst neumodische Reden aufschreiben und unter dem Namen »Dr. Hubert Burda« etwa in der Kundenzeitschrift der Deutschen Bahn verbreiten. Wer nicht ahnt, wie ein solcher Text entsteht, kommt aus dem Staunen nicht raus, wie global digital es plötzlich aus dem Offenburger Kugelkopf herausbeamt:

Information Age ... Information Superhighway ... Desk Viewing Medium ... Winning Application ... Online Services ... neuronale Ästhetik der digitalen Welt ... ikonografisches System der Informationsvermittlung ...

Wow. Wenn man weiß, wieviel dahintersteckt, liest man seine Produkte natürlich mit ganz anderen Augen. Nehmen wir nur noch einmal Dr. Burdas »Super Illu« vom 6. August 1992, Rubrik »Warum? Politik klipp & klar. Hart nachgefragt«:

Jugo-Terror – Was für ein Mensch ist eigentlich der Serbe? Super Illu analysiert den Nationalcharakter des Volksstammes, der mitten in Europa so viel Leid und Entsetzen auslöst

1. Wer war der erste Serbe?

Ein slawischer Bauer von der Westküste des Schwarzen Meers. Wanderte westwärts auf der Suche nach fruchtbarem Ackerland (6. Jh). Outfit: lange, schwarze Haare, Ziegenlederwams, ca. 1,55 m groß.

2. Der Serbe und seine Tränen ...

3. Der Serbe und seine Grausamkeit

Greuelfaktor Mutterkomplex: »Weil serbische Mütter ihre Söhne abgöttisch lieben, ziehen sie verwöhnte, narzistische Männer heran, die auf Kränkung aggressiv reagieren« (Experte Prof. Grossarth). Greuelfaktor Macho-Stolz: Verfassung verbietet Kapitulation.

4. Der Serbe und seine schlimmste Tat

Sarajevo, 28. Juni 1914: Terrorist Gavril Princip (20) erschießt den österreichischen Thronfolger Prinz Ferdinand und Frau im Cabrio. Auftraggeber: Die serbische Guerilla-Organisation »Schwarze Hand«. Folge: 1. Weltkrieg, 10 Mio Tote.

5. Der Serbe und seine Lieder

Grausame Menschen kennen blutige Lieder. Beispiel aus serb. Schulbuch: »In den Kampf, in den Kampf, geht voran ihr Helden, fürchtet euch nicht um euer Leben.«

6. Der Serbe und sein Genie ...

7. Der Serbe und Gott ...

8. Der Serbe und sein Sex

Letzter Super Macho Europas (liebt 1. sich, 2. Serbien, 3. seine Mutter, 4. junge Frauen). Liebestaktik: schnell, aber oft.

Soviel zur neuronalen Ästhetik der digitalen Welt. Und diese Erkenntnisse müssen nun aber sofort auf den Information Superhighway, denn, wie Dr. Burda sagt bzw. sich sagen läßt:

Heute stehen wir am Anfang des postindustriellen Zeitalters, am Beginn der postkapitalistischen Gesellschaft: Wissen und Information zählen mehr als Kapital und Boden.

Was, da staunt er, der Serbe.

Reich-Ranicki schreibt einen Nachruf:

Die junge Christa Rotzoll arbeitete nach einem abgebrochenen Studium für das Paradeblatt der Nationalsozialisten, für »Das Reich«. Diesen Umstand wollen wir im Nachruf keineswegs verheimlichen, denn sie hatte mit ihren Artikeln bewiesen, daß man für dieses Blatt, wenn man nur wollte und etwas Mut hatte, Artikel schreiben konnte, derer man sich später nicht zu schämen brauchte.

Das konnte man auch für den »Völkischen Beobachter«, doch viele, denen der Mut fehlte, haben sich lieber nach Dachau oder in ein französisches Internierungslager verdrückt, und ich bin wirklich gespannt, welche Entschuldigung die Nachrufer des Reich-Ranicki einmal dafür finden werden, daß er, statt sich feige nach Warschau zu verkriechen, nicht das bißchen Mut gehabt hat, Artikel für den »Stürmer« zu schreiben, deren er sich heute nicht halb so sehr zu schämen brauchte wie mancher Arbeit für die »FAZ«. (Aber vielleicht ist es ja ein Zeichen seines inneren Widerstands, daß er den Frankfurtern immerhin ein falsches Tempus – »sie hatte« statt »hat« – als Stinkbombe in ihr hochfeines Feuilleton hat fallen lassen.)

Wenn die postmoderne deutsche Sozialwissenschaft vor Langeweile über den fünften Paradigmenwechsel des Jahres in der Nase bohrt, läßt sie sich gern mal ein Viertelstündchen von ihrem Heinz Bude verzaubern:

Den universellen Amöbenwörtern entspricht eine gesteigerte Verwendung von Metaphern, die einer kognitiven Ästhetik des Verschwindens gerecht werden sollen.

Unter kognitiver Ästhetik des Verschwindens stelle ich mir – bei gesteigerter Verwendung einer Metapher – etwa vor, daß ein milder Südwest diesen Satz, von seinem Autor zu sternklarer Winternacht in den gleißenden Schnee gepinkelt, langsam in den ihm entsprechenden Aggregatzustand, die Pfütze, überführt, worin der Heinz Bude sogleich eine Wasserschlacht beginnt:

Ich will auf eine eigentümliche Gemeinsamkeit zwischen dem Devisenhändler und dem Flüchtling hinweisen: Strukturell unterscheidet sich eine World-Traveller-Suite mit Minibar, Pay-TV und illustriertem Manager-Magazin nicht von einem Flüchtlingslager, das nach den Maßstäben des Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen eingerichtet ist.

Doch, das mußte mal gesagt werden, daß es strukturell eigentümliche Gemeinsamkeiten zwischen Ätna und Toaster, Kondom und Ozonschicht, Papierkorb und Scheißhaus gibt. Solange aber die Welt Leute ernährt, die sich solche Gedanken machen, ist auch für die Flüchtlinge nicht alle Hoffnung verloren.

Der Abgeordnete Freimut Duve preist sein schönes deutsches Heimatland:

Unser Parlament ist wohl das einzige, in dem über die Hälfte der Kellner aus anderen Ländern stammen. Sie kommen aus Tunesien, Italien, dem ehemaligen Jugoslawien. Über die Jahre haben sich da wunderbare freundschaftliche Kontakte entwickelt. Daß das so ist, ist ein Markenzeichen des liberalen Deutschlands.

Liberalität ist, wenn der kulturpolitische Sprecher der deutschen Sozialdemokratie nichts dagegen hat, in der Bundestagskantine von einem Neger bedient zu werden, und sich noch darüber freut, daß die Bedienten dem einen oder andern Bimbo auch mal ein launiges »Na,wie geht’s uns denn heute?« zurufen.

Bibelstunde mit dem »FAZ«-Redakteur Adam, Karl, nicht zu verwechseln mit dem andern:

Die Geburt des Gekreuzigten

Vom Erhabenen zum Lächerlichen ist nur eine Überschrift, sagt Napoleon, leicht zu verwechseln mit dem andern Cognac.